

# Kommune

FORUM FÜR POLITIK · ÖKONOMIE · KULTUR



- Thema** Kein Recht auf Amnesie  
**Rußland** Der Schrecken heißt Einheit  
**Bosnien** Wie Reinheit produziert wird  
**Kommunen** Ein Oberbürger akkumuliert  
**Asyl** Ausstieg aus dem Völkerrecht  
**Bücher** Weltdörfer und Bürgerstadt

**Isaak Babel**  
*Die  
Reiterarmee*

Zum 100. Geburtstag des  
großen russischen  
Schriftstellers  
*neu übersetzt* und  
erstmalig kommentiert  
von **Peter Urban**.  
Dieser Übersetzung  
liegt der vollständige,  
*unzensurierte* Text der  
Erstausgabe zugrunde.

**Friedenauer  
Presse**

**Wer für die  
Kommune wirbt,  
dem schenken  
wir ein  
gutes Buch!**

*Buch des Monats:* September 1994

*Platz 1 SWF-Bestenliste:* August 1994

*Das Literarische Quartett:* „Ein literarisches Kunstwerk von ungewöhnlicher Qualität. Wir sind uns alle vier einig, diese Ausgabe der ‚Reiterarmee‘ können wir allen empfehlen.“

*Marcel Reich-Ranicki*

„Eines der ganz großen Bücher dieses Jahrhunderts. Die Übersetzung ist glänzend.“

*Hellmut Karasek*

ORF: „Isaak Babel ist hierzulande noch zu entdecken – als einer der leuchtendsten Erzähler des Jahrhunderts.“

*Sigrid Löffler*

*Zürcher Zeitung:* „Man darf vom Glücksfall einer meisterlichen Übersetzung eines meisterlichen Werkes reden.“

*Ilma Rakusa*

*Süddeutsche Zeitung:* „Urban legt die Großstrukturen frei – und mehr, er baut den deutschen Text von Grund auf neu. Er holt die Sprache Babels aus der Amtsstubenluft des Dudendeutsch.“

*Sibylle Cramer*

*Die Zeit:* „Die neue ‚Reiterarmee‘ gehört in jeden ordentlichen Bücherschrank.“

*Lothar Baier*

*Frankfurter Allgemeine:* „Wir haben nunmehr den garantiert echten Babel vorliegen, versehen zudem mit einem ausführlichen Anhang, der keine Frage offenläßt.“

*Karla Schneider*

*Kommune:* „Babels Texte halten einer wiederholten Lektüre stand, sie sind Musterbeispiele für die Kurzprosa, als deren uneingeschränkter Meister er in der russischen Literaturgeschichte gilt.“

*Wolfgang Schlott*

*Wenn Sie für uns eine  
neue Abonnentin oder  
einen neuen Abonnenten  
werben, oder ein  
Geschenkabo machen,  
oder ein Paket-Förderabo  
einrichten – dann  
erhalten Sie*

*„Das Buch der Kommune“  
als unser Geschenk!*

*Bitte lesen Sie  
die nebenstehenden  
Informationen!*

Was nach Milosevic oder Jelzin „kommen“ wird, weiß natürlich niemand. Aber ist das ein Grund, auf sie zu setzen und damit dazu beizutragen, daß ein Weg freigeräumt wird, auf dem es immer nur schlimmer kommen kann?

Milosevic und Jelzin haben sich unterschieden. Der eine hat jede Möglichkeit der weiteren Föderalisierung Jugoslawiens zerstört, indem er es nur noch als Hülle für großserbische Ambitionen nutzte und so durch monopolistische Inanspruchnahme vollends zugrunde richtete. Der andere hat die Sowjetunion aufgelöst, um wenigstens die Russische Föderation als einheitlichen Herrschaftsbereich zu halten. Der eine hat auf das Ganze zugegriffen, um möglichst viel davon zu behalten, der andere hat auf das Ganze verzichtet, um das zu sichern, was er hatte. Milosevic hat die Organe der Jugoslawischen Föderation blockiert und gesprengt, um die Souveränität über ein umstrittenes, erst zu schaffendes und möglichst großes Territorium zu erobern, Jelzin hat die Sowjetunion aufgelöst, um die Souveränität in einem umrissenen Gebiet, der russischen Föderation, zu erringen und zu legalisieren. Der eine hat in der serbischen Republik die Autonomie des Kosovo und der Vojvodina gebrochen, um die souveräne Basis für die Eroberung Jugoslawiens zu schaffen, der andere hat die Sowjetunion fahren lassen, um die Russische Föderation seiner Souveränität zu unterwerfen und dann zu schauen, was es sonst noch zu holen gibt. Was der eine mit der Beseitigung der Autonomie der Vojvodina und des Kosovo erst leisten mußte, um Jugoslawien zerstören und erobern zu können, konnte der andere bloß in Angriff nehmen, nachdem er sich mit den Chefs der Ukraine und Weißrußlands über die Auflösung der Sowjetunion geeinigt hatte, um freie Hand in der russischen Föderation zu haben.

Die Sowjetunion hatte mit Gorba-

tschow immer noch einen Reichsverweser, Jugoslawien hatte nach Titos Tod keinen mehr. Der Unterschied zwischen Milosevic und Jelzin könnte also umständehalber vor allem im Ausgangspunkt, im Weg und der Methode der Usurpation bestanden haben, während doch beide Usurpatoren bleiben, die noch nicht wissen, wie weit ihre Macht im alten Reich reicht. Möglichst viel soll es sein und eigentlich wohl das alte Ganze. Nicht umsonst heißt Milosevic's Staat „Jugoslawien“ und spricht die russische Diplomatie

---

### *Treff in der Kommune*

### **Extremismus der Mitte?**

*Diskussion mit Hans-Martin Lohmann*

**Montag, 13. Februar, 20 Uhr**

ÖKOHAUS  
Kasseler Str. 1a  
Veranstaltungszentrum

---

vom nahen Ausland. Als Jelzin allen Russen überall Schutz versprach fürs neue Jahr – in der Hoffnung, Grosny schon im Sack zu haben – erklärte er zugleich alle Staaten rundum zu Provisorien. Milosevic hatte immer schon einen großen Bruder gesucht. Jetzt weiß man, wie er heißt. Wenn man ihn schon nicht zügeln kann, sollte man ihn wenigstens weder päppeln noch schönreden, nachdem er preisgegeben hat, was in seinen früheren Schritten angelegt sein konnte, aber nicht unbedingt mußte.

Die Auflösung von Reichen ruft Usurpatoren aufs Feld. Das ist nichts Neues. Neu ist eigentlich nur – und das bleibt der Unterschied zwischen Milosevic und Jelzin – daß ausgerechnet der mächtigste keine populäre Basis für seine Gewaltpolitik hat. Wenn Kohl sagt, daß er überhaupt nicht wisse, „was nach Jelzin kommen würde“ sagt er zugleich, daß dessen Macht unter

demokratischen Gesichtspunkten in der Luft hängt. Um sich zu beruhigen, behauptet Kohl schlankweg: „Ich werde alles tun, um Boris Jelzin bei dem Versuch zu unterstützen, Rußland auf den Weg eines Rechtsstaats, einer parlamentarischen Demokratie, einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu führen.“ (FAS, 15.1) Was aber tut Boris Jelzin von all dem, in dem Kohl ihn zu unterstützen verspricht? Nachweislich das Gegenteil.

Der höchste Wert der vielbeschworenen westlichen Wertegemeinschaft scheint immer noch die „Stabilität“ zu sein. Für sie werden neue Garanten gesucht, nachdem nicht mehr Breschnew und Gorbatschow für Ordnung stehen. Und wer könnten diese Garanten sein außer den mächtigsten Usurpatoren? Die Werte der Wertegemeinschaft selbst verursachen zunächst ja doch nur instabile Verhältnisse, wo sie nicht gelten und für ihre Anerkennung gekämpft wird. Im allgemeinen werden sie immer noch mit Füßen getreten. Wenn sie also zur Geltung kommen sollen, wird man nicht auf Stabilität setzen, sondern nur auf Neuordnung hoffen können. Die kann man nicht erzwingen. Aber den Usurpatoren aus Gründen der Stabilität den Segen zu geben, läuft auf Aufgabe der beanspruchten Werte hinaus.

Man müsse gegenüber einer Situation wie jetzt in Tschetschenien nur versuchen zu definieren, was wir sind, und an die Prinzipien einer Zivilisation und die humanen Grenzen der Staatsräson erinnern, meint Jean-François Deniau, Mitglied der Académie française, nach einem Besuch in Moskau und schließt pathetisch: „Es lebe das Europa der Überzeugungen!“ (Le Monde, 21.1.) Ja, es lebe! Bloß, wo lebt es denn? Wenn die europäischen Politiker den Mund aufmachen, scheinen sie es nur noch als Fetisch verhöhnern zu wollen. Sie tun nichts oder sie tun das Falsche. Wenn sie wenigstens den Mund hielten.

*Joscha Schmierer*

# In diesem Heft

## THEMA

- Gerechtigkeit und Recht in den postkommunistischen Zeiten oder der neue Typ des Massenverwaltungsverbrechens. *Karol Sauerland* 6

## ZUR ZEIT

- Boris der Schreckliche, ein russischer Luftballon. *Erhard Stölting* 11
- Kolumne: Außenpolitik in der Zeitmaschine. *Roland Schaeffer* 15
- China: Die Nach-Deng-Zeit hat begonnen. *Helmut Forster-Latsch* 16
- Kommentar aus Bonn: Konsens? Kontinuität? *Gerd Poppe* 17
- Niederlande: Das Übel „P“ *Frank Eckardt* 18
- „Wer Zvornik kontrolliert, kontrolliert ganz Bosnien“ *Stephan Müller* 19
- Die wichtigsten Freischärler-Einheiten, die an Überfall, Okkupation und an der Vertreibung beteiligt gewesen sind. *Andreas Richter/ Paul Angeli* 21
- Kommentar: Die Entschlossenheit des Franjo Tudjman. *Dunja Melcic* 22
- Brief aus Italien: Dolchstoßlegende als Lebenslüge (rechts) – rechter Bankier als kleineres Übel (links). *Alexander Langer* 24
- Italiens Alptraum von neun Monaten. *Hans Rudolf Velten* 25

## Kein Recht auf Amnesie

Die gegenwärtige Amnestiedebatte in der Bundesrepublik entspringt sicher nicht dem Eindruck einer übermäßigen Strafandrohung für einen unübersehbar großen Teil der Bevölkerung. Es scheint weniger um Vergeben und Versöhnen zu gehen – dafür müßte die Schuld erörtert und geprüft sein – als um Vergessen, das desto leichter scheint, je weniger bekannt wird. Ein polnischer Germanist und früherer Aktivist der Solidarnosc setzt sich mit der Praxis in seinem Land auseinander erst gar nichts offenzulegen, was eventuell amnestiert werden könnte. – Karol Sauerland auf

Seite 6

KAL – Baltimore Sun



## Der Schrecken heißt Einheit

Ein Vielvölkerstaat mit brutaler imperialer Geschichte könnte sich heute vielleicht halten, wenn er mit dieser Geschichte bräche, statt sie im Kampf gegen Trennungsgelüste noch übertrumpfen zu wollen. Wie die Bomben auf Afghanistan auch in der Sowjetunion Sprengwirkung zeigten, könnten die Bomben auf Grosny mit der Zertrümmerung dieser Stadt auch die der russischen Föderation eingeleitet haben. – Erhard Stölting auf

Seite 11

## Wie Reinheit produziert wird

Die serbischen Aggressoren auf die früheren Republiken Jugoslawiens haben aus ihrem Kriegsziel der „ethnischen Säuberung“ aller Gebiete, die sie beherrschen, das heißt der Liquidierung oder Vertreibung aller, die sie nicht als Serben verstehen, nie ein Hehl gemacht. Was haben eigentlich die ganzen Analysen des Nazismus gebracht, wenn nicht erkannt wird, daß hier Nazismus am Werk ist?

Eine Fallstudie über Zvornik von Stefan Müller

Seite 19

## ZUR ZEIT II.

- Städte Welten III.. Milano Centrale? *Roger Keil* 28
- Einen „Nationalen Vertrag“ für eine Verhandlungslösung in Algerien. *Chérifa Magdi* 29
- Willkommen im Alptraum. Die Besetzung Chiapas dauert nun ein Jahr. *Peter-Erwin Jansen* 32
- Südwest-Boulevard: Scheidung auf französisch. *Gerd Held* 34
- „Wir brauchen eine Gemeinsinn stiftende Politik...“ Wesen und Werden des deutschen Ober-Bürgermeisters. *Werner Rügemer* 35
- Brief aus Österreich: EU Der Kater nach dem Fest. *Gerhard Fritz* 39

## ANALYSE

- Deutschlands Ausstieg aus dem Völkerflüchtlingsrecht. Die Ausklammerung der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Schutzsystem der Genfer Flüchtlingskonvention durch das Bundesverwaltungsgericht, Teil 1. *Victor Pfaff* 40
- Das System verliert sein Zentrum. Über die Schwierigkeiten heutiger Politik. Teil 2. *Martin Hartmann* 46

## KULTUR

- Zukünfte postmoderner Metropolen. Neue Rollenverteilung im Konzert der Global Cities. *Dirk Schubert* 51
- Anstiftung zur Widersetzlichkeit gegen das Selbstverständliche. Über die Zerstörung der Urbanität durch den Städtebau. *Gerhard Fritz* 54

## KULTUR II.

- Die Ostlichterkette. 57  
21 Kerze.  
*Wilhelm Pauli*
- Rap aus Südafrika. 58  
Lesego Rampolokeng –  
Eine Begegnung  
in Soweto.  
*Angelika Burkhard*
- Jeffersons Würde. 59  
*Christina Adomako*
- Wole Soyinkas „Eine  
Reise rund um den Vater“ 61  
*Angelika Burkhard*
- Reisen durch den  
Nordosten der USA, IV 62  
*Renate Wiggershaus*
- Untaten & Orte: 64  
Städte mit Tradition.  
*Joscha Schmierer*
- Hilflosigkeit – 65  
uneingestanden.  
*Eva Horn*
- Das unsägliche Leiden. 68  
*Helmut Veil*
- Film-Schnitte: 69  
Symbiose und Krise.  
*Michael Ackermann*
- Grombiere, Erdäpfel 70  
und Kartoffeln. Über die  
apokalyptische Seite  
eines EU-Beitrittes.  
*Joscha Schmierer*
- Dieter Schlesaks 71  
„Stehendes Ich in  
laufender Zeit“  
*Wolfgang Schlott*
- Sport & Körper: 72  
Betriebssport.  
*Thomas Gehrmann*
- Aufgelesene Töne: 73  
Frühe Schellacks –  
Zur Archäologie der  
Volksmusik.  
*Christoph Wagner*

## RUBRIKEN

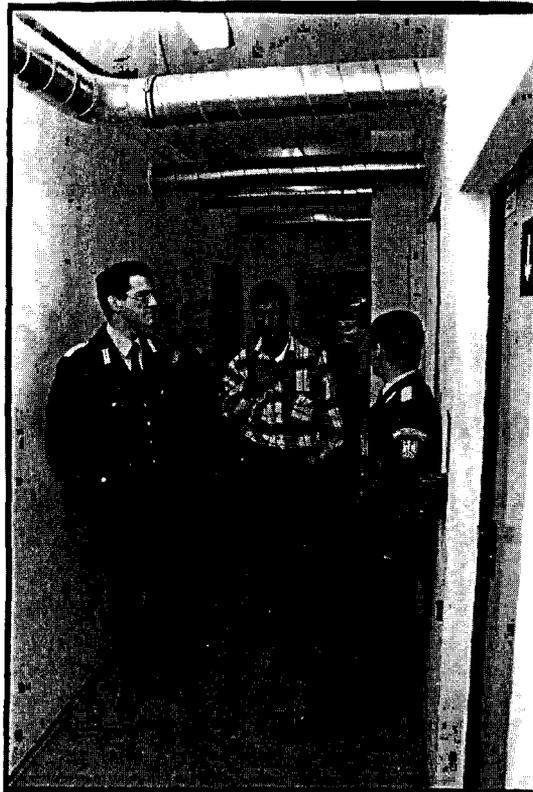
- Editorial 3
- Echo & Bücher 74
- Autorinnen & Autoren 74

## Ein Oberbürger akkumuliert

Auf Beamtenrecht, Diäten- Tantiemen- Aufwandsentschädigungsregelungen und Berechtigungen zu privaten Nebentätigkeiten zum eigenen Vorteil möglichst geschickt zu surfen, dürfte einen beträchtlichen Teil der Zeit der politischen Klasse in Anspruch nehmen. In Zeiten wo überall gespart werden muß, können natürlich jene, die zum Sparen anhalten müssen, am wenigsten auf Mittel verzichten. Am Beispiel des Bürgers Burger, Kölner Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages sind Einblicke in das Leben der politischen Klasse der Bundesrepublik zu gewinnen, meint Werner Rügemer

Seite 35

Foto: Gunnar Lieb



## Ausstieg aus dem Völkerrecht

Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden kommen aus „Bürgerkriegsgebieten“ Wer nicht von den Fluchtgründen ausgeht, sondern davon, was er für sich selbst an Flüchtlingen für zumutbar hält, wird gesetzgeberisch und in der Rechtsprechung versuchen, die Kluft zwischen tatsächlichen und anerkannten Fluchtgründen möglichst zu vertiefen. Je mehr auf der Flucht sind, desto weniger Grund zur Flucht dürfen sie haben. – Victor Pfaff auf

Seite 40

## Impressum

Kommune. Forum für Politik, Ökonomie  
und Kultur Monatszeitschrift

ISSN 0723-7669

### Herausgeber:

M. Ackermann, F. Dick, C. Falter,  
G. Heinemann, A. Mönich, A. Nikolaus,  
G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner,  
H. Sörje, B. Wagner, J. Walla

### Redaktion:

Michael Ackermann (ma), Karin Dienst  
(kd), Dunja Melcic (dm),  
Joscha Schmierer (js). Verantwortlich im  
Sinne des Presserechts: Joscha Schmierer

**Gestaltung:** Karin Dienst  
(Michael Ackermann)

Beiträge, die namentlich gekennzeichnet  
sind, geben nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion wieder.

Über unverlangt eingesandte  
Manuskripte und Fotos freuen wir uns.  
Gewähr und obligatorische  
Benachrichtigung können wir nicht  
garantieren.

### Anschrift der Redaktion:

Kommune-Redaktion, Postfach 900609,  
60446 Frankfurt/M. oder: Kasseler  
Straße 1 a, 60486 Frankfurt, Tel.  
069/792097-81/82, Fax 792097-83

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

Kühl Verwaltungs GmbH & Co.  
Verlagskommanditgesellschaft,  
Postfach 900609, 60446 Frankfurt

**Anzeigenvertretung:** Beck & Henn,  
Schwarzburgstr. 56, 60318 Frankfurt,  
Tel. /Fax 069/57378, & 06108/76334

Es gilt die Anzeigenpreisliste 11/1994

### Druck:

CARO Druck GmbH, Frankfurt

### Vertrieb, Bestellungen und

**Abonnements:** Kommune, Postfach  
900609, 60446 Frankfurt, Telefon 069/  
792097-81, Fax -83, Postgiroamt Ffm  
(BLZ 50010060) Konto-Nr. 484200-603

### Bezugsbedingungen:

Einzelheft 12 DM, Jahresabonnement  
130 DM, Halbjahresabo Studenten  
50 DM; Auslands-Jahresabonnement  
140 DM, Förderabonnement ab 170 DM.  
Abos verlängern sich nach Ablauf des  
Lieferzeitraums automatisch, wenn nicht  
6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

### Spendenkonto (nur für Spenden!):

Kommune, Bank für Gemeinwirtschaft  
(BLZ 50010111), Konto-Nr. 1710312001

**Titel:** Foto von Ilja C. Hendl

**Rückseite:** Berlin Ost; wiederaufgebaute  
Synagoge am Rande des alten Scheunenviertels;  
Foto: Hans-Jürgen Serwe

**Redaktionsschluß 3/95:** 13. Feb. 1995

**Erscheinungstermin 3/95:** 24. Feb. 1995



# Gerechtigkeit und Recht in den postkommunistischen Zeiten

*oder der neue Typ des Massenverwaltungsverbrechens*

*Karol Sauerland*

**E**s gibt im heutigen Polen ein Wort, das elektrisierend wirkt: *teczki*, was man im Deutschen mit Stasiakten übersetzen würde. Als Solidarnosc bei den Wahlen am 4. Juni 1989 ihren Sieg davontrug, der nach einem langen Hin und Her, bei dem überflüssigerweise Jaruzelski zum Präsidenten gewählt wurde, zu der Mazowiecki-Regierung führte, erwartete jeder eine Art Abrechnung, das heißt die konkrete Aufdeckung der üblen Machenschaften des volkspolnischen Regimes. Die Möglichkeit, daß der Innendienst, dessen im Kriegszustand bewährter Chef Kiszczak noch unter Mazowiecki amtierte, die Akten vernichten könnte, erregte die öffentliche Meinung immer wieder, gleichsam bei jedem Feuerchen, von dem sie Kunde bekam. Als dann Mazowiecki Anfang 1990 den Zerfall der Polnischen Vereinig-

ten Arbeiterpartei nicht nur nicht nutzte, sondern auch noch die Losung vom Rechtsstaat – ohne Veränderung des unwürdigen realsozialistischen Rechts und vom dicken Strich unter der Bilanz ausgab, daß man also die Vergangenheit ruhen lassen, hinter uns liegen lasse, kam es zu einer Spaltung der Solidarnosc. Derjenige, der sie symbolisch vollzog, war Walesa. Das Wichtigste, was er versprach, war die Aufdeckung der kommunistischen Untaten. Er hielt sein Versprechen jedoch nicht. Auch seine Taktik sollte eine inhaltslose werden.

Doch die Anhänger der Gerechtigkeit gaben nicht auf. Sie setzten auf die ersten freien demokratischen Wahlen, die im Herbst 1991 stattfanden. Sie konnten einen nicht unbeträchtlichen Sieg erringen. Der neue Ministerpräsident hieß Olszewski, ein mutiger Verteidiger der Dissi-

denten in der Volksrepublik Polen. Er stand nie unter dem Verdacht, mit der anderen Seite zusammengearbeitet zu haben. Eines seiner Ziele war die Abrechnung mit der alten Zeit. Er wollte allerdings bedächtig vorgehen. Doch es kam anders. Der Verteidigungsminister hatte sich bereits zu weit vorgewagt, er wollte zu offensichtlich die alten Armeeleute absetzen und erklärte zu deutlich, daß Polen der NATO beitreten müsse, was damals noch auf allgemeines Unverständnis stieß. Kurz darauf gab es erregte Auseinandersetzungen über den Abschluß des russisch-polnischen Vertrages, in welchem Fragen der endgültigen Regelung des Truppenabzugs und der Bezahlung oder Nichtbezahlung der durch die Sowjetarmee angerichteten Schäden auf polnischem Territorium geklärt wurden. Walesa war zu einem zu großen Kompro-

miß bereit. Viele meinten, der Außenminister Skubiszewski sei daran schuld. Als dann Wyszowski, ein ehemaliger Mitarbeiter Walesas, der Öffentlichkeit mitteilte, Skubiszewski sei ein IM gewesen, wie es im DDR-Deutsch hieß, und dieser sich in Schweigen hüllte, war das Maß gleichsam voll. So mancher wollte nun endlich wissen, woran man ist, in welcher Abhängigkeit man sich von Rußland befinde, denn wer für den polnischen Sicherheitsdienst gearbeitet hat, ist natürlich auch in den KGB-Akten verzeichnet und damit erpreßbar.

Ich erinnere mich, wie ich am 28. Mai 1992 gegen neun Uhr aufstand und den Fernseher andrehte. Eine Sejm-Sitzung sollte übertragen werden. Und siehe da, ein eher als Komiker bekannter Abgeordneter schlug einen neuen Punkt für die Tagesordnung vor: die Annahme einer Resolution, daß die Namen aller ehemaligen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, die heute eine Staatsfunktion innehaben, publik gemacht werden sollen. Der Sejm-vorsitzende wurde äußerst nervös und wollte die Sache zurückweisen, aber es gelang ihm nicht. In einer recht überstürzten Sitzung wurde am Nachmittag beschlossen, der Innenminister möge bis zum 6. Juni mitteilen, welche Abgeordneten und auch Minister für den Sicherheitsdienst tätig waren. *Das kommt in diesem Land einer Revolution gleich*, schrieb ich damals in mein Tagebuch. Über den Beschluß war ich nicht verwundert. Ich interpretierte ihn als einen Sieg derjenigen Polen, die sich in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten, gegen die SU engagiert hatten und die meinten, prussische Kräfte hätten in Polen wieder das Sagen. Der Innenminister wollte mit Bedacht vorgehen. Er überreichte dem Sejmpräsidium und den Vorsitzenden der Parteifraktionen einen Bericht über die Daten, die im Archiv des Sicherheitsministeriums zu finden sind. Er weigerte sich zu konstatieren, wer nun wirklich Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes gewesen sei. Er könne nur sagen, wessen Namen die Akten enthalten, öffentlich nennen werde er sie nicht. Das taten dann aber andere unter Verletzung der Geheimhaltungspflicht. Unter den Namen befanden sich berühmte Mitglieder von Solidarnosc, unter anderem auch Walesa, der zu Beginn der siebziger Jahre irgendwelche Verpflichtungen oder ähnliches unterzeichnet hatte.

Am 4. Juni 1992, genau drei Jahre nach dem ersten Solidarnosc Wahlsieg, wurde die Olszewski-Regierung gestürzt. Es ging turbulent im Sejm zu. Kurz vor seinem Sturz nutzte Olszewski sein Amt zu einem leidenschaftlichen Appell im Fernsehen zu später Abendstunde, man möge nicht die Unwahrheit unterstützen, eine Bereinigung der unklaren Fälle sei vonnö-

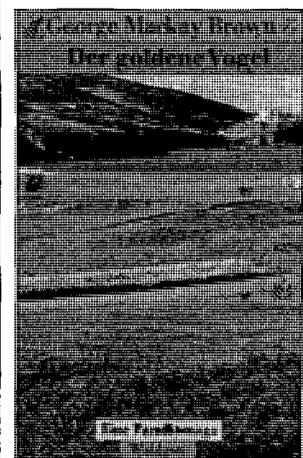
**as Schlimme ist, daß die Gegner der Öffnung der Aktenschränke aus dem Lager der ehemaligen Opposition über die ganze Sache fast ausschließlich vom Standpunkt der Täter und nicht der Opfer aus nachdenken. Sie meinen, dazu ein gutes Recht zu haben, weil sie ja selber Opfer waren. Als solche fühlen sie sich berechtigt, den Tätern im Namen aller Opfer zu vergeben.**

ten. Aber die Sejmabgeordneten fürchteten sich in ihrer Mehrheit vor der Klärung. Sie zogen es vor, Pawlak, eine Blockflöte, wie es neudeutsch heißt, zu wählen. Walesa hatte ihn förmlich erfunden. Doch für diese faule Variante war die Zeit noch nicht reif. Pawlak hatte zu eindeutig gegen die Aktenaufdeckung gesprochen. Er werde dieses Spiel nicht mitspielen, sagte er voller Verachtung für die Sache. Die Kompromißkandidatin wurde fürs erste Suchocka.

Damals regten sich alle über die überstürzten Schritte und den Schrecken auf, der sich in Abgeordnetenkreisen verbreitet hatte. Noch heute meinen die meisten, diese Aufregung zeuge vom politischen Unvermögen der Regierenden, ja der Polen überhaupt. Ihnen allen möchte man mit Kierkegaard sagen, daß jede Entscheidung ein Akt des Wahns ist. Ein Gremium kann diese Dinge noch so genau vorbereiten, es wird nie genau die Folgen vorhersehen können. Dieses ahnend, muß es das Risiko auf sich nehmen, etwas Falsches zu tun, denn das Nichttun ist auch das Falsche. Wir sehen es heute. In Polen sind nach wie vor keinerlei Akten des Sicherheitsdienstes zugänglich, so daß man nicht einmal die am Mord von Popieluszko und anderen Oppositionellen unmittelbar oder mittelbar Beteiligten benennen kann.

Seitdem die Büchse der Pandora hermetisch verschlossen ist, können die inoffiziellen Mitarbeiter und Denunzianten verschiedenster Art ruhig schlafen. Sie werden nicht mehr von Bartoszczke, einem ehemaligen Gegenspieler Pawlaks, enerviert, der im Frühjahr 1990 in einer Sejmdebatte erklärt hatte, es könne doch nicht stimmen, daß nur in der DDR die Nächsten ihre Nächsten denunziert hätten, Polen dagegen ein ideales Land sei. Er wurde sofort von Geremek hart angegriffen, der schon damals gegen die Öffnung der Archive war. Im Juni 1992 bezog Michnik mit Leidenschaft die gleiche Position. Er schlug vor, die Archive des Sicherheitsdienstes für die nächsten fünfzig Jahre zu schließen. Am liebsten hätte er sie vernichtet. Ähnlicher Auffassung war Szczypiorski, der den Deutschen vorwarf, sich mit Lust selbst zu zerfleischen. Es sei förmlich eine ihrer Nationaleigenschaften. Er hat bis heute nicht zur Kenntnis genommen, wie wenig sich im Grunde getan hat, wenn man bedenkt, daß, wie die *Neue Zeit* im Juni 1994 mitteilte, die Gauck-Behörde von insgesamt 2,1 Millionen Anträgen auf Akteneinsicht und Überprüfung bereits 1,5 Millionen erledigt habe. Die Gesamtzahl der Begehren teilt sich in 730000 Anträge auf Akteneinsicht von einzelnen Bürgern sowie 1 4 Millionen Anträge auf Überprüfung, die überwiegend aus dem öffentlichen Dienst stammen. Der Historiker Roger Engelman hat hierzu erklärt, der Wahrheitsge-

## verfeindete Freunde



**George Mackay Brown**  
**Der goldene Vogel**  
Familiendrama auf den Orkneys, stur,  
hart, ohne Happyend.  
160 Seiten, geb., ISBN 3 7294 0203 X

# WALDGUT

In jeder interessanten Buchhandlung

halt der Stasiakten sei gegenüber rückblickenden Berichten von Zeitzeugen nicht zu unterschätzen, da das Aktenmaterial durch aktuelle Interessen nicht beeinflussbar sei. Man habe auch eine der historischen Forschung ähnliche Quellenkritik vorgenommen. Sowohl Szczypiorski wie auch Michnik glauben, die Polen würden sich zerfleischen, wenn sie von der Schlechtigkeit der Nächsten Kenntnis bekämen, und vor allem würde der Staat gefährdet sein, wenn die Agenten und Spione, die sie für staatsnotwendig ansehen, nicht mehr ihrer Unaufdeckbarkeit im eigenen Lande sicher sein könnten. Das Schlimme ist, daß die Gegner der Öffnung der Aktenschranke aus dem Lager der ehemaligen Opposition über die ganze Sache fast ausschließlich vom Standpunkt der Täter und nicht der Opfer aus nachdenken. Sie meinen, dazu ein gutes Recht zu haben, weil sie ja selber Opfer waren. Als solche fühlen sie sich berechtigt, den Tätern im Namen aller Opfer zu vergeben. Man denke nur an Michniks spektakulären Auftritt mit Jaruzelski zusammen in Paris.

**I**n Polen, aber auch anderswo, wird so gut wie gar nicht reflektiert, daß Gerechtigkeit und Recht im zwanzigsten Jahrhundert, seitdem Gewohnheit und Erfahrung nicht mehr als etwas Natürliches erscheinen, einen neuen Stellenwert erhalten haben. Zum ersten Mal werden in den verschiedensten Regionen der Welt massenhafte Verbrechen verübt, für die es kaum feststellbare Täter gibt und die nicht mehr nach altem Recht verurteilt werden können. Dies wurde der Menschheit nach dem Zweiten Weltkrieg bewußt, als die Richter in Nürnberg die Nazi-Verbrecher nach Gesetzen verurteilten, die im nachhinein für die Taten konstruiert worden waren. Das Recht wurde dem Sinn für Gerechtigkeit angepaßt. Doch es war das Recht der Sieger, nicht das, welches aus Gerechtigkeit als solcher erwachsen war. Dies konnte man daran erkennen, daß Massenmorde auf Siegerseite sehr bewußt unterschlagen wurden. Gustav M. Gilbert, der während des Nürnberger Prozesses für die psychische Betreuung der Angeklagten zuständig war, berichtet, wie sich Göring und andere über die vehementen Angriffe gerade des sowjetischen Hauptanklägers General Rudenko wunderten. Die Sowjetrussen hätten nicht nur gemeinsam mit den Deutschen Polen angegriffen und selber Massenverbrechen begangen, sondern den Nazis auch eigene Massenmorde in die Schuhe geschoben, womit Katyn gemeint war.

Das Problem des Umganges mit bis dahin nicht bekannten verbrecherischen Taten trat dann wieder im Prozeß gegen die

a es keine weltweite Bereitschaft gibt, das Gulagsystem genau so zu verdammen wie die Vernichtungslager im Dritten Reich, ist es nicht verwunderlich, daß Stimmen aufkommen können, die den sauberen Tod gegen den schmutzigen (als „natürlichen“) verteidigen. Die Verteidigung des sauberen Todes gehört ja mit zum aufklärerischen Denken.

Auschwitzschergen und gegen Eichmann auf. Wem fällt hier nicht das Eichmannbuch von Hannah Arendt ein, in dem sie den Begriff des Verwaltungsmassenmords<sup>2</sup> geprägt und in dem sie – unterstützt von Jaspers – die Einrichtung eines Internationalen Gerichtshofes für Verbrechen an der Menschheit gefordert hat. Eichmann sollte der erste Angeklagte dieses Gerichtes sein. Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen. Eichmann, der unter Verletzung von Völkerrecht nach Israel gebracht worden war, wurde nach Landesrecht zum Tode verurteilt

Seit dem Zerfall des kommunistischen Imperiums stehen wir vor ähnlichen Problemen. Zu Katyn hat es sich mittlerweile bekannt, ohne aber den Schuldigen einen Prozeß, wenn auch symbolischen, machen zu wollen. (Eigentlich müßte das, was im Nürnberger Prozeß unterschlagen wurde, noch einmal aufgenommen werden.) Das Gulagsystem ist seit Solschenizyns Büchern weltweit bekannt, von der Ausrottung der ukrainischen Bauern durch bewußt erzeugten Hunger wußte man bereits in den dreißiger Jahren. Doch wird dies alles soweit wie möglich unter den Teppich gekehrt, denn nichts sei so schlimm wie Auschwitz: der systematische Massenmord mit Hilfe von Chemikalien. Der Massenmord in den kommunistischen Systemen (bisher haben wir vom sowjetischen die beste Kenntnis, die Empörung über das chinesische steht uns noch bevor) gilt als weniger empörend. Warum? Wahrscheinlich liegt es daran, daß das Mordsy-

stem im Dritten Reich nach klareren Kriterien vorgegangen ist. Rasse ist etwas Eindeutigeres als Klasse. Im Dritten Reich gab es klare Rassenkriterien (reine Juden, Halbjuden, Vierteljuden etc.), während die Klassenzugehörigkeit im Sowjetsystem weniger klar formuliert war. Hinzukommt, daß die Kommunisten nie erklärt hatten, ein Adliger oder Bankier gehöre erschlagen, nein, nur sein Eigentum müsse eingezogen, verstaatlicht werden. Er selber könne ja seinen Klassenstandpunkt aufgeben und ein nützliches Mitglied der neuen Gesellschaft werden. Wenn er sich allerdings klassenfeindlich betätige, werde er bestraft, die Todesstrafe war nicht ausgeschlossen. Daß man als ehemaliger Klassenfeind heil davonkommen kann, wurde durch solche Figuren wie den Grafen Alexej Tolstoj immer wieder demonstriert.

Es gab auch keine eindeutige Politik der Ausrottung anderer Völker. Ukrainer starben massenhaft als Kulaken. Während des Zweiten Weltkriegs wurden Polen in den sowjetisch besetzten Gebieten massenhaft als notorische Adlige, das Pan-Volk, gen Osten transportiert, ihnen folgten die Balten. Die nächsten Transporte waren mit den angeblich mit den Deutschen kollaborierenden Völkern beladen, den Wolgadeutschen, Tataren, et cetera. Tausende von Menschen starben während dieser Eisenbahnfahrten.

Wie dies aussah, hat unter anderem Kapuscinski sehr anschaulich aus der Rück Erinnerung heraus, wie er in jungen Jahren 1939 die sowjetische Besetzung seiner Heimatstadt Pinsk erleben mußte, geschildert:

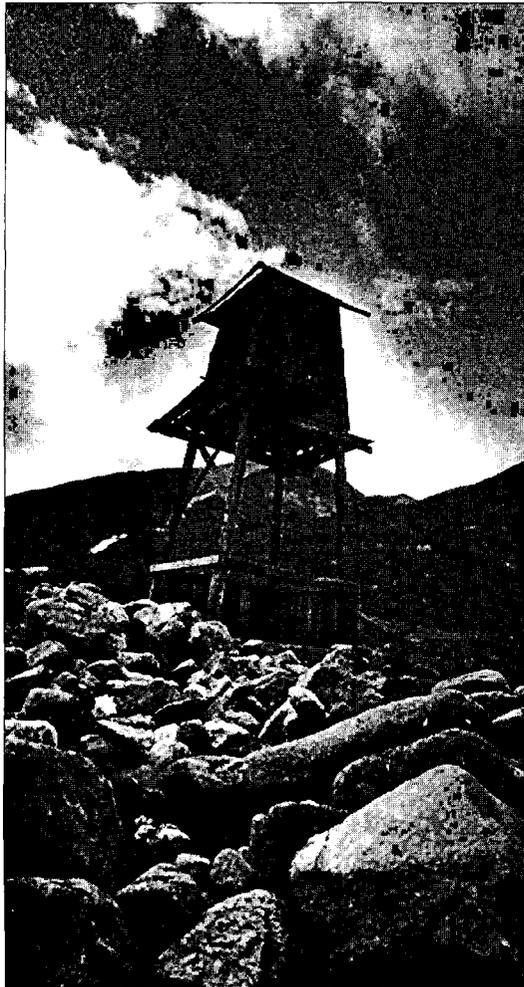
*„Ich sehe meinen Lehrer nicht mehr, gewiß ist er schon abtransportiert worden, denn die Transporte rollen einer nach dem anderen. Wir sitzen versteckt in den Büschen, und das Herz schlägt uns aus Angst und zugleich aus Neugierde bis hinauf in den Hals. Von den Abstellgleisen her sind Jammern und Weinen zu hören. Das Klagen wird immer lauter, durchdringender. Fuhrwerke holpern von Waggon zu Waggon. Die Menschen in den Waggonen legen die Leichen jener, die in der Nacht verhungert oder erfroren sind, auf die Fuhrwerke. Hinter den Fuhrwerken gehen vier vom NKWD, zählen und schreiben etwas auf. Sie zählen und schreiben, schreiben und zählen. Dann verschließen sie die Waggontüren. Die Türen müssen schwer sein, denn sie lassen sich offenbar nur mit Mühe zumachen. Sie laufen auf Schienen und kreischen erbärmlich. Die Männer umwickeln das Schloß mit Draht, den sie mit einer Zange festzurren. Jeder einzelne der vier prüft, ob sich der Draht auch nicht lösen läßt. Wir ducken uns starr vor Kälte und Aufregung in die Büsche. Die Lokomotive pfeift ein paar mal, und der Zug setzt sich in Bewegung. Als er schon weit entfernt ist, machen die vier kehrt und marschieren zurück zum Bahnhof.“<sup>3</sup>*

Und an anderer Stelle beschreibt er das Furchtbare, das sich auf Kolyma tat:

„Am 11 November 1931 faßt das ZK der KPdSU (B) den Beschluß, auf Kolyma einen Trust zur Förderung von Gold, Silber und anderen Metallen zu gründen Dalstroj. Drei Monate später läuft das Schiff Sachalin in die Nagajew-Bucht ein, auf dem sich der erste Direktor von Dalstroj, der lettische Kommunist und Direktor von Dalstroj, Eduard Bersin, befindet. Bersin ist damals 38 Jahre alt. Er wird noch fünf Jahre leben. Mit der Ankunft Bersins beginnt auch die Gehenna, die unter dem Namen Kolyma, so wie Auschwitz, Treblinka, Hiroschima und Workuta, in die Geschichte der schrecklichsten Alpträume der menschlichen Geschichte eingeht. In der russischen Alltagssprache wird der Name Kolyma allerdings auf seltsame Weise zu einem Trostwort. Wenn die Lage wirklich so schlimm, furchtbar, unerträglich ist, trösten die Russen einander: Verzag nicht, in Kolyma war es noch schlimmer. In der eisigen Wüste von Kolyma werden die Hände zur Arbeit benötigt. Daher ruft Moskau dort, zugleich mit Dalstroj, die Verwaltung der Nordöstlichen Arbeitserziehungslager (US-WITLag) ins Leben.“<sup>4</sup>

Und hierbei spielt wiederum das Transportwesen eine zentrale (mörderische) Rolle: Man hätte ein unübersehbares Heer von „Kulaken“ und anderen „Volksfeinden“ nach Kolyma schicken können, schreibt Kapuscinski bei einem Besuch dieser ehemaligen Todesregion,

„wäre da nicht der Flaschenhals des Transportes. Eine einzige Eisenbahnlinie führt nach Wladiwostok, und von dort fahren nur ein paar Schiffe bis zum Hafen Magadan. Auf diesem Weg werden in den nächsten 25 Jahren ohne Unterbrechung lebende menschliche Skelette aus dem ganzen Imperium nach Magadan gebracht. Lebende Skelette, aber auch bereits tote. Warlam Schalamow erzählt von dem Schiff Kim, das dreitausend Gefangene in den Laderäumen transportierte. Als diese revolutionierten, setzte die Begleitmannschaft die Laderäume unter Wasser. In Magadan kam ein riesiger Eisblock an. Ein anderes Schiff mit ebenfalls Tausenden von Häftlingen an Bord wurde vom Eis eingeschlossen. Es lief nach einem Jahr im Hafen ein – von den Häftlingen war keiner mehr am Leben. ... In die Transporte wurden Menschen gesteckt, die schon durch monatelange Haft, Untersuchungen, Hunger und Schläge entkräftet waren. Nun folgten Wochen der Qualen in überfüllten Viehwaggons, unbeschreiblichem Schmutz, bei quälendem Durst (sie bekamen nichts zu trinken). Sie wußten nicht, wohin sie fahren und was sie am Ende der Reise erwartete. Wer diese Gehenna überlebte, wurde in Magadan in ein riesiges Etappenlager gesteckt. Hier fand der Sklavenmarkt statt. Die Kommandanten der neben den Gruben untergebrachten Lager kamen und suchten sich die Häftlinge aus, die körperlich noch nicht völlig erledigt waren. Die höheren Kommandanten bekamen die Kräftigsten. Arbeitslager oder – wie sie Robert Conquest nennt arktische Todeslager gab es in Magadan und auf Kolyma insgesamt hundertsechzig. Die Insassen wechselten im Laufe der Jahre, doch zu jedem Zeitpunkt war in diesen Lagern eine halbe Million Menschen inhaftiert. Ein Drittel der Häftlinge starb an Ort und Stelle, andere verließen das Lager nach Verbüßen der Strafe



Wachturm in einem Arbeitslager des Gulag in Tschukota. Foto: J. Rakopow; Fotos zu diesem Artikel aus dem auf S. 68 besprochenen Band „Das Jahrhundert Rußlands“

de, müßte man mit einer viertel Million eigener Verbrecher rechnen. Wir, schreibt Solsche nyzyn wie Herling-Grudzinski berichtet – haben nach ihnen nicht gefahndet, sie nicht vor Gericht gebracht; wir fürchten uns, an ihren Wunden zu rühren. Für mich, führt Solschenyzyn weiter aus, ist es ein Rätsel, warum die Deutschen das Privileg erhalten haben, ihre Verbrecher zu bestrafen, und wir Russen nicht. Nach Herling-Grudzinski hat es seinen politischen Grund, daß nur Naziverbrecher verfolgt und verurteilt werden, denn die Sieger haben das Wort. Doch das sei nicht der einzige Grund, denn wenn es, erklärt Herling-Grudzinski,

„so etwas wie ein Weltgewissen gibt, muß es krank sein. Dreißig Jahre nach dem Krieg sind die Deutschen, die einzigen Schuldigen unserer Geschichte, ständig ein Pflaster für das kranke Weltgewissen. Sie werden noch lange nicht aufhören, es zu sein, denn es bestehen wenig Aussichten, daß das Weltgewissen zu einer relativen Gesundheit zurückkehr.“<sup>6</sup>

als körperliche oder seelische Krüppel. Wer Magadan und Kolyma überlebte, war nicht mehr derselbe wie vorher.“<sup>5</sup>

Niemand argumentiert, daß von die sen Massenmorden ein ganzes Volk, ja ganze Völker Kenntnis gehabt haben müssen, denn an den Transporten waren ja Tausende von Menschen beteiligt, nicht nur die Lokführer, die in der deutschen Diskussion eine so wichtige Rolle gespielt haben. Aber wieder ließe sich der Einwurf machen, es sei ja nicht ausgemacht gewesen, daß man wirklich in den Tod fuhr. Man kam zwar, soweit man den Transport lebend überstand, in furchtbare Lager, wurde aber nicht sofort getötet, etwa in einer Gaskammer. Es wurde auf den „natürlichen Tod“ gesetzt. Daß die Zahl der in den Lagern Verstorbenen riesengroß ist, mag die internationale Öffentlichkeit zwar berühren, aber es erschüttert sie nicht.

Solschenyzyn hat, wie Herling-Grudzinski am 20. März 1973 in seinem Tagebuch notiert, einmal erklärt, daß in der Bundesrepublik fast 8600 Naziverbrecher gerichtlich verurteilt worden seien. Und alle fänden, es seien zu wenig. In Rußland käme man dagegen auf etwa zehn Personen. Wenn man die 8600 Naziverbrecher in östliche Proportionen übersetzen wür-

Gesundheit zurückkehr.“<sup>6</sup>

Aber vielleicht gibt es noch einen weiteren Grund, vielleicht glaubt man, man dürfe die Opfer des Sowjetsystems angesichts dessen, daß sie auf „menschliche Art“ starben, vergessen. Und da es keine weltweite Bereitschaft gibt, das Gulagssystem genau so zu verdammen wie die Vernichtungslager im Dritten Reich, ist es nicht verwunderlich, daß Stimmen aufkommen können, die den sauberen Tod gegen den schmutzigen (als „natürlichen“) verteidigen. Die Verteidigung des sauberen Todes gehört ja mit zum aufklärerischen Denken. Guillotin war von ihm durchdrungen, und mit aufklärerischen Argumenten wurde seine Erfindung verteidigt. Die zu Tode Verurteilten wurden endlich nicht mehr, hieß es, auf dem Markt in furchtbaren Qualen oder auch mit dem Strick hingerichtet.

So führen wir eine verquere Diskussion, weil wir uns vom Erscheinungsbild und alten Erfahrungen leiten lassen und davon nur ungern abgehen. Wir wollen immer noch einzelne für die Untaten an den Pranger stellen (in Polen scheint man allerdings auch dies aufgegeben zu haben; so mancher von den Dissidenten entblödet sich nicht, Jaruzelski als den Retter darzu-

stellen) und höchstens abstrakt zugeben, daß es sich hier um einen neuen Typ des Verbrechens handelt, den des Verwaltungsmassenverbrechens, in dem der Verwaltungsmassenmord einen Sonderfall darstellt. Um diesem neuen Typ auf die Spur kommen zu können, müssen wir uns mit Akten etwa mit Gestapoakten, Stasiakten, KGB-Akten, Kominternakten – beschäftigen (und daher Sorge tragen, daß sie nicht vernichtet werden). Ihre Aufdeckung und offene Durcharbeitung wäre der wirkliche Akt der Gerechtigkeit. Es wäre die Gerechtigkeit der Vergangenheit, der Erinnerung gegenüber. Das einmal zugefügte Leid läßt sich zwar nicht wiedergutmachen, genauso wie die Erschlagenen erschlagen bleiben, aber das bedeutet nicht, daß wir nicht verpflichtet sind, ihnen Gerechtigkeit zukommen zu lassen, für sie Recht zu sprechen.

**E**rinnern wir uns an die Auseinandersetzung zwischen Benjamin und Horkheimer über die Abgeschlossenheit oder Unabgeschlossenheit der Geschichte. Sie entzündete sich an der Behauptung, die Benjamin in seinem Aufsatz über Eduard Fuchs aufgestellt hatte, daß das *Werk der Vergangenheit* für den historischen Materialisten keineswegs abgeschlossen sei.<sup>7</sup> Damit konnte sich Horkheimer nicht einverstanden erklären. In einem Brief an Benjamin erläuterte er den Grund:

„Über die Frage, inwieweit das *Werk der Vergangenheit abgeschlossen ist*, habe ich seit langem nachgedacht. Ihre Formulierung mag ruhig so stehen bleiben, wie sie ist. Persönlich mache ich das Bedenken gelten, daß es sich auch hier um ein nur dialektisch zu fassendes Verhältnis handelt. Die Feststellung der Unabgeschlossenheit ist idealistisch, wenn die Abgeschlossenheit nicht in ihr aufgenommen ist. Das vergangene Unrecht ist geschehen und abgeschlossen. Die Erschlagenen sind wirklich erschlagen. Letzten Endes ist Ihre Aussage theologisch. Nimmt man die Unabgeschlossenheit ganz ernst, so muß man an das Jüngste Gericht glauben. Dafür ist mein Denken jedoch zu materialistisch verseucht. Vielleicht besteht in Beziehung auf die Unabgeschlossenheit ein Unterschied zwischen dem Positiven und dem Negativen, so daß das Unrecht, der Schrecken, die Schmerzen der Vergangenheit irreparabel sind. Die geübte Gerechtigkeit, die Freuden, die Werke verhalten sich anders zur Zeit, denn ihr positiver Charakter wird auch durch die Vergänglichkeit weitgehend negiert. Das gilt zunächst im individuellen Dasein, in welchem nicht das Glück, sondern das Unglück durch den Tod besiegelt wird. Das Gute und Schlechte verhalten sich nicht in gleicher Weise zur Zeit. Auch für diese Kategorien ist die diskursive Logik daher unzugänglich.“<sup>8</sup>

Benjamin hatte diesen Brief sofort beantwortet, jedoch auf diplomatische Weise. Die eigentliche Antwort hatte er im Manuskript zum *Passagenwerk* versteckt,

wo er die eben zitierte Stelle aus Horkheimers Brief anführt und als Kommentar hinzufügt:

„Das Korrektiv dieser Gedankengänge liegt in den Überlegungen, daß die Geschichte nicht allein eine Wissenschaft, sondern nicht minder eine Form des Eingedenkens ist. Was die Wissenschaft festgestellt hat, kann das Eingedenken modifizieren. Das Eingedenken kann das Unabgeschlossene (das Glück) zu einem Abgeschlossenen und das Abgeschlossene (das Leid) zu einem Unabgeschlossenen machen. Das ist Theologie; aber im Eingedenken machen wir eine Erfahrung, die uns verbietet, die Geschichte grundsätzlich atheologisch zu begreifen, so wenig wie wir sie in unmittelbar theologischen Begriffen zu schreiben versuchen dürfen.“<sup>9</sup>

Man könnte auch sagen, erst im Eingedenken üben wir Gerechtigkeit, denn die Vergangenheit, um es noch einmal in Benjaminschen Worten auszudrücken, führt einen heimlichen Index mit, durch den sie auf die Erlösung verwiesen wird; wir sind gleichsam von den *gewesenen Geschlechtern auf der Erde erwartet worden*.<sup>10</sup>

Dies betrifft aber nicht nur die Erschlagenen, sondern all diejenigen, denen in den vergangenen, eigentlich noch ganz gegenwärtigen, aber so großzügig verdrängten Jahrzehnten Leid angetan worden ist, dieses tausendfache, verschiedenartigste Leid, bei dem sich die Täter immer wieder auf Paragraphen, Vorschriften oder mündliche und fernmündliche Mitteilungen und Anordnungen berufen können, wodurch es nur festlegbar ist, wenn es in seiner Mickrigkeit, Banalität, die aber allgegenwärtig war, aufgedeckt wird, wenn die Flut von Denunziationen, die brutalen Eingriffe in den Bildungsweg derjenigen, die sich nicht unterordnen wollten, die Zensureingriffe in Mitteilungen über Mißstände, Unglücksfälle, Katastrophen etc. konkret aufgezeigt werden.

Dieser Gerechtigkeit kann aber kein Akt des Rechts folgen, denn so viel Unrecht läßt sich konkret nicht sühnen.

**D**ie Folgen, wenn sich die Elite eines Landes entscheidet, die Vergangenheit, die schmerzvolle, ruhen zu lassen wie sie es in den meisten ehemaligen realsozialistischen Ländern getan hat – kann man bereits heute erkennen. Immer mehr Menschen verklären das kommunistische System. In ihm wäre es ihnen besser ergangen, geben sie mündlich und auch symbolisch bei den Wahlen – kund. Und wenn man ihnen entgegenhält, wie groß die Zahl der Menschenrechtsverletzungen gewesen sei, erwidern sie sofort, das sei eine Übertreibung, im Westen sähe es ebenfalls nicht rosig aus. Bei der Nennung von konkreten Fällen, etwa der Ermordung des Priesters Popieluszko,

werden sie darauf verweisen, da sei vieles unklar, es sei die Tat von Fanatikern gewesen. Daß die gegenseitige Denunziation nicht nur staatlich sanktioniert war, sondern ein wesentliches Element des Systems darstellte, läßt sich in den meisten Ländern nicht durch konkrete Fälle belegen, denn die Akten sind verschlossen. Ihre Zahl läßt sich nur ahnen, seitdem die Akten aus Smolensk, die in Washington in der Library of Congress liegen, und die in den Stasi-Archiven zugänglich sind. Natürlich muß man immer das Argument vernehmen, es handle sich hier um Archive eines besonders eifrigen Sicherheitsdienstes. Dagegen ließe sich allerdings einwenden, daß in Polen in den achtziger Jahren mehr Menschen aus politischen Gründen ums Leben gekommen sind als bei dem sogenannten ostdeutschen Musterschüler. Offiziell sind es über hundert Personen, inoffiziell wird eine höhere Zahl genannt.

Das Ruhen-Lassen der Vergangenheit zeugt auch fatale politische Folgen, denn bis in die höchsten Spitzen wird man sich nicht klar, daß das menschenverachtende Kommandosystem auf vielen Ebenen fortgesetzt wird, daß Demokratie nicht einzig auf Parteienwahlen beruht und sie vor allem nicht funktionieren kann, wenn man sie nicht gegen undemokratische Systeme im konkreten Fall gegen das realsozialistische – abgrenzt.

Man stelle sich vor, in der Bundesrepublik hätte es keine Entnazifizierung, keine Prozesse gegen Nazi-Verbrecher, keine Erforschung des Nazi-Alltags gegeben. Auch wenn man all das als unvollkommen hinstellen kann, so muß man doch sehen: ohne dies wäre es nicht zu der recht gefestigten demokratischen Ordnung gekommen. Natürlich ist diese immer wieder gefährdet, aber so wie die NPD sind auch die Republikaner von der Bühne verschwunden, und Gysi ist nicht so wie Kwasniewski in Polen Vizkanzler geworden. ■

1 Vgl. G. M. Gilbert, Nürnberg Tagebuch. Gespräche der Angeklagten mit dem Gerichtspsychologen, Frankfurt/Main 1962, S. 137–138 und anderswo.

2 Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, Reinbek 1978, S. 17–22 und anderswo.

3 Ryszard Kapuscinski, Imperium. Sowjetische Streifzüge. Aus dem Polnischen von Martin Pollack, Frankfurt/Main 1993, S. 24.

4 Ebenda, S. 263 f.

5 Ebenda, S. 264 ff.

6 Gustaw Herling-Grudzinski, Dziennik pisany noca (1973–1979), Paris 1980, S. 74. (von mir ins Deutsche übertragen).

7 Vgl. ebenda, Bd. 2, 2, S. 467

8 Ebenda, Bd. 2, 3, S. 467

9 Ebenda, Bd. 5, 1, S. 589.

10 Ebenda, Bd. 1, 2, S. 693 f.

# Boris der Schreckliche, ein russischer Luftballon

Erhard Stöltig



**D**er Preis des tschetschenischen Abenteuers liegt noch nicht fest, aber er ist schon jetzt extrem hoch. Die Verluste der russischen Armee sind höher, als die russische Propagandamaschine es auf Jahre hinaus zugeben wird. Unter der Zivilbevölkerung Grosnyjs haben die russische Luftwaffe und Artillerie barbarsch gewütet. Daß dahinter vielleicht nicht der Versuch eines Genozids, sondern skrupellose Unfähigkeit stehen könnte, verändert die Ergebnisse nicht. Grosnyj wurde so gründlich verwüstet als ob es Hauptstadt eines Todfeindes wäre, nicht aber die einer abtrünnigen Provinz, die man wiedergewinnen will. Auf Jahrzehnte wird Rußland nicht imstande sein, den Schaden, den es angerichtet hat, zu reparieren.

Dabei befindet sich Rußland selbst momentan wirtschaftlich in einem ungebremsten Sturzflug. Es kann sich diesen Genozid nicht einmal finanziell leisten. Die schlecht ausgebildeten und schlecht gerüsteten Soldaten überwandern die tschetschenischen Kämpfer nur dank ihrer Menge. Die Tschetschenen kämpften mit dem Mut von Menschen, die sich im Recht wissen und die erkannt haben, daß sie ohnehin sterben werden. Das Wort von der „Liquidierung“ – diesmal der „tschetschenischen Banden“ – das seit Stalin selten geworden war, ist von Jelzin und seinem Verteidigungsminister Gratschow wieder in die politische Sprache zurückgebracht worden. Es gibt keine Anzeichen, daß sich der Sinn seither geändert hätte. Den tschetschenischen Kämpfern standen halbe Kinder gegenüber, die von ihrer patriotischen Regierung in den Tod gehezt wurden. Selbst die Generäle Gromow und Lebed, die weiß Gott keine liberalen Demokraten sind, kritisierten dieses Massaker, das in ihren Augen in einem verbrecherischen Maße dilettantisch war. Die russische Regierung war also bereit, nicht nur die wirtschaftliche Kostenseite zu vernachlässigen, es war ihr offenbar auch egal, wie viele Russen getötet wurden.

Innenpolitisch hat die Invasion Tschechien die politischen Gewichte in Rußland dramatisch verschoben. Jelzin hat all jene Anhänger verloren, die ihm bislang jedem bedrückenden Augenschein zum Trotz durch dick und dünn gefolgt sind; die Begeisterung, die er noch zu Beginn des Jahrzehnts geweckt hatte, war zwar längst verfliegen, er galt aber noch immer als das kleinere Übel. Jetzt haben sich alle, die auf eine demokratische Entwicklung gehofft hatten, abgewendet. Das trifft sowohl auf Gaidar zu, der in der Hoffnung auf eine monetäre Gesundung Rußland eine Robkur verordnet hatte, wie auf jene, die primär die Menschenrechte im Auge hatten.

Statt bei radikalen oder gemäßigten Reformern, radikalen oder gemäßigten Demokraten hat Jelzin Unterstützung nur noch im schrillen rechtsextremistischen Lager, allen voran bei dem psychopathischen Führer Shurinowsky. Die Putschisten von 1991 drängen zurück an die Macht, und Jelzin hat, solange er sich die Hände blutig macht, ihre vorläufige Unterstützung. Aber geliebt wird er nicht. Keiner wird ihm seine Rolle während des Putsches von 1991 und seine Demütigung des nationalistischen und kommunistischen Lagers im Herbst 1993 vergessen. Jelzin hat alle Bodenhaftung eingebüßt und ist zum politischen Luftballon geworden.

In den umliegenden Ländern haben sich die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Jelzin hat in seiner Neujahrsansprache den Willen verkündet, alle Russen auf

\* Was soll's... 1993 habe ich das Gleiche mitten in Moskau gemacht... und alle Welt hat applaudiert!

dem Gebiet der ehemaligen UdSSR zu schützen. Vor zwei Jahren wäre noch eine andere Lesart dieser Ankündigung denkbar gewesen: Die russische Regierung könnte sich ja bei eklatanter Diskriminierung von Russen an die internationale Öffentlichkeit wenden oder diskreten wirtschaftlichen Druck ausüben. Jetzt gibt es zu Recht oder Unrecht nur eine Interpretation dieser Ankündigung: Es war die Drohung mit der tschetschenischen Lösung.

Unmittelbar bedroht fühlen müssen sich Estland und Lettland mit ihrem hohen Anteil russischer Bevölkerung. Bedroht sind aus dem gleichen Grunde die Ukraine, Moldova und Kasachstan. Wieweit Jelzin gehen wird, sollte er für kurze Zeit seinen Sturz vermeiden können, ist nicht absehbar. Ohne die Unterstützung der nationalistischen Extremisten wird er fallen.

Allerdings gibt es auch Faktoren, die die Gefährlichkeit dieser Situation kurzfristig abschwächen. Daß die russische Bevölkerung, Meinungsumfragen zu Folge gegen den Krieg ist, hat zwar wenig zu bedeuten. Sie wird im Notfall kuschen. Wichtiger ist die wirtschaftliche Misere. Rußland hat noch große Rohstoffreserven, die es schon vor seinem Weg ins Abenteuer billig verscherbelt hat, um wenigstens den wichtigeren Staatsfunktionären und Geschäftemachern ein gutes Le

ben zu sichern. Aber die wissenschaftlich-technische Basis ist zu großen Teilen zerstört, die Produktion steht weitgehend still. Was Rußland in dieser Situation so besonders gefährlich macht, sind Altlasten: unsichere Atomkraftwerke, herumliegendes Plutonium, der Waffenhandel, Rauschgift und eine marode Armee, die nur noch Flächen bombardieren kann.

Was aber hat Rußland zu vermitteln? Die Expansion nach Osten war immer, auch unter Stalin, mit der zivilisatorischen Mission des russischen Volkes begründet worden. An großtechnologischer Effektivität waren die Völker des Kaukasus oder Mittelasiens Rußland im 19. Jahrhundert auch wirklich unterlegen. Bis vor kurzem wurde diese Überlegenheit dort wo sie bestanden hatte, unter den muslimischen Völkern auch zugegeben. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Jelzins neuer Verbündeter hat es offen verkündet: Die historische Mission Rußlands sei die Ausplünderung der Nachbarn. So haben es die ererbenden Russen des 19. Jahrhundert nie gesagt, und die Kommunisten hatten zumindest eine welthistorische Mission, die auch viele Nichtrussen begeisterte. Noch der Einmarsch in Afghanistan konnte immerhin propagandistisch mit der Illusion verbrämt werden, daß Teile der afghanischen Bevölkerung im Interesse des Sozialismus und gegen den muslimischen Fundamentalismus die Eindringlinge unterstützen würden. Für die Eroberung Tschetscheniens fehlen selbst die käuflichen Dichter.

**D**ie Trübseligkeit des russischen Masakers läßt immerhin zwei Interpretationen dieser Intervention zu. Die erste könnte behaupten, daß etwas anderes gemeint war und daß die Aktion überraschenderweise schiefging: irren ist menschlich. Die zweite Interpretation würde den scheinbaren Irrtum erklären müssen.

Die Beobachtung, daß der tschetschenische Präsident Dudajew eine Mischung von unabhängigem Operetten- und Schieberstaat errichtet hatte, konnte vielleicht dazu verleiten, seine Regierung für labil zu halten. Eine geschickte Politik der Domestizierung Tschetscheniens könnte die innere Opposition insgeheim stützen und schließlich einen gefügigen und populären Tschetschenen inthronisieren. Allerdings zeigte sich schon 1994, daß das Holz aus dem die tschetschenische Opposition geschnitzt war, eher noch knorriger

war als Dudajew. Der war immerhin intelligent. Die Opposition war auch mit massiver russischer Hilfe nicht imstande, Dudajew zu stürzen. Es war daher vorhersehbar, daß im Falle einer Invasion die internen Spaltungen der Tschetschenen unwichtig würden. Kein ehrenhafter Tschetschene will als Verräter gelten. Die Hoffnung, durch ein „chirurgisches“ Vorgehen die Lage für Rußland zu wenden, scheiterte an der militärischen Unfähigkeit. Kompetente Militärs hätten das sofort gewußt. Gratschow der unter Kollegen nie als sonderlich helle galt, wußte es nicht. Es blieb nur das Massaker.

Eine Zeitlang sah es so aus, als könnte eine geschickte, unspektakuläre, wenn auch skrupellose Diplomatie das Ziel erreichen, Tschetschenien zur Rückkehr nach Rußland zu bewegen. Eine Zeitlang schien Rußland nichts zu tun und abzuwarten, bis sich die Dinge in die ge-



wünschte Richtung entwickeln würden. Die russische Politik gegenüber den abgespalteten Territorien erweckte so den Eindruck von Amoralität, aber Intelligenz. Dosierte und möglichst heimlich wurden die jeweiligen Oppositionsbewegungen unterstützt, so daß sich Konflikte in den ehemaligen Sowjetrepubliken verschärften. Rußland bot dann seine unparteiische friedensstiftende Hilfe an, um die schrecklichen Folgen zu mildern. Der Trick sah so gut aus, daß die Regierung den Versuch unternahm, ihre auf dem Gebiet der GUS operierenden Truppen mit Blauhelmen auszustatten. Es bestand die Hoffnung, daß die ehemaligen Sowjetrepubliken schließlich im wohlverstandenen wirtschaftlichen und existenziellen Eigeninteresse auf die GUS und auf deren stärkere Integration hin konvergieren würden.

Zu derartigen Strategien sind traditionsreiche und eingespielte politische Ap-

parate in der Lage. Die außenpolitischen Agenturen der westlichen Regierungen zum Beispiel sind auf dem Balkan wahrscheinlich viel weniger hilflos, als sie zu sein vorgeben; es geschieht dort möglicherweise etwa das, was sie sich wünschen, aber nicht öffentlich sagen können. Rußland unterstützte die Serben etwas offener, aber noch immer unspektakulär. Das politische und administrative Personal, das die Weltmacht diplomatisch gesteuert hatte und zuweilen horrenden Fehler der alten Herren im Politbüro auszubügeln hatte, war ja noch da.

Schließlich gab es handfeste wirtschaftliche Interessen Rußlands. Es gibt in Tschetschenien Erdöl. Der Verkauf von Erdöl aber ist eine der wenigen Geldquellen, auf die Rußland noch zurückgreifen kann. Es gibt keine gewalttätige „Menschenrechtsaktion“ zu der mächtige Staaten gegenüber schwächeren nicht bereit wären, wenn es Erdöl gibt. Schließlich ist da die Frage der strittigen Pipeline. Sollte sie durch Tschetschenien oder durch den Iran zum Mittelmeer führen? Der Zugriff auf diese Pipeline bedeutete unmittelbar regionale Macht. Das Käfiggleichgewicht der Region war davon abhängig, ob sie über Tschetschenien oder über den Iran führte. Was aber nützte Rußland eine tschetschenische Pipeline, wenn sie exterritorial wäre und wenn Dudajew an ihr Geld verdiente, ohne mit Moskau zu teilen?

Die Invasion in Tschetschenien zeigt aber, daß diese Deutung russischer Skrupellosigkeit die Intelligenz der russischen Führung überschätzt hat. Die russische Präsidialpolitik hat offenbar eine eigentümliche irrationale Dynamik gewonnen. Sie wäre schon sehr viel früher erkennbar gewesen, hätte man die deutlichen Zeichen illusionsfreier gelesen.

**D**er durch den Sieg gegen die Putschisten vom August 1991 ausgelöste Enthusiasmus färbte die Wahrnehmung der folgenden Entwicklungen ein. Daß Jelzin den geretteten sowjetischen Präsidenten Gorbatschow gnußvoll öffentlich demütigte, entsprach der Stimmung unter den Demokraten. Gorbatschows öffentliches Image hatte sich seit 1987 in Rußland verdunkelt. Seine ursprüngliche Vision eines demokratisierten und reformierten Sozialismus, zeigte den Demokraten, daß er verstockter Kommunist war. Zwar nahm er Schritt für Schritt von seinen ursprünglichen Vorstellungen Abschied, aber sein Zögern und sein Widerwille, die vor jedem Kompromiß erkennbar wurden, verstärkten sein Bild als ekelhafter Diktator. Schließlich waren es aber

gerade der Realismus und die Kompromißfähigkeit, die Gorbatschows schlechter Charakter der demokratischen Öffentlichkeit in Rußland endgültig deutlich machten und in Jelzin eine charismatische Kontrastfigur schufen. Jelzin nämlich war nie kompromißbereit. Er wollte alles Gute ohne Abstriche, auch wenn nicht immer klar war, was er darunter verstand. Die blutigen Übergriffe und Bedrohungen im Baltikum und in Transkaukasien, die Gorbatschow zumindest mitzuverantworten hatte, prägten sein Bild als zweiter Stalin. Jelzin schlug sich, ohne zu zögern, auf die richtige Seite.

Jelzin galt nun als der persönliche Garant des politischen und wirtschaftlichen Umbaus. Tatsächlich unterstützte er die Demokraten und jene, die den kapitalistischen Umbau der Wirtschaft wollten. Wo er Kompromisse einging oder weniger entschlossen schien, war es fast immer möglich, Taktik zu unterstellen oder den Wunsch, die innergesellschaftlichen Konflikte nicht eskalieren zu lassen. Sein Prestige hatte den Zenit erreicht.

Es machte nur wenige stutzig, daß Jelzin nach dem Putsch von 1991 keine Partei gründete, um sich eine politische Basis zu verschaffen. Er verstand sich ausdrücklich als Präsident aller Russen und wollte nicht nur einer Fraktion sein Mandat verdanken. Daß diese Mentalität nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar war, wollte niemand recht wahrhaben. Jelzins Untätigkeit erschien nicht als Ausdruck einer diktatorischen Gesinnung, sondern als verzeihliche Nachlässigkeit eines guten Menschen. Auch die Demokraten gewöhnten sich daran, die politischen Auseinandersetzungen als Kampf um die Macht zu verstehen und nicht als Kampf um Wählerstimmen. Demokratie herrschte dann, wenn die Demokraten herrschten, oder der oberste Demokrat, also Jelzin. Daß es in demokratischen Staaten auch widerliche politische Gegner geben muß, war nicht plausibel. Die Gegner der Demokraten waren Antidemokraten und hatten daher in der Demokratie nichts zu suchen. Unglücklicherweise waren sie im Parlament stark vertreten.

Bis zum Sturm aufs Parlament im Herbst 1993 wurde deutlich, daß nicht nur die alten Kader, die Stalinisten, das Militär, die Nationalisten, die Rechtsextremisten und so fort ein eher instrumentelles Verständnis einer demokratischen Staatsorganisation hatten, sondern vor allem auch der Präsident selbst. Das gleiche Parlament, das 1991 den Putschisten getrotzt hatte und das Jelzin zunächst als russischen Präsidenten gewählt hatte, galt nun zunehmend als undemokratisch. Sicherlich war es nicht unter lupenreinen Umständen gewählt worden. Immerhin

s machte nur wenige stutzig, daß Jelzin nach dem Putsch von 1991 keine Partei gründete, um sich eine politische Basis zu verschaffen. Er verstand sich ausdrücklich als Präsident aller Russen und wollte nicht nur einer Fraktion sein Mandat verdanken. Daß diese Mentalität nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar war, wollte niemand recht wahrhaben.

aber galten diese Wahlen zu ihrer Zeit als die demokratischsten in Rußland seit dem Frühjahr 1917. Dieses Parlament hatte Jelzin das erste Mal knapp zum Präsidenten gewählt, und es hatte den Putschisten im August 1991 getrotzt. Jelzin begann es zu bekämpfen, sobald es widersprach. Tatsächlich verschärfte sich der Konflikt zwischen Präsident und Parlament in den Jahren 1992 und 1993 zunehmend. Daß in diesem Parlament Nationalisten, Direktoren von Staatsunternehmen, alte Kommunisten et cetera vorherrschten, legitimierte auch für die Demokraten den Kampf, als ob diese Kräfte nicht auch russische Gesellschaft repräsentierten. Die Demokraten unterstützten die Akkumulation von diktatorischer Macht beim Präsidenten, weil sie ihn für einen Demokraten hielten. Daß sie damit die eigene Existenzbasis untergruben, übersahen sie. Jelzin deklarierte die Verfassung zu einem wertlosen Fetzen kommunistischen Papiers, als sich das Parlament darauf berief. Als der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, den Jelzin selbst eingesetzt hatte, nicht genehme Entscheidungen fällte, war die Verfassungsergänzbarkeit am Ende.

Die diktatorischen Züge Jelzins wurden für Außenstehende offenkundig. Er hatte nicht nur den Traum, das russische Volk unmittelbar zu repräsentieren. Er verhielt sich entsprechend. Wer ihm widersprach, verlor sein Amt, seinen Zugang zum Präsidenten allerdings noch nicht sein Leben. Aber es war klar, daß er dem Präsidenten nun als Feind galt. Der Konflikt mit dem Parlament endete mit einer bra-

chialen Zerstörung sowohl des Gebäudes wie der Legitimität irgendeiner bestehenden oder künftigen staatsrechtlichen Ordnung in Rußland. Die Neuwahlen nach der Zerstörung des alten Parlaments brachten ein neues, in einer eher noch konservativeren Zusammensetzung.

Wer Jelzins autobiographische Texte las, konnte seine auch für große Männer extreme Egozentrik wahrnehmen. Sie enthielten keine Reflexionen über die russische Politik, die russische Geschichte oder die künftige gesellschaftliche Entwicklung. Ihr Thema war Jelzin, die Kränkungen, die man ihm angetan hatte, die kühnen Entschlüsse, die er gefaßt hatte, die Hindernisse, die ihm Feinde und Verräter in den Weg legten, und die Treue seiner Paladine. Die Botschaft war die Größe Jelzins. Wer nach irgend einem historischen oder politischen Motiv für die Auflösung der Sowjetunion suchte, fand nur den Zweikampf Jelzins mit Gorbatschow. Der russische Präsident sah keine andere Möglichkeit, sich des verhaßten Feindes zu entledigen und Erster zu werden, als durch die Auflösung der Sowjetunion.

Wie andere große charismatische Staatsmänner liebte Jelzin die platte Alltagsarbeit weniger als die großen symbolischen Akte. Er war keiner, den Gesetzentwürfe, Akten, Details und solcherlei mehr interessierten. Politische Konzepte waren etwas für kleine Persönlichkeiten. Der wahre Staatsmann hat es mit großen Worten, Gesten und Staatsbesuchen zu tun. Sobald der politische Alltag in Rußland einzukehren schien, wurde Jelzin daher lethargisch. Er brauchte Gegner, die er bekämpfen und überwinden konnte, und er brauchte Krisen, in denen er politisch aktiv werden konnte.

**W**ichtiger noch war, daß Jelzin auf Kosten erst des Parlaments und regionaler Strukturen und dann seiner eigenen Regierung zunehmend Macht akkumulierte. Kaum jemand wurde argwöhnisch, obwohl die Methoden für Diktaturen im Aufbau typisch waren. Jelzin schuf in den Regionen Parallelstrukturen, um örtlichen Widerstand zu brechen. Die Parallelstrukturen unterstanden ihm direkt. Die Folge war entweder Kompetenzwarr oder strukturelle Entdifferenzierung. Da Jelzins Leute mindestens ebenso korrupt waren wie die Administratoren vor Ort, bedeutete diese Entdifferenzierung eine teilweise Fusionierung von Mafiastrukturen und Staatsapparat. Steuerbar waren die neuen Strukturen ebensowenig wie die alten. Das Resultat war ein Durcheinander, das die Korruption ausbrütete und angesichts dessen es verwunderlich ist, daß überhaupt noch Einrichtungen in Rußland funktionierten.

Dem realistischen Eindruck eines Zerfalls wurde mit dem unrealistischen Mittel einer formellen Zentralisierung der Macht entgegengearbeitet. Auf der zentralen Ebene schuf Jelzin Parallelstrukturen zur Regierung durch eine Fülle beratender Gremien, die von ihm direkt abhingen und der Regierung ins Handwerk pfuschten. Ganz zu Anfang entstammten viele Berater dem demokratischen Lager. Wer allerdings widersprach, flog; und das verminderte den Anteil der Demokraten im Umkreis Jelzins ständig. Viele Berater waren allerdings auch alte Kumpel aus Jelzins vordemokratischer Zeit als barocker Parteisekretär in Swerdlowsk. Sie standen ihm offenbar persönlich näher, und außerdem widersprachen sie nicht und wußten, was zu tun war. Was ihn heute umgibt, vor allem sein seit 1993 bestehender „Sicherheitsrat“ im Volksmund das „Politbüro“ genannt, ist in der Tat ein weitgehend homogener Kreis. Mitglied darin ist etwa Oleg Lobow der seit zwanzig Jahren, also seit Swerdlowsk, Trabant Jelzins ist. Der Sturm aufs Parlament war wahrscheinlich seine Idee. Malerischer noch ist Aleksandr Korshakow der Chef der Leibwache, der zugleich die Moskauer Abteilung des FSK, des ehemaligen KGB kontrolliert. Er fordert inzwischen schon Korrekturen der Wirtschaftspolitik. Seine Truppe hatte unmittelbar nach dem Beginn des Sturms auf Grosnyj die Filiale der Most-Bank im Gebäude der Moskauer Stadtregierung ungestört geplündert. Seit Iwan dem Schrecklichen hat keine Leibwache des Zaren mehr so nachhaltig in die wirtschaftlichen Abläufe eingegriffen.

Natürlich ist Jelzin von seiner Umgebung abhängig. Jeder Politiker braucht Berater. Und ein Politiker, der Widerspruch nicht duldet, hat eben Berater, die nicht widersprechen. Berater, die nicht widersprechen, haben meist subtilere Mittel, den Chef zu beeinflussen. Aber die Realität rückt in respektvolle Ferne, wo der Widerspruch fehlt. Die Qualität der Berater sinkt, ihre Skrupellosigkeit nimmt zu, der Chef freut sich über Schmeichelei. Die Strukturen, die dann entstehen, sind nicht so sehr byzantinisch als spätrömisch.

Das Argument Präsident Jelzins, Verteidigungsminister Gratschows und aller anderen Vertreter der Kriegspartei, es gehe nur darum, ein kriminelles Gebilde zu beseitigen und Ordnung zu schaffen, ist geradezu grotesk. Ein staatliches Wirrwarr wie unter Jelzin ist kein begehrtes



wertiger Exportartikel. Die Korruption hat sich längst bis in seinen engsten Kreis vorgefressen, seine allmächtigen Bodyguards bestimmen weitgehend die Grundlinien der äußeren, inneren und ökonomischen Politik und agieren ohne rechtliche Restriktionen – in jener Grauzone, in der das Interesse am persönlichen Machterhalt und das am persönlichen Reichtum ununterscheidbar werden.

Innenpolitisch hat Jelzin die Unterstützung der Demokraten endlich eingeübt. Aber die erwarten schon wieder angstvoll den Putsch. Ob Jelzin Shirnowskijs Anhängererschaft einfach beerben kann, ist mehr als zweifelhaft. Jene Opposition, die Jelzin mit dem Artilleriefeuer aufs Parlament zu erledigen hoffte, und die doch Teil der russischen Gesellschaft ist, wird Jelzin auch nicht auf seine Seite ziehen. Letztlich bleiben ihm allenfalls jene politisch wenig festgelegten, aber irgendwie national gesonnenen provinziellen Teile

der Bevölkerung, die sich in Meinungsumfragen eher konservativ zu äußern pflegen und sich gerne durch kontrollierte Medien steuern lassen. Als Machtbasis sind derartige Mehrheiten unzuverlässiger als Flugsand.

Zwar kann niemand mehr Jelzin und seine Kamarilla von Geschäftemachern und Geheimdienstlern der zweiten Garnitur kontrollieren. Aber auch er kontrolliert nichts mehr. Er kann noch Unheil anrichten, politischen und gesellschaftlichen Rückhalt hat er kaum noch. Die Zeit des pittoresken Schluckspechts geht zu Ende, nachdem er höchstpersönlich alle Ansätze zu stabilen rechtsstaatlichen Institutionen zerstört hat, die sich nach 1985 herausgebildet hatten.

**E**s ist vielleicht übertrieben, nun einen langen Guerillakrieg im Hohen Kaukasus zu erwarten. Aber der Haß auf Rußland wird die muslimischen Kaukasier emotional einen. Die russische Armee ist zwar arm geworden, aber groß genug um kleine Länder zu zerstören. Sollten Offiziere der Art Lebeds oder Gromows Macht übernehmen, ist etwas mehr politische Rationalität zu erwarten, aber kaum, daß der Weg zu demokratischen Verhältnissen eingeschlagen wird. Der russische Druck auf das „nahe Ausland“ würde nicht nachlassen, aber vielleicht diplomatischer werden.

Auf jeden Fall haben sich die Entwicklungsperspektiven der GUS verändert. Die Träume von einer freiwilligen Kooperation und eines großen gemeinsamen Marktes sind ausgeträumt. Nicht einmal das bislang so gemäßigte Kasachstan kann sich mehr sicher fühlen. Aber auch der Westen ist mittelbar involviert. Kann er die bedrohten baltischen Staaten oder die ehemals sozialistischen Länder Osteuropas im Stich lassen, wie er es mit Bosnien tat?

Gewichtiger ist wahrscheinlich die Wirkung auf jene sich herausbildende Kriegsfront, in die Europa langfristig unmittelbar verstrickt ist. Rußland führt in Tschetschenien Krieg gegen ein muslimisches Volk. Daß dieser Krieg auch diesen Aspekt hat, wurde von Jelzins neuem Verbündeten hinreichend betont. Aber auch so paßt die Aggression in ein wachsendes Frontbewußtsein. Schließlich kämpfen russische Truppen auch in Tadschikistan und bombardieren Ziele in Afghanistan. Die kooperative Hilfe der russischen Truppen für die serbische Seite in ihrem Kampf gegen die Bosnier ist nicht unbemerkt geblieben. Der Krieg in Tschetschenien löst wahrscheinlich noch nicht einen weitergehenden Krieg aus, aber er macht eine Frontlinie deutlicher, mit der nicht nur Rußland zu tun hat, sondern in die ganz Europa verwickelt wird. ■

An der Südseite des Frankfurter Hauptbahnhofs stehen sie wartend und diskutierend beieinander, in der Mehrzahl Männer, einfach gekleidet, manche mit verschnürten Koffern und Paketen. Der Busbahnhof ist ein Treffpunkt. Sie kommen aus den Kriegsgebieten, fahren dorthin zurück, warten auf Freunde und Bekannte oder sind einfach nur so da. Serben, Kroaten, Bosnier. Frankfurt am Main gehört zum gemeinsamen Hinterland aller Bürgerkriegsparteien. Zehntausende sind in der Stadt untergekommen, Fronturlauber und Flüchtlinge, Deserteure, Waffenkäufer, Verletzte, Kinder. Und alle, die den Krieg aus einem jahrhundertalten Haß erklären möchten, der Ost und West, Katholiken, Orthodoxe und Mohammedaner gegeneinander aufstachelt, haben ein Rätsel zu lösen. Wie paßt das Leben in hochmoderner Heimatlosigkeit mit den identischen Träumen in den Kartons mit den Aufschriften Sony und Miele zu einem Krieg, der manchmal aussieht, als sei die Weltgeschichte seit Jahrhunderten stehengeblieben?

Unterdessen ist die eigene Kultur der Tschetschenen, zu deren Verteidigung Dudajew angetreten war, im Bombenhagel auf ihre Stadt Grosny verbrannt. Die russische Armee schießt weiter, durch einen Staatshaushalt finanziert, der seinerseits von westlichen Krediten abhängt. Der deutsche Außenminister findet wohlgesetzte Worte der Kritik, der amerikanische setzt die Gespräche mit Rußland fort. Es gibt zu Jelzin keine Alternative, heißt es, und die Formulierungen aus der Diplomatenprache des 19. Jahrhunderts machen nur eines deutlich: Wie luftleer der Raum inzwischen ist, in dem sich diese Diplomatie bewegt.

Während die globale Außenpolitik in der Zeitmaschine schlingert, werden in Deutschland die alten Debatten weitergeführt. Glaubt man den Medien, die *taz* allen voran (oder hinterher), dann hat sich die aufgeklärte Öffentlichkeit in zwei Lager geschieden: Pazifisten und Bellizisten. Die einen reden von Gewaltfreiheit, die anderen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und beide über Tornado-Einsätze und das Verhältnis von Lufthoheit und Infanterie. Während die Pazifistenpartei Schritt für Schritt zurückgedrängt wird und (vermutlich schon bald) moralisch ruhmvoll untergeht, werden hinter den Verfechtern der humanitär motivierten Militärintervention die Anhänger einer militärpolitischen Normalisierung Deutschlands erkennbar, die völlig andere Ziele verfolgen.

Nur eines ist nicht erkennbar: Was eigentlich die Außenpolitik im 21. Jahrhundert von früheren Zeiten unterschei-

den soll. – Daß die Frage nach nichtmilitärischen Formen der Konfliktbewältigung im Zentrum steht, wird kaum bestritten werden. Aber die Antworten enden meist auf halber Strecke. Die Gesellschaft verändert sich in rasender Geschwindigkeit, aber das Arsenal diplomatischer Möglichkeiten bleibt gleich. Embargostrategien, so wurden wir belehrt, seien in Bosnien nicht kriegswirksam. Rußland und Griechenland machen nicht mit. Also soll Krieg geführt werden, weil der NATO- und EG-Partner Griechenland sich nicht bequem, mit den anderen Europäern zusammenzuarbeiten, weil mit Rußland keine diploma-

## Außenpolitik in der Zeitmaschine

tische Einigung möglich ist und weil England und Frankreich andere Interessen haben als Deutschland? Die Ursachen für den Jugoslawien-Krieg liegen zweifellos im ehemaligen Tito-Staat aber die Bedingungen, die ihn führbar machten und machen, liegen unter anderem auch in Westeuropa. Und über Tschetschenen, wie gesagt, den Betriebsunfall des Präsidenten, sollten wir, dem amerikanischen Außenminister zufolge, so schnell wie möglich hinwegsehen. Für Intervention werden da demnach auch die entschiedensten „Bellizisten“ nicht sein. Für was also dann?

Vielleicht sollten wir Pazifisten versuchen, noch einmal weiter vorn zu beginnen. Zu den historischen Leistungen des Pazifismus gehört sein Beitrag zur Gründung des UNO-Vorläufers Völkerbund. Für Alfred H. Fried<sup>1</sup> zum Beispiel ging es 1908 um eine „grundlegende Veränderung des zwischenstaatlichen Zusammenlebens“ „innerhalb dessen die Aufrechterhaltung der Ordnung und die möglichste Vermeidung von Gewalt, ihre eventuelle Anwendung nur zum Zwecke der Wiederherstellung der gestörten Ordnung, die Hauptaufgabe der Politik, die Lebensfrage der gesamten Staatengemeinschaft bilden wird“ Gegen eine Weltpolizei, die, gemäß dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit auch kriegerische Mittel einsetzen könnte, hatte dieser Pazifismus nichts einzuwenden.

Es gibt gute Gründe, die europäische Integration und den Verbleib in der NATO

auch künftig zu zentralen Pfeilern der deutschen Außenpolitik zu machen. Nur sollte daraus kein außenpolitisches Innovationsverbot abgeleitet werden. Was war eigentlich so schlecht an der Vision von der Neuen Weltordnung, daß sich niemand mehr traut von ihr zu sprechen? Konkret: Weshalb sollte Deutschland nicht ernsthaft auf die Vereinten Nationen zugehen? Nicht „humanitär“ beschränkt, sondern, wo notwendig, auch polizeilich bis hin zum militärischen Eingreifen an ihren Aktionen teilnehmen. Mit einer Einschränkung: dort, wo die Wehrmacht schon einmal war, würden deutsche Soldaten unfreiwillig und zwangsläufig Öl ins Feuer gießen. Notwendig wäre dafür ein Abschied von der Gewaltfreiheit, nicht vom Pazifismus. Ein doppelter Abschied: von der Romantik der Gewaltfreiheit und von der Romantik der Macht.

Dann wäre zu beginnen mit der Erfindung wirklich moderner friedenspolitischer, diplomatischer und außenpolitischer Instrumentarien. Mit Embargostrategien, die die internationale Verflechtung nutzen. Mit neuen Verfahrensregeln darüber, was „innere Angelegenheiten“ sind. Mit Sanktionsmechanismen gegen Staaten, die sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuschulden kommen lassen. Mit einer internationalen Rechtsordnung, für die gilt: Völkerrecht bricht Staatenrecht.

„Eins teilt sich in zwei“ erklärte der Kommandant einer aufständischen Bauernarmee einst der chinesischen Jugend, und die handelte danach. Die moderne Medienöffentlichkeit hat Reduzierung von Komplexität durch Zuspitzung der Gegensätze, oder, um mit einem deutschen Machtromantiker zu sprechen, durch die Unterscheidung von Freund und Feind, erst richtig perfektioniert. Da gibt es immer nur zwei Möglichkeiten, keine Hängepartien, keine Zwischenstadien, keine ungelösten Probleme. Der Somalia-Einsatz der UNO hat zwar ein paar hunderttausend Menschen für einige Jahre vor dem Hungertod gerettet, aber die Fernsehbilder suggerieren, daß er eine Niederlage war. Wenn „die Lebensfrage der ganzen Staatengemeinschaft“ angesichts der heute vorhandenen Waffenarsenale beantwortet werden soll, wird zu beweisen sein, daß sich eins auch in drei teilen kann. Oder in 6519. So wie am Frankfurter Hauptbahnhof.

Roland Schaeffer

<sup>1</sup> Alfred H. Fried, Was ist ursächlicher Pazifismus, in: Wolfgang Benz (Hg.), Pazifismus in Deutschland, Dokumente zur Friedensbewegung 1890-1939, Frankfurt am Main 1988.

# Die Nach-Deng-Zeit hat begonnen

Helmut Forster-Latsch



**D**eng Rong, die Tochter Deng Xiaopings und enge politische Vertraute ihres Vaters über sie laufen viele Kontakte des „starken Mannes“ Chinas zu den Spitzengremien der KP China und der Volksbefreiungsarmee (VBA) – hat Mitte Januar in einem Interview mit der *New York Times* endgültig bestätigt, worüber seit geraumer Zeit in der westlichen Presse spekuliert worden ist: Der Gesundheitszustand des Neunzigjährigen hat sich in letzter Zeit dramatisch verschlechtert; der Tag, an dem er sterben wird, rückt näher. Die Nach-Deng-Zeit hat damit begonnen, und in der nächsten Zeit werden die Nachfolgeregelungen innerhalb der KP China mit ihren 51 Millionen Mitgliedern konkrete Gestalt annehmen.

**D**eng Rong hat in dem – sicherlich von nennenswerten Teilen der Parteiführung absegneten Interview gleich Konturen einer posthumen Beurteilung ihres Vaters geliefert: Zwar verteidigte sie dessen Entscheidung vom Juni 1989 die friedlichen Demonstrationen für Freiheit und Demokratie mit Gewalt nie derzuschlagen, führte aber, Mitleid erheischend, als Grund an, China sei unerfahren in der Bekämpfung von Aufruhr. „Es war eine Tragödie, kein Chinese wollte passieren sehen, was passiert ist. Viele Menschen starben, sowohl unter den gewöhnlichen Leuten als auch unter den Soldaten, und manche von ihnen starben einen grausamen Tod.“ Es sei nachfolgenden Politikern vorbehalten, über eine Aussöhnung mit den Demonstranten von damals zu entscheiden. „Aber zumindest glaubte mein Vater mit ganzem Herzen daran, daß er keine Alternative zum Handeln hatte, und daß so gehandelt werden mußte. Wenn nicht entschieden gehandelt worden wäre, wäre Chinas Zukunft unvorstellbar schrecklich.“ (*FR*, 14.1.95)

Deng Rong hat damit eine parteioffizielle Sprachregelung für das Blutbad von

1989 vorgeschlagen: eine Tragödie, die so niemand gewollt habe, einzig aus einer am Wohle der Nation orientierten Haltung heraus verursacht. Dabei fällt der Machterhalt der KP ebenso unter den Tisch wie die Tatsache, daß auf Betreiben Deng Xiaopings immer wieder Oppositionelle und Dissidenten ins Gefängnis oder in Arbeitslager geworfen wurden. Die vorgeschlagene Sprachregelung zielt also auch darauf ab, die Opposition im In- und Ausland zu schwächen und Teile von ihr wieder in das System einzubinden.

In der Regelung der Herrschaftsnachfolge des letzten chinesischen Kaisers zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der KP und unter den politischen Kräften außerhalb der KP wird die Beurteilung des Massakers von 1989 eine wichtige, wenn nicht die zentrale Rolle spielen. Der Einsatz des Militärs war damals alles andere als unumstritten. Ranghohe Militärs waren ebenso dagegen wie hohe Parteifunktionäre. Trotzdem wird Deng Xiaoping sicher nicht als Monster wie Mao Zedong in die Geschichte eingehen. Dens Popularität ist heute größer denn je, und wie jüngst der in der Schweiz lebende chinesische Wissenschaftler Zhang Weiwei in der *International Herald Tribune* schrieb, ist sie sicher größer „als die Bill Clintons oder John Majors in ihren jeweiligen Ländern“ Das hängt nicht zuletzt mit dem anhaltenden Wirtschaftsboom in China und dem gestiegenen Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung zusammen wie auch mit den durch marktwirtschaftliche Reformen und der Öffnung Chinas nach außen bedingten größeren individuellen Spielräumen und Entwicklungsmöglichkeiten. (Die Wirtschaft Chinas hat

sich in den letzten fünfzehn Jahren vervierfacht und der Lebensstandard der Bevölkerung verdreifacht). Deng Xiaoping hat das Land seit 1978 mehr als jeder andere geprägt. Auch in der Nach-Deng-Ära werden die Grundzüge seiner Politik von Bestand sein und die Basis für einen möglichen Konsens innerhalb der KP bilden: Vorrang der wirtschaftlichen Entwicklung; Marktwirtschaft und außenwirtschaftliche Öffnung; rationalere Gestaltung des Staatsapparates (anstelle von Demokratisierung); starker autoritärer Zentralstaat, graduelles Durchführen wirtschaftlicher Reformen und pragmatisches Herangehen an Chinas Probleme. Uninteressiert an ideologischen Schlachten mit dem Westen ist für Deng der ökonomische Erfolg ausschlaggebend, darüber war das nach wie vor existierende Gulag-System mit seinen zahlreichen Arbeitslagern, die Besetzung Tibets und anhaltende schwere Menschenrechtsverletzungen allzuoft in Vergessenheit geraten oder abgetan worden mit Beruhigungstheorien wie, daß die Entwicklung der Marktwirtschaft zwangsläufig eine Demokratisierung nach sich ziehen werde.

Letztlich speist sich Deng Xiaopings Politik aus einem Nationalismus, der als langfristiges Ziel die Wiederherstellung der vergangenen Größe Chinas, den Anschluß des Landes an die entwickelten Industriestaaten anstrebt. Die chinesischen Kommunisten haben die territoriale Einheit des chinesischen Reiches 1949 nach Krieg und Bürgerkrieg wiederhergestellt und damit die Voraussetzung geschaffen für den Wiederaufstieg des alten Reiches in neuer Form. Mao Zedong hat diesen Erfolg mit der Kulturrevolution gefährdet; Deng Xiaoping hat seit 1978 mit seiner Reform- und Öffnungspolitik den Wiederaufstieg Chinas zu einer Weltmacht erneut in Angriff genommen. Ein Nachfolgekrieg in der chinesischen KP würde diese langfristige, nationalistisch begründete Zielsetzung Denscher Politik gefährden.

Deng Xiaopings eigentliche Machtbasis war und ist die Volksbefreiungsarmee (VBA). Die Geschlossenheit der Armee ist für Deng die Voraussetzung für Stabilität und erfolgreiche Fortsetzung seiner Politik über seinen Tod hinaus. Er selbst hat in den letzten Jahren versucht, die Armeeführung auf eine einheitliche Linie in

seinem Sinne zu bringen. Wie erfolgreich er dabei war wird die Zukunft zeigen. Daß die Armee an Bedeutung gewonnen hat, zeigt ihre anhaltende Aufrüstung und Modernisierung.

Im Vergleich zu Rußland wirkt China geradezu stabil. Dieser Schein könnte sich rasch als trügerisch erweisen, denn die zentralen Probleme der Wirtschaftsreformen, vor allem die Umgestaltung und Privatisierung der großen Staatsbetriebe, sind bis heute nur zögerlich in Angriff genommen worden (von politischen Reformen ganz zu schweigen).

Wissenschaftler der Shanghaier Fudan-Universität haben im letzten Jahr sechs große Problemfelder ausgemacht: wachsende Disparität zwischen einzelnen Regionen; Arbeitslosigkeit; hohe Inflation; Korruption; steigende Zahl von Verbrechen und eine geradezu explodierende interregionale Migration. (Hinzufügen müßte man die die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich.) Die Regierung solle, so ihr Ratschlag, einen gleichzeitigen Ausbruch aller sechs Probleme vermeiden.

Die orthodox marxistisch-leninistische Opposition innerhalb der KP China versucht seit einiger Zeit, die wachsenden sozialen Probleme von Arbeitslosigkeit bis zu Drogensucht als Argument gegen die Dengsche Politik und für eine Rückkehr zu mehr Staats- und Kollektivwirtschaft zu nutzen. Auf der anderen Seite des Spektrums versuchen Reformen, die Marktwirtschaft und Privatisierung weiter voranzutreiben. Inwieweit die außerparteiliche demokratische Opposition in der Lage sein wird, in dieser komplizierten Situation einen Anstoß in Richtung Demokratisierung zu geben, ist offen. Die sich wieder verschärfende Verfolgung von Dissidenten zum Beispiel wurde Tong Yi, die Sekretärin des chinesischen Dissidenten Wei Jingsheng, zu zweieinhalb Jahren Umerziehungslager verurteilt zeigt, daß die Führung der KP nicht gewillt ist, politische Zugeständnisse zu machen. So gesehen sind die hier zitierten Äußerungen der Deng-Tochter durchaus auch als Warnung zu verstehen: „Aufstände“ werden weiterhin nicht geduldet und in Zukunft in modernerer Form niedergeschlagen.

Eines wollte Deng Xiaoping nie hören: daß er ein Diktator sei. Wei Jingsheng mußte 1979 für entsprechende Äußerungen fünfzehn Jahre ins Gefängnis und befindet sich seit Frühjahr letzten Jahres erneut in Haft, weil er an dieser Meinung festgehalten hat. Eine offene Auseinandersetzung über die Juni-Ereignisse 1989 würde das Image Deng Xiaopings jedenfalls schwer beeinträchtigen. Ob die KP Führung diese Auseinandersetzung nach seinem Tode verhindern können, ist fraglich. ■

**K**onsens und Kontinuität bei der Gestaltung der deutschen Außenpolitik wurde wortreich beschworen, als jüngst das Auswärtige Amt sein 125jähriges Jubiläum beging. Die Würdigung bezog sich auf eine Vielzahl namentlich benannter Amtsinhaber von Bismarck bis Kinkel, der Einfachheit halber wurde – 50 Jahre nach der Zerschlagung des NS-Regimes – der Nazikriegsverbrecher Ribbentrop nicht erwähnt.

Vor allem wurde die Bonner Außenpolitik seit 1949 hervorgehoben: die Westbindung Adenauers, die Ostpolitik Brandts, die Fortschreibung der (west-)europäischen Integration durch die Regierung Kohl, dazu die fast nahtlose Verknüpfung außenpolitischer Grundsätze der jeweiligen Bundesregierungen mit denen ihrer Vorgängerinnen.

Dies hätte nun immer so weitergehen können, wäre es nicht zu den revolutionären Ereignissen in Ostmitteleuropa und zum vollständigen Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums gekommen. Die Hoffnungen vieler Menschen in Mittel- und Osteuropa richteten sich außer auf die Einführung einer sozialverträglichen Marktwirtschaft auf die schnelle Demokratisierung ihrer Gesellschaften, auf den Schutz der Menschenrechte und die gesamteuropäische Integration. Die Äußerungen der demokratischen Parteien im wiedervereinigten Deutschland ließen zunächst darauf hoffen, daß es einen Konsens der Demokraten in all diesen Fragen geben würde. Nach und nach wichen die großen Erwartungen jedoch der Ernüchterung. Als zunehmend hilflos erwies sich westliche Politik bei der Bewältigung neuer Krisen, nationalistischer Gefahren und bewaffneter Konflikte. Seit Jahren zeigt sich das in der Unfähigkeit des Westens, einen substantiellen Beitrag zur Beendigung der serbischen Aggression und des Völkermordes in Bosnien zu liefern.

Als vollends orientierungslos erweist sich nun aber die Bundesregierung gegenüber den Ereignissen in Tschetschenien. Mehrere Wochen ließen der Bundeskanzler und sein Außenminister verstreichen, ehe sie die schweren Menschenrechtsverletzungen kritisierten, die im Namen der „territorialen Integrität Rußlands“ begangen wurden, und für die Jelzin und seine Vertrauten die Hauptverantwortung tragen. Beharrlich setzen sie weiterhin auf Jelzin als Hoffnungsträger einer demokratischen Entwicklung, statt deren groteske Verzerrungen, die eher an die Zeit der poststalinistischen Diktatur erinnern, beim Namen zu nennen.

Wenn der Jelzin-Leibwächter, ein Ex-KGB-Mann, den Parlamentspräsidenten demütigen darf, wird das Demokratiemodell zu seiner eigenen Karikatur. Wenn Jelzins vom militärisch-industriellen Komplex dommierter „Sicherheitsrat“ befiehlt, eine nach seiner Auffassung „eigene“ Großstadt zu zerbomben, dabei Tausende

von unschuldigen Zivilisten zu töten und Hunderttausende zur Flucht zu zwingen, dann verbürgt das nicht Sicherheit, sondern kennzeichnet nur die Perversion des Sicherheitsbegriffs.

Die einseitige Fixierung des Bundeskanzlers auf Jelzin ist nicht hinnehmbar. Sie schadet den russischen Demokraten und hilft den restaurativen Kräften. Die vielfach bespöttelte Sauna-Freundschaft erinnert angesichts der Schreckensbilder aus Grozny eher an Fellini-Bilder vom untergehenden Rom als an eine Reihe ernsthafter Bemühungen vormaliger deutscher Außenpolitik.

Nach den Ereignissen und Folgen des Umbruchs von 1989/90 darf Kontinuität nicht mißverstanden werden als „Weiter so wie bisher“. Stabilität ist nicht gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung des Status quo territorial oder personell – um jeden Preis.

Wenn die Bundesregierung, die demokratischen Parteien und Parlamente nicht dafür mitverantwortlich werden wollen, daß ethnische Konflikte bis zum Genozid getrieben werden, daß autoritäre und totalitäre Regimes neu- oder wiederentstehen, daß Demokraten von Nationalisten verdrängt werden, dann dürfen sie sich nicht auf die gewendeten Repräsentanten der ehemals bipolaren Welt und deren falsche Ratgeber verlassen. Sie laufen so Gefahr, selbst zu schlechten Ratgebern zu werden und eine ihren eigenen Intentionen entgegengesetzte Entwicklung zu fördern. Jan Ratschinskij von der Gesellschaft „Memorial“ schreibt: „Unsere Überlegung darf jetzt nicht sein, wie sich Jelzin weiter an der Macht halten lasse. Es ist vielmehr zu überlegen, wie ein Rückfall Rußlands in die Vergangenheit verhindert werden kann. Und das sind zwei verschiedene Dinge.“

Es gibt ja das andere Rußland: Menschen, die die Hoffnung auf Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten aufrechterhalten. Zum Beispiel die Soldatenmütter, die ihre Söhne einfach aus dem Krieg abholen. Journalisten, die ungeachtet aller Drohungen die Wahrheit berichten. Generäle und Soldaten, die sich weigern, am Krieg gegen ein ganzes Volk teilzunehmen. Der Menschenrechtsbeauftragte Kowaljow und ein Teil seiner Kollegen aus der Staatsduma, die das Ende der Gewalttaten fordern und sich unter hohem persönlichen Einsatz um Vermittlung bemühen. Die Gesellschaft „Memorial“ die sich seit den Zeiten der Diktatur für die Menschenrechte einsetzt.

Ein neuer Konsens, der der Entwicklung seit 1989/90 gerecht wird, eine konzeptionell erneuerte deutsche Außenpolitik, die an die Kontinuität früherer, erfolgreicherer Bemühungen anknüpft, sind nur erreichbar, wenn wir endlich darauf hören, was diese Menschen uns zu sagen haben.

Gerd Poppe

## BONN

### Konsens? Kontinuität?

Also gut. Laß diesen fürchterlichen Mann dann mal kommen, wenn er denn so gerne will.“ Mit diesen Worten gab der Abgeordnete der Wirtschaftsliberalen Partei (VVD), Frans Weisglas seine Zustimmung zum im Parlament diskutierten Visum-Antrag eines Mannes, dessen Name Weisglas nicht gerne in den Mund nimmt. Weisglas beugte sein Haupt erst, als der VVD-Vorsitzende Frits Bolkestein, mit Fraktionszwang drohend, eine ernste Krise der Koalition wegen des „fürchterlichen Mannes“ verhindern wollte.

Zu Weihnachten reiste der „fürchterliche Mann“ Jan „Poncke“ Princen, in die Niederlande ein, um seine hier lebenden Kinder und Enkelkinder zu besuchen. Ihm wurde damit nach fünfzig Jahren zum ersten Mal offiziell die Einreise in sein Geburtsland gestattet. Die „lila“ Regierung der Niederlande vollzog dadurch einen Kurswechsel, der, wie es der neue linksliberale Außenminister Hans van Mierlo begründete, „das Verhältnis zu Indonesien verbessern“ soll. Die Visum-Erteilung an Princen war bisher an den bis Mai 1994 (mit-)regierenden Christdemokraten und ihrem Klientel der ehemaligen Kolonialsoldaten, den „Indië-Gängers“ (Indonesien-Gänger), gescheitert.

Der 69jährige hatte im Befreiungskrieg der Indonesier das Lager gewechselt und war aus der niederländischen Armee desertiert. In Indonesien hat er sich danach als prominenter Aktivist für die Einhaltung der Menschenrechte erwiesen. Immer wieder wurde er von verschiedenen Regierungen, auch von niederländischen Ministern und Abgeordneten zur Lage der Menschenrechte in Indonesien um Einschätzungen gebeten. Vor allem in Zusammenarbeit mit dem damaligen niederländischen UN-Menschenrechtsbeobachter für Indonesien, Prof. Kooijmans, hat er sich bei der Untersuchung staatlicher Morde auf Osttimor weltweit einen Namen gemacht. Als Kooijmans im letzten Jahr zum niederländischen Außenminister ernannt wurde und Princen zu einer UN-Menschenrechtskonferenz in Genf eingeladen war, hatte er erneut einen Visum-Antrag gestellt. Vergeblich, denn der Christdemokrat Kooijmans fand, daß Princens Besuch „zu viele tiefverwurzelte und gerechtfertigte Gefühle“ der ehemaligen Soldaten der Königlich Niederländisch-Indonesischen Armee (KNIL) verletzen würde.

Auch diesmal haben die KNIL Veteranen nicht mit starken Worten zurück gehalten. Bei der Kapelle der Siebten Dezember-Division in Schaarsbergen kamen am ersten Weihnachtstag siebzig „sobats“ ehemalige KNIL Soldaten,

zusammen, um der 6000 Opfer zu gedenken. Wenn der Vorsitzende der Veteranen-Vereinigung bei dieser Gelegenheit von „allen Opfern“ spricht, so schließt er nicht etwa die viel größere Zahl der getöteten Indonesier mit ein, sondern eben „auch die, die durch seine Hand getötet wurden“ Obwohl Veenendaal nicht sagt, wessen Hand er meint, weiß jeder, wer gemeint ist. Denn der Name des „Deserteurs“ „Kriegsverbrechers“ und „Verräters“ braucht nicht ausgesprochen zu werden. In Analogie zu der im Sprachgebrauch dieser Generation vornehmen Abkürzung „K“ für

## Das Übel „P“

die Krankheit Krebs, sprechen die Veteranen vor den laufenden Kameras des Fernsehens nur vom „Übel P“ „Seit dieser Mann kommt, werden wir wie die Stasi behandelt“ beschwert sich der Sekretär der Veteranenvereinigung, André van der Pluijm. In einem halbseitigen Artikel im *Algemeen Dagblad* beklagte er: „Das tut so weh. Meine halbe Familie ist in den Gaskammern umgebracht worden, weil wir Juden sind. Ich habe das Bombardement Rotterdams miterleben müssen und in Indonesien habe ich zwei Finger verloren. Wir waren normale Jungs und bekommen nun unverdient die Schuld.“

Im Gegensatz zu den Behauptungen Veenendaals ist niemals Beweismaterial dafür gefunden worden, daß Princen niederländische Soldaten getötet hat. Der Leidensweg Princens, der immer „sein Gewissen über Befehle“ so Henk Müller in *de Volkskrant*, gestellt habe, ist hingegen dokumentiert. Als er sich während der deutschen Besatzung den Widerstandsgruppen anschließen wollte, wurde er fast zwei Jahre lang in deutsche Gefängnisse eingesperrt. Weil er den Mitgefangenen aus einem Buch mit dem Titel *Pastoor Poncke* vorlas, erhielt er dort den Beinamen „Poncke“ Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er im August 1947 zur Teilnahme an der ersten, als „Polizeiaktion“ getarnten niederländischen Militärintervention gegen die unabhängige Regierung Indonesiens gezwungen. Der Versuch einer Deserta-

tion schlug fehl, ein Militärgericht verurteilte ihn zu zwölf Monaten Freiheitsstrafe. Nach seiner vorzeitigen Entlassung war er als einziger der 26 bekannten Deserteure zu den Indonesiern übergelaufen. Mit der „Aktion Finale“ sollte Princen tot oder lebendig gefangen werden. Auf seinen Kopf wurde eine Prämie von 50000 Gulden ausgesetzt. Bei einem Angriff der niederländischen Spezialeinheiten am 11 August 1949 wurden zwölf Indonesier der Einheit Princens getötet. Eines der Opfer war Princens Frau.

Auch die indonesische Regierung kann Princen nicht für sich vereinnahmen. Nicht zuletzt als Direktor der Stiftung zur Verteidigung der Menschenrechte hat er immer wieder die Menschenrechtsverletzungen angeprangert. Seinen größten Erfolg erzielte er im Jahr 1990, als er mit Hilfe internationalen Drucks die Hinrichtung von sechs Gefangenen, die schon mehr als 25 Jahre inhaftiert waren, zu verhindern wußte. Princen zahlte für sein Engagement einen hohen Preis. Er ist selbst Repressalien ausgesetzt und hat insgesamt acht Jahre in Haft verbracht, ohne jemals angeklagt gewesen zu sein. Princen bezeichnete Indonesien bei der UN-Menschenrechtskonferenz in Genf als eine „Krypto-Diktatur“ ein Begriff, den keine einzige indonesische Zeitung zu drucken wagte. Dort wurden bisher, unter dem Joch der Zensur, mit scheinbarer Zufriedenheit die Ausreiseverbote für indonesische Intellektuelle, unter anderem auch für Princen, mit dem Einreiseverbot in die Niederlande für Princen gerechtfertigt.

Ob die Niederlande tatsächlich eine neue Indonesien-Politik entwickeln, wie sie der Außenminister Van Mierlo mit der symbolischen Visum-Vergabe an Princen einleiten will, ist sehr fraglich. Die an den Indonesiern über drei Jahrhunderte begangenen Kolonialverbrechen sind im Selbstverständnis vollkommen tabuisiert. Nur der sozialdemokratische Minister für Entwicklungshilfe, Jan Pronk, hat sich zu diesem Thema zu Wort gemeldet. Er forderte zu einer nationalen Debatte über die Rolle der Niederlande in Indonesien auf und will, „daß man am 17 August nächstes Jahr den fünfzigsten Jahrestag der indonesischen Unabhängigkeit endlich anerkennt“ Aber nicht einmal der Koalitionspartner VVD will sich daran beteiligen. Für ihren Vorsitzenden Frits Bolkestein ist Pronk „ein Mann, der keinerlei Rückhalt im Lande und auch nicht in der eigenen Partei hat. Er vertritt veraltete Ideen.“

Frank Eckardt

# Wer Zvornik kontrolliert, kontrolliert ganz Bosnien



Stephan Müller

**D**en Aufruf zur Deportation haben sie über Lautsprecher durchgesagt. Es war der 19. Juni 1992. Wir mußten uns alle morgens auf dem Platz vor dem Kaufhaus versammeln. Von acht Uhr am Morgen bis sieben Uhr am Abend mußten wir dort stehen, bis wir dann in Bussen nach Serbien gebracht wurden.“

Für A. H., eine junge Frau von 25 Jahren und ihre beiden Kinder endeten mit diesem 19. Juni zwei Monate voll von Gewalt, Willkür und Ohnmacht. Am letzten Tag, dem Tag ihrer Deportation, wurden ihr und den anderen moslemischen Einwohnern Zvorniks, die mit ihr zusammen ihre Heimatstadt verlassen mußten, noch einmal ihre eigene Ohnmacht und die Willkür und Gewalt der „neuen Herren“ demonstriert.

„Bevor wir Zvornik verlassen haben, mußten wir noch unsere Häuser und Wohnungen der „Serbischen Gemeinde Zvornik“ überschreiben. Die „Serbische Gemeinde“ versuchte ihr Vorgehen zu verschleiern und trug den Deportierten für die „Überschreibung ihres Eigentums“ einen Wohnortwechsel nach einen Ort in Serbien in den Ausweis ein.

Auf dem Platz, wo sich die Menschen zur Deportation sammeln mußten, herrschten die Angehörigen der serbischen Freischärler-Verbände, die die nordostbosnische Stadt im April 1992 mit Unterstützung von Einheiten der ehemaligen Jugoslawischen Volksarmee (JVA) angegriffen hatten und seitdem besetzt hielten.

Die moslemischen Einwohner der Stadt waren diesen Einheiten vollkommen ausgeliefert. Niemand, weder die in der Stadt anwesenden Offiziere der ehemaligen JVA noch die lokalen zivilen serbischen Autoritäten, kontrollierte sie. Sie konnten verhaften, foltern, töten, vergewaltigen, plündern wie es ihnen ihr Haß, ihr Trieb, ihre Langeweile eingab. Sie waren die brutalen Gewalttäter, die ausführten, was rücksichtslose Schreibtischtäter geplant hatten.

A. H. schildert ihre letzte Erfahrung mit ihnen.

„Bevor wir endgültig weggebracht wurden, mußten wir ihnen noch alles geben was wir an Wertvollem hatten. Sie zwangen eine Frau dazu, alles einzusammeln und warnten uns, bei wem sie noch etwas fänden, den würden sie töten. Nachdem die Frau alles eingesammelt hatte, gingen Tschetniks noch durch unsere Reihen, um zu kontrollieren, ob wir alles abgegeben hatten. Ich hatte meinen Ohrring vergessen, da haben sie ihn mit dem Ohrflüppchen abgeschnitten. Anderen haben sie die Finger abgeschnitten, wenn sie vergessen hatten, ihren Ring abzuliefern. Meinem kleinen Sohn hat einer der Freischärler mit einem Messer ein Kreuz in die Stirn geschnitten. Es ist heute, nach über zwei Jahren, immer noch zu sehen.“

Ganze Straßenzüge, Stadtteile oder Dörfer wurden in diesen Tagen geschlossen zu solchen Sammelplätzen gebracht, von denen aus sie in Bussen zumeist bis an die serbisch-ungarische Grenze transportiert worden sind. Vom serbischen Grenzort Subotica wurden sie dann mit „jugoslawischen Pässen“ ausgestattet in Zügen endgültig deportiert. Die Deportation war der vorläufige, traurige Höhepunkt der Leidenszeit der moslemischen Einwohner Zvorniks, die im April 1992 begonnen hatte. Zwei Monate unter einer Willkürherrschaft, die mit perfiden Methoden und brutaler Gewalt nur ein Ziel verfolgt hatte: die Stadt „ethnisch zu säubern“

Im Sommer 1992 war das Ziel erreicht, Zvornik war „rein serbisch“ Seine moslemischen Einwohner entweder ermordet, geflohen oder deportiert.

**Z**vornik, im Nordosten Bosniens gelegen, war mit seinen ehemals knapp 15.000 Einwohner zwar ein kleiner, aber ein strategisch bedeutender Ort. Nur durch den Fluß Drina von Serbien getrennt, bildet er ein wichtiges Eingangstor nach Bosnien-Herzegowina. Zwei Straßenbrücken und eine Eisenbahnbrücke verbinden hier die beiden Länder miteinander, ein Wasserkraftwerk mit einem Stausee liegt am südlichen Rand Zvorniks.

Die Stadt ist ein wichtiger Knotenpunkt in der Verbindung Belgrad-Sarajevo, und zwischen Belgrad und Tuzla. Die Kontrolle über Zvornik bedeutet mehr, als einen Fuß in Bosnien zu haben, es bedeutet, Truppen, Nachschub und Versorgung unbehindert in das Land bringen zu können.

Zvornik hatte aber nicht nur strategische Bedeutung. Der Osten Bosniens, wenn auch mehrheitlich von Moslems bewohnt, ist in den Vorstellungen der Ideologen eines Großserbiens ein Teil des zukünftigen Reiches. So ist auch Zvornik, obwohl es vor dem Krieg zu 61 Prozent von bosnischen Moslems und nur zu 29 Prozent von bosnischen Serben bewohnt war – die restlichen zehn Prozent waren vor allem Roma, aber auch Albaner, Kroaten, Ungarn, Rumänen – für die Ideologen und Kriegsherren „serbisches Gebiet“ Es mußte aber erst besetzt, und die nichtserbischen Bewohner ermordet oder mit Brachialgewalt vertrieben werden, damit es „serbisch“ sein konnte.

Im Rückblick lassen sich die Ereignisse von den Vorbereitungen des Angriffs bis zur endgültigen gewaltsamen Vertreibung der nichtserbischen Einwohner Zvorniks wie Mosaiksteine zu einem stum-

migen Bild zusammenfügen. Ein Bild, dessen Skizze schon vorher entworfen worden war.

Einige Monate vor dem Angriff, nach dem Ende der Kampfhandlungen in Kroatien, wurden Einheiten der ehemaligen Jugoslawischen Volksarmee (JVA) in der Region Zvornik und auf der gegenüberliegenden, serbischen Flußseite stationiert. Einige der Einheiten sowie die beiden militärischen Befehlshaber vor Ort sind direkt vom kroatischen Kriegsschauplatz in die damals noch friedliche Region verlegt worden. Soldaten mit Kriegserfahrung, die mit dem Auftrag in die Stadt kamen, den nächsten Krieg vorzubereiten.

Panzer, Artillerie, Luftabwehrgeschütze und Infanterie-Einheiten wurden in der Umgebung auf allen strategisch wichtigen Punkten wie Brücken, Kreuzungen, auf dem Damm des Wasserkraftwerkes und auf Hügeln stationiert.

Zwei bis drei Monate vor dem Angriff hielt die ehemalige JVA Militärübungen ab, an denen teilzunehmen sie alle serbischen Männer der Region einlud.

Im März, nach dem Referendum über die Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas, spitzte sich die Situation in Zvornik zu. Am Morgen des 8. April fielen die ersten Schüsse, um 9:30 nahmen die Geschütze der ehemaligen JVA Zvornik unter Beschuß.

Im serbischen Ort Mali Zvornik, auf der Zvornik gegenüberliegenden Flußseite der Drina, trafen sich am 8. April die örtlichen Vertreter der Serben und der Moslems noch mal zu Verhandlungen über die Zukunft der Stadt. Man debattierte über eine Aufteilung der Stadt. Stadtpläne wurden hervorgeholt und Trennlinien auf Papier gezogen, die ein

urden in den ersten Wochen der Okkupation viele moslemische Bürger der Stadt und der ganzen Umgebung durch den willkürlichen Terror der Freischärler, der von den Autoritäten geduldet wurde, zur Flucht gezwungen, begann jetzt, paradoxerweise mit dem Aufruf zur Rückkehr, die systematische, planmäßig durchgeführte endgültige „ethnische Säuberung“.

moslemisches Zvornik vom serbischen trennen sollten. Die Serben forderten für sich den nördlichen Teil der Stadt mit dem Industrieviertel Karakaj, die Moslems sollten das Stadtzentrum erhalten.

Eine Verhandlungslösung schien noch möglich zu sein. Doch nahm neben den moslemischen und serbischen Vertretern und Offizieren der ehemaligen JVA auch Zeljko Raznjatovic, genannt „Arkan“ an den Verhandlungen teil. „Arkan“ von Interpol wegen verschiedener Delikte in westeuropäischen Staaten gesucht, ist der

Führer einer wegen ihrer Grausamkeit gefürchteten Privatarmee, der „Serbischen Freiwilligen-Garde“ Bereits am Angriff auf Kroatien beteiligt, standen „Arkan“ und seine Freischärler bereit, auch in Bosnien-Herzegowina Krieg zu führen. Jetzt standen sie vor den Toren Zvorniks.

Mit einigen Handbewegungen zerstörte „Arkan“ die Hoffnung vor allem der moslemischen Verhandlungsführer auf eine „friedliche Lösung“. Er schlug die Verhandlungsführer und erklärte, daß er hiermit das Kommando übernehme und die Verhandlungen beendet seien.

Am nächsten Morgen stürmte, nach vorbereitendem Beschuß durch die Geschütze der ehemaligen JVA, ein Stoßtrupp von „Arkans“ Freischärlern gemeinsam mit einer Infanterie-Reserveeinheit der JVA und der paramilitärischen Formation der „Serbisch Demokratischen Partei“ (SDS) die Stadt.

In ihrem Gefolge kamen die anderen Freischärler-Verbände wie die „Beli Orlovi“ (Weiße Adler), „Dusan Silni“ (Dusan, der Mächtige) oder die „Seseljevci“ des faschistischen serbischen Parteiführers und Parlamentsabgeordneten Vojislav Seselj zum Plündern, Vergewaltigen, Morden und Foltern in die Stadt. Unter den letzteren Gruppen erkannten die Moslems in Zvornik auch bekannte Gesichter aus den nahegelegenen Städten in Serbien und Männer aus umliegenden serbischen Dörfern.

Gegen halb zehn hatten Arkans Männer, nachdem sie kaum auf Gegenwehr gestoßen waren, das Stadtzentrum erreicht, mittags hatten sie das Krankenhaus, am Nachmittag die Radiostation eingenommen. Der Terror begann.

**A**rkans Leute begannen sofort die besetzten Stadtteile systematisch nach bedeutenden und reichen moslemischen Einwohnern zu durchsuchen. Dabei wurden sie von einheimischen Serben begleitet, die ihnen zeigten, wo diese Menschen wohnten. Wurden sie angetroffen, wurden sie auf der Stelle erschossen. Genauso erging es Männern, die im Besitz von Waffen, und seien es nur Jagdgewehre, waren.

Sofort am ersten Tag setzten auch die Deportationen in Lager ein. Im Industrievorort Karakaj waren aufgelassene oder leergeräumte Fabrikhallen dafür bereits vorbereitet worden.

„Wir sind am 9. April in einer großen Gruppe, 62 Frauen und Kinder, 30 Männer in den Wald geflüchtet. Aber Arkan-Männer haben uns gefunden und nach Zvornik zurückgebracht. Wir Frauen mußten uns dann von 14 Uhr bis 19 Uhr an eine Wand stellen und zuschauen wie die Männer gefoltert wurden. Einige starben an den Schlägen oder den Messerstichen.“

ZEIL DE WILLEM



# Freischärler-Einheiten, die an Überfall, Okkupation und an der Vertreibung beteiligt gewesen sind

■ **Serbische Freiwilligengarde („Arkanovci“)** Unter dem Spitznamen „Arkan“ ist der Führer der berühmtesten paramilitärischen Organisation des Krieges im ehemaligen Jugoslawien bekannt geworden. Jedoch bereits vor Ausbruch der Kampfhandlungen war Zeljko Raznatovic, so der bürgerliche Name Arkans, für viele kein Unbekannter.

Wegen zahlreicher Delikte von Belgrad nach Westeuropa geflohen, wurden ihm auch dort bald zahlreiche Gesetzesbrüche, wie schwerer Diebstahl und Erpressung, etwa in Frankreich, Italien und Schweden zur Last gelegt. Diese Vergehen wie ein Gefängnisausbruch in Italien, brachten ihn auf die Fahndungslisten von Interpol. Aber auch Morde an „Staatsfeinden Jugoslawiens“ in den achtziger Jahren, die im Auftrag der jugoslawischen Geheimpolizei erfolgt sein sollen, werden ihm zugerechnet.

Auch in der Politik versuchte „Arkan“ sich zu etablieren. Nach dem Bruch zwischen dem serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic und dem Führer der Serbischen Radikalen Partei, Vojislav Seselj, wollte Milosevic „Arkan“ als „radikalen Ersatz“ für Seselj aufbauen. Mit einem immensen Medienaufwand und zahlreichen inszenierten Großveranstaltungen während des Wahlkampfes im Dezember 1993 versuchte „Arkan“ sich mit Unterstützung Milosevics als politische Kraft in Serbien zu profilieren. Er scheiterte jedoch kläglich und verlor sogar seinen Parlamentssitz.

Seine „Serbische Freiwilligengarde“ gründete „Arkan“ bereits am 11. Oktober 1990. Die etwa 150 „Soldaten“ die den Kern der Truppe bilden, soll er unter anderem aus Hooligans „seines“ Fußballclubs „Roter Stern Belgrad“ rekrutiert haben. Das Ausbildungszentrum seiner Truppe war zuerst in der Vojvodina und wurde später nach Slawonien, in die Nähe von Erdut verlegt.

Schon im Kroatienkrieg kamen die „Arkanovci“ die eng mit der Jugoslawischen Volksarmee operierten, zum Einsatz. Bereits in diesem Krieg sollen sie, nach Angaben von nationalen und internationalen Organisationen, schwere Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen begangen haben.

Bei der Aggression in Ostbosnien waren „Arkan“ und seine Freischärler neben der Bundesarmee die entscheidenden Kräfte. Innerhalb weniger Wochen gelangten die „Arkanovci“ von Bijeljina im Nordosten Bosniens, das am 1. April 1992 fiel, über Zvornik, Bratunac, Vise grad bis Foca im Südosten des Staatsgebietes. Auch die Einnahme der Stadt Zvornik am 9. April 1992, erfolgte, nach vorbereitendem Artilleriebeschuss der Bundesarmee, durch die „Arkanovci“. Sie sind für einen derartigen militärischen Schlag ausgebildet, denn sie gelten als nahkampftüchtig und überaus diszipliniert. Von Zeugen werden sie als „Kampfmaschinen“ und „Rambos“ bezeichnet, die Gewalttaten und Grausamkeiten „eiskalt“ und „rasch“ erledigen.

Für die Zeit des Angriffs werden ihnen Morde an der männlichen moslemischen Zivilbevölkerung vorgeworfen, die vor allem an Hand von Listen erfolgt sein sollen, die von lokalen serbischen Parteifunktionären erstellt worden waren.

Der „Serbischen Freiwilligengarde“ dürfte das „Recht auf die erste Plünderung“ zugestanden worden sein – offenbar als eine Art „Bezahlung“.

Der Kern der Einheit verließ die Stadt kurz nach dem Angriff, andere sind die ganze Zeit über im Ort geblieben.

Die Arkanovci werden für Mißhandlungen und Ermordungen von moslemischen Männern in „Folterkammern“ in ihrem Hauptquartier in einem Betrieb in der Industriezone Karakaj verantwortlich gemacht.

■ **Seselj** Dr. Vojislav Seselj ist Abgeordneter im Belgrader Parlament und Führer der „Serbischen Radikalen Partei“ wie auch Führer der „Serbischen Tschetnikbewegung“. Mit 24 Jahren wurde er Assistent an der Fakultät für Politikwissenschaft in Sarajewo. Wegen nationalistischer Projekte und Aktivitäten alsbald der Universität verwiesen, verurteilte man ihn 1984 zu acht Jahren Freiheitsstrafe. Eineinhalb Jahre später wurde er wieder entlassen.

Nach der Rückkehr von einem längeren Aufenthalt in den USA, war er Mitbegründer der „Serbischen Erneuerungsbewegung“ deren Führer Vuk Draskovic wurde. Aufgrund interner Streitigkeiten erfolgte der baldige Austritt von Seselj, worauf er die „Serbische Tschetnikbewegung“ gründete. Kurz darauf wurde er auch Führer der „Serbischen Radikalen Partei“. Nach einer neuerlichen Verhaftung 1990 und einer neuerlichen frühzeitigen Entlassung begann die Kooperation mit Präsident Milosevic.

Im Kroatienkrieg machte man seine Truppenverbände ebenfalls für zahlreiche schwere Verbrechen verantwortlich.

Auch in Ostbosnien waren Einheiten Seseljs im Einsatz. Nach Zvornik kamen sie am 9. April gemeinsam mit den „Weißen Adlern“ in einer zweiten Welle des Angriffs, unmittelbar nach den „Arkanovci“.

In ihrem Äußeren und in ihrem Auftreten unterschieden sie sich eklatant von den „Arkanovci“. Die „Seseljovci“ galten unter den Befragten als die „Tschetniks“. Sie trugen lange Bärte, waren unordentlich gekleidet, undiszipliniert und oft betrunken. Ihrem Auftreten entsprechend war auch ihr Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung. Es kam häufig zu Folterungen – auch in den Internierungslagern – Vergewaltigungen, Ermordungen und willkürlichen Verhaftungen.

Über ihre Plünderungen heißt es: „Sie nahmen das, was die Arkanovci übrigließen.“ Dabei sollen sie selbst vor serbischem Eigentum nicht haltgemacht haben. Ihre militärische Bedeutung war im Gegensatz zu den Arkanovci gering. Bei militärischen Aktionen unterstanden sie dem Kommando der JVA.

Am 22. Mai 1992, in der Phase der systematischen Vertreibung der nichtserbischen Stadtbevölkerung Zvorniks, veröffentlichte Seselj in der Zeitung *Politika* eine Karte mit seinen Vorstellungen von „Großserbien“. Der künftige Staat sollte Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Dubrovnik, Dalmatien, die Lika, Kordun, die Banija, Slawonien, Westsrem, die Baranja und Makedonien umfassen.

■ **Beli Orlovi** Die Soldaten der „Beli Orlovi“ („Weiße Adler“) bezeichneten abwechselnd Seselj, Mirko Jovic (ebenfalls Parlamentsabgeordneter in Serbien) und Dragoslav Bokan als ihren Führer. 1990 wurde diese faschistische, militärische Organisation aus dem Zweiten Weltkrieg reaktiviert. Ihr „Zeichen“ waren die zwei Adler, die sie auf der Mütze wie auf den Ärmeln trugen. Sie unterschieden sich im Auftreten wie in im Vorgehen nicht wesentlich von den Seseljovci, traten auch häufig gemeinsam mit ihnen auf.

Für den Angriff auf Zvornik rekrutierten sie wie auch die „Seseljovci“ anscheinend vor allem Kriminelle aus umliegenden Dörfern und Städten in Serbien (Loznica, Valjevo, usw.), aber auch aus der Region Zvornik. Waren die Angehörigen der Arkanovci den Bewohnern von Zvornik unbekannt, so entdeckten sie unter den „Seseljovci“ und den „Beli Orlovi“ bekannte Gesichter aus nahegelegenen Ortschaften. Sie waren anscheinend vor allem für Verhaftungen, Folterungen, Plünderungen und Sicherungen der Deportationen verantwortlich. Sie patrouillierten häufig betrunken an Kreuzungen und auf den Straßen und nahmen oft „Verdächtige“ fest. Auf Häuser und Lager wurden weiße Adler gezeichnet, die nicht entfernt werden durften. Militärisch unterstanden sie ausschließlich dem Kommando der Bundesarmee.

■ **Draganovci** Die Truppe von Dragan Vasiljkovic („Kapetan Dragan“) kam Ende Mai in die Stadt. Sie kamen als letzte der wichtigeren Freischärler-Banden. Dementsprechend werden ihnen für Zvornik „nur Verwaltungsfunktionen“ zugeschrieben. Dies beinhaltete jedoch auch die organisierte Vertreibung der moslemischen Bevölkerung.

Auffallend ist, daß die Draganovci bei vielen Befragten als „diszipliniert“ und „ordentlich“ ja sogar als „korrekt“ und „freundlich“ gelten. Sie werden, sieht man vom schwerwiegenden Vorwurf der Beteiligung an der Vertreibung der Muslime ab, selten mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht.

Es soll jedoch ein „Arbeitslager“ gegeben haben, das angeblich dazu diente, finanzielle Beiträge für die „Kapetan-Dragan-Stiftung“ zu „erwirtschaften“. Diese Stiftung unterstützt „serbische Freiwillige“ die während des Krieges in Kroatien und Bosnien-Herzegowina zu Invaliden wurden.

■ **Weitere Paramilitärische Einheiten:** Vom Zeitpunkt der Okkupation der Stadt bis zur abgeschlossenen Vertreibung der moslemischen Bevölkerung, hielt sich neben der Bundesarmee, einer Formation der lokalen Serbischen Demokratischen Partei und den obengenannten paramilitärischen Einheiten auch eine Vielzahl kleinerer, weniger organisierter Gruppen in Zvornik auf, die de facto keiner Kontrolle unterstanden, obwohl sich einige von ihnen als „Untergruppen“ der Beli Orlovi und Seseljovci verstanden. Vor allem Kriminelle aus Serbien und Bosnien gehörten ihnen an, die die Bevölkerung willkürlich terrorisierten. Sie werden für Verbrechen von Plünderungen bis hin zu Folter und Morden in der Stadt selbst und in den zahlreichen Lagern in der Industrieregion Karakaj verantwortlich gemacht.

Eine dieser Formationen sind die „Zuti Mravi“ („Gelben Ameisen“) unter der Führung von Vojin „Zuca“ Vuckovic.

Sein Bruder Dusan „Repic“ Vuckovic steht zur Zeit in Sabac (Serbien) wegen mehrfachen Mordes und einer Vergewaltigung vor Gericht. Konkret wird er eines Massakers in der nördlich von Zvornik gelegenen Ortschaft Celopek beschuldigt. Im dortigen „Kulturheim“ soll er 16 Männer aus dem Ort Divic erschossen und 20 verwundet haben.

Dieser Massenerschießung wie vieler anderer Verbrechen – wurde er auch von den befragten Vertriebenen aus Zvornik beschuldigt.

Andreas Richter und Paul Angeli

**B**ei dem vorwurfsvollen Lärm, der um die Entscheidung des kroatischen Präsidenten, gemäß dem Beschluß des Parlaments vom 23. September das Mandat der Friedenstruppen nicht für weitere sechs Monate zu verlängern, geschlagen wird, scheint vergessen worden zu sein, daß auch die UN den Rückzug aus Bosnien-Hercegovina nicht nur angekündigt, sondern zusammen mit den westlichen Entsenderländern und der NATO bereits vorzubegeben begonnen hat. Beiden Erwägungen liegen prinzipiell gleiche Diagnosen zugrunde: die Umöglichkeit, das Mandat der Friedenstruppen durchzuführen. Trotzdem sind die Reaktionen, die sie hervorrufen, grundverschieden. Was bestimmt eigentlich die Dynamik solcher irrationaler Verhaltensweisen in der Politik der Großmächte? Wahrscheinlich ergibt sich daraus, daß bei ihren Überlegungen nur ein einziger Gesichtspunkt zählt: es sich mit den Serben nicht ernsthaft zu verderben. Weil die UN-Truppen in Kroatien die von den Serben besetzten Gebiete schützen, sollen sie dort bleiben, weil sie aber in Bosnien-Hercegovina bei der minimalsten Durchführung ihres Mandats von den Serben so bedroht werden, daß sie sich eigentlich zur Wehr setzen müßten, sollen sie von dort abgezogen werden.

Deshalb zählen die sachlichen Aspekte der in den beiden angegriffenen Ländern doch unterschiedlichen Probleme ganz und gar nicht. Einige Beispiele:

Seitdem die UN-Soldaten die Willkürherrschaft der serbischen Usurpatoren und Okkupatoren in Kroatien beschirmen, sind aus diesen Gebieten weitere 15000 Nichtserben vertrieben und 600 ermordet worden. In einer UN-internen „Who is Who“-Fibel für das ehemalige Jugoslawien werden diesem Verhalten entsprechend die „good guys and the bad guys“ beschrieben: Der kroatische Präsident sei ein notorischer Ultranationalist, die kroatischen Serben und ihre Führer hingegen seien Freiheitskämpfer, und der Kriegsverbrecher mit Namen Kapetan Dragan erhält sogar die Aura eines westlich wirkenden, tapferen Soldaten. Die Schikanen, die kroatische Bevölkerung und kroatische Politiker seitens verschiedener UN-Offizieller in den letzten drei Jahren erlebt haben, sind kaum mehr zu zählen. Wenn die kroatische Presse verschiedenen skandalösen Vorfällen nachzugehen versucht, trifft sie sofort der Vorwurf, eine Anti-UNPROFOR-Propaganda zu veranstalten. Als im vorigen Sommer die Vertriebenen durchweg einfache Bauern, alte und fromme Frauen und Männer, die ihr Lebtage nur geschuftet haben wegen der Untätigkeit der UN an den Grenzposten zu ihren Heimatorten protestierten, sprach der Korrespondent des *Independent*, wohl im Einklang mit UN-Sprachegebrauch, von politisch eingesetztem „mob“ Noch ungeklärt sind Aus-

maß und Ursache einer Umweltkatastrophe, die sich auf dem okkupierten Gebiet, in dem die UNPROFOR stationiert ist, ereignet hat. Dabei ist tonnenweise Erdöl in das Grundwasser gesickert. Aber schon zaghafte Nachforschungen kroatischerseits werden von UN-Stellen als feindliche Propaganda abgetan.

Deshalb ist die Entscheidung Präsident Tudjman bei den Bürgern und politischen Parteien Kroatiens auf große Zustimmung gestoßen. Allen ist nämlich klar, daß die Verlängerung des Mandats nichts anderes bedeutete als die endgültige Zementierung des Status quo in den okkupierten Gebieten, die zum Anschluß an das großserbische Gebilde führt und letztlich dem kroatischen Staat den Garauus macht.

Seit der Zeit, als die politische Entscheidung für die staatliche Selbständigkeit Kroatiens vorbereitet wurde, hat Franjo Tudjman keine solche Entschlossenheit gezeigt. Das heißt natürlich nicht, daß es bei der Entscheidung bleiben muß. Wahrscheinlicher ist es, daß die jetzige Unnachgiebigkeit letztendlich zu begrenzten, aber realen Fortschritten bei den Verhandlungen mit den Serben führen soll. Einer der wichtigsten Politiker aus Tudjmans Umgebung, Vladmir Seks, hat bereits die Alternativen angedeutet: Anerkennung Kroatiens durch Belgrad oder ausdrückliche und entschlossene Maßnahmen seitens der UNPROFOR, die abtrünnigen Gebiete in die Verfassungsordnung Kroatiens einzugliedern.

Auf die Option einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen setzt Tudjman sicherlich nicht, auch wenn sie niemand ausschließen kann. Es handelt sich eher darum, daß die Gesamtbedingungen es Tudjman erlauben mitzupokern. Die Verhandlungen der letzten Jahre haben eindeutig gezeigt, daß die Serben unter den bisher gegebenen Umständen an ihnen kein Interesse haben. Von dem letzten, für Kroatien ohnehin ungünstigen Wirtschaftsabkommen ist nur ein Punkt – die Öffnung einer Teilstrecke der Autobahn Zagreb-Belgrad bisher verwirklicht worden. Die Aussicht, ohne den Schutz der UNPROFOR zu bleiben, könnte eine neue, den Serben unangenehme Verhandlungssituation schaffen. Kein Wunder, daß sie in Knin wie in Belgrad laut lamentierten und protestierten, Zagreb hätte gar kein Recht über die Stationierung der UN-Truppen zu entscheiden. Andererseits werden sie schon wissen, daß jegliches militärische Abenteuer bei den jetzigen Kräfteverhältnissen ohne massive Unterstützung aus Belgrad und Banja Luka selbstmörderisch wäre. Die neue friedensheischende Rolle Milosevics ermöglicht nun Tudjman, eine eigene kleine Rechnung aufzustellen. Welche Rolle Milosevic dann tatsächlich spielt, entscheidet sich freilich anderswo.

Dunja Melcic

KOMMENTAR

Die Entschlossenheit des Franjo Tudjman

Gegen 19 Uhr kamen dann Busse, und sie brachten die Überlebenden und die Leichen in die Fabrik „Alhos“. Sie sollen sie alle umgebracht haben. Die Frauen und Kinder brachten die Arkan-Männer in ein Haus, in dem sie zehn Tage eingesperrt blieben.“

Auch A. H. hat ihren Mann seit diesem Tag nicht mehr gesehen. Von Bekannten, die ebenfalls im Lager interniert waren, hat sie gehört, daß er ermordet worden sei.

Von nun dienten über Wochen hinweg die Fabrikhallen in Karakaj, das Schlachthaus, aber auch das Schulzentrum als Lager und als Folterstätten. Menschen wurden gequält und abgeschlachtet, aus einem einzigen Grund: Sie waren nicht serbischer Nationalität, nicht orthodoxen Glaubens. Aber auch die Serben, die sich gegen die Bestialitäten zur Wehr setzen wollten, wurden schnell Opfer der „serbischen Freischärler“. Einem jungen serbischen Mädchen, das dagegen protestierte, daß ihre Freunde in ein Lager deportiert werden sollten, wurde von Freischärlern auf offener Straße die Kehle durchgeschnitten.

Nach außen hin gaben sich die serbischen Okkupanten einen offiziellen Anstrich. Schon am 10. April riefen sie den „Serbischen Bezirk Zvornik“ aus, ernannten den lokalen SDS-Führer Branko Grubic zum „Präsidenten“. Sie erließen Beschlüsse, beispielsweise über die „Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht“ und Grujic gab im Belgrader Fernsehen Interviews, in denen er die Lage entweder beschönigte oder die Schuld an Massakern und am Überfall den „moslemischen Extremisten“ zuschrieb. Die Propagandamaschine lief auf vollen Touren.

Die moslemischen Einwohner, die noch in der Stadt lebten, waren „Menschen zweiter Klasse“. In der Stadt herrschte eine nächtliche Ausgangssperre. Männern war es auch tagsüber nur mit einer speziellen Erlaubnis gestattet, sich auf der Straße zu bewegen. Doch schützte auch diese Erlaubnis nicht vor willkürlichen Gewalttaten durch die Freischärler. Die meisten Männer versteckten sich lieber, denn die Erlaubnis mußte im „Hauptquartier“ im Industrieviertel Karakaj beantragt werden. Dort, wo sich auch die Unterkünfte der Freischärler und die Folterstätten befanden.

**G**egen Ende April begann sich die Lage in Zvornik scheinbar etwas zu beruhigen. Viele der Freischärler hatten die Stadt verlassen, um andere Städte und Dörfer zu überfallen. Die neuen „serbischen Autoritäten“ begannen, das zivile Leben in der Stadt zu organisieren.

Doch war die Beruhigung der Situation nur eine angebliche und ist im Zusam-

menhang mit einem Aufruf zur Rückkehr an die geflohenen Einwohner der Stadt zu sehen, der vom selbsternannten „Serbischen Bezirk Zvornik“ Ende April erlassen worden war. Alle Bürger der Stadt wurden dazu aufgerufen, zurückzukehren, um ihren Besitz bei der Gemeinde registrieren zu lassen. Wer bis Mitte Mai diese Registrierung nicht getätigt habe, dessen Besitz würde an die „Serbische Gemeinde Zvornik“ verfallen. Ein perfides Spiel, wie später für die moslemischen Einwohner deutlich wurde.

Wurden in den ersten Wochen der Okkupation viele moslemische Bürger der Stadt und der ganzen Umgebung durch den willkürlichen Terror der Freischärler, der von den Autoritäten geduldet wurde, zur Flucht gezwungen, begann jetzt, paradoxerweise mit dem Aufruf zur Rückkehr, die systematische, planmäßig durchgeführte endgültige „ethnische Säuberung“.

Hunderte der geflohenen Einwohner folgten dem Aufruf zur Rückkehr. Die Beruhigung der Lage, die Aufforderung zur Registrierung des Eigentums, waren aber nicht die einzigen Gründe. Viele trieb die Sorge um Familienangehörige zurück, andere wiederum waren das unsichere Flüchtlingsleben leid. Als sie dann die Registrierung beim „Serbischen Bezirk Zvornik“ oder bei der „Serbischen Polizei“ vornehmen wollten, wurde ihnen der erste Zweck dieser Registrierung offensichtlich. Vordergründig wurde zwar das Eigentum registriert, die eigentliche Absicht war aber die Erfassung der nichtserbischen, männlichen Bevölkerung.

Z. D fuhr am 14. Mai zurück, um seinen Besitz registrieren zu lassen.

„Als ich zurückkam, wurden mir an einer Barrikade direkt am Ortseingang Handschellen angelegt und ich wurde zuerst in den Städtischen Kindergarten gebracht. Ich sollte eine Erklärung unterschreiben, daß ich Sabotageakte unternommen hätte. Als ich mich weigerte, wurde ich nach Karakaj in die Bekleidungsfabrik „Alhos“ gebracht. In der zweiten Nacht begann die Folter. Sie schlugen mich mit Gewehrkolben, traten mich und brachen mir die Gesichtsknochen.“

Bis Ende September 1992 war Z. D in mehreren Lager interniert und mußte trotz schwerer Verletzungen Zwangsarbeit leisten.

Die serbischen Machthaber erreichten durch den Aufruf zwei Ziele. Sie konnten zum einen potentielle Widerstandskämpfer kontrollieren. Vor allem erfüllte der Aufruf zur Rückkehr noch einen anderen Zweck: Denn jetzt konnten die in alle Richtungen geflohenen moslemischen Einwohner der Stadt gesammelt und in einem nächsten Schritt nicht nur geschlossen aus Zvornik vertrieben, sondern sogar über die Landesgrenzen des ehemali-

gen Jugoslawiens hinaus deportiert werden.

Der Beginn der systematischen Deportation war verbunden mit einer neuen Welle des Terrors. Der neuen Gewalt konnten die moslemischen Bewohner nicht mehr entfliehen. Einzig, wenn sie eine Voraussetzung erfüllten, wurde ihnen erlaubt, die Stadt zu verlassen: sie mußten zuvor ihr (registriertes) Eigentum dem „Serbischen Bezirk Zvornik“ überschreiben.

Hatten sie die Erklärung unterschrieben, bekamen sie entweder eine Bestätigung oder in ihren Ausweis wurde ein fiktiver Wohnortwechsel nach Serbien eingetragen. Erst mit diesen Dokumenten ließ man sie die Stadt verlassen. Die Menschen froh, dem Terror zu entkommen, wußten nur zu deutlich, ihre einzige Chance zu überleben hieß, zu unterschreiben und ihren Besitz der „Serbischen Gemeinde Zvornik“ zu übertragen.

Für viele der Männer, die zurückgekommen waren, um die Registrierung vorzunehmen, oder von Freischärlern willkürlich verhaftet worden sind und in eines der Lager im Industrieviertel Karakaj deportiert wurden, existierte diese Chance nicht mehr. Diese Männer durchlebten eine Leidenszeit, die viele nicht überleben sollten.

M. S. verbrachte insgesamt sieben Monate in mehreren Lagern in Karakaj und in der Nähe von Bijeljina.

„Mitte Mai wurde ich festgenommen und gleich nach Karakaj in die Schuhfabrik gebracht. Dort wurde ich zuerst von der Polizei, dann von der Armee verhört. Ich sollte Erklärungen unterschreiben, wer von den Moslems mit Waffen gehandelt habe. Aber ich konnte nichts sagen. Ich blieb einige Tage eingesperrt. Eines Nachts kamen Freischärler. Es waren Boxer aus dem serbischen Ort Loznica. Sie schlugen uns die ganze Nacht. Am nächsten Tag wurden wir wieder verhört, nach dem Verhör aber freigelassen. Auf der Straße warteten aber bereits die Boxer aus Loznica auf uns. Sie zerrissen unsere Passierscheine und brachten uns wieder nach Karakaj in ein Lager.

Viele von uns haben die Qualen in diesem Lager nicht überlebt. Sie wurden zu Tode geprügelt oder gequält. Einige haben sie abgeschlachtet wie Tiere.

Später kam ich in die Ziegelei ins Arbeitslager. Neben der Arbeit in der Ziegelei mußten wir einem Anführer der Frei-

schärler auch beim Plündern helfen. Wir mußten für ihn Möbel aus Wohnungen holen, die dann auf Lastwagen nach Serbien gebracht wurden. Er machte auch vor serbischen Wohnungen nicht halt, wenn deren Besitzer nicht zu Hause waren.



Auch meine eigene Wohnung mußte ich ausräumen.

Oft bekamen wir „Besuch“ von Freischärlern. Wir mußten ihnen Tschetnik Lieder vorsingen, und sie tobten sich an den Gefangenen aus.

Nach zwei Monaten wurden wir plötzlich in ein anderes Lager verlegt. Nach Batkovic, in der Nähe von Bijeljina. Dort ging diese Art von Leben weiter. Arbeit und Schläge. Viele sind zu Tode geprügelt worden. Im Dezember 1992 kam ich endlich frei.“

*Der Artikel basiert auf der Studie „Ethnische Säuberungen in der nordostbosnischen Stadt Zvornik von April bis Juni 1992“ die vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte herausgegeben und von Hannes Tretter, Stephan Müller, Roswitha Schwanke, Paul Angeli, Andreas Richter verfaßt wurde. Die Studie ist erhältlich bei: Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, Berggasse 7/2, A-1090 Wien.*

In der Nacht vom 17. auf den 18. Jänner verließen Lastwagen den römischen *Palazzo Chigi*, Hauptquartier der italienischen Regierung. Akten, Bilder und Möbel wurden in die Prunkvilla nach Arcore bei Mailand zurückgebracht. Journalisten, die nach dem Auszug des scheidenden Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi den Palast besichtigten, verglichen „die Ruinen“ mit dem Präsidentenpalais in Grozny gemeint war die Verbissenheit, mit der sich Berlusconi gegen seine Ablösung wehrte, in einer Demokratie ein absolutes Novum. Er, der sich als „vom Volk durch Mehrheitswahl gesalbt“ empfunden und bezeichnet hatte, konnte nicht einsehen, wie er durch den Verlust einer simplen parlamentarischen Mehrheit von der Macht abberufen werden konnte – er sprach von Putsch. Und vergoß seine Galle gegen jene, die ihm durch feigen Dolchstoß hinterrücks die Führung seines Landes und Volkes entrissen hatten – allen voran jener Umberto Bossi (*Lega Nord*), der sieben Monate lang sein widerstrebender Verbündeter gewesen war, und Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro, der dem „ribaltone“ dem „Wendemanöver zugunsten der Kommunisten und ihrer Steigbügelhalter“ seinen hohen Segen erteilt habe.

Ja, wie ist er wirklich zu Fall gekommen, nachdem sein Aufstieg unaufhaltsam und sein Verbleib an der Macht von Umfrage zu Umfrage bestätigt schien? Und kommt etwas Besseres nach?

Der Umschwung bei der *Lega Nord* war plötzlich, aber nicht ganz unerwartet gekommen: Mehr und mehr mußte der großmäulige Hochstapler Bossi merken, daß ihn das Bündnis mit den „Berlusconi-Faschisten“ (wie er gerne seine Koalitionspartner nannte) aufrieb. Einerseits gelang es Berlusconi, die bürgerliche Mehrheit der *Lega*-Wähler sowohl ideologisch als wirtschafts- und sozialpolitisch auf seine Seite zu ziehen, andererseits machte das Bündnis mit den zentralistisch und staatsfanatisch orientierten Post-Faschisten die Regionalisten in der *Lega* stützig. Innerhalb der einst kompakten Schar der Bossi-Anhänger wuchs auch auf höchster Ebene der Unmut, die Absetzung des selbstbewußten Angebers war nur mehr eine Frage der Zeit. So packte Bossi die Gelegenheit beim Schopf. Berlusconis Hader mit der Justiz und seine Schwächung durch den Gewerkschaftsprotest gaben den Anlaß, der Linken (PDS und Umfeld) und dem katholischen Zentrum zu signalisieren, daß der Augenblick gekommen sei, einen Mißtrauensantrag gegen den Patron der Fininvest einzubringen: „Statt zu regieren und die Wirtschaft zu sanieren, statt

Betriebe zu privatisieren und den Staat zu dezentralisieren, hat er seine Energien der Gleichschaltung des italienischen Fernsehens, der Kraftprobe mit den Richtern und der parteiischen Postensetzung gewidmet.“ Der Mißtrauensantrag war gleichzeitig die Feuerprobe für den Zusammenhalt der *Lega*: Wer nicht persönlichen seinen Namen darunter setzte, machte sich verdächtig.

Der Linken und dem Zentrum kam der Anlaß sehr gelegen – vielleicht hatten sie es sogar um eine Note zu eilig: denn es fand sich zwar eine Mehrheit, um Berlusconi abzuwählen – was dieser gar nicht

### ***Dolchstoßlegende als Lebenslüge (rechts) – rechter Bankier als kleineres Übel (links)***

erst abwarten wollte: kurz vor der Mißtrauensabstimmung erklärte er am 22. Dezember seinen Rücktritt. Doch eine alternative Mehrheit für den echten „ribaltone“ gab es nicht: Wie sollten sich Postkommunisten und Postchristdemokraten, *Lega* und Grüne, sozialdemokratische und linksliberale Restbestände und harte Restkommunisten auf ein gemeinsames Programm einigen und eine überzeugende Regierungsmannschaft auf die Beine stellen und damit den *Forza-Italia*-Tau mel wieder austreiben? So gab es zwei entgegengesetzte politische Minderheiten: Berlusconis *Forza Italia*, die Exfaschisten und der ganze rechte Flügel (von Pannella bis zu den rechten Christdemokraten und den *Lega*-Abtrünnigen) auf der einen Seite, von der Mitte bis ganz nach links auf der anderen.

Berlusconis Aufschrei gegen den Dolchstoß erwies sich als publikumswirksam: „Die Verlierer der letzten Wahl wollen nun auf dem Schleichweg an die Macht, ihr Rückgrat sind die Kommunisten, denen ich den Weg verbaut hatte, der Staatspräsident ist kein neutraler Schiedsrichter, sondern steckt mit ihnen unter einer Decke – da gibt's nur einen demokratischen Ausweg: Neuwahlen sofort!“ Von der anderen Seite konnte weder eine regierungsfähige Mehrheit, noch ein überzeugender Führungsanspruch ins Feld geführt werden. Nur die Angst vor sofortigen Neuwahlen einte die Anti-Berlusconi-Koalition – begründet durch den Verweis auf die ab-

norme TV-Medienkonzentration, die zuerst domestiziert werden müßte, um eine gewisse Chancengleichheit herzustellen. Dem konservativ-katholischen und verfassungspatriotisch orientierten Staatspräsidenten wurde auf der Suche nach einem geeigneten Nachfolger für Berlusconi ein Kandidat nach dem anderen von Berlusconi selbst abgelehnt. „Ich will das Land bis zur Neuwahl weiterführen“ „Das geht nicht, Du hast selbst festgestellt, daß Du im Parlament keine Mehrheit hast, und bevor ich das Parlament auflöse, will ich sicher sein, daß es tatsächlich keine andere Mehrheit gibt“ – so der tägliche Disput zwischen den beiden Präsidenten, der fast unverhohlen vor den Fernsehkameras ausgetragen wurde. Wobei Scalfaro in seiner Neujahrsansprache so weit ging, Berlusconi feierlich zur Mäßigung aufzurufen.

Schließlich hatte der alte Hüter der Verfassung die Quadratur des Kreises gefunden: Ein Regierungsauftrag wurde anvertraut, den niemand als einen Sieg verkaufen konnte, allen Seiten mutete er das Schlucken großer Kröten zu. Lamberto Dini, parteiloser ehemaliger Direktor der Nationalbank und gelehriger Schüler des Weltwährungsfonds – von der Linken bestgehafter Minister des Berlusconi-Kabinetts, dem die Kürzung der Sozialausgaben oblag – wurde beauftragt, eine Regierung mit neutralen Fachleuten zu bilden, um die dringendsten Probleme zu lösen: Stützung von Wirtschaft und Währung, Erlaß eines Wahlgesetzes zumindest für die anstehenden Regionalwahlen, Reglementierung des Wahlkampfes in den Medien und Anbahnung einer restriktiven Rentenreform. Dini nahm das Kreuz auf sich und präsentierte in wenigen Tagen eine sichtlich abgemagerte Regierungsmannschaft von Fachleuten zweiter und dritter Klasse. Erstrangige Persönlichkeiten durften es keine sein, um nicht den Anschein einer dauerhaften Regierung zu erwecken, dafür wurden auch keine *Forza-Italia*-Altlasten übernommen.

Da stehen sie nun, die Linke wie die Rechte. Die Linke muß Dini stützen, wenn sie sofortige Neuwahlen abwenden will und schluckt schwer an diesem Brocken. Und die Rechte will ihm nur zustimmen, wenn er einen klaren Termin für Neuwahlen festsetzt, der nicht später als Juni sein darf (solange der Effekt der Dolchstoßlegende noch anhält).

Letztlich wird es wohl die Linke sein, die dem Kabinett der Universitätsprofessoren und Wirtschaftsexperten mit einem General als Verteidigungsminister und Susanna Agnelli (Fiat) als Außenministerin die überlebensnotwendigen Stimmen liefert. Alexander Langer

# Italiens Alptraum von neun Monaten

Hans Rudolf Velten

**W**ann immer während des letzten Jahres Freunde aus Deutschland anriefen und sich besorgt über die politischen Verhältnisse in Italien erkundigten, konnte ich ihnen keine eindeutige Prognose abliefern, und mußte gestehen, daß ich diesen Berlusconi noch nicht richtig einschätzen konnte. Denn wie man die Sache auch in die Zukunft projizierte, man wußte nie genau, wie ernst die Gefahr, die Berlusconi verkörperte, nun zu nehmen war, ob man sie unter- oder überschätzte.

Wir unterschätzten sie, indem wir an eine „normale“ rechtspopulistische Regierung dachten, wie man sich das in Deutschland vorstellen könnte, wenn plötzlich eine Koalition aus CDU CSU und Republikanern an die Macht käme. Doch die anhaltende unerhörte Demagogie und dreiste Propaganda der Regierung und ihrer diversen Kettenhunde in Fernsehen und Presse, die ständigen Verstöße gegen demokratische Regeln (wie den Ausschluß der Opposition bei der Ernennung der Präsidenten von Kammer und Senat oder der EG-Kommissare), die unverschämten Angriffe auf den Pluralismus (wie die Quasigleichschaltung des Fernsehens), auf rechtsstaatliche Institutionen (Justiz, Staatspräsident, Banca d'Italia), auf den Sozialstaat (Rentenreform), das alles erstaunte uns denn doch fast so sehr, wie es uns empörte. Zudem war auch seit dem Sommer klar geworden, daß die „Postfaschisten“ zusammen mit ihrem Gleichgesinnten, dem zweiten Mann bei Forza Italia, Verteidigungsminister Cesare Previti (einst Anwalt der verbotenen Geheimloge P2), in der Regierung den Ton angaben.

Wir überschätzten aber auch die Möglichkeiten der Regierung Berlusconi, indem wir sie mit unserer Angst vor einer neuen, zeitgemäßen Spielart des Faschismus, etwa in der Form einer autoritären „Telekratie“ identifizierten. Denn der politische Alltag wurde der Regierung zum

Verhängnis: Die meisten ihrer Aktionen offenbarten sich entweder als unbedachte, schlecht organisierte und deshalb fehlgehende Unternehmungen, oder sie riefen einen solchen Widerstand beim Volk und bei den anderen politischen Kräften hervor, daß sie teilweise oder gänzlich zurückgenommen werden mußten. Dafür waren oft glatte Fehleinschätzungen verantwortlich, da sich Berlusconi anhand der von ihm gehätschelten Meinungsumfragen leiten und täuschen ließ.

**I**nzwischen dürfte allen klar sein, daß Berlusconi gescheitert ist. Und nicht nur das: Seine Regierung ist keines der drängenden Probleme des Landes ernsthaft angegangen, sondern hat statt der erhofften Stabilität nur noch mehr Unsicherheit und Verwirrung gestiftet, statt wirtschaftlichem Wachstum sozialen Protest geerntet, statt einer Million neuer Arbeitsplätze zu schaffen eine Viertel Million verloren, statt der ersehnten Ruhe dem Land eine fahrlässige Polarisierung beschert und neue Spannungen heraufbe

schworen. Es hat sich gerächt, daß ein Unternehmer und politischer Dilettant von sich geglaubt hatte, er könne einen so komplizierten Staat wie Italien wie ein Wirtschaftsunternehmen führen und zudem noch die zentrifugal auseinanderstrebenden Kräfte (*Legha Nord/Alleanza Nazionale*) in seiner Koalition zusammenhalten. Die Regierungszeit des „großen Koordinators“ wie Berlusconi sich selbst genannt hat, liegt sogar unter der durchschnittlichen Regierungsdauer im Nachkriegsitalien. Wie konnte der erfolgreiche Wahlgewinner vom März 94 sein politisches Kapital so leichtfertig und in so kurzer Zeit verspielen? Fünf Gründe können genannt werden:

1 Da ist zunächst die Machtbalance in der Regierungskoalition alles andere als ausgeglichen gewesen. Keines der institutionellen und politischen Interessen der Lega Nord (Föderalisierung, Steuerreform/Umverteilung des Steueraufkommens, Förderung der Kleinunternehmer in Norditalien, Privatisierung) wurde ernsthaft ins Auge gefaßt. Da die Lega im La-



ger der Geheimdiplomaten stets zu spät informiert und überrumpelt wurde, fühlten sich die simplen Populisten aus dem Norden zurecht hintergangen und kündigten die Koalition auf. Der Absprung Bossis mag in der Wahl seines Zeitpunktes zwar opportunistisch erscheinen, war aber in der Substanz völlig folgerichtig.

2. Der Mißerfolg in der Finanz- und Wirtschaftspolitik ist inzwischen auch dem uneinsichtigsten Regierungsanhänger bewußt geworden: Seit Juli kostet die Regierung Berlusconi durch den Vertrauensverlust der internationalen Finanzmärkte und den sich daraus ergebenden Verfall der italienischen Lira das Land Milliarden. Berlusconi hat auch sein stärkstes Pferd nicht ins Ziel gebracht.

3. Die ersten politischen Handlungen der Regierung richteten sich auf die knallharte Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen Berlusconis und seiner Partei- und Geschäftsfreunde: die Kontrolle des staatlichen Fernsehens RAI mit eigenen Leuten und seine anschließende Abwirtschaftung zugunsten der *Fininvest*, die Entlassung zahlreicher korrupter Politiker und Industrieller aus der wenig angenehmen Untersuchungshaft, die Legalisierung der Jagd und der Bautätigkeit in Nationalparks, die nachträgliche Legalisierung unerlaubter Bauspekulation, der Versuch, die Banca d'Italia unter Kontrolle zu bringen, die indirekte Bevorteilung von Berlusconis Versicherungsunternehmen durch die Rentenreform, die reaktionäre Außenpolitik gegenüber Slowenien zugunsten der Vertriebenen-Interessen. Durch die raffgierige Konzentration auf diese Nebenschauplätze verpaßte die Regierung wertvolle Zeit beispielsweise für die Sanierung des Staatshaushalts oder die Verfassungsreformen.

4. Diese autoritäre Interessenpolitik der Regierung Berlusconis, deren kontinuierliche Verweigerung einer Diskussion oder gar eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses in wichtigen nationalen Fragen, nicht zuletzt aber der trotz vieler Versprechungen immer noch präzente Interessenkonflikt des Ministerpräsidenten mit seiner Unternehmenstätigkeit (besonders im Medienbereich) hat die Opposition zusammenschweißt; nach Meinung der Parteiführer D'Alema (*PDS*), Buttiglione (*PPI*) und Segni (*Patto*) müssen auch die unerträglichen und verfassungsfeindlichen Versuche der Regierung, die Ermittlungen der Justiz zu desavouieren, bekämpft werden. Bei den Kommunalwahlen im Herbst traten sie demnach

auch gemeinsam an und siegten klar über die Kandidaten der Rechten.

5. Berlusconi ist schließlich auch an seinen eigenen Irrtümern gescheitert. Salvatore Veca, Professor für politische Philosophie an der Universität Pavia und Präsident der *Fondazione Feltrinelli*, hat sie treffend zusammengefaßt („Il governo dei malintesi“ *Unità* vom 31.12.94): Da ist einmal der Irrtum, daß dem, der in einem Mehrheitswahlssystem die Wahlen gewonnen hat, die unumschränkte Herrschaft über das Land zufällt und die Opposition zwar Rederecht hat, jedoch keinerlei Einfluß nehmen darf („Mehrheitstyannei“), dann der Irrtum, sein Fernsehmonopol stehe zu dem wirtschaftsliberalen Regierungsprogramm nicht im Widerspruch, der Irrtum, mit einem Unternehmer und mehreren Wirtschaftsexperten in der Re-

eine Fernsehkampagne „gemacht“ wird (Collor de Mello). Die Implosion des ausbalancierten und hochkomplizierten politischen Systems Italiens ist eine Folge der radikalen Veränderung der weltpolitischen Lage seit 1986 sowie zwingendes Vermächtnis von korrupten und klientelistischen Eliten. Diese ihrerseits sind der Auswuchs einer Gesellschaft, bei der ein Teil der bürgerlichen Klasse so dominant war, daß seine staatschädigenden Mittel zur eigenen Bereicherung (von Geld und Macht) stillschweigend toleriert und immer weiter legalisiert wurden sowie der Anspruch auf skrupellose Durchsetzung seiner individuellen Ziele erleichtert wurde (Pasolini). Von dieser Warte aus erscheint der Wahlsieg Berlusconis als das Resultat einer Flucht des satten, arrivierten Bürgertums vor den Aussichten auf politischen und wirtschaftlichen Rigorismus, rechtsstaatliche Regelungen und Legalität, deren Erfüllung sich durch den Machtzuwachs der Justiz (während *tangentopoli*) und den Zusammenbruch der alten Ordnung sich anzubahnen schien. Und genau das ist es, was Berlusconi heute mit seinem Hauptfeind „Kommunismus“ eigentlich meint: Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und staatliche Kontrolle ausufernder Willkür. Die Tatsache, daß die Justiz heutzutage von einem Großteil der Bevölkerung als ein Instrument der Kommunisten angesehen wird, ist der beste Beweis dafür.

Für diese Art Evasion vor der Durchsetzung der demokratischen Regeln gibt es noch ein weiteres Beispiel: In dem Landesteil, in dem kriminelle Organisationen die größte Macht besitzen, wo sich die Dinge staatlicher Kontrolle und Legalität am effektivsten entziehen, in Sizilien, gewann die Rechte mit Unterstützung der Mafia und mit Hilfe von Stimmenkauf wie man inzwischen genau weiß – in guter alter DC-Manner fast alle Wahlkreise. Und das, obwohl Leoluca Orlando's neue linkskatholische Partei *La Rete* bei den Kommunalwahlen ein halbes Jahr zuvor die meisten Stimmen erlangt hatte.

Diese spezifisch italienischen Aspekte lassen sich nicht leicht auf das übrige Europa übertragen. Viele Beobachter haben den „Medienstaatsstreich“ (Virilio), den Mißbrauch des Fernsehens zur Propagandamaschine und den Wegfall der Ideologie in der Politik richtig und ausführlich kommentiert; sie haben aber die Einmaligkeit dieses Überraschungscoups übersehen und angenommen, diese neue Form sei zeitlich und örtlich übertragbar; es ist aber kaum annehmbar, daß die italienischen Verhältnisse in ihrer Besonderheit als Modell genommen werden können.

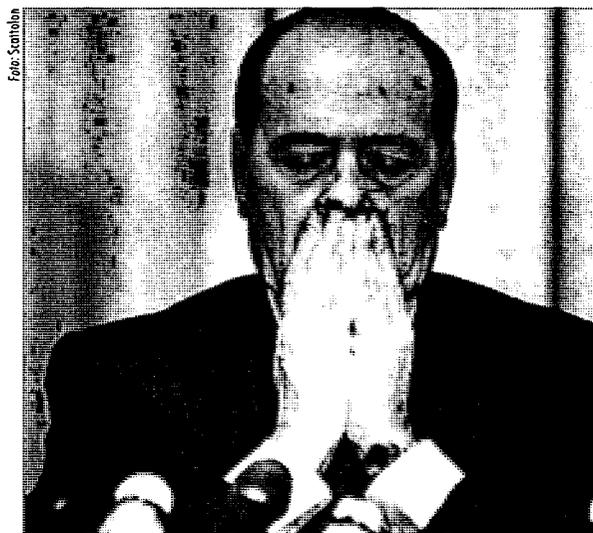


Foto: Stanoloh

gierung werde das Vertrauen der Finanzmärkte von allein bestehen bleiben, schließlich der aus einer einmaligen Mischung von kapitalistischem und feudalem Denken entstandene Irrtum, bei Bürgern handele es sich je nach Bedarf entweder um Kunden einer Firma oder um willfähige Untertanen, die in blinder Anhängerschaft (wie die Fans einer Fußballmannschaft) jede Entscheidung der Regierung mittragen.

**W**as ist aber nun mit dem bereits zum politischen Begriff geprägten Berlusconismus? Hat er nach dem vorläufigen Sturz des Cavaliere überhaupt noch seine Berechtigung? Ich glaube, man hat dem „Laboratorium Italien“ und der neuen Form des Regierens von Berlusconi bisher zuviel Gewicht beigemessen. Laboratorium hin oder her, nicht alle historischen Phasen (Faschismus) finden heute ihre logische Entsprechung, und in Brasilien hat der herrschende private Fernsehsender *Globo* bereits Ende der achtziger Jahre gezeigt, wie ein Präsident durch

**H** heute, nach dem Fall dieser Regierung (auch wenn offen bleiben muß, ob es noch einmal eine zweite Auflage geben wird), darf man, nein sollte man den Versuch wagen, den neuen politischen Stil dieser rechtspopulistischen Fernsehheldenregierung zu beschreiben, zu definieren, was Berlusconi ist oder war.

1. Der Wahlkampf ist die Quintessenz Berlusconi'scher Politik. Ihr Hauptcharakterzug war der Versuch, den Wahlkampf im politischen Alltag zu perpetuieren. Der Logik des kapitalistischen Konkurrenzkampfs konnte sich Berlusconi und seine Fininvest-Mannschaft auch politisch nicht entziehen. Das ist gleichfalls einer der Gründe seines Scheiterns.

2. Die politische Bühne par excellence ist das Fernsehen geworden. Berlusconi hat erfolgreich versucht, die Funktionen von früheren Formen der Versammlung und der Übereinkunft wie Kundgebungen, Wahlveranstaltungen, Parteisitzungen, institutionelle Treffen in Parlamenten und Gemeinderäten auf die Medienebene zu verlagern und sie somit zu absorbieren. Die Fernsehansprache per Videokassette, das abgesprochene Fernsehinterview wurde sein wichtigstes Forum.

3. Der Berlusconi'smus verbildert die Politik zum emotiven Medienspektakel. Seifenoper und Werbespot werden leitend für eine sentimentale Entleerung, die die Politik zu einem Zirkus mit Direktor entstellt; der Niveauverlust der politischen Diskurse, seine Reduktion auf Formeln und Schlagworte ist total. Inhalte und Sachthemen existieren nicht mehr, ein rasonnierender Kopf wirkt in einer politischen Sendung wie ein Fremdkörper. Das Spektakel will die Imaginierung der Politik mit der Möglichkeit, daß Gut gegen Böse kämpft und am Ende siegt. Den Privatsendern Berlusconi's fällt dabei die Rolle von Hofberichterstatern zu.

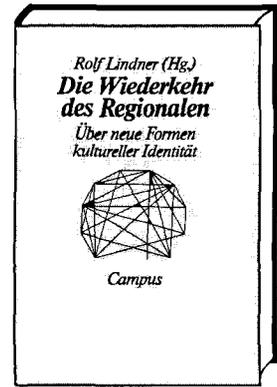
4. Der Stil der Regierung Berlusconi's trug Zeichen eines Feudalismus im 20. Jahrhundert. Die parlamentarischen, demokratischen Regeln der Entscheidungsfindung (Diskussion, Konsens, traditionelle Abstimmungspolitik) wurden kontinuierlich übergangen und diskreditiert, zugunsten der Reduktion auf einen ausgewählten Kreis von Männern, die in den Villen des Ministerpräsidenten zusammenkamen und dort ganz nach der Art der Geheimlogen die wichtigen Entscheidungen trafen. Privatisierung der Politik.

5. Bemerkenswert ist auch die Rhetorik Berlusconi's und seines Ministers für parlamentarische Angelegenheiten (treffender ist die Bezeichnung „Propagandaminister“) Giuliano Ferrara. Es handelt sich um eine Mischung aus aggressivem Pre digerstil und vereinfachten antiken rhetorischen Traditionen (Demosthenes, Iso-

krates): Der Redner hat die neurotische Tendenz, ein ideales Bild von sich zu entwerfen, um dann den heroischen Kampf gegen die als Volksfeinde dämonisierten Gegner um so glorreicher darzustellen. Besonders in den letzten beiden schwierigen Monaten befließigte sich Berlusconi dieser Unschulds- und Opferrhetorik.

6. Zum demagogischen Repertoire gehört auch die glatte Lüge. In einer bereits vergifteten politischen Atmosphäre steht dann Aussage gegen Aussage, und beweisen kann man erst im nachhinein, wenn es kaum mehr einen interessiert. So behauptete Berlusconi am 4. Januar ernsthaft, der Sturz der Lira an den Devisenbörsen sei durch Falschmeldungen der oppositionellen italienischen Zeitungen verursacht worden, das Parlament sei durch den Absprung der Lega Nord nun delegitimiert, nur die Opposition sei an seinen Mißerfolgen schuld und so fort. Interessant ist auch die Angewohnheit der Regierung, verzweifelte Warnungen der Opposition, daß sich Italien mit seiner autoritären und antidemokratischen Politik immer weiter von den zivilisierten westeuropäischen Demokratien entferne, zu kopieren und in schamloser Weise zu ihren Gunsten zu verkehren. Die Regierung sprach nun ihrerseits, klassisch demagogisch, von den Vorschlägen der Opposition als antidemokratischen Machenschaften. Dazu gehört auch die Tendenz zu faschistischer Rhetorik, nämlich die Opfer der eigenen Handlungen als die eigentlichen Täter hinzustellen. So waren in der Optik des Berlusconi'smus die ermittelnden Mailänder Richter nicht Opfer, da sie durch sogenannte „Inspektoren“ des Justizministeriums bespitzelt wurden, sondern sie waren Täter, da sie „die Arbeit der Inspektoren behindert haben“ Resultat dieser Entwicklungen ist, daß ein seriöser politischer Diskurs kaum mehr möglich ist, ohne der Verleumdung verdächtigt zu werden; eine unglaubliche Entwertung des gesprochenen Wortes, das in dieser Flut von Werbe-propaganda noch nicht einmal einen Rest von Ernsthaftigkeit behält.

**M**it Berlusconi's Scheitern sind die letzten Hoffnungen vieler Italiener, auf wundersame und bequeme Weise aus der generellen gesellschaftlichen Krise herauszukommen, verflögen. Den letzten pathetischen und unsauberen Versuchen Berlusconi's, doch noch weiter an der Macht zu bleiben, stattzugeben, würde dem Vertrauen in ein Himmelfahrtskommando gleichkommen. Italien steht heute mehr denn je am Rande einer Katastrophe. Klar wurde, daß die neun Monate Berlusconi's ein Alptraum ohnegleichen für das Land gewesen sind. Es bleibt die Hoffnung, daß sie vielleicht aber auch eine notwendige Übergangsphase waren. ■



257 Seiten DM 39,80

Das Schlagwort vom »Europa der Regionen«, die Rede von einer »Renaissance der regionalen Ökonomie« oder auch die Zunahme von Heimat- und Regionalverbänden in den neuen Bundesländern – all das sind Hinweise auf einen neuen Regionalismus: nicht als Gegenbewegung zur Globalisierung, sondern als deren Komplement: Regionalisierung heißt hier Rückbesinnung auf eigene Qualitäten bei der Bewältigung eines tendenziell globalen Strukturwandels.

Aus dem Inhalt:

Zum Problem der Identität aus kulturwissenschaftlicher Sicht (A. Assmann); Kultureller Fundamentalismus (V. Stolcke); Fallstudien über das Siegerland (R. Gans/D. Briesen), Ostfriesland (R. Danielzyk/R. Krüger), Hessen (B. Ploch/H. Schilling) und die Stadt Marl (D. Gausmann); Das Ethos der Region (R. Lindner); Regionale Identität (D. Ipsen).

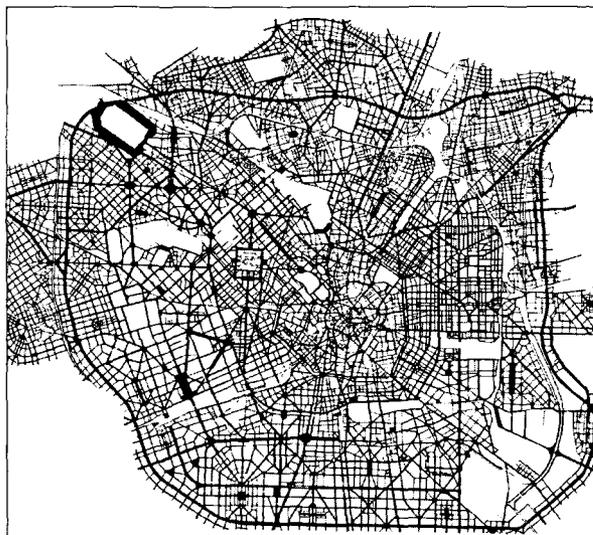
**C** Campus Verlag  
Frankfurt/New York

# Milano Centrale ?

Roger Keil

**E**in großes Thema der Urbanisierung im ausgehenden Jahrhundert ist das Verhältnis des Städtischen zu (seiner) Natur. Städte entwickeln sich durch, gegen und mit Natur. Wie Dieter Hassenpflug richtig bemerkt, befinden wir uns in der „reflexiven“ Phase der Urbanisierung, in der wir unser Verhältnis zur Ökologie als bewußte Herausforderung erkennen. Viele urbane Zentren haben daher begonnen, sich ihren natürlichen Existenzbedingungen zuzuwenden; Stadtregierungen sowie QuartiersbewohnerInnen reden von Nachhaltigkeit und entdecken aufs neue die Natur in der Stadt und in ihrem Umland. Aus dieser Wiederauferstehung des Natürlichen in der Stadt erwächst jedoch auch ein Dilemma: Wie können wir natürlicher städtisch sein, wenn die Dynamiken der Globalisierung die Daseinsbedingungen ökologischer Nachhaltigkeit zu vernichten drohen? Mailand ist ein Beispiel, wie eine Stadt gefangen ist zwischen der Proklamation der grünen Zukunft und der Realität weltmarkt- oder zumindest europäisch-dimensionierten Wettbewerbs.

Die Maschine senkt sich nach den letzten verschneiten Alpengipfeln in die norditalienische Ebene. Im Süden kauern grau die Anhöhen der Seeralpen vor Genua. Ein Schwenk nach Osten eröffnet nochmals einen Panoramablick über das winterliche Faltengebirge; dann geht es vor allem hinab, zunächst über die Ausläufer und Vorberge, danach flach über die Ebene, die in einer Mischung aus Nachmittagssonne und Winternebel unter



uns liegt. Als das Licht im Smog von Mailand von Hellgelb zu Orange wechselt, sind die Konturen des landwirtschaftlichen Halbmondes im Süden der lombardischen Metropole deutlich zu erkennen.

Die alten Domänen stehen wie eh in Feldern, wo im Dezember das Wintergetreide schon getrieben hat. Doch das Land ist jetzt Stadt. Die 1991 neugeschaffene Mailänder metropolitane Planungseinheit, die *città metropolitana*, die 195000 Hektar umfaßt, schließt den landwirtschaftlichen Süden ein. Der Planentwurf für dieses neue lokalstaatliche Territorium sieht vor, den *Parco Sud* gemeinsam mit anderen existierenden Frei- und Grünräumen vor der Urbanisierung zu schützen. Diese Flächen, die vor allem landwirtschaftliche und Freizeitznutzungen haben – letztere besonders im Norden in „Grünkeilen“ entlang der Flüsse Ticino und Etsch – machen insgesamt 57 Prozent der metropolitanen Gesamtfläche aus. 39 Prozent sind in der einen oder anderen Weise als Parks ausgewiesen und damit vor dem Zugriff der gebauten Stadt geschützt. Im Norden wird dabei mit dem Bild eines grünen Netzwerks, im Süden mit dem eines Grüngürtels operiert.

Doch die reiche historische Landform ist heute vor allem von zwei Dynamiken bedroht: Erstens erweist sich die indu-

strialisierte Landwirtschaft zunehmend als nicht nachhaltig im ökologischen Sinne, da Erde und Wasser durch die gegenwärtigen Praktiken verseucht werden. Wie Corinna Morandi, Architektin und Forscherin an der Abteilung für Territorialwissenschaften der Polytechnischen Hochschule von Mailand berichtet, ist das Wasser, das einst den Reichtum der Region begründete, heute zum Schwachpunkt des regionalen Ökosystems geworden: sowohl Oberflächenwasser als auch Grundwasser sind stark verschmutzt.

Zweitens ist der ästhetische Wert der Landschaft gefährdet. Bewässerungsgräben, Feld- und Wegstrukturen, die seit dem 15. Jahrhundert eine klassische europäische Agrikulturlandschaft geprägt hatten, lösen sich unter dem Eindruck Brüsseler Landwirtschaftspolitik ebenso in monostrukturelle Massenproduktionsstätten und Feldfabriken auf wie anderswo. 10000 Arbeitsplätze gibt es im Mailänder Raum noch in der Landwirtschaft, zunehmend angestellt in Betrieben, die großen Konzernen gehören.

Doch der Süden ist nicht Park allein. Während das Zentrum der Stadt die größte Konzentration von Büro- und Wohnraum behält, entwickeln sich nun auch

im Süden privat erstellte Siedlungen mittlerer Wohndichte und Büorambau. Der „Naturpark“ ist zur realen Projektionsfläche einer kontraktierenden europäischen Industriemetropole geworden. Mailand hat seit den 60er Jahren 300000 industrielle Arbeitsplätze verloren – die sich im Kontext des europäischen Städtestreitwettbewerbs ein neues Profil zulegen wollen. Neben der Verbesserung von Telekommunikations- und Verkehrsinfrastrukturen, Hochtechnologiestrategien, der Vernetzung von Forschungs- Entwicklungs- Produktions- und Dienstleistungsangeboten ist die „Entwicklung“ des regionalen Ökosystems zur Bedingung der Behauptung Mailands in Europa geworden. Vermischt mit den Regionalisierungstendenzen der Lega-dominierten lombardischen politischen Stimmung versucht die Stadtregion, sich in die europäische Elite der neuen Stadt-Staaten (wie London, Paris oder Frankfurt) einzugliedern, die zunehmend von ihren nationalen Ökonomien unabhängig scheinen wollen, jedoch die Verankerung im Regionalen betonen. ■

#### LITERATUR:

Dieter Hassenpflug, Sozialökologie, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1993

Corinna Morandi (Ed.), *I vantaggi competitividele città: un confronto in ambito europeo*, Milano (Franco Angeli) 1994.

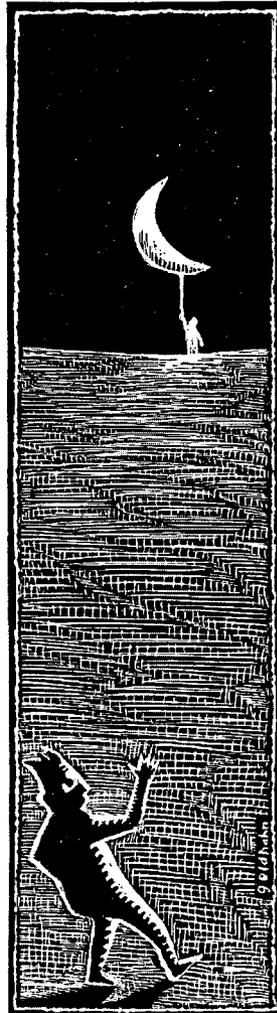
# Einen „Nationalen Vertrag“

Chérifa Magdi

**V**erräter, Kollaborateure, Initiatoren eines neuen Kreuzzugs gegen das islamische Algerien“ – so tönt es in den Reaktionen der Militärjunta, vermittelt durch ihre Presse in Algier, auf den Versuch der drei wichtigsten politischen Parteien des Landes, eine gemeinsame Plattform zu finden, um aus der blutigen Sackgasse in Algerien herauszufinden. Bereits am 21./22. November vergangenen Jahres hatten sich die FIS (Front Islamique du salut), die FLN (Front de libération nationale), die FFS (Front des forces socialistes), die PT (Parti des travailleurs) und Ennahda (Mouvement pour la renaissance islamique) auf Einladung der katholischen Akademie Saint Egidio in Rom getroffen, als klar geworden war, daß Staatspräsident Zeroual in seinem Dialog mit der FIS gescheitert war. Er war der Opposition, die der Generalstabschef der Streitkräfte, Ali Lamari, anführt, nicht gewachsen, die jede Verhandlungslösung ablehnt und nur die Repression gegen die Islamisten propagiert. Die Wirkung der Freilassung der beiden FIS-Führer Madani und Belhadj im September, anscheinend von Zeroual im Alleingang verfügt, war versandet, da ihr kein wirkliches Verhandlungsangebot seitens der Regierung oder des Staatsrates gefolgt war.

Ein weiteres Treffen der Opposition war für das neue Jahr vereinbart worden. Vor dem Treffen definierten die Teilnehmer die Grundlagen, auf denen die Gespräche basieren, die zu einer „friedlichen Verhandlungslösung der Krise in Algerien“ führen sollen. Eine etwaige Einigung bedeutet noch keineswegs das Ende der bürgerkriegsähnlichen Zustände in Algerien. Aber zum ersten Mal wird das Monopol auf die politische Initiative, das die Machthaber für sich reklamieren, gebrochen. Die wichtigsten Oppositionsparteien haben mit diesem unabhängigen Schritt das Bild vom allmächtigen Staat, der vermeintlich alle Karten in der Hand hält, zerstört. Sie kehren ihm jedoch nicht den Rücken, sondern beziehen ihn ein in den notwendigen nationalen Dialog, bei dessen Initiierung er bislang so kläglich gescheitert ist. Auf ihrer Pressekonferenz zu Beginn der Gespräche erklärte der Sprecher der Gruppe, Ali Yahia, der Präsident der algerischen Liga für Menschen-

rechte, daß sie einen Minimalkonsens anstreben, der beweisen soll, daß die wichtigsten Kräfte der Opposition in der Lage seien, miteinander zu reden und zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu kommen, die eine Hoffnung auf ein Ende des Terrors weckt. Sie suchen „einen demokratischen und friedlichen Ausweg aus der Krise“ um in einem weiteren Schritt die demokratischen Institutionen aufzubauen, die für die Wiederherstellung der Grundrechte aller AlgerierInnen notwendig sind.



*Für eine Verhandlungslösung in Algerien*

Für die FIS nahm Anouar Haddam, deren Vertreter in den USA, an dem Treffen teil. (Rabah Kebir, der Vorsitzende des Exekutivausschusses der FIS im Ausland, erhielt von der Bundesregierung keine Genehmigung, an dem Treffen teilzunehmen). Er machte in seiner Eröffnungssprache die feinsinnige Unterscheidung zwischen dem „Terror“ den die FIS ablehne, und dem „Heiligen Krieg“ den sie unterstütze. Viel wichtiger jedoch war seine Aussage, daß der bewaffnete Kampf kein Ziel an sich sei, sondern ein Mittel. Wenn die Ziele mit friedlichen Mitteln erreicht werden können, dann brauche man das Mittel des bewaffneten Kampfes nicht. Eigentlicher Adressat dieser Worte war die große Abwesende bei diesem Treffen, die GIA (Groupe Islamique Armé), die wohl für die meisten Terroranschläge verantwortlich zeichnet. Abdel Hamid Mehri, Generalsekretär der FLN, griff den letzten Vorschlag des algerischen Staatspräsidenten Zeroual an, Ende 1995 Präsidentschaftswahlen abzuhalten: „Man kann keine Wahlen planen, wenn man weiß, daß jede Woche 1000 potentielle Wähler ermordet werden.“

**A**ls Ergebnis des zweiten Treffens in Rom ist am 13. Januar eine gemeinsame Plattform verabschiedet worden. In der Präambel halten die UnterzeichnerInnen fest, welche gemeinsamen Vorstellungen sie verbinden: die Ablehnung der Gewalt als Mittel, die politische Macht zu erringen oder sie zu be-

# Die Unterzeichner der Erklärung von Rom

■ **FIS – Front Islamique du Salut** Neben der Moslembrudergemeinschaft in Ägypten die größte islamistische Organisation im arabischen Raum. Sie wurde, nach langjähriger Tätigkeit im Untergrund, im September 1989 legalisiert. Die Kommunalwahlen vom Juni 1990 gewann die FIS mit überwältigender Mehrheit (54% der abgegebenen Stimmen). Nach Umfragen lag die Zustimmung zu ihrer Politik ein Jahr später bei nur 20 Prozent, da sie auf die dringendsten Probleme der Bevölkerung, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, auch keine Antwort wußte. Die Inhaftierung ihrer Führer Madani und Belhadj ein Jahr später trug ihr viele Sympathien ein, so daß sie im ersten Wahlgang bei den Parlamentswahlen im Dezember 1991 24,59 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte, allerdings lag die Wahlbeteiligung nur bei knapp mehr als 30 Prozent. Im März 1992 wurde die Auflösung der FIS vom Hohen Staatsrat verfügt, der seit dem Militärputsch vom Januar desselben Jahres, als halbziviler Arm der herrschenden Militärs fungiert.

■ **Front de libération national – FLN** Die ehemals allein herrschende Einheitspartei, aus der Organisation des nationalen Befreiungskampfes gegen Frankreich hervorgegangen. Zusammen mit den Militärs zeichnet sie verantwortlich für die jetzige Situation in Algerien. Seit 1988 ist ihr Generalsekretär Abdelhamid Mehri, der seit den Aufständen vom Oktober 1988 stetig versucht hat, die Partei aus der Umklammerung der Streitkräfte zu befreien. Insofern ist das zweite bedeutsame Ergebnis der Konferenz von Rom die endgültige Scheidung zwischen FLN und Armee. Die FLN erhielt im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen von 1991 die Quittung für ihre Politik: Nur 12,7 Prozent der abgegebenen Stimmen konnte sie gewinnen. Trotz ihrer vielfältigen Verflechtungen mit der Staatsmacht ist sie seit 1994 eine treibende Kraft bei der Suche nach einem Ausweg aus der algerischen Sackgasse, was Mehri zum bestgehäßen „Freund“ der herrschenden Militärjunta werden ließ.

■ **Front des forces socialistes – FFS** Die Partei wurde im Jahre 1963 von Hocine Ait Ahmed gegründet, einem der „historischen“ Führer des nationalen Befreiungskampfes. Der Gründung gingen scharfe Auseinandersetzungen innerhalb der FLN um die zukünftige Herrschaftsform des algerischen Staates und den Anteil der berberischen Ethnie an der Gestaltung von Kultur und Gesellschaft voraus. Die Mehrheit der FLN-Führung entschied sich für die Einparteiendiktatur in einem ausschließlich arabisch-islamisch definierten Algerien. Beim ersten Wahlgang der Parlamentswahlen von 1991 erhielt die FFS 3,85 Prozent der Stimmen, hauptsächlich in der Kabylei, dem größten Ansiedlungsgebiet der berberischen Bevölkerung. Ait Ahmed lebt seit 1992 im europäischen Exil.

■ **Mouvement pour la démocratie en Algérie – MDA** Nach über zwanzigjährigem Exil in Frankreich, wohin er nach dem Putsch des Obersten Boumedienne im Jahre 1963 floh, kehrte Ben Bella nach Algerien zurück. Er gründete zuvor in Chantilly die MDA, die im politischen Kräftespiel in Algerien kaum eine Rolle spielt, aber aus der heroischen Lebensgeschichte und dem verbliebenen Charisma ihres Gründers eine gewisse Bedeutung schöpft.

■ **Parti des travailleurs – PT** Die einzige Partei in Algerien, die von einer Frau, Louisa Hanoun, geführt wird. Sie ist eine trotzkistische Abspaltung der kommunistischen Partei Algeriens, die auf seiten des Militärregimes steht. Zusammen mit Chalida Messaoudi gründete Hanoun im Jahre 1989 die „Association pour l'égalité“ die erste feministische Organisation Algeriens.

■ **Ennahda – Mouvement pour la renaissance islamique** Lange im Untergrund tätig in der Region von Constantin, aus der ihr Gründer, Abdallah Djabbah stammt, ist Ennahda 1989 wie die FIS legalisiert worden. Sie wurde lange Zeit vom Regime mißbraucht, um sich einen islamischen Anstrich zu geben. Der Schritt nach Rom ist deshalb bedeutsam.

richtungen und alle Repressionsmaßnahmen einzustellen, zuerst gegen die Zivilbevölkerung und in einem weiteren Schritt gegen die bewaffneten islamistischen Gruppen. An diese ist der Appell gerichtet, ihre Anschläge gegen Zivilisten sowohl Algerier als auch Ausländer – zu beenden und mit der Zerstörung öffentlichen Eigentums aufzuhören. (Bislang wurden allein 600 Schulen niedergebrannt.)

Die Dynamik eines friedlichen Auswegs könnte in eine Waffenstillstandsvereinbarung münden mit darauffolgenden Verhandlungen zwischen allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, und nicht etwa nur zwischen Islamisten und Staatsmacht, was die Marginalisierung der restlichen Organisationen und Institutionen bedeuten würde.

Eine „nationale Konferenz mit wirklichen Befugnissen“ sollte die Vertreter der Staatsmacht und die wichtigsten politischen Kräfte zusammenführen, und sie sollte damit beauftragt werden, eine Übergangsregierung einzusetzen, die bis zur Durchführung freier und allgemeiner Wahlen die Umsetzung der Vereinbarungen überwacht.

**N**un liegt der Ball in der Spielhälfte der Machthaber. Das Hauptargument der „Ausrotter“ die die Vergeblichkeit jeglichen Dialogs mit der islamistischen Bewegung erklären und dies als Ausrede benutzen für ihre ausschließlich militärischen Lösungsversuche, verliert einiges an Überzeugungskraft. Mit der Plattform von Rom werden die „Terroristen“ die Anhänger eines totalen Krieges gegen das System, von den Kräften abgetrennt, die bereit sind, die Regeln des demokratischen politischen Spiels zu akzeptieren.

Hier stehen sich die FIS als dialogfähige islamistische Organisation – und die GIA – die durchaus imstande wäre, ihre sich abzeichnende Marginalisierung durch eine Eskalation des Terrors zu beantworten gegenüber. Noch sind die Auswirkungen des Angebots von Rom auf die militärische Nomenklatura nicht abzusehen. Bislang hat sie es geschafft, den Anschein der Einheit in den eigenen Reihen zu wahren. Der starke Mann, General Lamari, der die Terroristenbekämpfung direkt organisiert, wird nicht ohne solide Garantien für den eigenen Macht-erhalt die Waffen niederlegen.

Nun liegt die Reaktion der GIA auf die Plattform von Rom vor. In einer Erklärung, die am 15. Januar an mehrere Nach-

halten. Eine Schlüssel Formulierung, die implizit sowohl die bewaffneten islamistischen Gruppen, die einen „Heiligen Krieg“ gegen die Machthaber führen, als auch die herrschende Nomenklatura, die nur mit militärischen Mitteln an der Macht bleibt, der Kritik unterzieht. Von der Armee wird die Achtung der Verfassung von 1989 gefordert, die nach den Aufständen von 1988 verabschiedet worden war, und die Rückkehr der Armeemitglieder in die Kasernen verlangt. Für Algerien strebt die Opposition eine Mehrparteiendemokratie an, in der sich die pluralistische kulturelle Identität Algeriens widerspiegelt: der Islam, die arabische und die berberische Ethnie. Die Anwesenheit von Louisa Hanoun, Vorsitzende der PT und Mitbegründerin der ersten feministischen Frauenorganisation Algeriens, ist ein Angebot an die radikalen Kräfte unter den „Demokraten“ die bislang hinter der militärischen Lösung stehen, daß auch sie, wenn sie von ihrer har-

ten politischen Linie abweichen, miteinbezogen sind in diesen Plan für ein pluralistisches Algerien.

Die bürgerkriegsähnlichen Zustände werden als Bedrohung für die physische Integrität der Bevölkerung, für die Einheit und die nationale Souveränität betrachtet. Damit sich die notwendigen Debatten über die politische Gestaltung des Landes vollziehen können, ist es nötig, den Teufelskreis von terroristischer staatlicher und nichtstaatlicher Gewalt zu durchbrechen, in dem Algerien gefangen ist und den Rahmen für einen friedlichen politischen Wettbewerb zu entwerfen. Jeder Verhandlung zwischen der Staatsmacht und der Opposition muß die Freilassung der noch inhaftierten Führer des „politischen Flügels“ der islamistischen Bewegung, der FIS, und die Wiederzulassung als politische Partei, die ihr im März 1992 entzogen wurde, vorangehen. Die Staatsmacht wird aufgefordert, die Folter sofort abzuschaffen, die außergerichtlichen Hin-

richtenagenturen in Paris geschickt wurde, erklärt sie ihre Bereitschaft, „den Krieg zu beenden“ unter der Bedingung, daß die Staatsmacht auf die Vorschläge von Rom positiv reagiert und die zusätzlichen drei Bedingungen, die die GIA stellt, erfüllt. An erster Stelle steht die Freilassung ihres Führers Abdelhaq Layada, der zum Tode verurteilt wurde und sich in der Nähe von Algier in Haft befindet – ein Versuch, ihre Führungskräfte mit denen der FIS, deren Freilassung die Plattform von Rom fordert, auf die gleiche Stufe zu stellen. Sie fordert weiterhin, die Anwendung des „Gesetzes Gottes“ gegen die Generäle. Sie hat wohl eine „Anwendung“ im Auge, die nach dem Motto „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ erfolgen soll, was einer Travestie dieses Gesetzes durch seine Verwandlung in ein simples Instrument der Blutrache gleichkäme. Hier trifft die GIA allerdings eine unklare Stelle in der Vereinbarung von Rom, wo etwas verschwommen von „gegenseitigen Garantien“ zwischen Staatsmacht und Opposition gesprochen wird. Als dritte Bedingung fordert die GIA die Auflösung aller kommunistischen, atheistischen Parteien als Zeichen des guten Willens seitens des Regimes, „die Feinde des Glaubens“ zu bekämpfen. Sie stellt mit dieser Forderung erneut die totalitäre Sicht, die einige Fraktionen der islamistischen Bewegung unter dem Deckmantel der Religion verhüllt von Politik haben, unter Beweis. Die GIA ist noch sehr weit entfernt von Geist und Buchstaben der Erklärung von Rom, in der explizit und prinzipiell von Pluralität und Mehrparteiendemokratie die Rede ist. Bedingungen wie die GIA aufzustellen und doch das Ende des Kriegs zu fordern, heißt, daß man nicht vorhat, dies bald zu tun. Die Erklärung ist trotzdem interessant, da die

**un liegt der Ball in der Spielhälfte der Machthaber. Das Hauptargument der „Ausrotter“, die die Vergeblichkeit jeglichen Dialogs mit der islamistischen Bewegung erklären und dies als Ausrede benutzen für ihre ausschließlich militärischen Lösungsversuche, verliert einiges an Überzeugungskraft.**

GIA bislang jeden Gedanken an einen Waffenstillstand kategorisch abgelehnt hat. Eine derartige Reaktion noch keine 48 Stunden nach der Veröffentlichung der Plattform von Rom ist ein Zeichen der Angst. Von der Mehrheit der Bevölkerung, die sie terrorisiert, abgelehnt, geschwächt durch den schonungslosen Krieg, den die Staatsmacht gegen sie führt, befürchtet die GIA, daß sie von einem eventuellen Dialog zwischen den

Machthabern und der Opposition ausgeschlossen werden könnte. Die Führung der GIA ist sich dieser Gefahr bewußt und versucht ihrerseits, einen Keil in die FIS zu treiben zwischen einem „gemäßigten“ Madani und einem „radikalen“ Ali Belhadj, dem zweiten Mann der FIS, indem sie sich verpflichtet, die Gewalt aufzugeben, falls Belhadj sie dazu aufruft. Das wiederum gibt der FIS die Führungsrolle innerhalb der islamistischen Bewegung zurück, die sie fast verloren hatte, als zunehmend klar wurde, daß sie die bewaffneten Banden der GIA und Teile ihrer eigenen AIS (Armée Islamique du salut) nicht mehr unter Kontrolle hat. Die Forderung der GIA bekräftigt aber auch ihre Rolle als unentbehrlicher Partner im zukünftigen Dialog, was den politischen Flügel umgekehrt erneut unter die Vormundschaft der militärischen Kräfte stellt.

Algerien ist noch weit entfernt von der angestrebten friedlichen Lösung des Konflikts. Die Staatsmacht hat bislang nicht reagiert, sondern die Medien angewiesen, eine Hetzkampagne gegen das Treffen von Rom zu entfesseln. Sie fährt in ihrer Tagesordnung anscheinend unbeirrt fort, indem sie einen zweitägigen Workshop organisierte, der sich mit den Vorbereitungsmodalitäten der Präsidentschaftswahlen, die für Ende 1995 geplant sind, befassen soll.

Ein Mitglied des Nationalen Übergangsrates (CNT), der von Boudiaf ins Leben gerufen wurde und die Funktion eines Parlaments haben sollte, Falah Nour, ist von den „Terroristen“ ermordet worden. Sechs Mitglieder der FLN wurden am Samstag nach dem Treffen in Rom im Westen Algeriens getötet. Die Zahl der getöteten Islamisten ist unbekannt. ■

Bei uns steht

# Hintergrund

im

# Vordergrund

## Probeabonnement

- 3 Wochen lang kostenlos
  - 6 Wochen für DM 15, \*
  - 12 Wochen für DM 30, \*
- Nur gegen Vorkasse (Bar oder V-Scheck)

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

# Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Vertrieb FREITAG, Postf. 66, 12414 Berlin

# Willkommen im Alptraum

Die Besetzung Chiapas



Peter-Erwin Jansen

**D**er Aufstand der Zapatista an Neujahr letzten Jahres war gut getimt. An diesem Tag unterzeichneten der vor zwei Monaten abgewählte Präsident Salinas und die Regierungschefs der Vereinigten Staaten und Kanadas das Nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta. Kern dieses Abkommens ist der Abbau aller Handelsbeschränkungen, eben auch der Schutzzölle für landwirtschaftliche Produkte. Für Mexiko bedeutet das letztlich den Zusammenbruch der bisherigen Landwirtschaft. Bestätigt von Landwirtschaftsexperten, unterstützt von Vertretern der katholischen Kirche und wenigen Politikern erklärten die Sprecher der Zapatista, die Regierung Salinas nehme die völlige Verarmung der Bauern bewußt in Kauf. Die Regierung vertrete nur die wenigen reichen Farmer und Rancher. „Nafta“ sagte Zapatistakommandant Marcos, „ist das Totengeläut für die armen indianischen Bauern.“

Salinas reagierte mit dem Einsatz der Armee. Mehrere hundert Rebellen und Zivilisten starben. Ein Waffenstillstandsabkommen brachte Entspannung. Dem am

ersten Dezember gewählten Präsidenten Ernesto Zedillo begegneten die Zapatistas mit großem Mißtrauen. „Señor Zedillo, wir glauben Ihnen nicht“ sagte Kommandant Marcos in einer öffentlichen Stellungnahme und verabschiedete sich mit den Worten: „Willkommen im Alptraum“ Zedillo suchte Friedensgespräche und versicherte, seine Truppen würden die Waffenruhe nicht verletzen. Allerdings unternimmt die neue Regierung nichts dagegen, daß die von den großen Ranchern und Spekulanten angeheuerten „Weißen Gärten“ bereits mehrere „peasants“ ermordet haben. Das macht die militärische Führung der Zapatistas nervös. „Wenn die reichen Farmer die „peasants“ von dem besetzten Land vertreiben, werden wir nicht zuschauen. Wenn Präsident Zedillo sie weiter morden läßt, macht er sich zu ihrem Komplizen.“ Trotz des Mißtrauens und der angespannten Lage wurden durch die Vermittlung von Kirchenführern zu Beginn dieses Jahres neue Gespräche zwischen Politikern und Rebellen eingeleitet.

Daß sich die Nationale Befreiungsarmee in Chiapas, der südlichsten mexika-

nischen Provinz nahe der Grenze zu Guatemala, den Namen des Revolutionshelden von 1910, Emiliano Zapata, gegeben hat, ist nicht nur eine nostalgische Heldenverehrung. Die Situationen von damals und heute sind auffällig ähnlich. Wie damals werden weite und ertragreichste Landflächen der Region Chiapas von wenigen reichen Farmern und Ranchern genutzt. Sie werden durch die Politik der Regierung unterstützt, während die große Zahl immer ärmer werdender Bauern, meist Maya-Indianer, auf kleinen, mittlerweile unproduktiven Nutzflächen an den Rand ihrer Existenz getrieben werden. In

vielen Fällen wurden sie gar völlig ihres Landes beraubt, wanderten mittellos in die Städte ab oder fristen in den Regenwäldern ihr Dasein.

**A**ber es besteht ein großer Unterschied zu heute. Eine wichtige politische Forderung der Revolution, die Landreform, wurde trotz der Ermordung Zapatas 1919 Bestandteil des Regierungsprogramms. Die Verfassung von 1917 beinhaltet einen Artikel, der die Besitzfläche für Privatpersonen beschränkte. Die Haciendas wurden enteignet, Land an die „peasants“ verteilt, später landwirtschaftliche Kooperativen gefördert. Die modernen Zapatistas werden, so scheint es, dieses Ziel nicht mehr er-

reichen. Zwischen 1915 und 1988 wurden den Bauern über 100 Millionen Hektar zugewiesen. Salinas vergab in seiner sechsjährigen Amtszeit nur noch knapp 500000 Hektar. Nun ließen bereits einige Mitarbeiter Zedillos, Ökonomieexperten aus Yale, verlauten, Land sei mittlerweile zu kostbar, um es an die Bauern abzugeben. Längst wird ausländischen, meist amerikanischen Investoren dieses Land zum Kauf angeboten. Die neue politische Klasse Mexikos, die wohlduftenden „perfumados“ rüstet Mexiko zu einem modernen Industriestaat auf.

Und das soll schnell geschehen. Nach dem Willen der Experten in sechs Jahren. Die bestehende Produktion landwirtschaftlicher Güter in Mexiko, von der bisher 25 Millionen Mexikaner leben, sehen die technokratischen Modernisierer nur noch als kostenintensives Relikt. „Wir können uns keine Dritte Welt-Landwirtschaft leisten, während wir in die erste Welt eintreten“ sagt Raul Martinez Garcia, führender Kopf des Landwirtschaftsministeriums.

Schon der letzten Regierung waren die „ejidos“ ein Hindernis. Das Ejido-System

war Ergebnis der Revolution von 1910. Die Regierung enteignete damals die Großgrundbesitzer, die sich mit Hilfe von Diktator Diaz riesige Ländereien, die Haciendas, angeeignet hatten. Zu dieser Zeit gehörten 80 Millionen Hektar Land zwei Prozent der Bevölkerung. Den „peasants“ die oft Kooperativen bildeten, wurden von der Revolutionsregierung bis zu zwölf Hektar Bewirtschaftungsfläche, sogenannte „ejidos“ zugesprochen. Durch Erbteilung verkleinerten sich in den letzten Jahrzehnten diese Flächen auf ein bis zwei Hektar. Dort kann nur noch das produziert werden, was die Familie zum Leben benötigt. Das meiste Land der „ejidos“ ist bis heute Eigentum des Staates. Noch.

Als vor zwei Jahren die Privatisierung beschlossen wurde, argumentierten die Offiziellen mit einer besseren Flexibilität. So könnten zum Beispiel Kredite aufgenommen werden, um Maschinen anzuschaffen. Die Entwicklung ist fatal. Die geschürte Hoffnung, die neuen Eigentümer könnten als private Anbauer und aufgrund von Nafta auf dem freien Markt bestehen, löst sich durch die teuren Bankkredite in nichts auf. Schon stehen die reichen Farmer oder Bodenspekulanten ausländischer Investoren vor der Tür und bieten Pesos für jeden Quadratmeter Boden. Dem erzwungenen Verkauf des weni gen folgt der Absturz in die Besitzlosigkeit mit vielen. Am Ende steht die Auflösung aller „ejidos“ die immerhin 75 Prozent der Agrarflächen Mexikos ausmachen. Die Subventionen für die diesjährige Ernte sollen bereits ganz gestrichen werden. Bauern, die zum Teil noch mit Ochsen pflügen, kaum Transportmittel besitzen, kein Vertriebsnetz haben, müssen in Konkurrenz mit den hochmodernen Industrie-Farmern Kanadas und der USA ihre Produkte anbieten. Das bedeutet nichts anderes als das Ende der „ejidos“ und die Verarmung der Familien.

Experten schätzen, daß in den nächsten zehn Jahren etwa acht Millionen Mexikaner die ländlichen Gebiete verlassen müssen. Ein hoher Anteil der vertriebenen „peasants“ wird versuchen, in die großen Städte wie Guadalajara oder Mexiko City zu gelangen, wo schon jetzt Millionen von Menschen am Stadtrand in armseligen Wellblechhütten leben müssen. Von den 90 Millionen Einwohnern Mexikos leben heute bereits 65 Millionen in den großen Städten. Dort finden sie kaum Arbeit. Sie müssen am Straßenrand billige Schmuckstücke, Haushaltswaren oder Klebstoffe verkaufen, um überleben zu können. An-

dere versuchen, nach Kalifornien oder Texas zu gelangen. In Kalifornien erwartet sie eine breite Anti-Immigranten-Stimmung, die durch die Proposition 187 (siehe *Kommune* 12/94) bereits ihren politischen Niederschlag gefunden hat. Selbst in der texanischen Grenzstadt El Paso, in der achtzig Prozent Mexikaner und Mexican-American leben, werden die mexikanischen Grenzgänger mehrheitlich abgelehnt, der hohe Stahlzaun entlang des Rio Grande von den meisten begrüßt. In dieses Gebiet beorderte Gouverneur George W. Bush jr. gerade weitere dreihundert gut ausgerüstete Grenzer. Eine Elitetruppe, die jetzt schon als „Immigrant-Hunter“ bezeichnet wird.

Die ersten, die eventuell den Weg über die Grenzen suchen, sind die 3,5 Millionen Familien, die vom Getreide vor allem aber Maisanbau abhängig sind. Der Preis ihrer Produkte wird von den riesigen Maisfarmen in Iowa oder den Weizenfabriken in North Dakota bei weitem unterboten. Der Niedergang des Maisanbaus in Chiapas wird von der Bevölkerung auch als kultureller Ausverkauf begriffen. Denn der Maisanbau wurde vor-

wem dieses Land gehöre. „Die reichen Rancher haben hier keine Ruinen. Besteht überhaupt noch ein Zweifel, daß dies unser Land ist?“ fragt David Diaz, einer der Besetzer. Um ihrem Willen, nicht zu weichen, einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen, hat Familie Diaz wie die meisten Besetzer ein einfaches Holzhaus gebaut. Auch an einer eigenen Infrastruktur arbeiten die „neuen“ „peasants“ Kleine Geldmengen, wie die 100 Dollar, die die Regierung momentan pro Hektar als Zuschuß zahlt, werden in selbstverwalteten Genossenschaftsbanken angelegt. Damit werden sie in die Lage versetzt, große Mengen Saatgut günstiger einzukaufen. Ein gemeinsames Vertriebsystem für die Produkte wird ebenfalls darüber finanziert. Wenn es den Zapatistas tatsächlich gelingt, in Chiapas einen stabilen institutionellen Rahmen aufzubauen, werden die politischen Lösungsvorschläge Zedillos dort erst recht nicht mehr ankommen.

Bisher argumentieren viele Politiker arrogant mit der „neuen Realität“ empfehlen auf den Markt zu schauen, effizienter zu wirtschaften oder eben aufzugeben. Fern ab von jeder realistischen Einschätzung schlagen sie vor, Früchte und Gemüse

für den Export anzubauen. Aber Früchte oder Gemüse gedeihen nur in den ausreichend bewässerten Gebieten, zum Beispiel im Yaqui Valley im Nordwesten oder im Autlan Valley südwestlich von Guadalajara in der Provinz Jalisco. In diesen Regionen bauen viele private Produzenten in größeren Betrieben an. Auf sie und ihre angebliche Konkurrenzfähigkeit verwei-

sen die Politiker. Sie übersehen dabei, daß nach neuesten Schätzungen bereits 100000 dieser Betriebe vor dem Bankrott stehen. Der Hinweis, dies werde der freie Markt selbst regeln, weil dann wenige Megafarmer das beste Land produktiv bewirtschaften und die Maya-Indianer dort für ein paar Dollar am Tag arbeiten könnten, ist zynisch, aber offizielles Statement der Ökonomen. Ken Shwedel, amerikanischer Landwirtschaftsökonom, brachte den Zynismus auf den Punkt: „Die mexikanische Landwirtschaft hat eine wunder volle Zukunft. Unglücklicherweise wird die Mehrzahl der Farmer diese nicht mehr genießen können.“



der Eroberung durch die Spanier zuerst in Mexiko von den Azteken und den Mayas kultiviert.

Auf einigen erkämpften Landflächen der sechshundert besetzten Farmen und Ranchos wird in diesem Jahr die erste „illegale“ Ernte eingebracht. Insgesamt bauen Maya-Indianer heute annähernd 30000 Hektar zurückerobertes Land. Ein Großteil davon liegt in Gebieten bis 200 Kilometer nordöstlich der ehemaligen Hauptstadt Chiapas San Cristobal. Für die Mayas steht fest, daß dieses Land seit Jahrhunderten ihr Land ist. Von den Spaniern über Kaiser Maximilian, Diktator Porfirio Diaz bis zu den „perfumados“ von heute, wurde ihnen dieses Land gestohlen. Mit Stolz verweisen die Maya auf die alten Grabruinen. Sie seien Beweis genug dafür,

Fotos: In Chiapas Hans-Jürgen Serwe

**T**rancher“ heißt auf französisch nicht nur „abschneiden“ sondern auch „entscheiden“ Darin ist eine politische Fähigkeit zur schmerzvollen Trennung angedeutet, die im deutschen Welt-Gemeinschafts-Empfinden ein tiefes Unbehagen auslöst. Das Tranchiermesser kann auch dort schneiden, wo es ins Fleisch zu intimer Beziehungen geht.

Die Stimmung war in Frankreich in den letzten Jahren schlecht. Schlechter als die wirtschaftliche Lage. „Die einsame Nation“ hieß es in *Kommune* 4/90. Präziser wäre gewesen, einsam in einer zu engen Bindung. Denn man kann auch ohne „Kerneuropa“ leben. Die eigene Größe kann Frankreich auch bestens in einer peripheren Rolle wahren. Die Nation ist dort kein bismarcksches Staatsprojekt, sondern gehört zum Eigentum der zivilen Gesellschaft. Deren republikanische Disziplin putzt von Zeit zu Zeit die Nation blank, als wäre sie das eigene Haus. Die Nation in diesem Sinn war weniger Ordnungsmacht als Vorbild. In dieser Vorbildfunktion ist es durch die Zivilrevolutionen in Osteuropa bestätigt worden.

Wenn die schlechte Laune nicht an der „Nation“ gelegen hat, dann vielleicht an ihrer Zweierbeziehung mit Deutschland. „Wir sind überflüssig geworden“ hört man hier und da. Wenn jemand sich einsam in einer Beziehung fühlt, ist die Stärkung der Beziehung meistens der Holzweg. Es ist daher wohl falsch, auf das französische „Einsam“ mit einem deutschen „Gemeinsam“ zu antworten. Das war gar nicht die französische Frage. Vielleicht geht es erstmal andersherum: „die Einsamkeit offiziell machen“ – Scheidung auf französisch. Das Tranchiermesser tritt in Aktion.

**P**remierminister Balladur hat in *Le Monde* auf das CDU-Europa-Papier mit einem feinen, fast unmerklichen Schnitt geantwortet. Die Achse Paris-Bonn/Berlin ist gut und schön, aber sie ist keineswegs der einzige Dreh- und Angelpunkt auf dem Kontinent. Wo das CDU-Papier von einem „harten Kern“ Europas ausgeht, denkt Balladur über „thematische Kreise“ nach. Je nach Gegenstand innere Sicherheit, Währung, Soziales, Industrie, Verteidigung können sich spezifische Konstellationen mit verschiedenen Ländern ergeben. Das Gewicht Deutschlands könnte mit wechselnden Partnerschaften ausgetanzt werden. Dazu gehört sowohl eine „Südschiene“ mit Spanien, Italien als auch die alte „Entente cordiale“ mit England. Der jüngste französisch-englische Gipfel soll schon sehr nett gewesen sein.

Umgekehrt ist das deutsch-französische Intimleben eigentlich gar nicht so

doll. Auch nach Jahren voller Gipfeltreffen, Jugendwerke und einer gemeinsamen Brigade klappt es immer noch am besten bei den Ware-Geld-Beziehungen. Die Deutschen sind die besten Frankreich-Touristen. Aber unter den 3,5 Millionen dort lebenden Ausländern gibt es nur 58000 Deutsche. Das sind gerade acht Prozent der portugiesischen Kolonie. Der gegenseitige Waren- und Kapitalexport ist groß, aber die Zahl der gemeinsamen Unternehmen ist im Verhältnis dazu sehr gering. Als Lohnverhältnis klappt die Zusammenarbeit: Die 2200 deutschen Niederlassungen in Frank-

## Scheidung auf französisch

reich arbeiten immer mehr mit einheimischem Personal – unter 2000 Daimler-Mitarbeitern sind noch fünf Deutsche. Das heißt, die über Ware und Geld vermittelten „externen“ Beziehungen wachsen, aber sie werden nicht zu „internen“ Beziehungen. Die Transaktionskosten für innerorganisatorische Beziehungen sind offenbar zu hoch, während sie für externe Beziehungen durch den EU-Prozeß so weit gesenkt werden, daß der Rhein in beiden Richtungen leichter übersprungen wird. Das neue Daimler-Werk im Elsaß paßt in dieses Bild, die neue Unabhängigkeit der französischen Zentralbank nach Bundesbank Vorbild auch. Gerade erst hat sie die Regierung zum raschen Defizit-Abbau aufgefordert – ein unerhörter Schritt für Frankreich.

**I**m Frühjahr sind in Frankreich Wahlen. Die Schnittlinien laufen nicht zwischen links und rechts, und auch nicht zwischen „Europäern“ und „Nationalisten“ Wahlen können nicht nur Proportionen verändern, sondern auch neue Gesamtszenarien formieren. Das Ende alter Trennungsmuster wurde exemplarisch an Mitterrands Vichy-Vergangenheit durchgespielt. Der Kandidatur-Verzicht von Jacques Delors – des Mannes, der noch für „80 Prozent der Gesetzgebung kommt nach Brüssel“ steht zeigt, daß auch die europäische Szenerie berührt wird.

Erst gab es nur einen Kandidaten. Jacques Chirac forderte „ein neues Pro-

jekt für Frankreich“ und klagte den „Kontinuitismus“ Balladurs an. Als „Projekt“ wird die Nation instrumentalisiert, und die europäischen Beziehungen werden repolitisiert. Wenn Chirac ein neues Referendum vor Inkrafttreten der Währungsunion fordert, dann zielt das gegen die ökonomischen Konvergenz-Kriterien. Auch in anderen Ländern gibt es Versuche, durch reine Absichtserklärungen in die Währungsunion zu kommen. Der Verfassungsrang einer europäischen Währung würde auf die Ebene der Diplomatie zurückgeworfen. Die EU würde in eine Art „Brüsseler Kongreß“ in Permanenz zurückverwandelt.

Die Alternative zu dieser plumpen Scheidung wäre ein mehrfaches Tranchieren: Das ökonomische Frankreich kann sich öffnen, und das politische Frankreich kann dabei durchaus auf Distanz zu Deutschland gehen. Also für Maastricht, aber für ein „abgekühltes“ Maastricht ohne die Klebrigkeit ungleicher Freundschaften. Die französischen Gesetze zur Sprachreinheit, zum Verbot des islamischen Schleiers an der Schule, die Einseitigkeiten der Algerienpolitik gehen uns vielleicht gegen den Strich, aber gehen sie uns so viel an? Die Fragen, die das europäische Parlament besser entscheiden kann als nationale und regionale Parlamente, müssen erst eingegrenzt werden. Neue politische Konstellationen bilden sich gegenwärtig in nationalen Parlamenten – wer wollte da etwas auslagern oder gar das Europäische Parlament als Zensor anrufen (wie im italienischen Fall geschehen)? Eine europäische Zivilgesellschaft ist mit verschiedenen Politik-Räumen durchaus verträglich – es wäre nur eine neue Stufe des liberalen Projekts der Gewaltenteilung.

Dafür könnte in Frankreich nun der Kandidat Balladur stehen. Er ist wie Chirac Gaullist, aber wichtige Unterschiede können manchmal sehr dicht beieinanderliegen.

Eine andere Frage ist, ob Deutschland nicht auch ein bißchen das Tranchieren lernen sollte. Es gibt zwei Alternativen: Wer Politik linear aus Weltmarkt und Treibhauseffekt ableitet, optiert für eine Globalisierung der Politik. Wer von einer spezifischen Reichweite des Politischen ausgeht, optiert für eine Begrenzung deutscher und europäischer Interessen. Die grüne „Erddpolitik“ steht für Version 1. Dagegen ist Karl Lamers ein gemäßigter Rheinländer, aber sein „Kerneuropa“ ist noch viel zu grob.

Gerd Held

# „Wir brauchen eine Gemeinsinn stiftende Politik..“

Wesen und Werden des deutschen  
Ober-Bürgermeisters



Bürgermeister Norbert Burger gestern im Rathaus 500  
7y Blum.

Von Werner Rügemer

Die im Artikel genannten Tätigkeiten, Funktionen, Einkünfte und so fort des Kölner Oberbürgermeisters Norbert Burger, Präsident des Deutschen Städtetages, zugleich Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt und Ministerialdirektor im einstweiligen Ruhestand, geben den Stand von Mitte 1994 wieder. Der Titel und die kursiv gesetzten Zitate entstammen dem „Manifest der Oberbürgermeister“ in „Rettet unsere Städte jetzt“ Econ Verlag Düsseldorf 1994; das „Manifest“ wurde wesentlich von Burger formuliert.

Wanderer, kommst Du  
an Werra, Potomac, Jangtse,  
künde, Du habest uns  
hier in der Demokratie liegen  
gesehn, wie das Gesetz  
es befahl!

**N**emand ist für seine Kindheit verantwortlich. Lassen wir also der Jugend lange nach Ehrenfeld (Arbeiterstadtteil in Köln 1900 ff.) ihren Lauf. Sagen wir so: Der verstaatlichte Mensch beginnt mit dem Rechtsrat, zum Beispiel. Da war er 33 Jahre alt und Leiter des Schulverwaltungsamtes. Mit 37 Jahren wurde er Stadtverwaltungsdirektor. Seit 1993 ist er Präsident des Deutschen Städtetages – unser aller Ober-Bürgermeister, alte und neue deutsche Bundesländer. Erkenne deinen Bürgermeister – erkenne dich selbst und deinesgleichen. Was hast du gemeinsam mit ihm, was nicht?

In den wilden Zeiten 1968 ff. hatte sich, o Graus, die Interessengemeinschaft Obdachlosigkeit gegründet. Die Projektgruppe „Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln“ (SSK) wollte die Fürsorgeer-

ziehung umkrepeln. Im Szenemilieu der Südstadt besetzten Eltern öffentliche Gebäude, um Kindergärten zu erzwingen. Notstand in Alten- und Pflegeheimen, das „Drogenproblem“: Immer mehr „Randgruppen“ tauchten auf, wurden größer und rebellisch. Die konfessionelle Sozialfürsorge im hillige Kölle, wie in anderen Städten, war erschüttert. Im Januar 1970 wurde der christliche Sozialdezernent im blühenden Alter von 44 Jahren in Pension geschickt. Sein Nachfolger war der Jurist aus dem Schulverwaltungsamt, der eine Ehefrau vorweisen konnte, die Sozialarbeiterin gewesen war und die beiden gemeinsamen Kinder „weitgehend antiautoritär“ erzog. Staatliches Sozialmanagement war sein Programm, Sozialarbeiter wurden haufenweise eingestellt. Fragte der Kölner Stadt-Anzeiger zögerlich vermittelnd „Herr Burger, die Obdachlosen wollen auch im Rat mitsprechen und -bestimmen, wenn es um ihre Belange geht“ antwortete der neue Dezernent hart-weich: „Wieweit derartige Modelle der Räte-demokratie in unserer sehr komplizierten Gesellschaft zu verwirklichen sind, wage ich nicht zu entscheiden.“ Fragte der Stadt-Anzeiger in vorausseilender Unterwürfigkeit nach, ob der neue Dezernent ein Anhänger der „heute wieder so gern

propagierten Revolution“ sei, ermöglichte die überflüssige Frage die Antwort des 68er-Gewinnlers: „Wenn Sie so wollen, betreiben wir Gesellschaftsveränderung jeden Tag.“

100 Millionen DM hatte der Rat allein für Programme gegen die Obdachlosigkeit beschlossen. 1973 tauchte eine neue Randgruppe auf und fragte der Stadt-Anzeiger „Herr Burger, ein Problem, bei dem vorbeugend etwas zu tun dringend nötig erscheint, ist das der Gastarbeiter. Inzwischen leben 95000 Ausländer in Köln, darunter viele Ehefrauen und Kinder.“ Antwort: „Man wird ihre Zahl kaum abbauen können, aber man wird die Einwanderung auf die Dauer nicht mehr unbeschränkt zulassen können. Ausländerrecht und Arbeitsmarktpolitik müssen neu gestaltet werden, dabei ist zu berücksichtigen, was wir überhaupt verkraften können.“ Die aufwendige sozialarbeiterische und sozialpolitische Lösung nach der verqueren 68er-Methode warf die Schatten ihres Scheiterns voraus. Burger setzte sich mit den noch leuchtenden Menten rechtzeitig nach oben ab, 1973, zum Ende der Reformregierung Brandt, als stellvertretender Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Der Jurist kann alles und nichts, diesmal Medien.

# Politische Ökologie



Jetzt lesen!

## Vorsicht Hochspannung

Energiewirtschaft im Umbruch

Von zentralisierten Elektrizitätswerken aus durchzieht ein weites Netz an Hochspannungsleitungen Deutschland. Sind Dezentralisierung und „Sonnenwende“ überhaupt möglich, solange nur wenige Energiekonzerne Art und Preis der Energiegewinnung bestimmen? Einer der grundlegenden Lösungsansätze lautet: Die Elektrizitätswirtschaft soll reformiert und Energieversorgung zur Dienstleistung werden.

**Gerhard Schröder:** Vom Ausstieg zum Einstieg  
**Wolfgang Zängl:** Das Jahrhundertgeschäft Strom  
**Michael Stelte:** Eine Hand wäscht die andere  
**Hiltrud Breyer:** Europa in der Warteschleife  
**Rainer Baake:** Von Hemmschuhen und Flügeln  
**Peter Hennicke:** Least-Cost-Planning

Jetzt für DM 14,80  
 Überall in der  
**Bahnhofspresse**  
 erhältlich oder  
 direkt bestellen  
 bei:

- ökom GmbH
- Waltherstr. 29, Rgb.
- 80337 München
- Tel. 089/544 184-0
- Fax: 089/544 184-99

Wollte er Macht? Er wurde Ministerialdirektor in Bonn. Damit wurde er Teil des Staates – die Kommunen sind laut Grundgesetz nicht Staat, sondern „Selbstverwaltung“. Bei damaligen Preisen kostete er den errungenen Staat circa 10000 pro Monat, 13 mal im Jahr, ohne Beitrag für Rente und Arbeitslosenversicherung, mit Anspruch auf Beihilfe im Krankheitsfall und auf Pension lebenslanglich.

Der Ministerialdirektor wurde ein Jahr später, 1974, Opfer des Parteienproporz in der Regierung Schmidt. Rapporitierte der *Stadt-Anzeiger* die Aussage des Opfers exklusiv aus Bonn: „Ich habe keine Sorge, daß ich arbeitslos werde. Ich habe Anspruch auf anderweitige Verwendung oder auf einstweiligen Ruhestand. Ich warte auf ein Angebot.“ Damals erweiterten SPD und CSU/CDU durch das neue Beamtengesetz die Gruppe der Beamten, die man in den einstweiligen Ruhestand schicken konnte, um die Ministerialdirektoren. Das neue Angebot müsse einiges bieten, denn: „Ich habe gerade mit dem Bau eines Reihengebäudes begonnen, den ich natürlich auch gerne bezahlen möchte.“ Der aufsteigende Jurist kann alles und nichts. 1974 wurde er im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) Leiter der Abteilung „Sektorale Grundsätze und Ziele der Entwicklungspolitik“. Davon verstand er nicht viel, aber deswegen war er auch nicht da. Er wurde Mitglied im Kölner Unterbezirksvorstand seiner Partei, Mitglied des Rats und des Fraktionsvorstands. Er packte in der liberalen Domstadt regelmäßig die drei Dutzend Juso-Blättchen in seine Beamtentasche und kontrollierte sie im Ministerium auf ihre Staatsverdrossenheit hin: Karikatur aus der *Deutschen Volkszeitung* nachgedruckt? Mit einem Mitglied der DKP auf demselben Podium gesessen? In einer Dokumentation zum Stollwerck-Deal den überhöhten Kaufpreis der Stadt für Schokokönig Imhoff angeprangert? Insbesondere auf den Ortsverein Buchforst-Stegerwald paßte er auf: Vorstand jusounterwandert! Kein Mitglied des damaligen Unterbezirksvorstands hat so viele Parteiordnungsverfahren gegen aufmüpfige Jusos in Gang gesetzt wie der unscheinbare Ministerialdirektor mit dem Anspruch auf anderweitige Verwendung. Er machte das penibel, ohne ideologischen Aufwand; wie ein Buchhalter, der regelmäßig seinen Reihengebäude abbezahlt. Sein Bungalow steht allerdings in keiner Reihe, ist mit einer circa 2,35 Meter hohen Mauer umgeben und sein Eigentümer warnt inzwischen davor, „daß sich Arme-Leute Siedlungen wie ein Gürtel um unsere Innenstädte legen und die Villenviertel der Begüterten abgeriegelt und von Privatpolizei streng bewacht werden.“

Er kam zurück, als seine Partei am Boden lag. Hans Imhoff, der neue Eigentümer der Schokoladenfabrik Stollwerck, wollte das weltberühmte Unternehmen aus dem überalterten Milieu der Südstadt herauslösen. Das hätte ihm damals 1978 ff. keiner verübeln können, wenn man denn Schokoladeessen für eine gute Sache hält. „Die Rechten“ in der Mehrheitsfraktion verhandelten mit Hilfe eines gewissen Dr. Rüter, Immobilienhai, das Grundstück schwer zulasten der Stadtkasse, bliesen Imhoff für die Neuansiedlung in einem Gewerbegebiet Millionen in den Arsch, ließen ihn die Vereinbarung über die Zahl der zu erhaltenden Arbeitsplätze brechen, ließen schließlich mit Bagger und Polizei die Fabrikhallen räumen. Das störte die „Linken“. Dergleichen Gerangel gab es noch zahlreich in den nachholenden und schon verspäteten städtebaulichen Modernisierungen der ausgehenden 70er Jahre, alte Bundesländer, um das Museum Ludwig zum Beispiel, das einem anderen Süßfabrikanten hinsubventioniert wurde. Bei der Nominierung zum Oberbürgermeister im Jahre 1980 scheiterten deshalb in der zerstrittenen Partei sowohl der Kandidat der „Rechten“ als auch der der „Linken“. Letztere und ihre entmutigten Südstadt-Sozialarbeiter aber verschafften dem Unscheinbaren dem mit dem Sozialtouch aus früherer Zeit die Mehrheit.

Als OB standen ihm nach der Hauptsatzung der Stadt – Kommunen haben laut Grundgesetz keine Gesetze, sondern Satzungen – 75 Prozent einer Bundestagesabgeordneten-Diät zu, und zwar als Entschädigung, weil laut Kommunalverfassung des Landes der OB ein Ehrenamt ausübt und kein Einkommen bezieht. Bürger ließ sich als Ministerialdirektor in Bonn beurlauben und durch den Oberstadtdirektor ein Gehalt in Verbindung mit Verdienstaussfall in gleicher Höhe auszahlen (10000 ohne Zulagen). Nach drei Jahren hatte der Genosse Innenminister des Bundeslandes herausgefunden, daß das gegen die Kommunalverfassung verstoße. Der Ministerialdirektor meldete sich deshalb 1983 im BMZ zum Dienst zurück. Er wurde in den endgültigen „einstweiligen Ruhestand“ versetzt und erhielt zunächst als Ruhegehalt fünf Jahre lang 75 Prozent seiner Bonner Bezüge nach Gehaltsstufe B9, circa 7500 DM. Und die Entschädigung als Oberbürgermeister. Eine solche wird nach Beamtenversorgungsgesetz auf das Ruhegehalt nicht angerechnet. Inzwischen sind seine ruhegehaltfähigen Dienstbezüge als Ministerialdirektor auf 13mal circa 14060,80 DM pro Jahr angestiegen; davon werden ihm als Ruhegehalt 65 Prozent ausgezahlt, also 13 mal circa 9139,50 DM pro Jahr (und die Beihilfe deckt 70 Prozent, nur 30 Prozent seiner Krankenkassenkosten muß er selbst versichern), das läßt den

Schuldenbauch des Staates immer dicker werden, und Sie verstehen, warum unser Ruhestands-Bürger gegen Sozialmißbrauch und für „eisernes Sparen“ seines Staates bei den (anderen) Bürgern eintritt.

Unser beispielhafter deutscher Oberbürgermeister, alte Bundesländer, gründete 1983 mit einem Kompagnon die Rechtsanwaltskanzlei Burger/Siep. Das war beamtenrechtlich möglich wegen „einstweiligem Ruhestand“. Da konnte er sich was dazuverdienen. In die standesgemäße Kanzlei am Justizzentrum kamen auch Aufträge der Stadt Köln herein, auf dem kurzen Dienstweg. „Auf formelle Richtlinien für die Vergabe von Mandaten an Rechtsanwälte wird verzichtet“ hatte der Rat der Stadt beschlossen. Wenn der OB „seine“ Stadt als Rechtsanwalt zum Beispiel gegen den Immobilienmakler Pütz verteidigte, lag der Streitwert bei 50000 DM, was laut BRAGO ein Honorar von na, sehen Sie in der Tabelle selbst nach. Nach sich häufender Kritik ließ der Oberbürgermeister 1988 die Öffentlichkeit wissen, daß er aus der Kanzlei ausscheide, ließ sich aber im Verzeichnis der Rechtsanwaltskammer mit seiner Privatadresse und der Telefonnummer seiner alten Kanzlei neu eintragen, wo er heute noch steht. Was meinen Sie zum Beispiel als Bezieher von Arbeitslosengeld oder Rente: freute er sich, daß nach Beamtenversorgungsgesetz ein zusätzliches Erwerbseinkommen, etwa als Rechtsanwalt, erst dann angerechnet wird, wenn es zusammen mit dem Ruhegehalt die Höhe seiner ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge um das Eineinviertelfache übersteigt? Und „die Anrechnung endet mit Ablauf des Monats, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird“

Als Erbhof seines Amtsvorgängers übernahm der Unterbeschäftigte 1985 ein Mandat im Landtag. Er ist zwar laut stolzer Klage pro Woche 100 Stunden als OB rund um die Uhr und die sozialen Klassen unterwegs, aber Politik ist gut, Versorgung besser. Entschädigung und Pauschalen für das Landtagsmandat in Höhe von circa 11 500 DM werden sie sind ja kein Erwerbseinkommen nicht auf das Ruhegehalt angerechnet. Für Wahlkreisbetreuung erhält er vom Landtag die Pauschale von 2191 DM. Wenn sein vom Landtag „in Vertretung des Abgeordneten“ bezahlter hauptamtlicher Landtagsmitarbeiter im Landtag ein Büro benutzen würde, würde Burger bis zu 500 DM von der Pauschale abgezogen. Aber da der Mitarbeiter im Landtag kein Büro benutzt (wozu auch?), bekommt Burger die volle Pauschale. Als Adresse des Landtagsabgeordneten gibt der Landtag an: Postfach 103564, 50475 Köln. Das ist ein Postfach der Stadt Köln, Rathaus. Als Telefonnummer gibt der Landtag an: 0221 2212002;

unter dieser Nummer meldet sich eine der im folgenden noch genannten 32 städtischen Angestellten des OB-Büros. Als Faxnummer gibt der Landtag 0221 2216571 an – das ist das Faxgerät im Büro des OB.

Auch ich hatte als Junge ein Kaninchen in unserem Ehrenfelder Kaninchenzüchterverein“. Die „Kaninchenrede“ die er 1981 im festlich mit Kaninchenfellen dekorierten Bürgerhaus Stollwerck zum Jubiläum des Zollstocker Kaninchenzüchtervereins hielt, wurde weltberühmt. Sie intoniert den sozialarbeiterischen Traum „Seid ruhig und fröhlich, denn ich bin bei Euch“ Der Landtagsabgeordnete, Rechtsanwalt, ehemalige Kaninchenzüchter und Ministerialdirektor im einstweiligen Ruhestand begrüßt, bekölscht, empfängt, verabschiedet, dekoriert, beschenkt, bebüzt als ehrenamtlicher OB pro Stunde durchschnittlich je eine Gruppe von Rentnern, Schülern, Kaninchen- und Pferdezüchtern, ostdeutschen und chinesischen Journalisten, Bundesverdienstkreuzträgerinnen, Wirt-

schaftsführern, ehemaligen KZ-Häftlingen und so weiter. In 150 Vereinen ist er Ehrenmitglied. Pro Jahr leert er im Dienst circa 1180 Glas Kölsch. Er büzt, was ihm vor die berufsmäßige Schnüß kommt, wenn nur Fernsehkamera oder Hofberichterstätter dabei sind: Tanzmariechen und Milowitsch, die rotbäckige Weinprinzessin und das nicht abgeschobene Ausländerkind. Aus Verneigungen, Handschlägen, Blicken, Füllfederhinhaltungen, Küssen, Fototerminen mit Woytila, Lady Di, Dalai Lama, dem jeweiligen Böll-Preisträger, Queen Elizabeth und so weiter saugt und verstrahlt er die Substanz, die seine Partei der öffentlichen Selbstbedienung nicht hat, aus anderen Quellen nie mehr haben wird.

Allen Glücklichen und allen Unglücklichen sagt er: Ich bin einer von euch. Er tritt natürlich bei jedem Umwelttag für die Umwelt ein, und als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Flughafen Köln/Bonn GmbH läßt er sie kaputtmachen. Die Geschäftsführung der KölnMesse GmbH sorgt dafür, daß durch ungesicherte Arbeitsverhältnisse und Auslagerungen die

Anzeige



Österreichisches Studienzentrum  
für Frieden und Konfliktlösung – ÖSFK  
European Peace University – EPU

Wir sind eine Organisation mit Universitätsstatus, die bewiesen hat, daß Utopien realisierbar sind. Die Verbindung von Theorie und Praxis ist unsere Stärke und unser Markenzeichen.

Zum nächstmöglichen Termin suchen wir eine/n

## Sozialwissenschaftler/in

mit Forschungsschwerpunkt  
Frieden – Entwicklung – Konflikt

Sie sind habilitierte/r Sozialwissenschaftler/in und Fachmann oder Fachfrau für Internationale Beziehungen, für die Außen- und Sicherheitspolitik des deutschsprachigen Raumes und versiert in den Problembereichen Entwicklungszusammenarbeit und Konfliktbearbeitung.

Sie können sich im Englischen flüssig ausdrücken, Ihre Kreativität kommt in Grundsatzpapieren zur Geltung, und Sie sind bereit, fachübergreifend zu denken und zu handeln. Einen Teil Ihrer Tätigkeit wird auch die Mitwirkung an der Lehrplankoordination und -erstellung für unser EPU Masters Programm bilden sowie die Tutorenschaft für unsere Studenten.

Wir bieten Ihnen eine intellektuelle Herausforderung mit der Möglichkeit zur Diskussion in einem idyllisch gelegenen Ort, der ohne Verkehrsstau zu erreichen ist. Ein kollegiales Klima und adäquate Bezahlung sind hier eine Selbstverständlichkeit.

Wir stellen uns als Dienstort Stadtschlaining vor

Bitte richten Sie Ihre Bewerbungen mit Gehaltsvorstellungen an folgende Adresse: ÖSFK, A-7461 Stadtschlaining / Burg, Österreich, z. Hd. Dr. Gerald Mader



Gesamtzahl der regulären Arbeitsplätze unter 500 bleibt, damit die gesetzlich vorgeschriebene Mitbestimmung nicht greift – und Burger als Vorsitzender des Aufsichtsrates sorgt nicht dafür, daß sich trotz Ratsbeschluß daran etwas ändert, und natürlich ist er auch Mitglied der Gewerkschaft ÖTV die sich in der KölnMesse GmbH gegen Auslagerungen, für gesicherte Arbeitsverhältnisse und die Mitbestimmung einsetzt (raten Sie mal, wieviel Gewerkschaftsbeitrag der Aufsichtsratsvorsitzende bezahlt). Er umarmt Diktatoren in Peking und hundertjährige Rentnerinnen in ihren kärglichen Wohnungen im rechtsrheinischen Arbeiterstadtteil Mülheim. Er tritt dafür ein, daß Sozialhilfeempfänger zur Gemeinschaft gehören, und als Mitglied im Verwaltungsrat der Stadtparkasse trägt er mit, daß einem durch Gesichtskontrolle ausgewiesenen armen Teufel – entgegen dem Sparkassengesetz – die Einrichtung eines Kontos verweigert werden darf. Er ist Vorsitzender des Arbeitersamariterbundes Köln, er gibt sich als Anwalt der kleinen Leute, und er ist strahlender Freund ihrer Feinde.

**D**iese unwahrscheinliche Leichtigkeit des infantilen Kommunalparadieses und der allgegenwärtigen Identitätslosigkeit ist ein menschenfermes und teures Kunstprodukt. Im Telefonbuch seiner Stadt ist der Bürger Burger nicht vertreten. In zwölf Wochen Urlaub pro Jahr erholt er sich von den beglückten Seinen. 32 hauptamtliche Angestellte werden aus dem ach so verschuldeten Kommunalhaushalt für das Ehrenamt bezahlt: Chauffeure im Schichtdienst, persönlicher Referent und dessen Stellvertreter und deren Sekretärinnen, Redenschreiber, Schenkungsannehmer und Geschenkaussucher, Glückwunschschr-

ber, Amtskettennachträger, Terminbuchführern I und II, Kölschglashalter, Presseberichtsvorlegerin und so weiter. „Die Stadt muß eisern sparen“ predigt der Oberbürgermeister den Bürgern. Oberstadtdirektor und Beigeordnete können in seinem Schatten harte Sparbeschlüsse und Privilegiensicherung durchziehen. Zwischen „eisernem Sparen“ in der Kommune und dem immer teureren Kunstprodukt „ehrenamtlicher Politiksimulant Oberbürgermeister“ besteht ein Zusammenhang. Kein Amt hat in den Jahren des Sparens eine solche Stellenausweitung erfahren wie das seine. Die „sparwütige“ Verwaltungsspitze hat das vorgeschlagen, die ehrenamtlichen Ratsmitglieder haben brav beschlossen. „Medienpolitik“ ist für Politiksimulation wichtig. Der „Privatsender“ Vox war eine Mitgründung der Stadtwerke Köln GmbH, Aufsichtsratsvorsitzender: Burger.

Im Landtag hebt der Ehrenfelder Kaninchenzüchter brav sein Versorgungspfrötchen, wenn seine Mehrheitsfraktion die finanzielle Belastung der Kommunen im Bundesland mal wieder erhöht. Zurück in seiner Stadt schimpft er mächtig wie ein Löwe gegen den Bundestag, der die Belastung der Kommunen in Deutschland mal wieder erhöht hat. Der Ehrenfelder Kaninchenzüchter kämpft natürlich wie ein Löwe im Dienste Kölns für den Erhalt der Arbeitsplätze der „Deutschen Welle“ damit die nicht nach Bonn umzieht, denn „Köln braucht alle Arbeitsplätze“ Im Deutschen Städtetag kämpft er für den Erhalt aller Arbeitsplätze in allen deutschen Städten. Als Präsident des Deutschen Städtetages ruft er die „Katastrophe der Kommunen“ aus und droht mit dem „Aufstand der Städte“ Natürlich gibt es keinen Aufstand. Der Ministerialdirektor im einstweiligen Ruhestand hat nachweislich noch nie in seinem Leben einen Aufstand gemacht und hat noch je den Aufstand, den er dafür hielt, im Keim erstickt.

**D**ie Kommunen haben nach dem Grundgesetz, im Unterschied zu Bund und Ländern, keine Staatsqualität. Dafür haben sie das, was zur Nostalgie verkommen ist und was sie nun erwürgt: „Selbstverwaltung“ und „Ehrenamt“ Von dieser Zweitklassigkeit und ihrem endlos verlängerten Protest lebt immer besser Bürger Burger, Hauptdarsteller dieser Farce in Deutschland. Ehrenamt, was kostet du uns, was bringst du mir ein? Dem interessierten Bürger wird darüber keine Auskunft erteilt. Nehme die Aufstellung als eine mit Deiner Hilfe zu korrigierende Skizze (alle genannten Beträge sind Monatsbeträge und legal; rege dich nicht über ihre Höhe auf – da gibt es noch ganz anderes; es geht um die Methode). Prüfe:

Sind die Angaben korrekt und vollständig? Gibt es Doppelzahlungen derselben Leistung? Wird Leistung bezahlt oder anderes? Bringt der Zahlungsempfänger der Gemeinschaft mehr ein, als er verdient?

**Als Ratsmitglied**

Allgemeine Aufwandsentschädigung 631,00 DM

Sitzungsgeld von je 26 DM für Teilnahme an Sitzungen des Rates, der Fraktionen und Ratsausschüsse, ca. 600,00 DM

Kostenlose Eintritte, Getränke, Essen, Fahrten ?

**Als Oberbürgermeister**

Entschädigung: 75 % der Bundestagsdiät 7772,25 DM

Sonderaufwandsentschädigung in Höhe der doppelten allgemeinen Aufwandsentschädigung 1262,00 DM

Teilnahme an Sitzungen der Aufsichtsräte von Flughafen Köln/Bonn GmbH usw ca. 1000,00 DM

**Als Landtagsabgeordneter**

Entschädigung 7833,00 DM

Pauschale „Mehraufwendungen am Sitz des Landtags“ 499,00 DM

Pauschale „Fahrkosten- und Übernachtungen“ die Höhe hängt von der Entfernung Wohnsitz-Landtag ab, bis 50 Kilometer gibt es 712 DM, über 50 Kilometer 1108 DM

(Bürger, Bürgern, Hand aufs Herz: wie weit ist Düsseldorf von Köln entfernt? Und/oder wirst du schon von einem Chauffeur und einem Dienstwagen chauffiert, die von einer anderen Stelle bezahlt werden?) Also setze ein 0 DM oder 712,00 DM oder 1108,00 DM

Pauschale „Wahlkreisbetreuung“ 2.191,00 DM

Freifahrtenberechtigung u.ä. ?

Übergangsgeld, Altersentschädigung, Versorgungsabfindung, Überbrückungsgeld, Hinterbliebenenversorgung bei Ausscheiden ?

Als Ministerialdirektor im einstweiligen Ruhestand: Ruhegehalt (65 % nach B9, 13 mal pro Jahr, ca.) 9139,50 DM

Krankenkostenbeihilfe 70 % ?

**Als Rechtsanwalt:**

Einkommen 1983 ff. ?

„Wir brauchen eine Gemeinsinn stiftende Politik.. Uns bleibt nur eisernes Sparen auf allen Ebenen – Tabus darf es nicht geben.“ ■

Bilder zu diesem Artikel: Ausrisse aus dem „Kölner Express“

Dem Fest nach der Zweidrittelmehrheit bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt beziehungsweise den Galasylvesterfeiern, bei denen sich alle mit dem Sekt respektive Champagner (der jetzt endlich billiger werden sollen) (EU-)sternhagelvoll gesoffen und geredet hatten, folgt ein schrecklicher Kater.

Die „Verfassungskrise“ zwischen Parlament und Regierung auf der einen Seite und dem Bundespräsidenten auf der anderen ließe sich ja noch fast als Staatsopette abtun. Ob der Präsident oder der Kanzler oder gar beide das Abschlussfoto der Gipfeltreffen schmücken beziehungsweise das Buffet attackieren, scheint auf den ersten Blick herzlich egal. Bei näherem Hinsehen tun sich Abgründe auf. Es geht ja letztlich um die Frage, die seit der autoritär-präsidialistischen Verfassungsreform von 1929 immer unter den Teppich gekehrt wurde: Ist der Bundespräsident bloß „Verfassungsnotar“ und Repräsentant des Staatsganzen oder ausgestattet mit der Weihe der Volkswahl – singuläres „oberstes Organ“ der Republik, das ohne Kontrolle durch das Parlament zum Beispiel Außenpolitik macht? Daß sich ausgerechnet Jörg Haider mit Blickrichtung „dritte Republik“ als Prätorianer des Präsidenten gibt, macht stutzig. Daß die ÖVP trotz ihrer Koalition mit der SPÖ gemeinsam mit der FPÖ eine von Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen erarbeitete Konsensresolution des Nationalrates platzen ließ, die den verfassungsmäßigen Vorrang der vom Parlament kontrollierten Regierung in allen EU-Fragen unterstrichen hätte, ist schon mehr als nur schwarz-blaues Kokettieren zwecks Einschüchterung des Koalitionspartners.

Das allerdings verursachte noch kein größeres öffentliches Aufsehen. Bei uns in Österreich ist, wie jedeR weiß, die Lage oft genug hoffnungslos, aber niemals ernst. In Geldfragen aber hört bekanntlich die Gemütlichkeit auf.

Und da begab sich kurz vor Weihnachten folgendes: Die Bundesländer und die Gemeinden begannen gerade nach den üblichen monatelangen Vorarbeiten die Budgetdebatten über die fertigen Haushaltsentwürfe, da teilte der Finanzminister am 9. Dezember einer entsetzten Runde beamteter Vertreter der Finanzgleichgespartner mit, daß sie für die EU-Beitrittskosten ordentlich zur Kasse gebeten würden. Vorher war auch auf dringendste Nachfrage gar nichts Konkretes zu hören gewesen: Zuerst müßte gewählt und dann die Regierung gebildet werden, ließen die Ministerialräte durchblicken

33,5 Milliarden Schilling (fast 5 Mrd. DM) wären aufzubringen. Brutto für

netto. Das eh nie ganz glaubhafte, aber von der Regierung mit wilder Entschlossenheit verbreitete Gerücht von den „Rückflüssen“ aus dem EU-Beitritt, das die Nettokosten in etwa halbieren sollte, hatte ausgedient. (Nicht ganz schlichte Geister hatten schon vor der Volksabstimmung gewußt, daß diese „Rückflüsse“ soweit überhaupt mobilisierbar, jedenfalls nicht oder nur auf jahrelangen Umwegen in den öffentlichen Kassen landen würden. Diese Erkenntnis galt damals regierungsoffiziell als unseriöse Schwarzmalerei. Heute kann man ungestraft sagen: Die rot-schwarze Regie

## EU: Der Kater nach dem Fest

rung hat die WählerInnen wissentlich getäuscht.) 17,25 Prozent von den 33,5 Milliarden hätten die Gemeinden aufzubringen, also etwa 5,7 Milliarden Schilling (oder über 800 Mio. DM). Um diesen Betrag sollten sie vom Bund weniger Steueranteile bekommen.

Gerechnet hatten sie, wenn überhaupt, mit 15 Prozent der immer ventilierten Nettokosten von maximal 15 Milliarden. Das hatte ja auch realistisch ausgesehen. Wenn 16 Milliarden von den Mehrwertsteuereinnahmen ins Brüsseler Budget fließen, ist halt entsprechend weniger zu verteilen. Jetzt aber machte der Bund die ganze Rechnung auf. BSP-Anteil, Beteiligung an der Emissionsbank, Verringerung der Zolleinnahmen

Dazu kommt noch das Österreich-interne „Agrarpaket“ (noch einmal 15 Mrd. S), mit dem den Bauern die EU-Zustimmung abgekauft worden war. Das hatten sich angeblich der Bund und die Länder im Verhältnis 60/40 aufteilen wollen. Jetzt wollten ganz pffiffige Landesfinanzminister auch diese Belastung an die Gemeinden weitergeben.

Die GemeindepolitikerInnen neben sich verblüfft die Augen. Immerhin wäre Österreich der einzige Staat, der zwar einerseits die Gemeindeautonomie in der Verfassung stehen hat und den Gemeinden ganz genau definierte Kompetenzen zuschreibt, aber andererseits die den Gemeinden nach der Finanzverfassung zustehenden Gelder direkt und ohne

weitere Schnörkel nach Brüssel umlenken will.

Dabei geht es für jede Stadt um Beträge im Ausmaße von etwa 5 Prozent der gesamten Haushaltsmasse. Nicht etwa nur einmal, sondern jedes Jahr. Die Budgets, die da im Dezember von Wien bis Bregenz beschlossen wurden, erfüllen eigentlich den Tatbestand der fahrlässigen Krida.

Haltet den Dieb, schrien da die Bürgermeister, die vorher ungeniert die Beitrittspropaganda der Regierung mitgetragen hatten. Wie kämen sie denn dazu, Zollauffälle, Notenbankmanöver oder sogar Landwirtschaftsförderung mitzuzahlen, wo die Gemeinden doch nach der Verfassung für derartige Dinge weiß Gott nicht zuständig sind? Ganz Schlaue ließen nach Wien mitteilen, es sei ja der Bund der EU beigetreten, keineswegs aber die Gemeinden. Mitgefangen, mitgehungen, lautete die patzige Antwort aus dem Finanzministerium. Die Verhandlungen über den Finanzausgleich gingen im Jänner weiter. Der Bund signalisiert Härte, in den Kommunen sind die Hausjuristen schon mit dem Austüfteln von Verfassungsklagen beschäftigt.

Grüne Anträge gegen den gemeindefeindlichen EU-Steuerraub finden plötzlich einstimmige Zustimmung in den Räten von Graz bis Innsbruck. Daß der Städtetag noch kurz vor der sommerlichen Volksabstimmung mit breitester rot-schwarzer Mehrheit eine Pro-Beitritts-Resolution beschlossen hatte, kann nur böswillig-realistische grüne Kommunalos dazu verleiten, die KollegInnen als betrogene Betrüger anzusprechen.

Ein Unglück kommt übrigens selten allein. Das hochhoffiziell „Stabilitätspaket“ benannte Belastungspaket der neuen Regierung zwecks Konsolidierung des Bundesbudgets (auch das ein schwarzes Loch, von dessen Existenz vor der Wahl zu reden ebenfalls als unfein galt) wird auf dem Umweg über steigende Sozialhilfeausgaben die Gemeindefinanzen weiter demolieren.

Daß übrigens EU-Fördergelder, soweit für Gemeinden überhaupt ansprechbar, auch nicht von freundlichen Herren aus Brüssel aus dicken Geldkoffern schenkungsweise verteilt werden, sondern mit großem Aufwand und Eigenleistung erarbeitet werden müssen, hat sich zu den ahnungslosen Engeln in den Rathäusern auch noch kaum herumgesprochen. Von diesem Alptraum wird ein andermal zu berichten sein.

Europa, wir kommen. Auf dem Zahnfleisch herangekrochen.

Gerhard Fritz



Flur im Verwaltungstrakt  
der Flüchtlingsunterkunft  
Schwalbach/Ts. bei Frankfurt/M.

# Deutschlands Ausstieg aus dem Völkerflüchtlingsrecht

Die Ausklammerung der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Schutzsystem der Genfer Flüchtlingskonvention durch das Bundesverwaltungsgericht – Erster Teil

Victor Pfaff

Die Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen fünfzehn Jahren ist von zwei Zielsetzungen bestimmt: den Flüchtlingsbegriff einzuengen und, zweitens, Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge möglichst gar nicht erst einreisen zu lassen. Dies festzustellen bedeutet nicht zu verkennen, daß im gesamten Zeitraum im europäischen Vergleich unproportional viele Asylantragsteller in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind.

Das eine Ziel – die Einengung des Flüchtlingsbegriffs oder anders ausgedrückt: des Begriffs der politischen Verfolgung – besorgten der Gesetzgeber und die höchstgerichtliche Rechtsprechung; es sei nur beispielhaft auf die Bürgerkriegsklausel in den diversen Asylverfahrensgesetzen<sup>2</sup> und auf den Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 26. November 1986<sup>3</sup> zur Asylrelevanz der sogenannten Nachfluchtaktivitäten hingewiesen. Das andere Ziel – die Abwehr a limine – konnte, solange die Sozialdemokratie sich einer Grundgesetzänderung in den Weg stellte, nur mit administrativen und einfachgesetzlichen Maßnahmen angestrebt werden<sup>4</sup> vergeblich, wie wir wissen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat diese Ziele trotz Änderung des Asylgrundrechtes bisher nicht erreicht. Zwar sind die Bürgerkriegsflüchtlinge aufgrund der Spruchpraxis des Bundesamtes und der höchstgerichtlichen Rechtsprechung weitgehend rechtlos; aber die Gesellschaft hat sich damit nicht abgefunden.<sup>5</sup> Zwar ist die Zahl der Asylantragsteller gegenüber der Zeit vor dem 1. Juli 1993 drastisch gesunken. Gegenwärtig steigt sie aber wieder<sup>6</sup> und immer noch kommen 50 bis 60 Prozent aller in Europa um Asyl Nachsuchenden in die Bundesrepublik Deutschland. Also schickt sich die Bundesregierung an, das Instrumentarium zur Durchsetzung der Politik der Drittstaatenklausel zu schärfen.<sup>7</sup>

Freilich hat das Ringen um diese Ziele in den letzten Jahren eine neue Dimension erreicht. Die Bundesrepublik Deutschland glaubt nur dann Erfolg haben zu können, wenn sie allein oder im Verbund mit anderen Staaten die zentralen Vorschriften des Flüchtlings-schutzes außer Kraft setzen kann, für Deutschland jedenfalls: die Reichweite des Flüchtlingsbegriffs gemäß Artikel 1 a Nr. 2, Artikel 33 Nr. 1 GK und den Grundsatz des Nonrefoulement, wie er Inhalt des Völkerge-wohnheitsrechtes geworden ist. Das neue Deutschland beginnt, sich aus dem internationalen Menschenrechts-schutz zu verabschieden.

Debatte und Aktion müssen darauf konzentriert werden, die Angriffe an dieser Front zurückzuschlagen. Sonst ist eine weitere Niederlage unvermeidlich. Arti-

kel 16 II 2 GG ist jedenfalls *auch* deshalb gefallen, weil es dem Gegner gelungen ist, Bataillone in einem don-quichotesken Gefecht gegen die Windmühlenflügel namens Einwanderungsrecht zu binden.

Die Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom 25./26. November 1994 haben das Schicksal der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, Kurdistan, Afghanistan und anderswoher nicht erleichtert. Nach Bosnien-Herzegowina wird zwar derzeit nicht abgeschoben, der Status der Flüchtlinge aus diesem Gebiet ist aber trotz mehrjährigem Aufenthalt nicht einmal legalisiert; die Aussetzung der Abschiebung vermittelt keinen legalen Aufenthalt. Die Kurden sind der Abschiebung in die Hände der Verfolger ausgesetzt. Die rechtliche Behandlung der Afghanen ist insgesamt gesehen nicht weniger chaotisch als die Verhältnisse im Heimatland.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Schutzbereich der Genfer Konvention ausgeschlossen, sofern keine der kämpfenden Parteien die effektive Gebietsgewalt hat.<sup>8</sup> Ausgenommen hiervon sind diejenigen Fälle, in denen der Asylantrag die effektive Gebietsgewalt des Staates nicht voraussetzt, weil die staatlichen Kräfte zur physischen Vernichtung von Bürgerkriegsgegnern übergegangen sind.<sup>9</sup> Von dieser Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes macht das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge aber keinen Gebrauch, obwohl sie auf Bosnien-Herzegowina – auch nach Meinung des Amtes des UNHCR in Bonn – zutrifft. Im Oktober 1994 hat das Bundesamt über 509 Asylanträge von Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina entschieden. 39 wurden abgelehnt, 470 fanden eine anderweitige Erledigung, anerkannt wurden 0. Man kann also diese Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes für die weiteren Erörterungen außer Betracht lassen.

**W**ie argumentiert das Bundesverwaltungsgericht?<sup>10</sup> Auch der juristisch nicht vorgebildete Leser sollte sich die exegetischen Turnübungen höchstrichterlicher Rechtsprechung genau betrachten. In aller Regel wird Staatsgewalt mit Worten ausgeübt. Das Gericht geht nicht von Artikel 33 GK, sondern von § 51 I AuslG aus. Die Vorschrift lautet: „Ein Ausländer darf nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist.“ Da der Inhalt beider Vorschriften sieht man von redaktionellen Geringfügigkeiten ab – deckungsgleich ist, könnte man meinen, es spiele keine Rolle. Das Gericht hat aber einen guten Grund für diesen Argumentationsansatz. Es stellt zunächst fest, § 51 I AuslG setze „grundsätzlich staatliche Verfolgung“ voraus. Woraus ergibt sich das? Das Gericht zitiert § 51 I und fährt dann fort: „Dies bedeutet, daß politisch Verfolgte nicht abgeschoben werden dürfen.“ Das wiederum ergebe sich aus dem Wort „bedroht“ In diesem Tatbestandsmerkmal sei „die politische Verfolgung als das diese Bedrohung hervorrufoende Geschehen eingeschlossen“ Und schon ist der Zirkel geschlossen: „Politische Verfolgung ist grundsätzlich staatliche Verfolgung.“ Das Gericht liest also in eine Vorschrift, in der von politischer Verfolgung nicht die Rede ist, politische Verfolgung im Sinne des Artikel 16 a GG hinein; entnommen wird das dem Wörtchen „bedroht“ Nun

ist in dem Wort Bedrohung am allerwenigsten das Merkmal politische Verfolgung enthalten und von staatlicher Verfolgung ist in § 51 I auch nicht die Rede.

Das Gericht hat natürlich die Kongruenz von § 51 I AuslG und Artikel 33 Nr. 1 GK nicht übersehen. Es unternimmt zunächst den Versuch, seine Auslegung des § 51 I AuslG auch dem Artikel 1 A Nr. 2 GK unterzuschieben. Diese zweite zentrale Vorschrift des internationalen Flüchtlingsrechtes lautet: „Im Sinne dieses Abkommens findet der Ausdruck ‚Flüchtling‘ auf jede Person Anwendung: ... 2. Die infolge von Ereignissen, die vor dem 1 Januar 1951<sup>11</sup> eingetreten sind, und aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“

Für den Fall, daß eine Person mehr als eine Staatsangehörigkeit hat, bezieht sich der Ausdruck ‚das Land, dessen

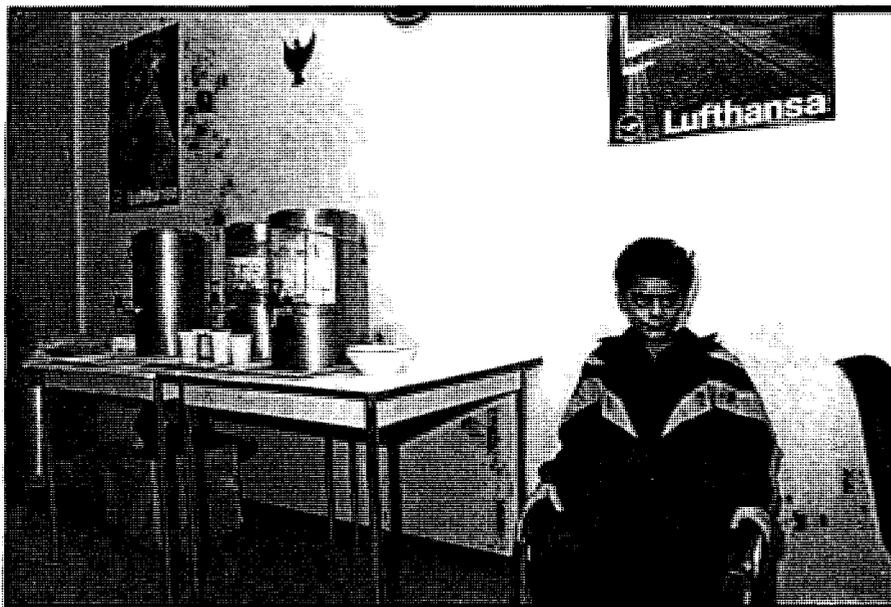
## Gewissen läßt sich nicht einfach abschieben.



Ganz gleich, ob sie aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt werden – Flüchtlinge haben in Deutschland immer weniger Chancen. Die meisten von ihnen haben mit ihrer Abschiebung zu rechnen. Pro Asyl setzt sich für diese Menschen ein. Dabei kommt es auf jeden einzelnen an – auch auf Sie. Denn je mehr wir sind, desto mehr können wir zusammen bewirken.

Für nähere Informationen schreiben Sie uns:  
Pro Asyl, Postfach 10 18 43, 60018 Frankfurt/Main.  
Spendenkonto Nr. 380 900 608,  
Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

**PRO ASYL**  
Förderverein PRO ASYL e.V.



Frankfurt, Rhein-Main-Flughafen,  
Gebäude C183: Hier befinden sich die  
Flüchtlinge, die Asyl beantragen.  
Fotos zu diesem Artikel: Gunnar Lieb

Staatsangehörigkeit sie besitzt' auf jedes der Länder, dessen Staatsangehörigkeit eine Person hat. Als des Schutzes des Landes, dessen Staatsangehörigkeit sie hat, beraubt gilt nicht eine Person, die ohne einen stichhaltigen, auf eine begründete Befürchtung gestützten Grund den Schutz eines der Länder nicht in Anspruch genommen hat, deren Staatsangehörigkeit sie besitzt.“ Das Gericht behauptet, mit der Auswahl der in Artikel 1 A Nr. 2 GK genannten Merkmale also Rasse, Religion etc. „kennzeichnet die Konvention die Verfolgung wiederum als eine solche, die typischerweise vom Staat ausgeht. Denn nur wenn der Staat als Verfolger an diese vorstaatlichen und deshalb seiner Verfügbarkeit entzogenen Merkmale anknüpft, kommt es zu der elementaren Verletzung des gerade in den allgemeinen Menschenrechten gründenden Diskriminierungsverbots, welche die Schutzgewährung durch den fremden Staat rechtfertigt und gebietet (vgl. BVerwGE 67 184, 187).“ Verkürzt: Nur staatliche Verfolgung rechtfertigt Schutzgewährung im Rahmen der GK durch einen fremden Staat. Warum? Wo steht das? Welches Menschenrechtsverständnis steht hinter dieser Argumentation?

Das Gericht hat selbst das Gefühl, mit dieser Trick argumentation nicht allzuweit zu kommen und fährt deshalb fort: „Jedenfalls deutsches Recht ist die Genfer Konvention mit diesem Bedeutungsinhalt des Merkmals Flüchtling geworden. Als innerstaatliches Recht bestimmt sie“ daß Flüchtling im Sinne der GK nur ist, wer staatlicher Verfolgung ausgesetzt ist. Wie rechtfertigt das Gericht die wundersame inhaltliche Wandlung der Genfer Konvention dadurch, daß sie innerstaatliches Recht wurde, d. h. dadurch, daß das Parlament der Übernahme zugestimmt hat? Es verweist auf § 14 AuslG/65, eine Vorschrift, die Artikel 33 Nr. 1 GK ohne Änderung übernommen hatte. „§ 51 I AuslG lehnt sich demnach, ebenso wie § 14 I AuslG/65, eng an Artikel 33 GK an (vgl. BVerfG, AuAS 1993, 238...). Von dieser sachlichen Nähe ausgehend, wurde dann für Artikel 33 GK und § 14 AuslG/65 übereinstimmend angenommen, daß nach beiden Regelungen die Verfolgung staatlichen Charakter haben müßte.“ (Hervorhebung vom Verf.) Sodann verweist das Gericht auf seine eigene frühere Rechtsprechung.

Schließlich kommt das Gericht nicht umhin, sich mit der internationalen Praxis und Rechtsprechung auseinanderzusetzen. Denn ihm lag eine ausführliche Stellungnahme des UNHCR Bonn mit Hinweisen auf die gegenteilige Auslegung, Staatenpraxis und Rechtsprechung in USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Australien vor. Hiervon unbeeindruckt wiederholt es: Ein völkerrechtlicher Vertrag sei so auszulegen, wie er in nationales Recht transformiert sei, und der deutsche Gesetzgeber habe deutlich zu erkennen gegeben, daß er am Element der Staatlichkeit der befürchteten Verfolgung als Merkmal des Flüchtlingsbegriffs nach Artikel 1 A Nr. 2, Artikel 33 Nr. 1 GK festhalte.

**D**as ausführliche Zitieren der Entscheidung sollte dazu dienen, plastisch vor Augen zu führen, wie dürftig das Bundesverwaltungsgericht argumentiert, anders ausgedrückt, wie brutal elementare juristische Grundsätze über Bord geworfen werden, wenn es gilt, ein staatliches Interesse durchzusetzen gegen rechtsverbindliches internationales Recht. Der Bruch eines völkerrechtlichen Vertrages wird kaum verdeckt. Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich stark genug, aus einem von ihr selbst und von über 150 anderen Staaten ratifizierten System von Rechtsvorschriften des Menschenrechtsschutzes auszurechnen, wenn das politische Interesse es angezeigt erscheinen läßt.

Ist es denn richtig, daß internationale Verträge durch nationale Gerichte so auszulegen sind, wie sie jeweils in nationales Recht transformiert wurden? Zunächst ist festzuhalten, daß die Genfer Konvention nicht durch das Ausländergesetz von 1965 und erst recht nicht durch irgendeines der Asylverfahrensgesetze in innerstaatliches Recht transformiert wurde, sondern durch das Zustimmungsgesetz vom 1. September 1953.<sup>12</sup> Dieses Zustimmungsgesetz hat keinen eigenen Inhalt und keinen anderen als den, die Genfer Konvention als innerstaatlich geltendes Recht anzuerkennen. Der deutsche Gesetzgeber hat der Genfer Konvention vorbehaltlos zugestimmt, also ohne von den im Vertrag selbst vorgesehenen Einschränkungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen. Der deutsche Gesetzgeber darf sich nicht seiner völkervertragsrechtlichen Verpflichtung

tungen einseitig durch eine anderslautende nationale Gesetzgebung entledigen. § 14 AuslG/65 und § 51 AuslG können also nicht zur Begründung dienen, den Boden der Genfer Konvention zu verlassen. Davon abgesehen haben beide Normen gerade dazu gedient, die Divergenz zwischen Artikel 16 II 2 GG bzw heute Artikel 16 a I GG einerseits und Artikel 1 A Nr. 2 beziehungsweise Artikel 33 GK zu überbrücken und klarzustellen, daß die GK zu beachten sei, wenn ein Anspruch nach dem Grundgesetz nicht besteht<sup>13</sup> und folglich das Schutzbedürfnis noch nicht befriedigt ist.

Schon gar nicht ist der *Auslegung* der Genfer Konvention nationales Recht, wie es Gestalt durch die Rechtsprechung gefunden haben mag, zugrunde zu legen. Besteht Auslegungsbedarf, dann ist die Konvention selbst auszulegen und zwar in denjenigen sprachlichen Fassungen, die vereinbarungsgemäß die verbindlichen sind. Die Auslegungsgrundsätze selbst sind ebenfalls völkervertraglich vereinbart im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge von 1969<sup>14</sup> Artikel 31 (1) schreibt für die Auslegung eines völkervertraglichen Textes vor: „Ein Vertrag ist nach Treu und Glauben in Übereinstimmung mit der gewöhnlichen, seinen Bestimmungen in ihrem Zusammenhang zukommenden Bedeutung und im Lichte seines Zieles und Zweckes auszulegen.“ Neben dieser allgemeinen Auslegungsregel ist dem Bundesverwaltungsgericht die Satzung des UNHCR entgegenzuhalten, in der es in Kapitel II 8 a) unter anderem heißt, UNHCR habe die Ausführung der internationalen Abkommen zum

Schutze der Flüchtlinge zu überwachen. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit der Ratifizierung der Genfer Konvention auch deren Artikel 35 Nr. 1 anerkannt, in dem es heißt: „Die vertragsschließenden Staaten verpflichten sich zur Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge oder jeder ihm etwa nachfolgenden anderen Stelle der Vereinten Nationen bei der Ausübung seiner Befugnisse, insbesondere zur Erleichterung seiner Aufgabe, die Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens zu überwachen.“

Koisser weist in seiner UNHCR-Stellungnahme vom 19. Mai 1992<sup>15</sup> außerdem auf die Resolution 23/67 (1977) der Generalversammlung der Vereinten Nationen hin, durch welche die Staaten aufgefordert wurden, die Bemühungen des UNHCR um internationalen Rechtsschutz zu erleichtern, indem zum Zwecke der „effective implementation of the promissions of these instruments“ nationale Verfahrensordnungen ausgearbeitet werden.

Angemerkt werden soll noch, daß das Bundesverwaltungsgericht sich mit keinem Wort mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes auseinandergesetzt hat, der bereits in den sechziger Jahren in ständiger Spruchpraxis zur Entschädigung politischer Flüchtlinge unmißverständlich hervorgehoben hat, daß eine Verfolgung im Sinne des Artikels 1 A Nr. 2 GFK auch dann vorliege, wenn der betreffende Staat nicht in der Lage sei, den Schutz einer durch Dritte bedrohten Bevölkerungsgruppe sicherzustellen.<sup>16</sup>

## Schriften der Heinrich-Böll-Stiftung



**Stasi, KGB und Literatur**  
Beiträge und Erfahrungen aus Rußland und Deutschland  
216 S., br., zahlreiche Fotos und Dokumente, DM 15, (zzgl. Versandkosten)  
Autoren: György Dalos, Anatoli Pristawkin, Elke Erb, Efim Etkind, Wolfgang Ullmann, Oleg Kalugin, Matthias Braun u.a.  
Aus dem Inhalt: Der Einfluß des MfS auf die Literatur und Kunstentwicklung in der DDR. Die Literatur unter dem Joch des KGB. Die Geschichte des Samisdat. Die KGB-Akten über Anna Achmatowa.

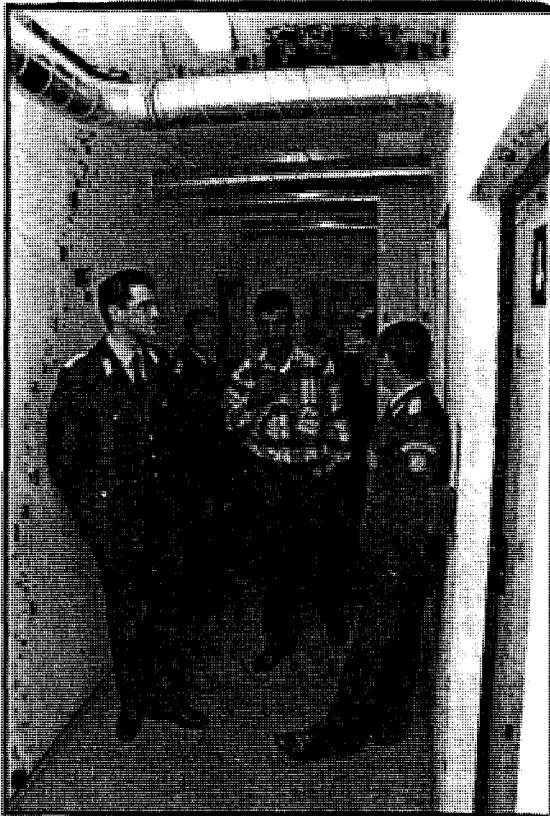


**Minderheiten in Rumänien**  
(zweisprachig Deutsch/Rumänisch)  
176 Seiten, br., DM 10, (zzgl. Versandkosten)  
Autoren: Smarande Enache, William Totok, György Frunda, Branko Milinkovic, Arie Bloed u.a.  
Aus dem Inhalt: Die Kluft zwischen Verfassung und Praxis der Minderheitenrechte. Die KSZE und der Schutz nationaler Minderheiten. Haßsprache und Rassismus versus Ausdrucks- und Zensurfreiheit.



**OstarbeiterInnen - Opfer zweier Diktaturen**  
36 Seiten, kostenlose Informationsbroschüre  
Etwa 1,2 Millionen ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter leben nach Schätzungen noch in der ehemaligen Sowjetunion. Sie sind Opfer zweier Diktaturen: In Deutschland ihrer Freiheit beraubt und geschunden, wurden sie nach ihrer Rückkehr in die Heimat als "Kollaborateure" in Straf-lager interniert und jahrzehntelang bespitzelt. Die Heinrich-Böll-Stiftung und die Menschenrechtsorganisation Memorial in Moskau erinnern an das Schicksal dieser Menschen.

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Brückenstr. 5-11, 50667 Köln, Tel. 0221-207110



**A**uch das Bundesverwaltungsgericht hat bis Anfang der achtziger Jahre so entschieden. Erst heute, nachdem das Asylverfahrensgesetz ausdrücklich auf Art. 33 I GK Bezug nimmt, geht es bei der Auslegung völkerrechtswidrig genau entgegengesetzt vor. Es hat dabei den entscheidenden Ansatzpunkt der Genfer Konvention verkannt. Die Konvention geht davon aus, daß es außerhalb der Herkunftsstaaten Flüchtlinge gibt, die schutzbedürftig sind und Rechte benötigen. Demgegenüber geht das Bundesverwaltungsgericht von der Existenz staatlicher Verfolgung aus, die schutzbedürftige Flüchtlinge produziert.

Renner, Vorsitzender Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof, hat diese Rechtsprechung ebenfalls kritisiert: „Die Norm des Artikel 33 Abs. 1 GK wird erst mit Urteil vom 18. Januar 1994 in die Erörterung einbezogen, zu einer wirklichen Auseinandersetzung mit Vertragstext, systematischer Stellung, Entstehungsgeschichte und Vertragspraxis kommt es aber auch in dieser Entscheidung eigentlich nicht. Da sich das BVerwG gleichzeitig deutlich von der (nur cursorisch wiedergegebenen) Rechtsprechung in anderen Vertragsstaaten hinsichtlich der Bürgerkriegsfälle absetzt, kann und muß konstatiert werden, daß sich Deutschland damit in einem weiteren Punkt von gemeinsamen europäischen und teilweise weltweiten Mindeststandards entfernt. Nicht in dem noch (rudimentär) fortbestehenden deutschen Grundrecht auf Asyl ist ein Hemmnis für eine europäische Einigung im

Asylrecht zu sehen, sondern (zunehmend mehr) in der restriktiven Spruchpraxis des deutschen Revisionsgerichtes.“ Und: „Unabhängig von dieser Kritik an Einzelheiten ist hier daran zu erinnern, daß sich die Asylrechtsprechung in Deutschland auch in der Vergangenheit schon ohne erkennbare Not von der Basis des Völkerrechts entfernt hat.“<sup>17</sup>

Es ist leicht nachzuweisen, daß durch die Genfer Konvention diejenigen Flüchtlinge geschützt sind, die Opfer eines Bürgerkriegs sind, in dem keine kämpfende Partei die effektive Gebietsgewalt hat. Statt eigener Ausführungen wird an dieser Stelle auf zwei vorzüglich UNHCR Stellungnahmen verwiesen. Diejenige von Koisser ist genannt,<sup>18</sup> diejenige von Bierwirth wird hinzugefügt.<sup>19</sup> Aus letzterer nur ein Zitat: „Flüchtlinge nicht anzuerkennen, weil sie Teil einer großen, bürgerkriegsbezogenen Fluchtbewegung sind, würde dazu führen, daß nur eine kleine, herausgehobene und prominente Gruppe von Personen in den Anwendungsbereich des Artikel 1 A II GFK fallen würde. Das aber würde bedeuten, daß die Konvention ihrer in der Präambel sanktionierten Aufgabe, Menschenrechte zu schützen, nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt gerecht werden würde. Darüber hinaus würde das Flüchtlingsrecht und dies wäre gegen den Grundgedanken der GFK international an Bedeutung verlieren, weil die meisten schwerwiegenden Verletzungen von Menschenrechten eher große Gruppen betreffen als einzelne Personen in ihrer Individualität.“

Hieran anknüpfend sei noch einmal zur zitierten Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zurückgekehrt. Dieses, nachdem es den Schutz gemäß GK verneint hat, verweist auf die neben § 51 I AuslG gegebenen Schutzmöglichkeiten, die das deutsche Recht zur Verfügung stellt. Kann dieses Ergebnis vielleicht befriedigen? Streiten wir nur um des Kaisers Bart? Nehmen wir die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina als Beispiel. Die meisten halten sich mehr als zwei Jahre in Deutschland auf. Ihre Abschiebung ist ausgesetzt, das bescheinigt eine Duldung. Nur diejenigen haben eine Aufenthaltsbefugnis, die im Rahmen einer humanitären Aufnahmeaktion oder auf der Grundlage einer Verpflichtungserklärung gemäß § 84 AuslG legal eingereist sind. Das zeigt einmal mehr, daß die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich nur Flüchtlinge akzeptieren will, die ein „geordnetes Einreiseverfahren“ absolviert haben.<sup>20</sup> Also: Ist die Einreise *gewährt*, ist der Flüchtling Flüchtling und bekommt einen legalen Status; ist die Einreise *erfolgt*, aber *nicht gewährt*, ist der Flüchtling Ausländer, dessen Abschiebung bestenfalls ausgesetzt wird. So geht es der Masse der Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina. Sie dürfen das Bundesland nicht verlassen (§ 56 III 1 AuslG). Einige Bundesländer geben nicht einmal Ausnahmegenehmigungen für eine Reise in das Nachbarbundesland. Reisen ins Ausland sind ohnehin unmöglich, auch wenn dringende humanitäre Gründe dies geböten. Die Duldung erlischt mit Ausreise (§ 56 IV AuslG), und der Bundesminister des Innern hat im Sommer 1994 den Bundesgrenzschutz angewiesen, sogenannte Wiedereinreisebescheinigungen nicht mehr gelten zu lassen. Zwar ist die Duldung im Interesse der Entlastung des öffentlichen Haushalts, nicht im Interesse der Flüchtlinge, nicht mit einem Verbot der Arbeitsaufnahme versehen. Bei der Arbeitsmarktlage verhindert aber eine Duldung oft den Abschluß eines Arbeitsvertrages. Bestimmte Berufstätigkeiten sind an die Inhaberschaft einer Aufenthaltsgenehmigung gebunden (Ausbildung, Tätigkeiten im Kranken- und Pflegebereich etc.).

**F**azit und damit Fazit auch des Verweises auf die „sonstigen Vorschriften des deutschen Rechtes“ durch das Bundesverwaltungsgericht: Keinerlei legalen Aufenthaltsstatus für Flüchtlinge, die ohne oder gegen den Willen der staatlichen Behörden in das Land gekommen sind. Damit nicht ein Bundesland aus der Verweigerungsfront ausbreche, hat der Gesetzgeber in den § 32, 32 a und 54 die Bundeseinheitlichkeit festgeschrieben. Das bedeutet nach Auffassung des Bundesministers des Innern und jedenfalls der Innenminister der Bundesländer: Sagen nicht 16 + 1 ja, bleiben die Flüchtlinge auf der Strecke. Derzeit sagt Bayern zu allem nein.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof ist es denn auch, der mit einem Urteil vom 28. Oktober 1994 den Menschenrechtsschutz für Bürgerkriegsflüchtlinge weiter knebelt.<sup>21</sup> Es geht um Afghanen, denen weder nach Artikel 16 a GG noch nach § 51 I AuslG, also Artikel 33 GK, Schutz gewährt wurde. Das Bundesamt hatte angesichts der Kabuler Hölle immerhin Abschiebungsschutz nach § 53 IV AuslG gewährt. Diese Vorschrift verweist auf die Europäische Menschenrechtskonvention, die ihrerseits in Artikel 3 unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Folter untersagt. Der Bayerische VGH hat in seiner Entscheidung Abschiebungsschutz nach dieser Vorschrift versagt. Nun ist richtig, daß nach der Spruchpraxis der Menschenrechtskommission und des Europäischen Gerichtshofs zum Schutz der Menschenrechte eine Bürgerkriegssituation als solche noch nicht ausreichend ist, die Anwendung des Artikel 3 EMRK zu bejahen.<sup>22</sup> Das Gericht hat sich aber mit diesem Aspekt nicht weiter auseinandergesetzt, sondern hat das Werk des Bundesverwaltungsgerichtes dergestalt fortgesetzt, daß es behauptet hat, Artikel 3 EMRK fände keine Anwendung auf Bürgerkriegsflüchtlinge, sofern es der Staatsgewalt ermangele. Für derartig begründete Schutzbegehren seien ausschließlich die Vorschriften der § 53 VI 2 und § 54 AuslG geschaffen. Der Teufelskreis schließt sich:

§ 54 sieht lediglich Duldung vor. Für maximal 6 Monate kann ein Bundesland sie anordnen, danach ist Bundeseinheitlichkeit erforderlich. Einen Rechtsanspruch vermittelt § 54 den Flüchtlingen natürlich nicht. Dagegen vermittelt Artikel 3 EMRK einen Individualrechtsanspruch.

Weiteres Fazit: Die Bundesrepublik Deutschland verabschiedet sich, soweit es um die Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge geht, nicht nur aus der Genfer Konvention, sondern auch aus der Europäischen Menschenrechtskonvention. Diejenigen Flüchtlinge, die nicht mit Willen der staatlichen Behörden einreisen konnten und nicht nach Artikel 16 a GG oder § 51 I AuslG Flüchtlingsstatus erhalten haben, sollen von jeglichem Rechtsanspruch sogar auf Abschiebungsschutz ausgeschlossen sein. Noch einmal sei Renner zitiert: „Deshalb erscheint es angezeigt, in diesem Zusammenhang zu betonen, daß die gesetzlichen Schutzvorschriften der §§ 32, 32 a, 53, 54 AuslG zumindest teilweise ihre Grundlage in Völkervertragsrecht (vor allem Artikel 3 EMRK) und im Grundgesetz (Artikel 1, 2, 25, 102 GG) haben. Es handelt sich also nicht um ausschließlich dem gesetzgeberischen Ermessen anheimgegebene Möglichkeiten für De-facto-Flüchtlinge, sondern um durchweg verfassungsrechtlich oder völkervertraglich abgesicherte Rechtspositionen.“<sup>23</sup>

Es wird deutlich, weshalb so großer Wert auf die Erörterung gerade dieser Frage gelegt wird. UNHCR Bonn versucht seit Jahren mit Unterstützung der Genfer Zentrale den Schutz der Bürgerkriegsflüchtlinge durch Initiativen, Stellungnahmen, Veranstaltungen etc. zu verbessern. Bis jetzt ist ihm der Erfolg versagt geblieben, vermutlich deshalb, weil Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und andere Organisationen nicht ausreichend dazu beigetragen haben, gerade in dieser Frage ein öffentliches Klima zu schaffen, in dem ein Meinungsumschwung in der Rechtsprechung beziehungsweise beim Gesetzgeber stattfinden könnte. ■

Der zweite Teil  
folgt in Heft 3/95

1 Der folgende Beitrag gibt in leicht überarbeiteter Fassung Teil I eines Vortrages wieder, den der Autor am 3. Dezember 1994 in Mülheim/Ruhr gehalten hat. Teil II befaßt sich mit der sogenannten Drittstaatenregelung des Asylgrundrechtes in neuer Fassung, durch welche nach Auffassung des Autors gegen den Kern des Völkerflüchtlingsrechtes den Grundsatz des sogenannten Non-refoulement verstoßen wird. Diesen Teil veröffentlichen wir im nächsten Heft. *Die Red.*

2 vgl. z. B. BR-DS 99/85 und BT-DS 10/3678.

3 BVerfGE 74, 51 = EZAR 200 Nr. 18.

4 vgl. meinen sehr materialreichen Beitrag: Pfaff, Der Umgang der Bundesrepublik Deutschland mit dem Grundrecht auf Asyl am Beispiel der Flüchtlinge aus Afghanistan, in: Rosen (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1989, S. 93 ff.

5 vgl. z. B. den Beschluß der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 10. November 1994.

6 vgl. FAZ vom 7.1.1995.

7 vgl. etwa das „Verbrechensbekämpfungsgesetz vom 28.10.1994 (BGBl. 1994, 3186), wodurch das Ausländergesetz (z. B. §§ 92 a und b, Einschleusen von Ausländern) und das AsylVIg (§§ 84, 84 a) geändert bzw. ergänzt wurden.

8 BVerwG, U. v. 26.10.1993, EZAR 230 Nr. 2; BVerwG, U. v. 18.1.1994, EZAR 230 Nr. 3.

9 BVerfGE 80, 315 (340) = EZAR 201 Nr. 20.

10 Es wird die Begründung der Entscheidung vom 18.1.1994 zugrunde gelegt (s. Anm. 7).

11 Mit Zusatzprotokoll vom 31.1.1967 in der BRD am 5.11.1969 (BGBl. II S. 1293) in Kraft getreten, wurde die Stichtagsregelung aufgehoben.

12 BGBl. II 559

13 Für das Ausländergesetz vom 9.7.1990 s. BR-DS 11/90 v. 16.2.90; BT-DS 11/6541, S. 4; 11/6960, S. 25; vgl. ferner Nicolaus, Vierzig

Jahre GFK und die deutsche Asylrechtsprechung, in: Archiv des Völkerrechts, 29. Bd. 1991, S. 270 ff.

14 Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. I., S. 475 ff.

15 Stellungnahme des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen zur Frage der Urheberschaft von Verfolgung im Sinne des Artikel I A Nr. 2 GFK bzw. Artikels 33 Nr. 1 GFK, in: ZDWF-Schriftenreihe Nr. 51, S. 9 (10).

16 BGH, U. v. 11.7.1968 IX ZR 156/66 (Polen), zit. nach Nicolaus, Kein Asylrecht trotz Verfolgung?, in: ZDWF-Schriftenreihe 1984, Nr. 6.

17 Anmerkung zu den Urteilen des BVerwG v. 26.10.1993 und 18.1.1994, ZAR 1994, 85 (86).

18 s. Anm. 13.

19 Schreiben des UNHCR/Bonn vom 10.8.1992 an Rechtsanwalt Heinhold, in: ZDWF-Schriftenreihe Nr. 51, S. 55 f.

20 BR-DR 147/80: Aus der Begründung der 9. Verordnung zur Änderung der DVO/AuslG, durch die Afghanistan aus der Liste der Positivstaaten gestrichen wurde: Die Einführung der Sichtvermerkspflicht solle ein „geordnetes Einreiseverfahren sicherstellen und die in jüngster Zeit hervorgetretenen Schwierigkeiten durch Einreisen in verdeckter Absicht der Arbeitsaufnahme begegnen, ohne jedoch die Möglichkeit der Einreisegewährung aus humanitären Gründen auszuschließen“

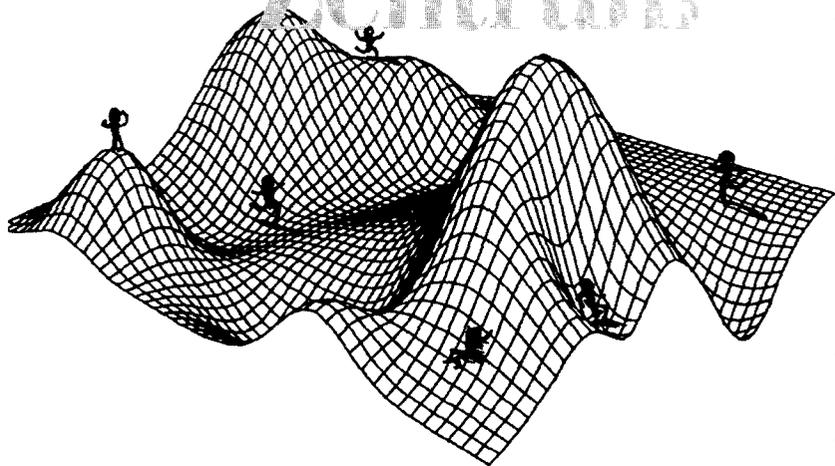
21 BayVG, U. v. 28.10.1994, AZ.

22 vgl. Hailbronner, Der Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention und die Rechtsstellung von De-facto-Flüchtlingen, in: ZAR 1993, S. 3 (8); ferner Gusy, Zur Bedeutung von Artikel 3 EMRK im Ausländerrecht, in: ZAR 1993, S. 63 f.

23 ZAR 1994, 86.

# Das System verliert sein

## Zentrum



## Über die Schwierigkeiten heutiger Politik – Teil 2

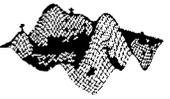
Martin Hartmann

**G**egen diese Tendenz stellt sich der auf das Gesamtsystem gerichtete Universalismus. Die Auseinandersetzung mit den vielen ungelösten und möglicherweise unlösbaren Problemen erscheint aus dieser Sicht unsinnig; das System und seine Regeln müssen vereinfacht werden. Der Neoliberalismus verbindet sich mit einem autoritären Rigorismus. Jede Regel und Verrechtlichung schadet der Kreativität und der Leistungsbereitschaft; jede Komplikation der gesellschaftlichen Organisation soll vermieden werden, damit die zentrale Steuerung effektiver greifen kann. Während die eine Richtung ihren Schwerpunkt auf die Vereinfachung zum Zwecke der Entwicklung der Individualität und Wirtschaft legt, zielt die andere auf eine Vereinfachung zum Zwecke der Kontrolle des Systems und seiner Abläufe.

Unter anderem aus einer solchen auf Vereinfachung gerichteten Sichtweise speist sich auch der „neue“ Rechtsextremismus, der die multikulturelle Gesellschaft mit ihren vielen Fremdheiten beseitigen, das „Fremde“ ausschalten will. Er ist deshalb im wesentlichen auf einer Ablehnung von bestimmten Personengruppen zugeschriebenen ethnisch-kulturellen Vorstellungen begründet, und nicht wie der „alte“ Rechtsextremismus auf dem Begriff der „Rasse“. Der Nationalsozialismus konnte „die Rasse“ als Kategorie verwenden, weil er davon ausging, daß es „Volksorganismen“ gebe, die in Konkurrenz zueinander stünden. Sie hätten sich in ihren Eigenschaften über die Jahrtausende „der Evolution“ herausgebildet und würden verschieden fortgeschrittene Stadien dieser Evolution darstellen. In den gesellschaftlichen Organismen sollten nach der „alten“ Vorstellung die Individuen jeder durch seine körperliche Disposition, durch seine Begabungen an einen bestimmten Platz gestellt sein, damit der „Volkskörper“ funktioniert: der Führer als Führer, der Arbeiter als Arbeiter, die Frau als Gebärende und so fort.<sup>17</sup> Der Ursprung des „Volkskörpers“ oder „organismus“ konnte in den mythischen Geschichten zum Beispiel der alten Heldensagen nachvollzogen werden.

Heute ist der biologische „Organismus“ als Begriff aber keine Hauptkategorie mehr. Der Organismus ist ein „System“ wie andere Systeme. Die Systeme sind nicht alle gleich. Sie unterscheiden sich in ihrer Struktur, ihrer Funktion oder auch ihrer Offenheit. In der heutigen Gesellschaft ist niemand einfach an seinen oder ihren Platz gestellt. Durch die Flexibilisierung der Gesellschaft, ihre ständige Umorganisation, durch die von den Individuen geforderte individuelle Mobilität kann die Analogie mit dem lebenslang stabilen „gesunden Körper“ in dem das Steuerorgan Gehirn ebenso wichtig ist wie das Fremdkörper ausschaltende Lymphozyt, und in dem alle ihre lebenslängliche Funktion einnehmen müssen, nicht mehr greifen. Die Gesellschaft ist also eine andere Art von System als der Organismus.

Die Definition des „Systembegriffs“ sieht das System (trotz möglicherweise vorhandener Durchlässigkeit seiner Grenzen) als eine abgeschlossene Struktur, die funktionieren soll. Es kann in der Sicht des „neuen“ Rechtsextremismus nicht funktionieren, wenn es zu viele verschiedene aus anderen kulturellen Perspektiven entspringende Bedürfnisse und Interessen befriedigen muß und wenn seine begrenzten Ressourcen überstrapaziert werden. „Die Fremden“ scheinen hiernach die Organisation des Systems zu verkomplizieren, und sie zerstören die Entscheidungsstrukturen und führen eine Paralyse herbei. Sie überfordern außerdem die vorhandenen Kapazitäten des Systems<sup>18</sup> und die „Leidensfähigkeit“ des „deutschen Volkes“. Die Argumentation



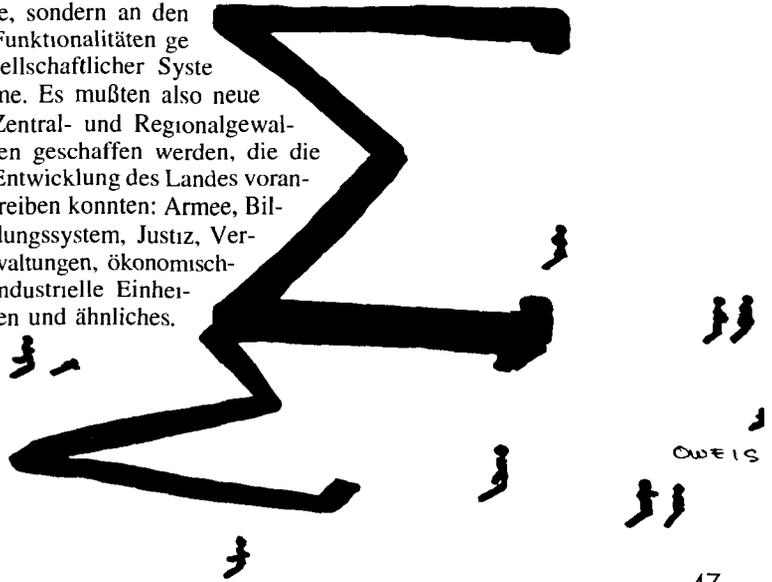
gegen die jüdischen Mitglieder der Gesellschaft richtet sich demgemäß in erster Linie nicht gegen ihre „Rasse“ sondern gegen den ihnen zugeschriebenen immer wieder von neuem vorgebrachten Schuldvorwurf des Holocaust. Mit diesem Schuldvorwurf behindern sie die Entfaltung des Systems „Deutschland“ im Interesse der Deutschen in der Welt. Der Schuldvorwurf ist permanent. Deshalb muß die Schuld (z. B. als Auschwitz-„Lüge“) gelehnet und das Geschichtsbild revidiert werden. Da es nicht revidiert ist und die Revision von „den JüdInnen“ und anderen aus dieser Sicht im Grunde „Undeutschen“ bekämpft wird, ist schon mit der Existenz der Gruppe „der JüdInnen“ der Vorwurf existent, weil er unwillkürlich die Erinnerung hervorruft. Der „neue“ Rechtsextremismus kann in seiner Argumentation also, indem er sich auf alte Feindschaften gegen alles „Fremde“ und das System „Deutschland“ Behindernde bezieht, zu gleichen Konsequenzen führen. Trotz anderer Begründungen, trotz des Fehlens mythischer Grundlagen ist auch er rassistisch, weil er sich auf „einfache“ Identifikationsmerkmale wie die Hautfarbe und das Aussehen richtet, und er ist gegen „die Fremden“ und „die Schwachen“ gewalttätig. Diese Gewalttätigkeit kann sich dabei auf die oben diagnostizierte Orientierungslosigkeit der im Gesamt- oder in Subsystemen nicht eingebundenen Jugendlichen stützen, die im Kampf gegen die angebliche Unübersichtlichkeit und Unsteuerbarkeit des Systems produzierenden Gruppen (von „Fremden“ Intellektuellen und Behinderten) auch nach der Authentizität ihres Selbst oder ihrer Erlebnisse suchen können.

Der Rechtsextremismus zerstört mit seinem Vorgehen, wie es auch die gegenwärtige auf die zentrale Steuerung der Gesellschaft setzende Bundesregierung im Zuge einer „Vereinfachung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse aktiv oder durch ihre Untätigkeit passiv betreibt, eben die in vieler Hinsicht diffizil aufeinander abgestimmten gesellschaftlichen Strukturen. Er unterstützt damit selbst die krisenhafte Entwicklung des Systems, die er vorgibt zu bekämpfen.

**D**ie genannten Konsequenzen einer Zerstörung von Systemstrukturen ist gegenwärtig anhand vieler Beispiele zu studieren. Viele Länder zerfallen nämlich trotz gegenteiliger Bemühungen einer autoritären Politik aufgrund mangelnder Integration. Der Zerfall des jugoslawischen Staates ging mit einer Kritik reformerischer Kräfte in den Republiken gegenüber der Zentralgewalt einher. Sie machte sich insbesondere an der wirtschaftlichen Entwicklung Gesamtjugoslawiens und (wie in Italien) an der Rückständigkeit des Südens gegenüber dem Norden fest. Dieser Kritik konnte die Zentralgewalt nicht adäquat begegnen, und sie versuchte sie zu unterdrücken. Die Unterdrückung löste aber die Probleme nicht, sondern ließ sie über Jahre und Jahrzehnte schwelen. Noch als die Republiken eine größere Selbstständigkeit gegenüber der Zentrale verlangten, wäre eine friedliche Lösung und ein Erhalt des jugoslawischen Staates möglich gewesen. In der Zentrale aber verbanden sich partikulare Interessen (u. a. des serbisch dominierten, weniger industriell geprägten Südens) mit dem universalistischen Anspruch des Erhalts des sozialistischen Systems. Die Armee versuchte so die Autonomiebestrebungen der Republiken zu unterdrücken und brachte sie dadurch erst recht dazu, sich gänzlich vom Gesamtsystem des jugoslawischen Staates

zu trennen, sich für unabhängig zu erklären. Den Anspruch des Erhalts des Gesamtsystems mußte die jugoslawische Armee unterdessen aufgeben (auch wenn Jugoslawien als „Rest“-Jugoslawien weiter existiert). Dadurch wurde die Begründung des Konflikts verlagert. Sie zielt nun auf den Schutz von Volksgruppenangehörigen, die aber in vielen Teilen des ehemaligen Jugoslawien nicht territorial, ja manchmal nicht einmal als Familieneinheiten voneinander zu trennen sind. So kann sich der Schutz nicht einfach auf ethnische Gruppen beziehen, sondern muß auch die religiösen Vorstellungen einbeziehen. Die vormalige Integration der regionalen Gesellschaften ist offensichtlich nur sehr schwer aufzuheben und sie findet deshalb m.E. besonders gewalttätig statt, denn nur durch den geschürten Haß läßt sich die Abgrenzung der vormaligen Gesellschaftsmitglieder voneinander begründen. Die Konflikte, die sich aus der durch die Unterdrückung der Systemglieder einsetzende Systemdesintegration ergeben haben, sind aber durch die Vorantreibung der Desintegration ebenso nicht zu bewältigen. Einen anderen Weg ist hier die ehemalige Tschechoslowakei gegangen, aus der sich die Tschechische und die Slowakische Republik gegründet haben. Sie haben bis heute eine gewisse Integration ihrer Gesellschaften aufrechterhalten und die Probleme und Widersprüche, die aus der Desintegration entstehen, abgemildert (vielleicht weil nicht die Slowakei dominierend war wie in Jugoslawien Serbien sondern Tschechien, und weil mit Václav Havel ein weitsichtiger Präsident vermittelte).

Für viele Länder des Südens, insbesondere Afrikas, sind ähnliche Probleme der Desintegration festzustellen. Unterschiede ergeben sich zu den europäischen Ländern insofern, als in Afrika vor der Kolonisierung kaum Staaten existierten und sie auch während der Kolonialzeit nicht den Interessen der Bevölkerung dienten, sondern denen auswärtiger Mächte. Nach der Entkolonialisierung und Befreiung der Länder haben die auf einen Staat setzenden Kräfte versucht, die Gesellschaften massiv zu modernisieren und sie auf einer den vormalig existierenden Stammesstrukturen entgegengerichteten und übergeordneten Ebene zu integrieren. Dies bedeutete zunächst ein Programm der Desintegration der traditionellen (tribalen) Gesellschaften und das Versprechen einer Modernisierung im Sinne der europäischen Systemgesellschaften, die sich nicht an Zugehörigkeiten von Gruppen orientieren sollte, sondern an den Funktionalitäten gesellschaftlicher Systeme. Es mußten also neue Zentral- und Regionalgewalten geschaffen werden, die die Entwicklung des Landes vorantreiben konnten: Armee, Bildungssystem, Justiz, Verwaltungen, ökonomisch-industrielle Einheiten und ähnliches.



Armeen waren durch die Organisation und Führung der Befreiungskriege meist vorhanden, ebenso die überkommenen Kolonialverwaltungen, die Justiz und ein Bildungswesen. Letztere waren aber auch im wesentlichen kolonial geprägt und mußten den neuen Bedürfnissen angepaßt werden. Das hieß, daß (statt einer Ausbildung weniger) große Alphabetisierungskampagnen durchgeführt werden mußten, um die nötigen Kräfte aus der Bevölkerung an entsprechende Aufgaben herführen zu können und ein höheres und breit angelegtes Bildungsniveau zu erreichen. Gleichzeitig mußten die wirtschaftlichen Bedingungen, die Industrie gefördert werden. Dies konnte mangels ausgebildeter Kräfte und finanzieller Ressourcen oft nur durch ausländisches Kapital und SpezialistInnen geschehen. Die eingeleiteten Maßnahmen griffen aus verschiedenen Gründen in vielen Fällen offensichtlich nicht. Einerseits kam die Desintegration der traditionellen Gesellschaften und die Integration ihrer Mitglieder in der neuen Gesellschaft unter neuen Gesichtspunkten nicht im gewünschten Maße voran,<sup>19</sup> weil Desintegration auch Verleugnung der Herkunft, der Kultur und Verlust sozialer Sicherheiten und somit Härte gegenüber den Individuen bedeutet; andererseits führte die Umsetzung der Programme zu ungleichgewichtigen Entwicklungen der Systeme, zu Verschuldungen und neuen Abhängigkeiten gegenüber dem Ausland. Der Orientierung an den europäischen Gesellschaftsmodellen (einschließlich der USA oder der Sowjetunion) und den Erfordernissen eines „modernen“ Staates folgte eine Konzentration der Bildungsmaßnahmen auf den allgemeinbildenden Sektor und eine Vernachlässigung kleinerer (scheinbar rückständiger weil traditionaler oder „kleinbürgerlicher“ Vorstellungen verhafteter und im Sinne einer rationalen industriellen Großproduktion zu überwindender) Produktionseinheiten. Der moderne Staat war insofern in vielerlei Hinsicht auf Sand gebaut. Indem er immer mehr Ressourcen zu seinem Aufbau auffraß, drückte er große Teile der Bevölkerung in einen „informellen Sektor“. Er betrieb damit erneut eine Desintegration, die nun aber ihn selbst in seiner Existenz in Frage stellte. Die Gesellschaft oder genauer die Gesellschaften orientierten sich erneut an den Resten der überkommenen Strukturen. Sie stellten sich damit jedoch gegen die inzwischen vorhandenen Instanzen der „modernen“ Gesellschaft wie die Armee, die ihre eigene Existenz und die Existenz eines Staates nicht in Frage stellen lassen wollte. So stehen sich in vielen afrikanischen Staaten unterschiedliche Kräfte mit teilweise „tribalem“ teilweise „modernem“ Gedankengut gegenüber.<sup>20</sup> Der lange Kampf in Somalia endete schließlich in der Zerstörung und Aufteilung Somalias. Der Einsatz der Weltarmee in dieser Weltgegend rannete insofern eigentlich nur noch einer Fiktion „Somalia“ hinterher. Ähnlich ist die Lage in Liberia, in Mosambik und Angola (in denen sich der vormalige Einfluß des südafrikanischen Apartheidstaates und der ehemaligen „Supermächte“ zusätzlich verschärfend und gleichzeitig befriedend geltend machte), Sudan (hier ist wiederum der Einfluß des Islam zu beachten), Zaire und so weiter.

Die Desintegration der Systeme scheint also in vielen Fällen an einer „falschen“ Zielsetzung für die Entwicklungen der Staaten zu liegen. Die Programme und Maßnahmen haben sich insbesondere an einer technisch-wissenschaftlich-industriellen Entwicklung orientiert. Das System ist aus einer Zentralperspektive

heraus dabei auf ökonomische und andere Zentraldaten (wie Bruttosozialprodukt, Bevölkerungswachstum, Kalorienbedarf und -produktion usw.) reduziert worden. Dies hat zu einer massiven Desintegration der traditionellen Gesellschaften bei gleichzeitig nicht möglicher Integration in den modernen Sektor der Staatsgesellschaft geführt. Die regionalen Ungleichgewichte bei der Entwicklung des Gesellschafts-Systems haben eine massive Landflucht und ein Heranwachsen von Millionenstädten bewirkt, die aber in vielerlei Hinsicht einer Organisation entbehren. Der mit der zentralplanerischen Katastrophe der östlich-sozialistischen Gesellschaften einhergehende Verlust utopischer Gesellschaftsmodelle läßt das Versprechen einer Modernisierung im Sinne einer sozial-integrierten Gesellschaft unwirklich werden. Zurück bleibt das Trümmerfeld der Experimente staatlicher Interventionen und marktwirtschaftlicher Konkurrenzwirtschaften.

Während es in den Ländern des Südens und Ostens angesichts des Raubbaus an Mensch und Natur aber kaum noch Ressourcen gibt, eine Systemintegration zu ermöglichen, und sich allerorten neue Einheiten finden, die sich oft auf ethnische Gemeinsamkeiten beziehen und dabei ihre Konflikte mit den anderen Gruppen teilweise auf gewalttätig-grausame Art ausfechten, sind die europäischen Gesellschaften noch in der glücklichen Lage, Ressourcen zu besitzen, die sie sich aber nicht durch eine zentralistisch-desintegrierende, weil auf „Vereinfachung“ setzende Politikerkaste, die, wie im Osten Deutschlands geschehen, auf Kahlschlag setzt, entwinden lassen sollten.

**D**ie gegenwärtige weltweite Situation der Desintegration und Unordnung, die wachsende Zahl der Kriege und die durch den Wegfall einer prinzipiellen Richtungsentscheidung zwischen sozialistischer Planwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft erzeugte Orientierungslosigkeit bei der Steuerung des Systems (die in Krisenzeiten besonders zum Ausdruck kommt, in der wirtschaftlichen Aufschwungphase aber einer Angst vor „Experimenten“ die den Aufschwung wieder zunichte machen könnten, Platz macht) schürt auch die Angst vor dem Einbruch der Unordnung in das noch intakte System „Deutschland“ oder „Europäische Union“. Das System muß in dieser Perspektive deshalb nach außen gegen die Gefahr der „Asylantenflut“ abgeschottet werden. Gleichzeitig muß die Welt wieder in Ordnung gebracht werden. Dies kann möglicherweise durch die Schlichtung der Weltkonflikte, durch die Trennung der streitenden Gruppen mittels UNO-Armeeinsätze und durch eine Weltsozialhilfe erreicht werden.<sup>21</sup> Neben der Lösung der weltweiten Probleme und der Abschottungspolitik muß die Unordnung im Inneren der Gesellschaft vermieden werden. Dies kann möglicherweise durch den Einsatz erfahrener Unternehmensmanager an der Spitze der Gesellschaft, wie es Alberto Fujimori in Peru, Silvio Berlusconi in Italien oder Ross Perot in den USA sein soll(ten), oder durch das Festhalten an bewährten PolitikerInnen geschehen. Die „UnternehmerInnen“ soll(ten) in den Augen ihrer WählerInnen durch eine straffe zentralistische Führung der Gesellschaft die partikularistische (in Italien und Peru durch Mafia und Korruption, in Peru und den USA durch die rigorose Deregulierung erzeugte) Unordnung in den Griff bekommen.<sup>22</sup>

An der systemisch argumentierenden Abschottungspolitik („das Boot ist voll“) zeigt sich erneut eine Kom-



ponente des mit Begriffen wie „Asylantenflut“ „besonders hoher Kriminalitätsrate von Ausländern“ und „Überfremdung“ operierenden „neuen“ Rechtsextremismus (der aus der Mitte der Gesellschaft entspringen oder zumindest bis in sie hineinreichen soll).

Insgesamt lassen sich aufgrund der dargestellten Situation der Systeme und aufgrund der besonderen Perspektive und des besonderen Umgangs mit dem Modell des gesellschaftlichen Systems verschiedene Schlüsse für die Politik in der Bundesrepublik Deutschland ziehen.

**B**egriffe wie „rechts“ und „links“ haben an Bedeutung verloren. Dies liegt vor allem daran, daß sich ihr Gegensatz zumindest in den sechziger und siebziger Jahren aus den inzwischen im wesentlichen obsolet gewordenen Vorstellungen speiste, daß die Gesellschaft 1. entweder ein System, das entwickelt, oder ein Organismus, der in seinen Bestandteilen konserviert werden müsse, sei oder sie 2. ein System sei, das entweder die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen oder soziale Gesichtspunkte in den Vordergrund rücken müsse. In diesen Konflikten standen sich eindeutig Regierung und Opposition gegenüber (CDU/CSU vertraten jeweils die erste, die SPD jeweils die zweite These). Durch die Differenzierung des gesellschaftlichen Systems erhielten Probleme wie individuelle Freiheit, Umweltschutz, Frauenemanzipation, Menschenrechte und anderes mehr einen größeren Stellenwert. Die politischen Lager verschieben sich. Die ehemalige „Linke“ kann sich nicht mehr auf eine Opposition oder die Einrichtung einer zentral geplanten sozialen Ökonomie beschränken. Sie hat die Interessen und Bedürfnisse der autonomen Individuen und Gruppen, der Minderheiten, der Umwelt entdeckt. Sie hat dabei auch einen Rückgriff auf alte „wertkonservative“ Vorstellungen gemacht. Sie ist sozusagen „nach rechts gerückt“ oder je nach Perspektive die alte Linke ist nach rechts gerückt, weil sie das System an die erste Stelle und damit auf autoritäre Entscheidungsstrukturen setzte. Aufgrund der Verschiebungen in den politischen Prioritäten sind heute neue und andere Allianzen möglich geworden. Inzwischen stehen die auf zentrale Lenkung der Wirtschaft und Gesellschaft den auf die Selbstorganisation des Systems setzenden Kräften gegenüber. In diesem Gegensatz gibt es jedoch viele Brüche.

Die CDU/CSU ist auf eine zentrale Lenkung des Staates orientiert, will aber auch den Staatsapparat in diesem Sinne vereinfachen, und übergibt deswegen die für die Lenkungsaufgaben nicht notwendigen Aufgaben und Strukturen (wie den Postdienst) der privaten Wirtschaft. Die FDP hat in ihrer Konzentration auf die Selbstorganisation des Marktes ihren linksliberalen Flügel verloren. Sie konzentriert sich heute im wesentlichen auf die „Leistungsträger“ der Gesellschaft, unter anderem die Kleinunternehmen. Mit der Konzentration auf diese Klientel aber besitzt sie kein Programm. Ein radikaler Abbau staatlicher Strukturen, wie er in neoliberalen Konzepten vorgesehen war, ist ohne große gesellschaftliche Konflikte und damit Unruhen gegenwärtig nicht möglich. In beschränktem Maße aber befürworten auch die CDU und die SPD eine Privatisierung von Staatseinrichtungen, so daß die FDP als profillos erscheint. „Bündnis 90/Die Grünen“ setz(t)en auf die „Bürgerbewegungen“ und Bürgerinitiativen, die Demokratie von unten, auf Umweltschutz und so fort. Sie haben dabei die Minderheiten wie die Mehrheiten, also die besonderen (autonomen) Gruppen

wie das gesamte System, im Auge. Hierbei standen und stehen sie in Opposition zu zentralistischen wie partikularistisch-gruppenegoistisch orientierten Politikkonzepten, so daß sie sich einerseits als linke Opposition, andererseits als in autonomen Strukturen agierende, gesellschaftserhaltende Kraft verstehen können. Dies gilt im wesentlichen aber nur für den Westen. Im Osten haben die Bündnisgrünen nur wenig Chancen, Fuß zu fassen, weil die Komplexität der dortigen Gesellschaft radikal reduziert worden ist, sich in jeglicher Hinsicht gesellschaftlicher Aktivitäten keine eigenständigen Ansätze bilden konnten (sie waren schon immer verdächtig, entweder aus dem alten Regime zu entspringen oder idealistisch zu sein) und die auf die Differenzierung zielenden Positionen dieser Kräfte keine Grundlage finden konnten. Statt dessen ist im Osten entweder Regierung (im Sinne des Westens) oder einfache, „linke“ (realistische und idealistische) Opposition (die die PDS viel besser kann als die Bündnisgrünen) angesagt. Die SPD steht zwischen den verschiedenen Blöcken und gerät dadurch unter den Druck von Zentrali-



stInnen (wie z. B. des „Arbeitnehmervertreter“ Hermann Rappé oder des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder)<sup>23</sup> und gesellschaftlichen Gruppen. Sie muß am meisten zwischen den partikulären Gruppen innerhalb von Partei und Gesellschaft (z. B. der „konservativen“ Arbeiterschaft und den „grün“-orientierten Beschäftigten im Dienstleistungssektor) vermitteln und gleichzeitig den auf das Gesamtsystem zielenden Interessen, wie in der Zuwanderungsdiskussion oder in der Kriminalitätsfrage zum Ausdruck kommen, gerecht werden. Rudolf Scharping (wie auch Bill Clinton in den USA) hat sich die dieser Konstellation entstehende Aufgabe der Vermittlung auf die Fahne geschrieben, und er gerät wie dieser unter Kennzeichnungen wie „Wackelpudding“ „harmoniesüchtig“ oder „einer, der es allen recht machen will“ in das Kreuzfeuer der Kritik. Vor diesem Hintergrund ist die Situation für den alten und neuen Kanzler Helmut Kohl insofern einfacher, als er zunächst einer Vermittlungskompetenz nicht bedarf, sondern im Gegenteil seine zentralistische, scheinbar antipartikularistische Sturheit („die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter“), gepaart mit seiner Erfahrung in der Ausschaltung von Personen mit Gegenpositionen, nur pflegen muß.

**T**raditionell „linke“ Politik ist obsolet geworden. Insofern verliert die „Linke“ etwa einen Teil der nach „rechts“ gerückten (weil an alten zentralistischen Positionen festhaltenden) ArbeiterInnenschaft an die „Rechte“. Eine neue (oder neudefinierte „linke“) Politik muß sich dem Problem der Vermittlung zwischen den Individuen, gesellschaftlichen Gruppen, den Institutionen und den „Kreisläufen der Natur“ stellen. Eine autontäre Poltik kann die gesellschaftlichen Probleme nicht lösen. Sie verschärft statt dessen die gesellschaftlichen Konflikte. Doch ist die Frage, auf welcher Grundlage verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen zusammenarbeiten können. Können sie nur zeitlich begrenzte Bündnisse schließen, die sich an taktischen Gesichtspunkten orientieren (wie es in den USA zu sein scheint)? Das Fehlen einer universal zu rechtfertigenden Theorie scheint nichts anderes möglich zu machen. Sie scheint sich auch nicht durch eine „neue Ethik“ ersetzen zu lassen, weil diese sich aus den jeweils differenten kulturalen Theorien speisen müßte, also aus einer unterschiedlichen Begründung entspringen und trotzdem zu denselben Konsequenzen führen müßte.

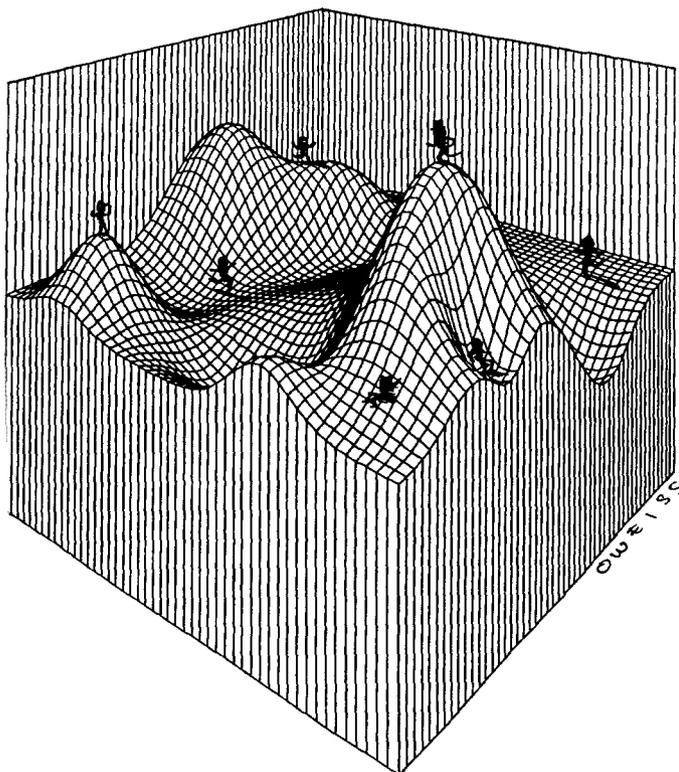
Aus der Sicht einer übergeordneten Systemtheorie läßt sich aber möglicherweise zumindest eine Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und Handlungen begründen. Wenn wir alle mit unterschiedlichen Konzepten in *einem* System (z. B. Bundesrepublik Deutschland, Europäische Union, Weltgesellschaft) leben, so dürfen wir, wollen wir unsere eigene Lebens-

weise nicht in Frage stellen lassen, andere auch nicht prinzipiell verwerfen. Es stellt sich vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit einer Vermittlung unserer unterschiedlichen aus den Lebensweisen entspringenden Interessen. Insofern müssen Rahmendaten gesetzt werden, an die sich die Individuen und Gruppen zu halten haben. Werden sie verletzt (etwa indem das Existenzrecht einer Gruppe bezweifelt wird), sollten zentrale Organe gegen eine Verletzung vorgehen können.

Doch besteht weiterhin das Problem, welche gegensätzlichen Positionen sich in der bundesdeutschen oder in der Welt-Gesellschaft noch vermitteln lassen, an welchen Stellen sich eine Akzeptanz anderer kultureller Kontexte vielleicht verbietet. Ist die Verfolgung von KritikerInnen des islamischen Fundamentalismus (Salman Rushdie, Taslima Nasreen), die Abtreibung von weiblichen Föten oder die Vernachlässigung und Tötung weiblicher Kinder oder von Frauen in Indien, die gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegung in China, die Aushungung ganzer Bevölkerungsteile im ehemaligen Somalia hinzunehmen? Im Sinne westlicher Kultur lassen sich solche Handlungsweisen nicht akzeptieren. Auseinandersetzungen mit und zwischen den Kulturen und ihren Handlungsweisen tut not. Dabei sind gewaltsame Lösungen von Konflikten abzulehnen (die UNO sollte in diesem Sinne als Vermittlungsorgan weiter ausgebaut werden). Dort, wo Individuen und Gruppen in anderen Kulturen aufgrund „westlicher“ Handlungsweisen verfolgt werden, müssen die westlichen Staaten Verantwortung übernehmen und (wie z. B. im Fall Nasreen) eine Immigration zulassen.

Doch es bleibt weiterhin fraglich, mittels welcher Konzepte denn zentral zu lösende oder anzugehende Probleme bewältigt werden können. Wer entscheidet, welche Lösungskonzepte sich durchsetzen? Hier muß weiterhin das Mehrheitsprinzip der Demokratie entscheiden, wobei auch in diesem Fall Minderheitenpositionen im Sinne von (gesellschaftlichen) Kompromissen Berücksichtigung finden müßten und eine völlige Ausschaltung einer Minderheit sich verbietet.

Eine solche Handlungsweise aber bedarf einer ständigen, umfassend ausgerichteten und immer wieder neu ansetzenden gesellschaftlichen und demokratischen Diskussion. ■



17 Vgl. wiederum meine Dissertation, a. a. O.

18 Selbst Oskar Lafontaine sah das Problem so, als er sich gegen die Einwanderung „Deutscher“ aus dem Osten aussprach, gleichzeitig aber die hier aufgewachsenen „Ausländer“ die „deutscher“ seien als jene Deutschen, verteidigte. Die Zuwanderung befürwortete dagegen Heiner Geißler, der eine Zufuhr junger Arbeitskräfte, die für die Aufrechterhaltung des Systems und die Renten der älteren deutschen Bevölkerung arbeitet, für notwendig hält.

19 Vgl. z. B. Dele Olowu, Korruption in Nigeria. *Prokla* 85, Dez. 1991, S. 582-601.

20 Vgl. z. B. Axelle Kabou, Weder arm noch ohnmächtig. Eine Streitschrift gegen schwarze Eliten und weiße Helfer, Basel (Lenos) 1993.

21 Manche der Konflikte sind auf diese Weise auch zumindest oberflächlich bereinigt worden oder stehen vor einer Vermittlung (El Salvador, Israel-Palästina, Südafrika, Irland). Andere „Vermittlungsmissionen“ sind (bisher mehr oder weniger) kläglich gescheitert (Somalia, Ruanda, Angola, Kambodscha, Marokko-Westsahara).

22 Alle diese „Unternehmer“ aber haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen.

23 Auch die Gruppen der hier als „ZentralistInnen“ bezeichneten Individuen sind in vielerlei Hinsicht partikularistisch. Sie geben sich aber aufgrund der „alten“ Gleichsetzung von Ökonomie und Gesamtsystem als einzig dem System dienend. Die Orientierung der Ökonomie auf den Individualverkehr oder eine stark ausgebaute Chemieindustrie erscheint vor diesem Hintergrund als sinnvolle Entscheidung in der Systemkonkurrenz.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Wettbewerbs der Metropolen um Firmenansiedlungen (und einkommensstarke Führungskräfte) stellt sich immer schärfer die Frage, welche Rolle Städte im Konzert der Metropolen spielen können; wer spielt zukünftig in der Weltliga mit, wer in der Europaliga und wer in der Bundesliga oder Regionalliga? Mit welchen Pfunden und Innovationspotentialen können die Metropolen wuchern, welche harten und weichen lokalen Standortvorteile können sie gegenüber den transnational agierenden Investoren geltend machen? In vier Buchtiteln wird diesen Fragen nachgegangen und nach den Entwicklungslinien und Trends gefragt, wie die Weltmetropolen sich weiter entwickeln werden.

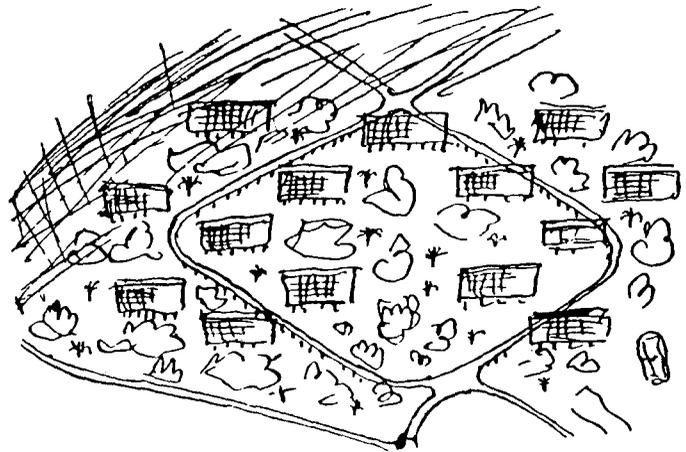
Ein neues Element und eine neue Problemdimension der Stadtentwicklung wird dabei durch weltweite Effekte der Internationalisierung und Globalisierung von Produktion und Distribution ausgelöst, die lokal wesentliche Veränderungen der räumlichen Nutzungen und des Stellenwertes von Stadtentwicklungsplanung bedingen. Der Stadtsoziologe Peter Marcuse hat den Rahmen von Veränderungen so beschrieben: „A shift from fordist to postfordist society from a manufacturing to a service economy from a national to a global organization of production, distribution and services, from a welfare to a post-welfare state, from modern to postmodern structures“ (*International Journal of Urban and Regional Research*, 1993 356). Für die Begriffe „Metropolen“ „Weltstädte“ gibt es keine eindeutigen Definitionen. Neuere Ansätze versuchen diese Phänomene mit Begriffen und Theorien, wie „World Cities“, „Global Cities“ und „Post-industrial Cities“ zu erfassen und gehen davon aus, daß sich in einer immer kleiner werdenden Gruppe von Weltstädten die Kontrolle von Märkten und Produkten konzentriert.

In dem von Ursula von Petz und Klaus M. Schmals herausgegebenen Band *Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung* wird eine Art „ranking“ zwischen Weltstädten mit Führungsaufgaben und Weltstädten mit Vermittlungsfunktionen eingeführt. Zur ersten Gruppe werden Tokio, New York, London und Paris gezählt, zur zweiten Gruppe Mexico City, Wien, Rom, Neapel, Athen, Barcelona, Moskau, Berlin und die Ruhrregion. „In den großen Städ-

Dirk Schubert

# Zukünfte postmoderner Metropolen

## Neue Rollenverteilung im Konzert der Global Cities



ten können wir, gleichsam wie auf einer Bühne, Armut und Reichtum, Wegwerfgesellschaft und Resteverwertung, Kultur und Kritik, Macht, Herrschaft und Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung, Energieverschwendung und Umweltzerstörung, weltgesellschaftliche und lokale Milieus, konservative und progressive Politikformen, traditionalistische und zukunftsweisende Gestaltungskonzepte nebeneinander erfahren. Sie alle finden sich auf ihr mit allen ihren Widersprüchen inszeniert. Verknüpfungspunkte dieses Spektakels sind Bodenspekulation, Mietwucher, Wohnungsnot, Alltags- und Wirtschaftskriminalität, Arbeitslosigkeit, Konsum, Kulturgenuß, Bewohnerverdrängung...“ schreiben von Petz und Schmals in der Einführung.

Greifen wir London heraus, dessen widersprüchliche Entwicklung in dem Band von Klaus M. Schmals beschrieben wird.

London, so die Vorstellungen der britischen Konservativen, sollte eine der drei dominierenden Weltstädte neben New York und Tokio werden und die führende Metropole in der europäischen Zeitzone. Dieses Konzept geht davon aus, daß über New York, Tokio und London ein 24-Stunden-Börsenbetrieb weltweit möglich ist, „round the world“ „round the time“ London hat dabei den geographischen Lagevorteil, daß während der normalen Geschäftszeiten mit New York und Tokio gehandelt werden kann. Mit einer wichtigen finanzpolitischen Maßnahme der Thatcher-Regierung, dem „Big Bang“ 1986, wurden die bis dato streng reglementierten Zugangs- und Handelsbedingungen an der Londoner Börse mit einem Schlag aufgehoben, um internationales Kapital nach London zu locken. Die Funktion Londons als Finanzmetropole Europas sollte damit ausgebaut und Lon-

don als „Global City“ gestärkt werden. Mit dem „Big Bang“ wurde der Büroflächenbedarf angeheizt, die Preise für Büroflächen sprangen in die Höhe. Die City of London, die „Square Mile“ als traditioneller Standort der Banken war bis Mitte der achtziger Jahre äußerst zurückhaltend bei der Ausweisung neuer Büroflächen gewesen, um die Preise hoch zu halten. Nun, nachdem in den Docklands mit Canary Wharf ein gigantisches neues Bürozentrum entstand, mußte die City nachziehen und es entwickelte sich eine fatale Konkurrenz der Büroflächenproduktion zwischen der alten City und den neuen Standorten in den Docklands.

lands Development Corporation (LDDC) an der Spitze, kompensiert werden. Die Docklands in London sollten der „Testfall“ für ähnliche Problemgebiete in Großbritannien sein und zugleich das Prestige-Objekt und „Flagship-Project“ der konservativen Regierung. Genau betrachtet handelt es sich aber hier nicht um eine Entstaatlichung der Planung oder eine Deregulierung, sondern vielmehr um eine unmittelbare Kooperation zwischen Investoren und Regierung, also um das Kurzschließen der sonst üblichen langwierigen Entscheidungsvorgänge.

In England haben sich die Auswirkungen der Deregulierungs- Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik in Europa wohl am deutlichsten gezeigt. Derartige enge Verbindungen zwischen Staat und Wirtschaft hätte man vor zwei Jahrzehnten wohl „Stamokap“ genannt.

Andere Metropolen haben gänzlich andere Ansätze verfolgt. Barcelona hat die Durchführung der Olympischen Spiele 1992 zu einem grundlegenden Modernisierungsschub genutzt (so Gerd Held in seinem Beitrag). Mit einer Politik der „positiven Metastasen“ versuchte man Anstöße für eine Aufwertung von Stadtquartieren zu geben. Viele (Groß-)Städte hoffen auf positive Effekte für Stadtentwicklung und Stadtmarketing von den meist durch private Entwicklungsgesellschaften gemanagten Großprojekten, wie Weltausstellungen, internationalen Messen und Olympiaden. Bei diesen „big events“ werden lokale Kräfte mobilisiert, gebündelt und auf ein Großereignis fokussiert. Diese „Festivalsierung der Politik“ (Hartmut Häussermann und Walter Siebel) impliziert meist eine Dethematisierung von städtischen sozialen Problemen, wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit.

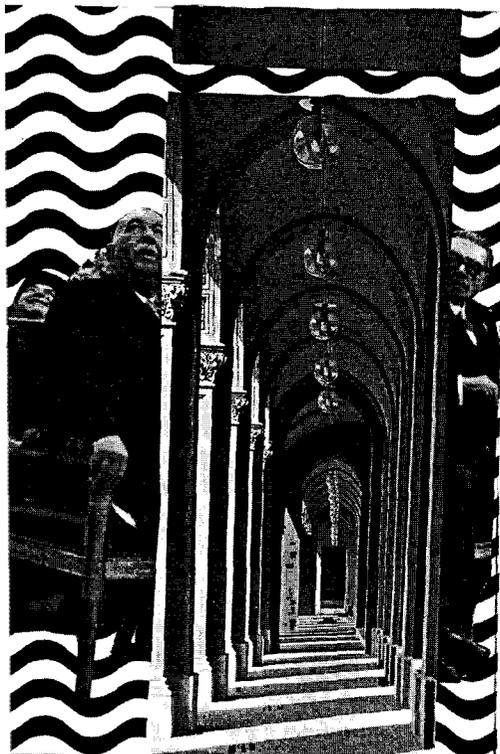
Auch in Athen orientierte man ähnlich wie in Barcelona auf die mit einem spektakulären Großprojekt initiierte Modernisierung der Stadt. Athens Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele war aber nicht erfolgreich. Das urbane Chaos von Athen schreckte eher ab. In Paris waren es dagegen die „Grands Projects“ Prestigeobjekte der Regierung, die den Stadtbau anheizten und die

Vertreibung einkommensschwächerer Haushalte aus der Innenstadt beförderten. Paris, so Klaus R. Kunzmann und Claude Schnaidt, sei eine „wirkliche“ Metropole, eine Stadt mit mehreren miteinander verschränkten „Welten“ und ein Vorbote für allgemeine Globalisierungsprozesse.

Globalisierung, so die Herausgeber Peter Noller, Walter Prigge und Klaus Ronneberger in der Einführung zu *Stadt-Welten* bedeutet, daß sich Unternehmen Vorteile der international günstigsten Standorte für die Produktion, Management und Kontrolle von Märkten suchen. Neue Technologien, Produktions- und Distributionsformen setzen sich weltweit durch, schlagen sich aber räumlich selektiv nieder und bewirken verstärkt räumliche Disparitäten und regionale Differenzierungen. Dabei gibt es ein Nebeneinander unterschiedlicher Typen regionaler Entwicklung, zwischen Wachstum, Übergang und Stagnation, ein „funktionales Patchwork“ Die jeweiligen Raumstrukturen, also die spezifischen räumlichen Wirtschafts- und Lebensverhältnisse „vor Ort“ sind aber nicht nur Folge, sondern zugleich eine wesentliche Voraussetzung der selektiven Durchsetzung dieser Tendenzen. Die Region ist dabei eine Art intermediäre Ebene, Kreuzungspunkt zwischen mikroökonomischer Ebene mit Haushalten und Unternehmen und makroökonomischer mit Volks- und Weltwirtschaft. Regionen sind in diesem Sinne weder nur passive Resonanzkörper weltwirtschaftlicher Entwicklungen noch autonome Wirtschaftseinheiten, sie bilden vielmehr mit ihren endogenen Potentialen auch ein regionales Produktions- und Innovationsmilieu.

„Expandierende Märkte, globalisierte Kulturen sowie gegensätzliche Vergesellschaftungsmuster und Lebensstile prägen die lokalen Welten zunehmend mehr als ihre regionalen Bezüge“ schreibt Martin Wentz. Gegenüber der Internationalisierung werden damit die globalisierten Beziehungen zwischen Nationen, Regionen, Institutionen und soziokulturellen Gruppen beschrieben als Erweiterung des Organisationsraumes von Produktion und Konsumtion zu einem Raum der „Markt-Welt“ und als Differenzierung transnationaler Kulturen. Damit gibt es eine neuartige Verknüpfung von Lokalem und Globalem, wobei die Globalisierung keine weltweiten Homogenisierungstendenzen, sondern eine Differenzierung und partielle Reaktivierung von Traditionen und Regionalbewußtsein befördert.

Der Zentralisierung von ökonomischen Steuerungsaktivitäten in immer weniger Städten steht eine Dezentralisierung der Produktion gegenüber. Noch sind die empirischen Befunde für diese Hypothese unzureichend, es zeichnet sich aber ab, daß die (lokalen) Handlungsmöglichkeiten der Städte sich gegenüber den transnationalen Aktionen von Investoren und Developern als zunehmend eingeschränkter erweisen. Sie sind auf örtliche Entwicklungspotentiale eingeschränkt und auch auf nationale Planungsgesetze ver-



Zeitgleich mit dem „Big Bang“ wurde die für die Gesamtstadt zuständige Planungs- und Verwaltungsinstanz, der Greater London Council, von der konservativen Zentralregierung einfach abgeschafft. Die Abschaffung des Greater London Council sollte durch die gänzlich anders operierenden (nicht gewählten) Urban Development Corporations (UDC), mit der bekanntesten, der London Dock

#### LITERATUR

- Roger Keil, *Weltstadt Stadt der Welt Internationalisierung und lokale Politik in Los Angeles, Münster* (Verlag Westfälisches Dampfboot) 1993.
- Volker Kreibich, Bernhard Krella, Ursula von Petz, Petra Potz (Hg.), *Rom – Madrid Athen. Die neue Rolle der städtischen Peripherie*, Dortmund (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Bd. 62) 1993.
- Noller, Peter, Prigge, Walter, Ronneberger, Klaus (Hg.), *Stadt-Welten. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Zur Zukunft des Städtischen*, Frankfurter Beiträge, Band 6, Hg. von Martin Wentz, Frankfurt/M. (Campus Verlag) 1994.
- Ursula von Petz, Klaus M. Schmals (Hg.), *Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung*, Dortmund (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Bd. 60) 1992.

wiesen. Zugleich kommt der lokalen Ebene „vor Ort“ zunehmende Bedeutung zu, die Folgen dieses Umbauprozesses zu regulieren, zu unterstützen, zu modifizieren und aufzufangen. Die Internationalisierungs- und Globalisierungsprozesse bewirken auch eine veränderte Rolle des Nationalstaates, da sich bestimmte staatliche Funktionen nach „oben“ (supranationale Institutionen), und nach „unten“ (Regionalisierung) verlagern.



An wohl keiner anderen Metropole lassen sich derartige Tendenzen und Folgen der Globalisierung des Städtesystems deutlicher dokumentieren als an Los Angeles. Spätestens seit den Unruhen und Aufständen in den Gettos und Slums in South Central ist auch für europäische Beobachter deutlich geworden, daß sich hier nicht nur der amerikanische Traum manifestiert, sondern auch ein Pulverfaß entstanden ist. Roger Keil nimmt in seiner Studie über *Weltstadt Stadt der Welt* die Restrukturierungen des Fordismus und Prozesse der Internationalisierung zum Ausgangspunkt, um zu belegen, daß sich in Los Angeles in paradigmatischer Weise ein neuer Städte-Typ der postfordistischen Welt-Stadt entwickelt. Diese „Stadt“ die sich einer sinnvollen geographisch-topologischen Definition entzieht, umfaßt eine Stadtregion und einen Kreis von einhundert Kilometern um das Rathaus. Dieser „Sixty Miles Circle“ umfaßt eine Landfläche von circa 7700 Quadratmeilen, mehr als 12 Millionen Einwohner und über 130 lokale Gebietskörperschaften. Das Gittersystem der Highways schuf die Voraussetzungen für (erzwungene) Mobilität und dem Automobil, dem Götzen des fordistischen Kapitalismus, wird hier genau so viel Platz zuteil wie allen anderen menschlichen Aktivitäten zusammengenommen.

Während die traditionellen fordistischen Industrien, wie Flugzeugbau und Autoindustrie an Bedeutung verlieren, expandiert der Dienstleistungsbereich, vor allem im Bereich des FIRE-(Finance, insurance and real estate)-Sektors. Über 150 internationale Banken sind in Los Angeles aktiv und die Metropole ist auf dem Wege, nach New York (aber vor San Francisco) zum supranationalen Zentrum aufzusteigen. Das Wachstum der Finanzwirtschaft impliziert die Internationalisierung Südkaliforniens, japanische Investoren kontrollieren schon mehr als ein Viertel der Büroflächen in Downtown und dieser Bereich wird schon als „24. Stadtbezirk“ Tokios apostrophiert. Anhand von unterschiedlichen Stadtbereichen, wie West Hollywood, Carson und Santa Monica skizziert Keil die Geschichte von gewinnenden Regionen, wo sich die „kreativen Industrien“ ansiedeln, und verlierenden Räumen, in denen die Leidtragenden der Deindustrialisierung verblei-

ben. (Teilweise) widersprüchliche ökonomische Interessen sind hier involviert, und lokale politische Bündnisse suchen auf die Polarisierungsdynamik und die Restrukturierung der Stadtregion zu reagieren.

Vor dem Hintergrund derartiger widersprüchlicher sozialer und stadträumlicher Entwicklungen bediente sich die lokale Politik vor allem der olympischen Spiele, um die Vision von Los Angeles als einem großen internationalen Finanz- Produktions- und Handelszentrum des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu vermarkten. Mit der Verpflichtung auf den „impossible dream“ – so der Titel der Biographie des schwarzen Bürgermeisters Tom Bradley wurden soziale Probleme, Armut und Wohnungsnot dethematisiert, und Angel City sollte Amerika in der Konkurrenz der Weltwirtschaft anführen. Die Rassenunruhen in den Slums haben diese Utopien zerplatzen lassen und die soziale und räumliche Fragmentierung und Polarisierung der „Stadt“ wieder ins Rampenlicht gerückt. Die weißen Bevölkerungsgruppen werden in LA schon bald nur noch eine Minderheit bilden, auch die Landessprache wird zunehmend durch Spanisch ersetzt und die Region ist wohl ein Musterbeispiel für eine „Stadt“ der Dritten Welt auf nordamerikanischen Territorium.

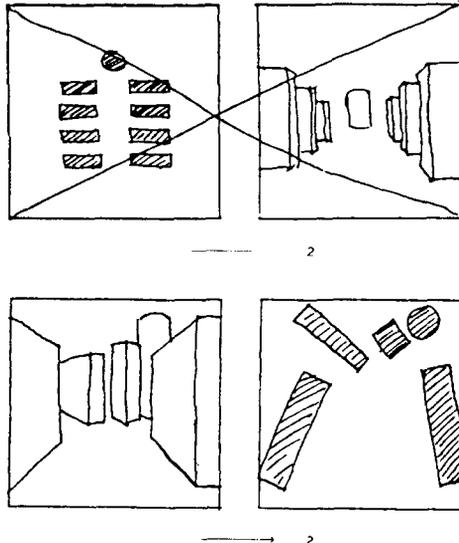
Das veränderte Verhältnis von Zentrum und Peripherie wird auch in dem vierten, von Volker Kreibich, Bernd Krella, Ursula von Petz und Petra Potz herausgegebenen Band *Rom – Madrid – Athen. Die neue Rolle der städtischen Peripherie* erörtert. In nur zwei Jahrzehnten wuchs beispielsweise die Bevölkerung Roms um 700000 Einwohner. Die Peripherie bildet den Ort von urbaner Akkulturation und von Modernisierungsprozessen.

Fortsetzung S. 55

*Bereits seit längerem zeichnen sich in Metropolen Planungs- und Entwicklungsprobleme ab, die durch die traditionellen räumlichen Planungsinstrumente nicht mehr oder nur noch begrenzt steuerbar erscheinen. Häufiger werden marktorientierte Planungsmodelle, die nichtmarktförmige Regulationsmuster diskreditieren, verwandt.*

# Anstiftung zur Widersetzlichkeit gegen das Selbstverständliche

Über die Zerstörung der Urbanität  
durch den Städtebau



„Wenn uns der Platz am Ende der Straße, der zu Fuß in zehn Minuten zu erreichen ist, ebenso fern vorkommen wird wie Peking, was bleibt dann von der Welt? Was bleibt von uns?“

Paul Virilio

Die Ununterscheidbarkeit von Nähe und Ferne ist nicht nur Teil der von den elektronischen Medien hervorgebrachten virtuellen Realität. Sie ist ganz handfest auch gemeingefährliches Produkt moderner Stadtentwicklung. So Andreas Feldtkellers eindrückliche Polemik wider die Zerstörung des öffentlichen Raums.

Er ist Leiter des Stadtanierungsamtes von Tübingen und ständiger Mitarbeiter

der Making-Cities-Livable-Konferenz und weiß also, wovon er spricht. Sein Aufruf zur Wiederherstellung des öffentlichen Raums in seiner baulichen und gesellschaftlichen Dimension richtet sich nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie, an ArchitektInnen, StadtplanerInnen und ihre politischen Auftraggeber und Vorgesetzten, sondern vor allem an die StadtbenutzerInnen, die BürgerInnen: Wir sollen uns nicht länger gefallen lassen, daß der öffentliche Raum als Voraussetzung für die Herausbildung einer funktionierenden Zivilgesellschaft systematisch abgeschafft wird.

Damit macht er auch noch klar, daß Diskussionen über die „ökologische Stadt-

entwicklung“ zu kurz greifen, wenn sie sich auf Umwelt- oder Verkehrstechnik beschränken und die Dimension der Stadt als gesellschaftliche Form (und eben die gebauten Voraussetzungen dafür) ausblenden; ganz nach dem Muster von Karl Kraus sarkastischem Kommentar, die Stadt brauche nicht mehr zu bieten als „Asphalt, Straßenspülung, Haustorschlüssel, Luftheizung und Warmwasserleitung gemütlich bin ich selber.“ Solararchitektur, Kreislaufwirtschaft, (Auto-)Verkehrsverminderung sind nötig, aber können, argumentiert Feldtkeller, allein nicht die ökologische Stadtentwicklung ausmachen, können in Wirklichkeit nicht einmal funktionieren ohne die Voraussetzung, die er ungeniert traditionalistisch und unangefochten von postmodernem Zweifel als Urbanität bezeichnet. Deren Definition bezieht er unter anderem von Bogdan Bogdanovic: „Das Wort Urbanität symbolisiert seit dem 14. Jahrhundert in den meisten europäischen Sprachen den gleichen Bedeutungsgehalt, nämlich gesittete Umgangsformen, Zusammenhalt, Einklang zwischen Gedanke und Wort, Wort und Empfindung, Empfindung und Tat.“

Voraussetzung für die Herausbildung solcher Urbanität ist die der Stadt eigentümliche, widersprüchliche Verbindung/Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit („Partizipation und Separierung in einem“), die „spezifisch städtische Kombination von Beteiligtsein und Auf-Distanz-Bleiben, von persönlicher Präsenz und Anonymität, von Absicht und Zufälligkeit“ (Goffman), die die von ihm ausführlich zitierte Jane Jacobs als „Bürgersteig-Ballett“ schildert, jenes gesellschaftliche Medium, in dem sich städtisch-zivilgesellschaftliche Kultur herausbilden und entwickeln kann: „In Wirklichkeit lernen Kinder, wenn überhaupt, nur von den Erwachsenen auf den Straßen die ersten fundamentalen Zusammenhänge funktionsfähigen Großstadtlebens. Von ihnen lernen sie, daß die Menschen, auch wenn sie keine Bindungen zueinander haben, ein bißchen öffentliche Verantwortung füreinander haben müssen. Diese Lektion lernt man – nur aus der Erfahrung, daß andere Menschen, die keine verwandtschaftlichen oder freundschaftlichen Bindungen zu einem und keine berufsmäßige Verantwortung für einen haben, jenes bißchen öffentliche Verantwortung zeigen.“

Dafür aber braucht es bauliche Voraussetzungen, nämlich einen „Bereich, der einer konkreten, vorbestimmten Nutzung entzogen war – und damit eine Voraussetzung dafür, daß städtisches Leben sich überhaupt entfalten konnte“ Solche Voraussetzungen fehlen in der funktionalistischen, modernisierten Stadt, in der es bestenfalls Kulissen, die Öffentlichkeit simulieren, gibt.

*Es ist eben nicht selbstverständlich, daß unsere Städte so geworden sind, wie sie sind. Sie können sich auch (wieder) anders entwickeln. Ohne Reurbanisierung wird es auch die ökologische Stadt nicht geben.*

*Und das ist eine politische Frage*

Feldtkeller baut dabei auf dem Ansatz von Hannah Arendt auf, die (in der *Vita activa*) darauf hinweist, daß in der antiken Polis Architekt und Gesetzgeber in die gleiche Berufskategorie gehörten, und die die gesellschaftliche Dimension des (öffentlichen) Stadtraums so charakterisiert: „Die Welt haben wir nicht nur gemeinsam mit denen, die mit uns leben, sondern auch mit denen, die vor uns waren, und denen, die nach uns kommen werden. Aber nur im dem Maße, in dem sie in der Öffentlichkeit erscheint, kann eine solche Welt das Kommen und Gehen der Generationen in ihr überdauern.“

Die modernistisch-funktionalistischen Zerstörer der Lebensform Stadt (eindrucksvoll die Zitate von Le Corbusier, sind natürlich mit besten Absichten am Werk: „Die moderne Stadtplanung hat ihre Grundsätze des perfekten Funktionierens in den rigide getrennten Lebensbereichen Wohnen, Arbeiten und Freizeit in Opposition zu den ungesunden Verhältnissen der klassischen Industriequartiere und der heruntergekommenen Viertel in den großen Städten aufgestellt. Zusammen mit den dort bestehenden Mißständen aus Lärm, Gestank, räumlicher Enge, Übervölkerung und Vernachlässigung der Gebäude hat sie zugleich die Themen Parzellierung, Nutzungsmischung und Umschlossenheit des Stadtraums aus ihrem Repertoire verbannt. Damit sind wichtige städtebauliche Faktoren, die die Anpassungsfähigkeit der Städte an sich verändernde Bedingungen (technischer und gesellschaftlicher Art) über lange Jahrhunderte hinweg garantiert hatten, kurzerhand über Bord geworfen wor-

den, ohne daß die Folgen gründlich überlegt worden wären.“

Die Funktionstrennung (und dagegen hilft eben kein Solarhaus in Suburbia, ja nicht einmal die autolose Siedlung im Bremer Hollerland) und in der Folge die Privatisierung sowohl des öffentlichen Raumes als auch der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse haben die städtische Öffentlichkeit zerstört und aus dem spezifisch urbanen Ganzen ein segregiertes Nebeneinander von in sich homogenen „Nachbarschaften“ und Lebensstil-Gruppen, eine „Collage aus Ghettos für gegenseitig ausgegrenzte Gruppen und Tätigkeiten“ gemacht, denen neben ihren unbestreitbaren Vorzügen jedenfalls die Xenophobie und die Abwehrhaltung gegen jede Art von Veränderung eigentümlich ist.

Feldtkeller erkennt im Fehlen eines „Projektes“ einer Vorstellung von dem, was Stadt sein und leisten soll (eine Vorstellung, die in der historischen europäischen Stadtentwicklung jahrhundertlang implizit und explizit vorhanden war, wie er nachweist), die Ursache dafür, daß die Marktkräfte so ungehindert ihr destruktives Werk tun können. Der Markt hat sich zwar historisch als der einzig effiziente Allokationsmechanismus erwiesen, aber „von sich aus“ ohne (wie immer) poli-

tisch-gesellschaftlich gesetzte Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen, führt er auch nur zu barbarischen Resultaten, die mit „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ wenig zu tun haben.

Darauf hat vor kurzem auch einer der Klassiker der Stadttheorie, Joseph Rykwert, in einem Vortrag vor der 4. Tagung des Internationalen Umweltribunals in Venedig (Frühjahr 1994) hingewiesen: „Bauen ist immer ein öffentlicher Akt und daher auch unvermeidlich ein politischer Akt.“ Die wichtigsten sogenannten „öffentlichen“ Gebäude, die in unserem Jahrhundert entstanden sind, der Sitz des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, das Brüsseler EU-Zentrum, das Pentagon (oder auch die Konzernzentralen der Multis) „vermitteln den Eindruck, daß in ihnen bloß administrative Entscheidungen getroffen werden, daß sie kein politisches Gewicht haben, daß in ihnen keine politische Macht ausgeübt wird. .. (Aber) es ist absolut nötig, daß die Mächte auch sichtbar

Fortsetzung von Seite 53

Vor allem in den Metropolen der Schwellenländer und der Länder der Dritten Welt hält der Zustrom in die Großstädte unvermindert an. Immer noch aber bieten die Metropolen eine (vage) Hoffnung gegenüber der Perspektivlosigkeit ländlicher Lebensbedingungen. Verglichen mit ländlichen Abhängigkeitsverhältnissen, Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen bieten die Metropolen zumindest die Hoffnung auf Arbeit, Lohn und Brot, die das Land häufig nicht mehr bieten kann. „Auswanderer“ aus der Stadt und „Zuwanderer“ vom Lande, so Ursula von Petz in ihrem Beitrag, konkurrieren um die regionalen Arbeitsplätze, und vor allem an der städtischen Peripherie stoßen moderne und (noch) rückständige Verhaltens- und Lebensweisen aufeinander.

Bereits seit längerem zeichnen sich in Metropolen Planungs- und Entwicklungsprobleme ab, die durch die traditionellen räumlichen Planungsinstrumente nicht mehr oder nur noch begrenzt steuerbar erscheinen. Häufiger werden marktorientier-

te Planungsmodelle, die nichtmarktförmige Regulationsmuster diskreditieren, verwandt. Auch in Europa gibt es mittlerweile eine Reihe von Strategien und realisierten Projekten, die dem Muster „Privatisierung der Planung“ folgen. Planungsmethodik, Verwissenschaftlichung der Planung und Globalsteuerung sind „out“ die „kooperierende Verwaltung“ „city-management“ „Projektentwicklung“ „Controlling“ und „Just in time planning“ sind gefragt. Besonders bei Großprojekten, den MXD („Mixed used developments“) initiiert von den großen Developern, erweist sich ein verbindliches Planungssystem als obsolet. Neue Organisationsformen der Planung wie „private-public-partnership“ und neue Träger, wie Developer, Projektentwickler und Investoren beeinflussen zunehmend die Stadtentwicklung und den Stadtbau. Der überkommenen Stadtentwicklungsplanung kommt nur noch eine nachgeordnete Rolle zu.

Verbindliche Stadtentwicklungspläne sind bei diesem Modell nicht mehr erfor-

derlich, zumal sie, wenn sie den Interessen der Investoren widersprechen, ohne hin über Bord geworfen werden. Die Investoren selbst übernehmen die Planung von ganzen Projekten, Quartieren und Stadtteilen. Was die Metropolen vor dem Hintergrund mondialer Städtekonkurrenz um Betriebsansiedlungen dabei herauschlagen können, bleibt dem Geschick der Wirtschaftsbeauftragten überlassen, die Planer haben diesen Deal bestenfalls in eine Zeichnung zu übertragen.

Stadtpolitik und Stadtplanung orientieren sich heute immer noch an der Fiktion einer sozialen, politischen und ökonomischen Einheit von Stadt. Aber die Metropolen sind für die zunehmend international organisierte Wirtschaft fast beliebig austauschbar geworden. Die zukünftige Metropole wird weder ländlich noch städtisch sein, sie beinhaltet ein komplexes Nebeneinander alter und neuer Siedlungsformen, von städtischen, vorstädtischen, außerstädtischen bis hin zu ländlichen Typen. ■

gemacht werden: die, die unsichtbar bleiben, verwandeln sich in Hegemonien der schlimmsten Art. ... Eine Stadt kann nicht einfach als eine Aktiengesellschaft betrachtet werden... (Es braucht) die Volonté générale, also Sozialkontrakte, die in Institutionen auf dem Weg der Delegierung (von Interessen) durch Wahl geschlossen werden ... Die Städtebauer und Architekten müssen ihrer essentiellen Aufgabe nachkommen: Hüter der öffentlichen Diskussion zu sein, und daher auch die Realität der Macht zu enthüllen, sichtbar zu machen, um damit die Forderung zu erheben, daß die Macht, indem sie manifest gemacht wird, auch verantwortlich handle.“ (Vortragsmanuskript, abgedruckt in *il manifesto*, 18.8.94)

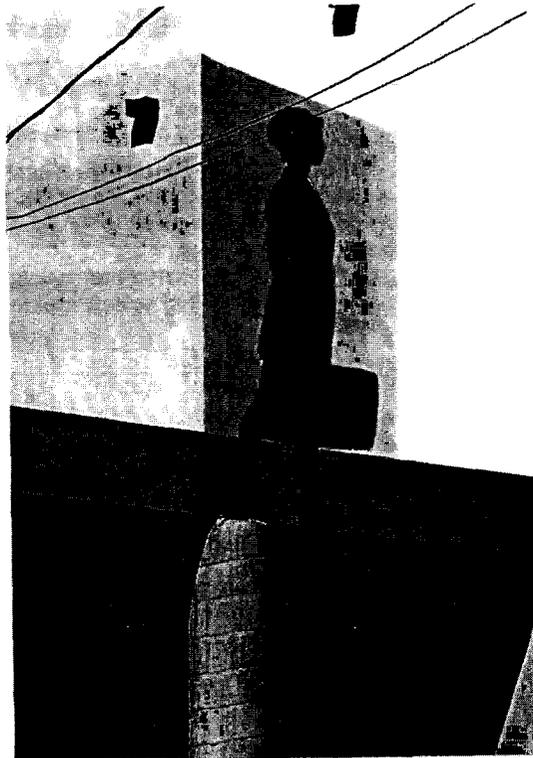
Die Elemente oder Stadt-Bausteine, die in der europäischen Stadt Urbanität hervorgebracht haben – Dichte, Nutzungsmischung sind heute ja wieder zu gängigen „Themen“ fast zum State of the art der Stadtentwicklung geworden (vgl. den Bericht der Kommission Zukunft Stadt 2000 beim Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau). Aber auch Verdichtung und Nutzungsmischung spielen sich in einem konkreten Raum, auf einer konkreten Fläche ab, und damit sind wir beim Hauptangriffspunkt, den Feldtkeller herausarbeitet: beim Stadthaus auf der städtischen Parzelle.

Die detailreiche Schilderung der Entwicklung von Stadthaus und Parzelle und auch ihrer „Überwindung“ bis hin zur Isolierung des einzelnen architektonischen Werks macht das Buch so spannend wie aufklärend. „Zur Wiederentdeckung der Urbanität gehört, daß auch ein Stück Chaos, eine gewisse Wildheit des Städtischen zurückkehrt.“ Wohn dagegen die Kombination aus etatistischem (Detail-)Regelungswahn, nachsorgendem Wohlfahrtsstaat und grundsätzlichem stadtentwicklungspolitischen Laissez-faire-Liberalismus führt, schildert Feldtkeller sarkastisch und treffend (und liefert damit gleich auch den Denkanstoß, daß grüne Reparaturpolitik nicht schon im Ansatz stecken bleibt oder von kommunalen Finanzdesaster abgemurkt wird):

„Die Städte sehen sich nämlich veranlaßt, anstelle der früher vorhandenen Struktur eines urbanen Alltags quasi drei übereinandergeschichtete kommunale Infrastrukturen aufzubauen und finanziell zu erhalten: Als erstes eine Wohlstands-Infrastruktur, die es jedem einzelnen erlaubt, seine ganz privaten Wünsche im Alltagsleben möglichst ungeschmälert zu

befriedigen. Als zweites eine Ersatz-Infrastruktur, die dazu dient, die aus der Unwirtlichkeit resultierenden Konflikte und Schäden abzumildern (beseitigen lassen sie sich ja nicht). Und als drittes eine simulative Infrastruktur, die das Fortbestehen des Urbanen vortäuscht, damit der Stadtbevölkerung weiterhin wenigstens ein konsumptiver Genuß städtischen Milieus vergönt bleibt.

Um es wieder am Beispiel der Straße zu illustrieren: Die Straße wird zunächst von den autofahrenden Individuen zweckentfremdet und aufgebraucht, als Ersatz müssen öffentliche Transportsysteme subven-



tioniert, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen finanziert, soziale Einrichtungen für die schwachen Bevölkerungsgruppen angeboten werden – und schließlich wird noch eine städtisch anmutende Fassade aus Fußgängerzonen, Prestigebauten und Kultureinrichtungen aufgebaut.

Natürlich scheitern die Städte bei dem Versuch, dieses dreifache Programm durchzuhalten. Als Folge werden dann ohne großes Konzept Abstriche in den städtischen Haushalten gemacht, die das liegt in der Natur der Sache in erster Linie die einkommensschwächeren Teile der Bevölkerung treffen.“

Wer nun soll aber die aus der Geschichte der europäischen Stadt überlieferten (und ja zumindest teilweise noch bestehenden) baulichen Voraussetzungen der Urbanität rekonstruieren oder als Bauteile zur Wiederherstellung der zivilgesellschaftlichen Stadt nutzbar ma-

chen? Diese Träger einer neuen Stadtkultur müssen sich im städtischen Milieu natürlich ebenso finden lassen wie die Elemente der gebauten Urbanität: Feldtkeller verweist auf bestimmte Schichten und Gruppen, für die der Begriff vom „Innovationscluster“ (*Kommune* 9/94; Wolf Schröter: „Innovationsansätze für eine veränderte Technologie und Industriepolitik“) paßt: „Eine offene, pluralistische Ansammlung von Personen, die in ihrem Modernisierungswillen ähnliche oder überlappende Leitbilder und Paradigmen verwenden, obwohl sie politisch den unterschiedlichsten Gruppierungen zuzurechnen wären. Sie haben pragmatische Interessen und kooperieren problemorientiert.“ Etwa die (freiwillig teilzeitarbeitenden) „Zeitpioniere“ ebenso wie städtische Gewerbetreibende auf der Flucht vor öden Gewerbezones oder moderne ökoefiziente Unternehmen.

Natürlich weiß auch Feldtkeller, daß weder Architektur noch Stadtplanung die Welt verändern können. Was von ihnen aber zu verlangen ist, das ist die Kritik des Mythos von der „unpolitischen“ Architektur; ganz im Sinn von Rykwert greift Feldtkeller auf die Definition von Barthes zurück: „Der Mythos ist eine entpolitisierte Aussage... (Er) organisiert eine Welt ohne Widersprüche, eine in der Evidenz ausgebreitete Welt... Die Dinge machen den Eindruck, als bedeuten sie von ganz allein.“

Daher die Forderung: „Architekten und Stadtplaner sind Fachleute, die ihre Besteller nicht nur auf die technischen, wirtschaftlichen und funktionalen Implikationen ihrer Wünsche hinzuweisen haben, sondern genauso auch auf die gesellschaftlichen.“ Was zur Voraussetzung hat, daß sie selber darüber nachdenken.

Es ist eben nicht selbstverständlich, daß unsere Städte so geworden sind, wie sie sind. Sie können sich auch (wieder) anders entwickeln. Ohne Reurbanisierung wird es auch die ökologische Stadt nicht geben. Und das ist eine politische Frage. Damit sie gestellt wird, müssen wir im wahrsten Sinn des Wortes wieder Raum (statt Abstand) schaffen. „Politik entsteht in dem Zwischen-den-Menschen, also durchaus außerhalb des Menschen... Politik entsteht im Zwischen und etabliert sich als der Bezug... Der Sinn von Politik ist Freiheit.“ (Hannah Arendt, *Was ist Politik?* Piper, 1993, S. 11, 28) ■

Andreas Feldtkeller, *Die zweckentfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raums, Frankfurt/M. (Campus Verlag) 1994 (190 S., 53 Abb., 39,80 DM)*

Collagen auf S. 52, 53 und 56: Mechthild Veil

# Die Ostlichterkette

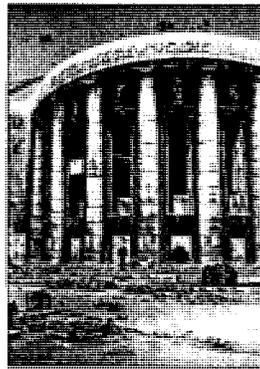


Achtzigjährigen hat sie zum Jahreswechsel gefeiert, die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz zu Berlin. „Ein Theater ganz eigener Art: erbaut aus den Groschen vieler Tausender, die in ihm Vorstellungen nach ihrem Wunsch und Willen sehen wollten, und bis zum heutigen Tage nicht Eigentum eines kapitalkräftigen Unternehmens, sondern einer Organisation von Theaterbesuchern.“ So steht es 1932 in einer Volksbühnenschrift. Und: „Wer will bestreiten, daß es eines der schönsten Theater Berlins, ja des Kontinents ist?“ Das einzige jedenfalls, das buchstäblich aus den legendären Arbeitergroschen erbaut wurde. Damit war die sozialdemokratische Axt auch schon an die künstlerischen Wurzeln gelegt. Der Arbeiter wollte wenigstens am Feierabend Bürger sein, und keine Experimente. Piscator schmähete und mußte zum Nollendorfplatz auswandern. Später, als der Bürger Arbeiter sein sollte, siegte man sich so lala bis zum Untergang.

Jetzt schmückt dieses massive Kleinod den starken Arm des jüngst mit dem Kortnerpreis ausgezeichneten Frank Castorf. „Was passierte mit dem Panzerkreuzer Volksbühne, wenn Kommandant Castorf von Bord ginge?“ fragte neulich ein Krieger der *jungen welt*, und der Indentant ohne Zagen: „Dann würde hier alles in der Scheiße versinken.“ Man kann sicher sein, daß er mit *alles* auch *alles* meinte. Seitdem ist in der Welt des Theaters das unfrohe Maunzen und Jaulen auch jener, die vor kurzem noch die letzte Hoffnung des deutschen Schnürbodens hier angesiedelt sahen. Aber ob er sich nun von der *jungen welt* hat reinlegen lassen, oder tatsächlich seine Mördergrube öffnete, spielt keine Rolle. Er hat nur das gesagt, was er in seinem Haus inszeniert. Jeder, der bei Trost, hätte es sehen können: „Denn natürlich ist mir Jünger näher als die Sozialdemokratie der Volksbühnenbewegung, als Julius Bab. Ich bin kein gewerkschaftlicher Kassenwart. Vor sechs Jahren saß ich in Karl-Marx-Stadt in der Kantine und dachte, diese DDR, diese Nichtbewegung, diese Dekadenz: Wir brauchen ein neues Stahlgewitter... wir brauchen faschistoide, vitale Gedankengänge, dachte ich, daß man sich sehnt nach etwas, was Bewegung heißt.“ Beides, das Sagen und das Inszenieren, wird indes gleichermaßen verkannt. Dabei müßte doch spätestens jetzt der Sinn des selbstlos an diesem Hause inszenierten permanenten Heimatvertreibentages auch von Peter Iden verstanden werden.

Mir ist die Volksbühne einer der liebsten Orte der Stadt. Ihre Salons zumal, in denen der verzweifelte Versuch, die Mythen der zwanziger Jahre in die Sprache von Nintendo zu übersetzen, zu den Begegnungen mit den wundersamsten Irläuffern der Republik führt. Wenn Tolmein oder Jäger da politisieren, Papenfuß auftritt, Gysihungert, die Bolschewistische Kurkapelle bläst, Kuttner sich dekuvriert, bleibt kein Auge trocken, kein Herz ungerührt. Ob nun bei Schlingensief der deutschfaschistische Spießler „Heidewitzka, Herr Kapitän“ grölt, sich in den Arsch ficken läßt, Blut säuft und die Welt ausschächtet, ob nun bei Castorf der deutschfaschistische Spießler „Heidewitzka, Herr Kapitän“ grölt, sich in den Arsch ficken läßt, Blut säuft und die Welt ausschächtet, oder bei Kresnik der deutschfaschistische Spießler „Heidewitzka, Herr Kapitän“ grölt, sich in den Arsch ficken läßt, Blut säuft und die Welt ausschächtet: Immer gehen wir doch aus dem Haus mit der feurig fiebernden Frage: Was jetzt, wenn es so ist mit uns, mit der fortgesetzten deutschkapitalistischerfaschistischen Barbarei nach broderscher Vererbungslehre, was ist die Konsequenz? Alles in Schutt und Asche legen, natürlich. Waffenausgabe, RAF/Ost zumindest. Oder wie der Chef es den Dummchen der deutschen Theaterkritik auch noch wörtlich geben muß: „Ich wünsche mir allerdings... daß eine Apokalypse bei uns hereinbricht, die Hunnen kommen oder der Amazonas uns überschwemmt.“ Ob das nun faschistisch ist, oder faschistoid, oder linksverzweifelt-radikal oder die übliche Maulhurerei aus der Fettleibe? Wichtig ist, daß der Mann seinen Kritikern um Nase voraus, das solch Lebens- und Weltgefühl, das jederzeit in der Lage ist, propagandistisch völlig vom eigenen strunzenden und brunzenden Leben abzusehen, sich hundertprozentig sowohl mit dem Vertriebenen- und Unterdrücktenelend im Osten als auch mit der Verzweigungsstumpfheit oder auch nur Hohlheitslangeweile der gewalttätigen Subrechten verbindet.

Einmal, da hat es hier eine wirklich herausragende Inszenierung zum Thema gegeben. Von Achim Freyer, einem Meister des Bildertheaters. Quälend langsam, quälend klug, die autistischen Rituale der Herren und der frühvergeisteten Kinder. Zwei nie aufeinandertreffende Wel-



ten, weshalb der Krieg der Kids an anderen Orten stattfindet, vor allem in ihnen selbst. Da konnte man die Erziehungserfolge bewundern. Da hat die Castorfzucht gejo-delt. Da kannte sie sich nimmer sofort aus. War ziemlich schnell aus dem Programm, das Ding. Es geht also voran: Die von rechts wie links gleichermaßen gespeiste bibeltreue ressentimentdampfende Propaganda, die Menschen die andern wohlgerne, denen es an unseren 1a-Tugenden und Werten gebricht könnte nur die Apokalypse reinigen und aus dem zusammengefaselten, von ausschließlich andern ausgehobenen Jammermal herausbluten, macht Differenzierungen so überflüssig wie den Versuch, Ideen durchzuprobieren oder verschüttete Emotionen zu trainieren.

Freilich, man darf das Treiben der Intellektuellen in diesem Prozeß nicht überschätzen. Das Haus mußte sich beispielsweise ziemlich anstrengen, um unter dem Hinweis, es gäbe eine Jünger-Renaissance, der zu wehren wäre, eine Jüngerrenaissance einzuleiten, ihn mit einem Tanztheater zu ehren, in dem deutschfaschistische Spießler „Heidewitzka, Herr Kapitän“ grölen, sich in den Arsch... Hitler bedurfte weder Carl Schmitts noch Ernst Jüngers. Die großen Stalingesänge wurden nicht zur Ouvertüre des Stalinismus, sondern zu seiner Feier gesungen. Allzuoft taumeln die Intellektuellen hinterher. Dennoch ist es wichtig, daß sie und die „Kulturschaffenden“ ihr Scherflein beitragen zur allgemeinen Verunmenschlichung des Klimas, so ihren ABM-Beitrag für die kommenden Jahre im Sinne von Zukunftsinvestitionen leisten, wo wir dann in Grünen oder Roten Salons der Volksbühne sitzen, und uns Väterchen Castorf und Schlingensief und Kresnik, unsere Vergangenheit bewältigend, erklären werden, wie alles so kommen konnte, wie es kam. Und unsere Stifte werden über das Papier fließen wie die Blutbrünnlein auf den Wiesen.

*Paul.*

# Rap aus Südafrika

Lesego Rampolokeng – Eine Begegnung in Soweto



**E**wig scheint sich die Schnellstraße durch monströse Industrielandschaften und trostlose Wohngebieten bis nach Soweto, den *Südwestlichen Townships* Johannesburgs, hinzuziehen. Wie lange fahren wir? Eine halbe Stunde? Länger? Eher weniger. Ungeduldig hatten wir auf Lesego Rampolokeng gewartet, der versprochen hatte, uns nach Soweto zu begleiten. Es ist nicht angenehm, in der Johannesburger Innenstadt herumzustehen, wenn einem seit Tagen Geschichten von überfallenen und ausgeraubten Fußgängern oder Autofahrern erzählt wurden und sich das Mißtrauen dadurch steigert, daß man weit und breit keine anderen Weißen entdeckt. So waren wir auch erleichtert, als unser Fremdenführer endlich auftauchte und mit einem entschuldigenden Achselzucken erklärte, daß er leider nicht früher ei-

nen Platz in einem der überfüllten Sammeltaxen aus Soweto erwischte habe.

Lesego Rampolokeng lebt seit seiner Geburt in Soweto, genauer in Orlando West, einem der ältesten Townships Sowetos. In Orlando fanden in den sechziger Jahren die meisten Schwarzen Zuflucht, als das legendäre, in zahlreichen Theaterstücken und Büchern besungen, multikulturelle Sophiatown niedergelassen wurde. In Orlando erlebte Lesego in den siebziger Jahren die Schüleraufstände bei denen mehrere Hundert Kinder in Soweto erschossen wurden. Er war damals elf Jahre alt, alt genug, sagt der Mann mit den Dreadlocks und der Wollmütze, um zu verstehen, was um ihn herum passierte. Alt genug auch, um nachzuempfinden, was die älteren mit „Black Consciousness“ dem „Schwarzen Bewußtsein“ meinten, unter dessen Parolen

sie fortan die Verhältnisse in Südafrika betrachteten. „Diese Bewegung war Alltag, weniger politische Organisation. Es war die Art zu sprechen, sich zu bewegen, sich selbst ernst zu nehmen, das sklavisches Bewußtsein abzuschütteln, das einem die Apartheid eingebleut hatte“ doziert Lesego, um gleich mit einem charmanten Lächeln anzufügen: „Don t worry ich bin kein Rassist, ich stilisiere nicht mein Schwarz-Sein. Aber was damals geschah, sind Dinge, die man nicht vergißt“

**D**er 29jährige ist Rapper, bekannt auch in Deutschland, wo er mehrmals mit verschiedenen südafrikanischen Musikern auftrat. Seine sozialkritischen Gedichte und Prosatexte befassen sich mit der zersetzenden Gewalt in den Townships, mit der Psyche der Menschen, die durch die Demütigungen der Apartheid zerstört, selbst jegliches Maß für Recht und Unrecht verloren zu haben scheinen. Es sind sehr subjektive Texte: „Mein Blick geht von innen nach außen, die Worte geben mir den Ton vor“ so Lesegos Kommentar zum scharfen Stakkato seiner Raps. Bei seinen Auftritten listet er mit monotoner Stimme die Zustände Sowetos oder Südafrikas auf, gewichtet die Verse mit seinen zwischen Abscheu, Liebe, Furcht und Haß wechselnden Gefühlen. Dabei ist er bisweilen zynisch, auch sarkastisch, mitunter moralisch, aber auch voll satirischem Witz. Er weiß, er ist ein Grenzgänger. Mit seiner Art, die Dinge zu reflektieren, argumentiert er differenzierter als die mehr oder weniger politisierten Heißsporne Sowetos mit ihren oft schlichten Feindbildern. Seine unkonventionelle Art brachte ihm nach der südafrikanischen Wende Konflikte mit einigen Hardlinern des ANC. Sie wollen keine individualistischen Querköpfe in ihren Kulturförderungsprogrammen dulden.

Gefragt, warum er ausgerechnet rappe, sagt er, die Worte kämen so und nicht anders aus ihm heraus. Es ist, als würden die beengten Wohnverhältnisse und das aggressive Pulsieren Sowetos keine Zeit zum Ausformulieren zusammenhängender Texte lassen, als würden einzig messerscharfe Worte gelingen. Nadine Gordimer, die die Literaturförderungsprogramme des *Congress of South African Writers* unterstützt, soll einmal einen von ihm eingereichten Text mit den Worten kommentiert haben, daß dies kein Englisch sei, den Lesego schreibt oft atemlos, ohne Punkt und Komma. Daß er beim Vortragen seiner Raps nicht einfach zu verstehen ist, stört ihn nicht. Er sagt, verstehen hätte auch viel mit Gefühl zu tun, und das würde stimmen zwischen ihm und seinen Zuhörern.

Seine Texte schreibt er in Englisch. Wer welche Sprache und zu welchem

Zweck gebraucht, ist meist eine hochpolitische Angelegenheit in Südafrika. In der neuen Verfassung einigte man sich auf elf offizielle Landessprachen. Mit ein Grund für die Aufstände der siebziger Jahren war, daß die Schüler Afrikaans als Unterrichtssprache ablehnten. „Wir haben nichts gegen die Sprache selbst, es ist nur so, daß sie Medium all dieser verhaßten Gesetze und Restriktionen war, sagt Lesego, der sich selbst zum Tswana-Volk zählt. Allerdings spricht er kaum die Sprache der aus den Grenzgebieten zu Botswana stammenden Volksgruppe. Man spricht vornehmlich Englisch und einen eigenen Ghetto-Slang in Soweto, das *Magets*, eine Mischung aus Xhosa, Zulu, Sotho oder Tswana. Die Ausprägungen dieser Sprache verändern sich von Generation zu Generation, so daß die Väter manchmal Probleme haben, ihre Söhne zu verstehen, wie Lesego seinen neunjährigen Sohn Kgonotso. Englisch muß auch dieser Junge zeitig lernen, nur so eröffnen sich ihm Möglichkeiten, aus dem Ghetto auszubrechen. „Ich erhielt als Kind immer Applaus, wenn ich Englisch redete, egal welchen Unsinn ich dabei plapperte“ lacht Lesego. Er hatte dabei das Gefühl, etwas Besonderes zu sein. Diesen „falschen“ Stolz möchte er seinem Sohn nicht mehr vermitteln.

Das Haus seiner Mutter, in dem die Großfamilie lebt, steht nicht im elendsten Teil, aber auch nicht im nobleren mittelständischen Soweto, wie beispielsweise Diepkloof. Es ist ein kleines, penibel sauber gehaltenes Steinhaus mit Küche, Wohnzimmer, zwei Schlafräumen und einer Toilette im Hof. Im Wohnzimmer stehen gleich drei Fernseher: einer für das Bild, einer für den Ton und einer für alle Fälle. Lesego teilt sich mit Sohn und Frau einen der zwei Schlafräume. Er ist mit zwei Betten eigentlich schon voll ausgefüllt. Aber an einer Wand steht noch eine schöne alte Glasvitrine und irgendwo zwischen Wäschebergen und Nippes steht auch ein Computer auf einer Kommode. Der sieht allerdings nicht so aus, als würde er benutzt. Daß sich auch der unkonventionelle Lesego nicht für gewisse Frauenarbeiten zuständig fühlt, kann man erahnen, wenn man sieht, wie er auf dem Treppenabsatz vor der Haustür sitzt, während sich seine Mutter über einen Waschzuber beugt, in dem sie zwei Paar seiner Sportschuhe eingeweicht hat. Mit der Nagelbürste bearbeitet sie die wertvollen Errungenschaften seiner letzten Deutschlandtournee und stellt sie dann auf das Dach des Hühnerstalls zum Trocknen in die Sonne. Sie ist eine schöne, noch junge Frau mit wachen Augen. Ob sie zufrieden sei mit Lesegos Entwicklung zum Rapper? Sie lacht, sagt,

## Jeffersons Würde

Eine kleine Stadt im Süden der USA. Ein toter weißer Ladenbesitzer. Am Tatort findet die Polizei drei jugendliche Schwarze zwei sind erschossen worden. Den dritten nehmen die Beamten fest. Er ist der Mörder. So einfach ist der Fall, ein Fall unter vielen in den Vereinigten Staaten. Zwölf weiße Geschworene befinden Jefferson für schuldig. Er war am Tatort, er ist schwarz. Was könnte es da noch für Zweifel geben? In seinem Bemühen, die Strafe milde ausfallen zu lassen, appelliert der Pflichtverteidiger an den Richter, er möge bedenken, ein Schwarzer sei nicht viel besser als ein Tier. Und Tiere hätten kein Gewissen. Daher möge man gnädig sein, denn Jefferson habe sicherlich nicht gewußt, was er da tat. Doch Jefferson wird zum Tode verurteilt – schließlich werden auch Schweine geschlachtet.

Der Roman behandelt die Zeit zwischen dem Schuldspruch und der Exekution.

Doch nicht Jefferson steht im Mittelpunkt der Geschichte – da sind der deutsche Titel und der Klappentext etwas irreführend. Ich-Erzähler und Protagonist ist der schwarze Dorflehrer Grant, der Jefferson regelmäßig im Gefängnis besucht. Er soll Jefferson beibringen, mit Würde zu sterben. Doch wie bringt man jemandem das Sterben bei? Die Tage, die Jefferson noch bis zu seinem Tod bleiben, werden für Grant zu einer Zeit tiefster Reflexionen über den Sinn des Lebens. Je näher der Tag rückt, an dem Jefferson sterben soll, desto tiefer gerät Grant in eine existentielle Krise.

Er verspürt den immer stärker werdenden Wunsch, vom Ort der Handlung zu flüchten. Weg aus diesem Dorf und ab in die Anonymität der Großstadt. Denn daß Jefferson sterben muß, steht außer Zweifel. Was nutzt da also Grants Bleiben? Was nutzen da die Be-

suche im Gefängnis? Was für eine gemeinsame Sprache haben ein studierter und reflektierender Mann wie Grant und ein jugendlicher wie Jefferson, der seit seinem 12. Lebensjahr als Feldarbeiter arbeitet und wenig über sich oder die Condition humane nachgedacht hat? Doch es gibt Verpflichtungen außerhalb der eigenen Verantwortlichkeit. Das erkennt Grant durch einen langen, zähen Prozeß der Entscheidungsfindung. Durch die Liebe einer Frau und den Zusammenhalt der schwarzen Gemeinde findet er schließlich die Kraft, die Krise zu überwinden, über sich und seine Ängste hinauszuwachsen und bis zum Tag der Hinrichtung zu bleiben. Letztendlich bietet Jeffersons Tod den Überlebenden die Möglichkeit, den Glauben an das Leben nicht aufzugeben. So kann „Jeffersons Würde“ als eine christliche Metapher gelesen werden und wirkt vielleicht auch daher streckenweise etwas pathetisch und moralisierend. Gaines Darstellung des inneren Kampfes und der Zerissenheit seiner Hauptfigur spiegelt glaubhaft den mühevollen Prozeß wieder doch gerade deshalb gerät die Lektüre manchmal etwas langatmig und wirkt belehrend. Doch bis wir endlich kapiert haben, daß Menschsein nicht von der Hautfarbe abhängt, brauchen wir noch viel Belehrung. In den USA wurde Gaines Roman immerhin mit dem NBCC Award ausgezeichnet, einem der wichtigsten Preise der amerikanischen Literaturkritik. Volker Schlöndorff verfilmte vor einigen Jahren für das US-Fernsehen Gaines Roman *Eine Zusammenkunft alter Männer*

Christina Adomako

Ernest J. Gaines, *Jeffersons Würde* (Scherz Verlag, 283 S., 39,80 DM) – Zwei weitere Romane (auch „Eine Zusammenkunft alter Männer“) erschienen im Pahl-Rugenstein-Verlag.

*Seine  
unkonventionelle Art  
brachte ihm nach  
der südafrikanischen Wende  
Konflikte mit einigen  
Hardlinern des ANC  
Sie wollen keine  
individualistischen Querköpfe  
in ihren Kulturförderungs-  
programmen dulden*

daß er zuviel in der Welt herumreise und es verlorene Zeit gewesen sei, ihn in die Schule zu schicken.

Lesegos Mutter und Frau sind die Hüterinnen des Hauses. Die Männer gehen ihre eigenen Wege. Auch Lesegos Stiefvater Robert, der im vorderen Hof an einem von drei dort abgestellten alten Autos herumbastelt. Er ist groß und dünn, zieht nur für einen kurzen Augenblick seinen Kopf unter der Motorhaube hervor, um freundlich guten Tag zu wünschen.

Der Stiefvater habe sein Bestes versucht, aus ihm ein Glanzstück der menschlichen Spezies zu machen, witzelt Lesego. Er schickte ihn zur Universität, wollte, daß er Jurist wird. Das Geld für seine ehrgeizigen Pläne besorgte er durch illegale Geschäfte, die ihm insgesamt achtzehn Jahre Gefängnis einbrachten. „Es ist eine Schande, daß ich ihn enttäuschen mußte, aber ich bin nun mal kein Jurist, oder seh ich so aus?“ fragt Lesego und weiß, daß er mit seinem jugendhaften



Bild rechts: Lesego Rampolokeng im Gespräch mit der Autorin. Links Lesegos Mutter, rechts seine Frau.



*Enge und elende Wohnverhältnisse, illegale Geschäfte aller Art, Bandenkämpfe und Arbeitslosigkeit sind das tägliche Brot der Jugendlichen in Soweto. In jedem Haus gibt es Waffen. Alle Autos, die in Soweto benutzt werden, sind gestohlen, hatte Lesego bei unserer Fahrt ins Innere des Township erzählt*

Äußeren nicht gerade wie ein zielstrebig-er Anwalt wirkt.

Das Haus der Rampolokengs ist bescheiden, aber lange nicht so bedrückend wie die alten Standardhäuschen Sowetos, die nur aus zwei winzigen Zimmern bestehen, in denen fünf, sechs oder noch mehr Personen leben. Lesegos Tante Ruth bewohnt so ein Haus. Wie viele in Soweto hat sie einen zusätzlichen Raum angebaut und in ihrem Hof zwei weitere „Häuser“ errichtet, die sie an Verwandte untervermietet. Solcherart *Streichholzschachteln* bestehen im Prinzip nur aus einem notdürftig abgeteilten, mit Zeitungspapier tapezierten Raum.

Enge und elende Wohnverhältnisse, illegale Geschäfte aller Art, Bandenkämpfe und Arbeitslosigkeit sind das tägliche Brot der Jugendlichen in Soweto. In jedem Haus gibt es Waffen. Alle Autos, die in Soweto benutzt werden, sind gestohlen, hatte Lesego bei unserer Fahrt ins Innere des Township erzählt. Überzeugt

ist er auch, daß jeder Jugendliche in seiner Straße schon einmal Schwierigkeiten mit der Polizei hatte. Bei der Fahrt durch Soweto sieht man mitunter Gruppen junger Männer mitten auf der Straße stehen. Sie würfeln dort um Geld, um Frauen, um Ehre, um Reviere. Lesego ist bekannt in seinem Viertel. Daß er mit zwei weißen Frauen durch die Straßen fährt, wird mit zotigen bis aufsässigen Sprüchen kommentiert. Die Gewaltbereitschaft ist hoch und kaum kalkulierbar. Lesego selbst attackierte man vor einigen Jahren mit einem Beil. Eine Narbe im Gesicht hat er davon behalten.

*„Ich schaue zurück auf das stöhnen nahen todes. blutüberströmt, ausgeweidet bis auf den rest bloßen atems. gefesselt von der bleikalten gewalt dieser einäugigen nacht, das andere auge zerquetscht*

*von stiefelritten, lederjacken, von ketten gewürgt, von messern zerschlitzt, von schlagringen zerschmettert und vom schweiß aus angst, bier nikotin, Isd, kokain, mandrax und der gefahr die aus langeweile entsteht, und dem nervenkitzel, sich ihrer zu erwehren“*, heißt es in einem seiner Texte.

„Ich bin die Stadt müde, aber ich kann nicht ohne sie sein“ ist eine seiner häufigen Bemerkungen. Er fühlt sich so eng mit „diesem Ungeheuer“ verwoben, daß er glaubte, nie davon loszukommen. Die überfüllten Behausungen, der tägliche Kampf ums Überleben sind „wie eine Injektron“ von der sein Schreiben abhängt. Daß im neuen *Africana Museum* in der Nähe des bekannten *Market Theaters* in Johannesburgs Innenstadt Original-Soweto-Behausungen ausgestellt werden, empört ihn: „Sie machen zum Museumsstück, was reale Lebensverhältnisse sind. So was macht mich krank. Sie sollten Häuser bauen anstatt Museen.“

Lesego ist zur Zeit der einzige im Haus, Lder ab und an Geld verdient. Er hat mehrere CDs und zwei Bücher mit seinen Raps herausgebracht. Doch sein Geld verdient er am schnellsten bei Auftritten in Übersee, zu denen er seit einigen Jahren in unregelmäßigen Abständen eingeladen wird. Außer in Deutschland war er in der Schweiz, in Österreich und in England. Ein erster Auftritt bei einem Rap-Festival in Brasilien steht zur Zeit unseres Besuches bevor. Immer mal wieder versucht er den Absprung aus Soweto, zieht vorübergehend in ehemals weiße, am Rand der Innenstadt gelegene Wohnviertel wie Hillbrow Yeoville oder Berea. Dort lebt mittlerweile ein buntes Völkchen, viele aus dem afrikanischen Ausland, aber auch junge „Schnösel“ (O-Ton Lesego) aus den Townships, alte Juden und junge Weiße aus den reichen Außenvierteln der Stadt.

Anders als in der Innenstadt scheint es hier friedlich, fast harmonisch zuzugehen. Die Häuser entlang der Rocky Street in Bellevue und Yeoville sind bunt bemalt. Es herrscht ein reges Leben. Man findet den Antiquitätenladen (bei dem man allerdings erst klingeln muß, bevor Einlaß gewährt wird) gleich neben einer Disco, den jüdischen Metzger neben einem Supermarkt, eine Szenen-Kneipe, von schwarzen und weißen jungen Leuten betrieben, neben einem Antiquariat und afrikanische Händler, die ihre Ware auf der Straße anbieten.

Der Anblick des Viertels tröstet über die bedrückende Stimmung in der Innenstadt hinweg, läßt einen die ängstlich abgeschotteten Villenbewohner in den reichen Stadtvierteln weiter draußen vergessen. In Bertrams, nicht weit entfernt von dieser Straße, macht Lesego seine Aufnahmen. In einer heruntergekommenen Villa mit malerischem Vorgarten haben junge Leute ein kleines Tonstudio eingerichtet. Dort werden CDs und Kassetten produziert, die nicht dem Mainstream des weißen Südafrika entsprechen. Lesego hält sich diese Tage oft hier auf, zusammen mit einem weißen Gitarristen probt er für die neue CD Das Studio ist nicht weit von Soweto, und doch liegen Welten dazwischen. ■

Fotos zu diesem Artikel:

Ursula Meissner

Bücher:  
Lesego Rampolokeng: *Horns for Hondo*. 1990  
ders.: *Talking Rain*. 1993. Beide bei: Congress of South African Writers. PO Box 421007, Fordsburg, 2033, Johannesburg, RSA

CD:  
Lesego Rampolokeng with the Kalahari Surfers. *End Beginnings*. Shifty Music 1993. ReR Recommended, 46 the Gallop, Sutton, Surrey. SM2 5RY UK

## Wole Soyinkas „Eine Reise rund um den Vater“

Akinyode Soditan kann sich noch genau an seine erste Bahnfahrt erinnern. Er war damals ungefähr zwölf Jahre alt und auf dem Weg ins Lehrerseminar nach Ilesa. Damian, ein nur zwei Jahre älterer Junge, der irgendwann bei seinem Vater in Isarà aufgetaucht war und Buchdrucker werden wollte (da Christen Bücher benutzen, müssen sie schließlich mit ihrer Herstellung vertraut sein), begleitete ihn dabei auf Geheiß seines Vaters. Stolz hatte er dem Jüngeren vorgeführt, was ein geübter Eisenbahn-Reisender ist, denn schließlich hatte er, nachdem er der tyrannischen Obhut seines Onkels entlaufen war, als Lastenträger und Tagelöhner an Bus- und Bahnhöfen gearbeitet.

Damian wurde dann aber nicht Buchdrucker, sondern Lastwagenfahrer. Und nun führt er den ersten Laster Isaràs einem staunenden Publikum vor. Es ist ein imposantes Ungetüm, mit dem einer der ersten Unternehmer Isaràs fortan Tropenhölzer zu transportieren gedenkt. Es ist Ende der dreißiger Jahre, eine Zeit des Aufbruchs in Nigeria. Akinyode ist mittlerweile Rektor einer Schule und für einige Tage zu Besuch in Isarà, der Stadt seiner Kindheit, einer alten Yoruba-Stadt zwischen Abeokuta und Lagos, im Westen Nigerias gelegen. Es ist die Stadt in der Wole Soyinkas Vater aufwuchs und nach der die deutsche Übersetzung seines Romans benannt wurde.

Das Buch ist *Eine Reise rund um den Vater* Akinyode Soditan. Im Vorwort schreibt Soyinka, daß seines Vaters Generation durch „einen Grad der Gewissensforschung geprägt“ gewesen sei, wie keine nach ihr. Mit Witz und Akribie entwirft er ein Portrait dieser Generation. Tagebuchaufzeichnungen, Briefe und Zeitungsartikel, die sein Vater über Jahre hinweg gesammelt hatte, dienten ihm dabei als Orientierung. Soyinkas Vater war ein bildungshungriger Mensch. Alles, was er an Gedrucktem zwischen die Finger bekam, ob die Schilderungen fremder Welten, die ihm sein amerikanischer Brieffreund ins Haus schickte, Berichte über internationale Politik und Wirtschaft oder pädagogische Reformdebatten, war ihm wichtig.

Mit großer Inbrunst wird jede Erneuerung, jede Investition, jede Nachricht aus der weiten Welt im Kreis der Exseminaristen diskutiert. „Wer heute

nichts unternimmt, der hat keine Zukunft“ so lautete ihr Motto. Schmunzelnd liest man so manche Episode, mit der Akinyode und seine Freunde alles, was sie neu erfahren, in ihr Weltbild einpassen. Es sind manchmal faszinierend naive Gedanken, rührend in ihrem ernsthaften Bemühen, die Denkmuster der Alten zu durchbrechen, deren Ordnungsprinzipien zu reformieren und neue Unternehmungen in Angriff zu nehmen. Ob es dabei um Geschäfte, die vor allem den Freund Akinyodes, Sipe, interessieren, um die Reform der alten Herrschaftsstrukturen oder um neu zu erarbeitenden Stoff für den Geschichtsunterricht geht, alles ist bewegend, und alles wird im Bewußtsein gehandhabt, daß man als heranwachsende neue Elite Verantwortung für die Gemeinschaft trägt.

Das Buch ist ein wunderbares, langsames Denkspiel, in seinen erzählerischen Einzelheiten manchmal allzusehr der Faszination des Autors erlegen, im Detail das geistige Niveau der Zeit zu rekonstruieren. Es ist Hommage an die Generation der dreißiger und vierziger Jahre und damit auch Appell an die heutige, sich auf die Redlichkeit des damaligen Fortschrittsdenkens zu besinnen. Was in Soyinkas *Isarà* noch als gutmütige Kabbeleien zwischen Akinyode und seinem Freund Sipe zutage tritt (der Geschäftsmann rühmt sich, anders als Akinyode, seine Zeit nicht mit Lesen und Träumen zu vergeuden), ist längst traurige Realität in Nigeria geworden: Wer zu viel im Bewußtsein intellektueller Ernsthaftigkeit lebt, wer seinen Idealen treu bleibt, bekommt Schwierigkeiten mit den Militärs und ihren Handlangern oder versäumt die Zeit, das Nötigste zu verdienen.

Der Nobelpreisträger Wole Soyinka feierte dieses Jahr seinen 60. Geburtstag. Seit der Unabhängigkeit Nigerias hat er immer wieder darauf hingewirkt, die intriganten Politiker in ihre Schranken zu verweisen. *Isarà* erzählt von den anderen, den verschütteten Möglichkeiten dieses Landes.

Angelika Burkhard

Wole Soyinka, *Isarà. Eine Reise rund um den Vater*. Aus dem Englischen von Inge Uffelmann, Zürich (Ammann Verlag) 1994 (406 S., 48,00 DM)

## Reisen durch den Nordosten der USA (VI.)



Dartmouth Hall

New Hampshire wurde nach Hampshire County in England benannt und gehörte zu den ersten dreizehn englischen Kolonien an der amerikanischen Atlantikküste. „Hier treibt kein Grundbesitzer Mietwucher mit uns. Hier kann jeder in kurzer Zeit Herr seines eigenen Landes sein“ schrieb Kapitän John Smith 1614 über New Hampshire, offensichtlich ohne auch nur den geringsten Gedanken daran zu verschwenden, daß ein von seinen Ureinwohnern nicht nach europäischen Maßstäben als Eigentum deklariertes Land nicht einfach Niemandland ist. 1776 erklärte New Hampshire seine Selbständigkeit gegenüber Großbritannien. Sieben Monate vor der Unterzeichnung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung setzte es eine eigene Regierung ein. John Stark, von 1775-1783 General im Revolutionskrieg, prägte jene Worte, die zum Wahlspruch dieses Neuenglandstaates wurden: „Live free or die.“ So steht es auf jedem Autokennzeichen. In der Tat haben sie eine Reihe von Freiheiten, um die sie die Bewohner der Nach-

barstaaten beneiden. In New Hampshire gibt es beispielsweise weder eine Einkommens- noch eine Umsatzsteuer. Das beruht auf einer alten Tradition. 1765, als England den „Stamp Act“ das Stempelsteuergesetz zur Besteuerung von Zeitungen, Schriften, Spielkarten erließ, weigerten sich die Kolonisten, diese Steuer zu zahlen, weil sie selber keine Vertreter ins englische Unterhaus entsenden durften und also über die Steuern nicht mitbestimmen konnten.

Ogleich nun aber die Steuergelder nicht mehr einer fernen Kolonialmacht, sondern der eigenen Bevölkerung zugute kämen, gibt es in diesem politisch konservativen, seit alters her republikanischen Staat nahezu Steuerfreiheit. Die öffentlichen Einkünfte stammen unter anderem aus der Besteuerung von Übernachtungen, von Mahlzeiten, von Geschäftsgewinnen und aus dem staatlichen Alkoholmonopol. Der Erwerb einer Alkohollizenz ist nicht nur in New Hampshire teuer. Es kann einem passieren, daß man in einen Ort gerät, in dem kein einziges Geschäft Alkohol verkauft, kein einziges Lokal ausschenkt. Als wir in

einem Fischrestaurant an der Küste ein passendes Getränk zum Kabeljau bestellen wollten, stellte sich heraus, daß alle fünf auf der Getränkekarte aufgeführten Bierarten alkoholfrei waren. Desgleichen die drei angebotenen Weinsorten. Die Kellnerin ermunterte uns freundlich, bei unserem nächsten Besuch eine Flasche Wein mitzubringen, man würde ihn in der Küche präparieren (in den USA werden alle nicht-warmen Getränke eisig getrunken) und uns gerne servieren. Neben dem Trinkgeld, das in einer Höhe von 15 Prozent erwartet wird, hat der Gast bei jedem Lunch, bei jedem Dinner eine Steuer von 6 Prozent zu entrichten.

Die auch für Geschäftsleute günstigen Steuerbedingungen führten dazu, daß in den vergangenen drei Jahrzehnten etwa 250 Firmen aus Massachusetts Zweigniederlassungen im Süden von New Hampshire errichteten, in vorteilhafter Nähe also von Boston, der Hauptstadt von Massachusetts und gleichzeitig der Verwaltungs- und Finanzmetropole Neu-Englands. Für New Hampshire war das ein Ausgleich für den Niedergang wichtiger Industriezweige.

Dieser Staat, dessen Spitzname „The Granite State“ ist, weil seine Berge, die White Mountains mit dem Mount Washington als höchste Erhebung Neu-Englands, aus Granit bestehen, fand nach der Einführung der Stahl-Beton-Bauweise kaum noch Absatzmärkte für seinen Granit. Ein anderer Erwerbszweig verlor Mitte der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts ebenfalls an Bedeutung. Damals wurde aufgrund billigerer Konkurrenz weiter im Süden die Arbeit in den Amoskeag Mills in Manchester, damals der größte Textilkomplex der Welt, weitgehend eingestellt. Die alten, massiven, düsteren Ziegelsteinbauten ziehen sich über acht Kilometer am Merrimack River hin.

Welche Reichtümer die Manufakturen ihren Besitzer einst brachten, zeigen die Prachtbauten an der Union Street vornehme Villen unter alten Bäumen hinter Mauern auf parkähnlichen Geländen. Nach der Stilllegung der Fabrikanlagen sah die Zukunft der Einwohner Manchesters, die zum größten Teil von der Textilherstellung lebten, finster aus. Schließlich kaufte eine Investorengruppe den riesigen Fabrikkomplex und verpachtete oder vermietete ihn etagen- oder stückweise an verschiedene Industrie- und Gewerbezweige, an Geschäfte und kulturelle Einrichtungen. Die Haupterwerbsquelle der Stadt sind heute nicht mehr Fertigungsindustrien sondern Finanzgeschäfte, sichtbar an den raumgreifenden Gebäudekomplexen, beispielsweise der Shamut Bank, deren Signet, ein Indianerkopf mit Feder im Stirnband, den mächtigen Turm einer Bank krönt.

Im Norden von Manchester liegt Concord (nicht zu verwechseln mit Concord, Mass., s. *Kommune* 12/94, 1/95) zu beiden Seiten des vielfach überbrückten Merrimack River, die Hauptstadt New Hampshire seit 1808, einst bekannt durch ihre lukrativen Steinbrüche und Granitschleifereien sowie durch die Produktion der „Abbott-Downing-Company-Kutschen“ deren Bequemlichkeit zum Reisen ermunterte und die damit nicht unwesentlich zur Besiedlung des Westens beigetragen haben sollen. Das Kapitol von 1819 mit seiner vergoldeten Kuppel ist das älteste Parlamentsgebäude der USA, und in ihm versammelt sich mit 484 Abgeordneten die größte gesetzgebende Körperschaft der Vereinigten Staaten.

Concord, heute ein modernes Regierung- und Handelszentrum, ist Knotenpunkt eines alle Teile des Landes und die angrenzenden Staaten verknüpfenden Schienen- und Straßennetzes. Allein zwei Highways führen nach Norden zur kanadischen Grenze. Der westliche Highway die Nr. 89 führt über Hanover am Connecticut River und Burlington an der Ostküste des Lake Champlain nach Montreal. In Hanover befindet sich die nördlichste der Ivy-League-Hochschulen, der Elite Hochschulen der Ostküste, geadelt einfach durch ihr für diese junge Zivilisation hohes in Efeu symbolisiertes Alter: das Dartmouth College.

Die vielen Rasenflächen zwischen den Häusern, die breiten, mit hohen, hundertjährigen Ulmen gesäumten Straßen, die weißen Holzhäuser im georgianischen Stil des 18. Jahrhunderts und selbst die Bricksteinbauten aus neuerer Zeit geben dem Ort am waldigen Ufer des Connecticut ein einladendes, freundliches und im goldgelben Glanz der Nachtlaternen festliches Aussehen.

Von wo man auch kommt, immer landet man im Zentrum, einem großen, „green“ genannten Rasenrechteck, leuchtend weiß im Winter und zur Karnevalszeit im Februar mit riesigen von den Studenten errichteten „ice-figures“ bedeckt. Darum gruppieren sich wichtige öffentliche und Universitätsgebäude. Am hervorstechendsten Dartmouth Hall, ursprünglich aus den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts, ein langgestreckter weißer Bau mit fünf harmonisch gegliederten Eingängen an der Front und zwei Reihen von je siebzehn Fenstern in der ersten und in der zweiten Etage Sitz der verschiedenen Fakultäten der Sprachen-Abteilungen. Im rechten Winkel dazu die Webster Hall, vor deren Eingängen man zu Beginn des „terms“ – das Jahr ist hier in vier Quartale aufgeteilt – auf der einen Seite einen riesigen Lastwagen stehen sieht, auf der anderen Seite eine Schlange von Studenten. Was an der einen Seite ausgeladen wird, wird auf der anderen abtrans-

portiert. Es handelt sich um PCs, die zu erwerben und zu verwenden für alle, die am Dartmouth College studieren, Pflicht ist.

Schräg dahinter die Baker Library ge krönt von einem schlanken Turm mit Kuppeln und scherenschnittartig vor dem Himmel sich abzeichnender Wetterfahne. Sie zeigt links einen Baum, wohl eine der hier so üppig wachsenden Kiefern, daneben einen auf einem Baumstumpf sitzenden Mann mit Manschetten, Hut, Schnallenschuhen und erhobener, belehrender Hand, vor ihm einen am Boden hockenden, halbnackten, flötespielenden und zu ihm aufblickenden Indianer mit zwei Federn im dunklen Hinterhaar – Verbildlichung des allgegenwärtigen College Wahlspruchs: *Vox clamantis in deserto.*

Die Anfänge des Colleges gehen auf einen Reverend Wheelock zurück, der zunächst im Staate Connecticut „die Kinder von Heiden zivilisieren und christianisieren“ wollte. Erfolg hatte er mit seinem Unterricht offenbar nur bei einem einzigen Indianer: Samson Occom. Er wurde als Lehrer zu Indianern nach Long Island geschickt, später zum Prediger der Presbyterianischen Kirche ordiniert und schließlich zusammen mit einem anderen Prediger nach England geschickt. Dort trafen sie 1766 mit Lord Dartmouth zusammen. Dessen Spende und die weiteren Gelder, die die beiden während der folgenden zwei Jahre für ihre Predigten einnahmen, sollten einer Bildungseinrichtung ausschließlich für Indianer dienen. Die insgesamt 11000 Pfund, die größte Geldsumme, die Großbritannien vor dem Revolutionskrieg für eine amerikanische Institution bereitstellte, wurden nach Wheelocks Willen jedoch für den Bau von Dartmouth Hall und die Ausbildung weißer Studenten verwendet, deren Aufgabe es sein sollte, die Native Americans zu missionieren.

Was Occom – ein sehr begabter und einfühlsamer Lehrer, der im Gegensatz zu Wheelock der Ansicht war, daß die Indianer nur überleben könnten, wenn sie vor zukünftigen Übergriffen durch Weiße geschützt würden – erhofft hatte, wurde nicht Wirklichkeit. Ein Gemälde im Hood-Museum (an der Baker Library gegenüberliegenden Seite des „greens“) zeigt ihn als einen Mann mittleren Alters, mit vollem, schulterlangem, schwarzem Haar und einem traurigen, jedoch nicht resignierten Blick unter den Insignien von Pfeil und Bogen.

Nach dem englischen Lord wurden die Dartmouth Hall und das ganze College benannt; nach Wheelock die größte, den Ort in ost-westlicher Richtung durchzie-

hende Straße; nach Occom ein in Wiesen gebetteter Teich im Norden des Ortes, den hohe Kiefern und weißstämmige Birken umstehen.

Von einer Bibliothek wie der Baker Library können deutsche Studenten nur träumen. Es ist eine Präsenzbibliothek mit vielen Leseräumen, Sitznischen, mit Tischen und Stühlen oder Sesseln in Leesecken. Sie reicht fünf Stockwerke in die Tiefe, vier in die Höhe; alle Bücher von sagen wir Ingeborg Bachmann und alle Bücher über sie stehen in der deutschen Abteilung zusammen unter ihrem Namen;

die Bibliothek ist von 8 bis 24 Uhr geöffnet; auch samstags; sonntags ab 13 Uhr; in einem Lesekabinett stehend die Ausgaben verschiedener Konversationslexika, darunter der allerneueste Brockhaus für jeden unmittelbar greifbar.

Natürlich kostet das alles viel Geld. Die di-

versen Bibliotheken, die Unterrichts- und Verwaltungsgebäude, das Museum, das Theater – all das hat nicht umsonst einen Familiennamen als Bestandteil. Es sind alles Schenkungen, deren Stifter Baker, Sherman, Sanborn, Hood, Hopkins, Moore heißen. Nichts, was nicht ein Schild oder eine Plakette mit dem Namen der Geldgeber hat, teils Einzelpersonen, teils Klassen und damit zugleich dem Andenken ehemaliger Studenten, sogenannter Alumni, dient.

Der College-Besuch selber ist sehr teuer – allein ungefähr 20000 Dollar Studiengebühren im Jahr. Die Bewerbungsunterlagen werden ohne Ansehung der ökonomischen Verhältnisse geprüft. Wer angenommen ist und die Studiengebühren nicht bezahlen kann, erhält ein Stipendium.

Eine Idylle? Teilweise ja. Aber die Studenten arbeiten sehr hart. Die meisten jobben neben ihrem Studium. Die Lehrbedingungen sind für deutsche Verhältnisse unvorstellbar günstig. Selbst wenn ein Kurs nur von zwei Studenten belegt wird, wird er durchgeführt. In vielen Semestern sind 5 bis 11 Studenten die Regel. 20 sind schon viel.

Am Ende eines Quartals beurteilen nicht nur die Professoren die Studenten, sondern auch die Studenten den Professor und seinen Unterricht. Die Fragen des Course-evaluation-Bogens sind klug, die Antworten der Studierenden ebenfalls. Ob mehr vermittelt und aufgenommen wird als an deutschen Hochschulen, vermag ich nicht zu sagen. Aber die Arbeit selber ist häufig zugleich entspannter und intensiver wie die Atmosphäre in so vielen Alltagssituationen in den USA. ■



Das Signet der Baker Library

**B**oston Carlottas Fälle führen immer ein Stück weit in ihre eigene Geschichte zurück. So erfährt man jetzt in *Carlotta spielt den Blues*, daß sie früher in einer Band die Gitarre gespielt hat. Per Zufall landet Dee Willis in Carlottas Taxi. Jetzt ist sie eine erfolgreiche Sängerin, damals sang sie in der gemeinsamen Band und spielte die Melodiegitarre.

Ein anderes Mitglied der früheren Band scheint von Dee über einen Rechtsanwalt eine größere Summe zu verlangen, weil sie ihr Geld mit Liedern macht, die angeblich er komponiert hat. Der Tod von Dees Bassistin erinnert fatal an den Tod von Lorraine, der damals die alte Band in alle Winde versprengt hat. Mit der neuen Geschichte kommt die alte hoch.

Zwischen dem Luxushotel, in dem Dee durch die Plattenfirma und den Roadie und schließlich auch durch die Polizei unter Kontrolle gehalten wird, einer Aidsklinik, in der der Verdächtige schließlich gefunden wird, und Carlottas Wohngemeinschaft werden durch Ermittlungen, Beobachtungen und Erinnerungen der Detektivin die Irrungen und Wirrungen wie die Glücksmomente einer gemeinsamen Jugend und das Auseinanderdriften in die verschiedenen Milieus nach und nach präsentiert. Einstweilen erweist sich der ursprüngliche Fall als ein anderer. Nebenher wird ein organisiertes Verbrechen aufgeklärt. Am Sterbebett des Aidskranken kommt es zu einer letzten Session. Bevor das allzu sehr auf die Tränendrüse drückt, kratzt Carlotta die Kurve. „Ich bin gut im Auffinden von Vermissen.“ Nicht alle liegen im Sterben.

**San Francisco** Warum John Marshall Tanner geworden ist, wie er ist, wird sich nie aus seiner eigenen Geschichte, sondern nur aus der literarischen Tradition des melancholischen, aber wenn nötig harten Detektivs an der Westküste erklären lassen, die Stephen Greenleaf bis in die jüngste Gegenwart weiterführt. Nicht umsonst läßt er Tanner, dem ein Fall als Honorar ein Bild eingebracht hat, bemerken: „Immer wieder liegen mir Leute in den Ohren, ich soll es in einem Safe oder sonstwo wegschließen, und ich sage darauf immer, nur, wenn sie mich mit einschließen. Ich muß alle sechs Monate oder so Ross Mac-Donald lesen und jede Woche ein Mozartkonzert hören. Aber wenn ein Tag vergeht, ohne daß ich einen Blick auf meinen Klee werfe, gerät mein Leben aus den Fugen.“

## UNTATEN

BARCELONA BADEWANNE VERGIFET  
KIEZ L.A. ERSCHOSSEN KÜHLTRUHE  
ZÜRICH GEKOCHT FAHRSTUHL ULM  
BETAUBT CHEFETAGEN FRANFKURT  
KIRCHE GEPFÄHLT GRAZ VERRATEN  
GÄSTEZIMMER HINTERTUPFINGEN EIS  
GEFESSELT RIVIERA ERSCHLAGEN  
BONN GEDOPT BALKON GESPALTEN  
BOWLINGBAHN ERTRÄNKT HAMBURG  
HOTEL ERHÄNGT PARIS BAGHWAN  
GEMARTERT FORELLENHOF BREMEN  
GESPRENGT ZK THEATER NIZZA  
GEWÄCHSHAUS VERBRANNT BUDAPEST  
ZERGETSCHT PUFF LUDWIGSHAFEN  
REPRO GESTOSSEN ATHEN GEBACKEN  
BERGSPITZE BERLIN VERGRABEN N.Y.  
KLOSTER VERGEWALTIGT GEISTERBAHN  
AMSTERDAM GEWERTHELT KINO BRAG  
VERLADEN PEKING ZEE GEMAHLEN  
LEKTORAT AUFGESPIESST STUTTGART  
GEVOLTERT LAGUNA BEACH DACH  
ROM HANGEMATTE ERWÜRGT PRAXIS  
GEGRILLT ALM MOSKAU ZERSAGT  
WG KIDNAPPING BETT RAUMSCHIFF  
ZERSTÄUBT KÄSEREI URWALD KNAST  
SYDNEY VERFOLGT HL VERSTRAHLT  
KELLEREI GETAUSCHT SCHLACHTHOF  
HOF ZWINGER GELIFET MÜNCHEN

## UND ORTE

### Städte mit Tradition

*Blutgruppe* spielt in der Aufmarschzeit für den Golfkrieg. Opfer, aber auch Held der Geschichte ist ein Vietnamveteran. Tanner kennt ihn aus seiner Stammkneipe, in der sie sich schon oft angeschwiegen, aber auch über Gott und die Welt unterhalten haben. Tanner besteht darauf, daß sie beide zur Kategorie der „passionierten Trinker“ gehörten, die sich „wohlgerne“ von den Alkoholikern unterscheiden. Mit dieser Typologie beginnt die Erzählung, die über einen eher harmlosen Eifersuchtsfall mitten in eine zer- und verstörte Welt führt, die die Folgen des Vietnamkriegs und der Casino-kapitalismus der achtziger Jahre in San Francisco hinterlassen haben. So jedenfalls sieht es Tanner. Die einen ziehen aus dieser Welt Gewinn, und die anderen gehen an ihr zugrunde.

Stephen Greenleaf wiederbelebt die Figur des Detektivs, der als Repräsentant eines ramponierten guten Amerika überall von Feinden umstellt ist, aber da er den Kampf wider alle Vernunft nicht aufgibt, immer auch unerwartete Verbündete findet. Der Detektiv kann in diesem Kampf nie gewinnen, er kann ihn selbst durch einzelne Siege bestenfalls offenhalten. Aus diesem Wissen schöpft er seinen Humor, seine Frechheit und seinen Mut – und speist sich seine Trauer und Weisheit. Bringt er durch seinen Kampf die Situation bestenfalls in ein labiles Gleichgewicht, so ringt er selbst ständig um Fassung. Er ist nicht gut, sondern anständig, das heißt, von außen und von innen ständig bedroht.

Der Präsident bereitet die Nation auf einen Krieg vor. Wo Blut fließt, wächst die Nachfrage nach Blutreserven, winkt also ein Geschäft. Bis Tanner dahinter kommt, was gespielt wird, ist es für viele Opfer schon zu spät.

**Venedig** Noch zeitnaher ist Michael Dibbins *Tödliche Lagune*. Aurelio Zen hat sich einen Blanko-Auftrag seiner römischen Behörde verschafft, um im elterlichen Haus in Venedig nach dem Rechten zu sehen. Unversehens gerät er aus einem harmlosen Fall als Vorwand in einen gefährlichen mit politischem Sprengstoff. Das Durcheinander aus Erinnerungsgeladenen Emotionen überschneidet sich mit dem politischen Schlamassel, das die Spitzen der Republik angerichtet haben und das durch die Ermittlungen der Staatsanwälte und neuauftauchende Kräfte wie die Leghen zunächst nur vergrößert wird.

Die alten Drähte funktionieren nicht mehr richtig, und die neuen sind weder besser noch fest etabliert. Eigentlich eine gute Zeit für Aurelio Zen, den Staatsdiener, der auf eigene Faust, aber ohne Gier nach Zugewinn zu arbeiten gewohnt ist. Aber alles, was er in dieser maroden Situation zustande bringt, erweist sich als Fehlschlag. Aurelio Zen findet überhaupt keine Verbündete. Einen alten Freund treibt er in den Tod, eine alte Freundin verrät ihn. Was er klärt, führt zu keiner Aufklärung, sondern nur in die nächste Intrige. „Ich bin selbst fremd hier“ antwortet er schließlich einem älteren Touristenpaar, das ihn auf englisch nach dem Weg fragt. „Es tut mir leid“

**Wer Krimis** gewohnheitsmäßig liest, wird durch keinen der drei besprochenen bestraft. Belohnt wird er in aufsteigender Linie. Wer einfach gern liest, sollte sich den Dibdin besorgen. Nebenher erfährt man hier noch, wie man die Schale von der Knoblauchzehe leicht abbekommt, wenn man Spaghetti Aglio & Olio kochen will. Messer flach drauflegen und mit der Handkante zuschlagen. Danach schälen. Aurelio hat den Trick von seiner Mamma. Er funktioniert perfekt.

Joscha Schmierer

Linda Barnes, *Carlotta spielt den Blues*. Deutsch von Erika Hang, Hamburg (rororo) 1994 (270 S., 9,90 DM)  
Stephen Greenleaf, *Blutgruppe*. Aus dem Amerikanischen von Sepp Leeb, München (Haffmans Kriminalromane bei Heyne) 1994 (343 S., 14,90 DM)  
Michael Dibdin, *Tödliche Lagune*. Aus dem Englischen von Ellen Schlootz, München (Goldmann) 1995 (414 S., 14,90 DM)

Am Abend des Freitags vor Pfingsten 1993 wurde im Vereinshaus einer Solinger Kleingartenanlage ein Polterabend gefeiert, in dessen Verlauf es zu einer bisher ungeklärten Zahl von Schlägereien kam. Einer der Besucher dieses Polterabends hat später angegeben, daß bei diesen Schlägereien auch Ausländer dabei waren, Türken, und daß das der Auslöser dafür gewesen sei, später in der Nacht das Haus der Familie Genc anzuzünden.

Als in diesen Tagen die Wirtin des Vereinshauses vor Gericht als Zeugin befragt wird, will der Richter unter anderem von ihr wissen, ob an der Schlägerei, von der die Rede ist, auch Ausländer beteiligt waren? Also, das wisse sie nicht, antwortet die Frau, die diese Schlägerei nicht mit eigenen Augen gesehen hat. Auf weiteres Befragen des Richters, ob denn überhaupt Ausländer da gewesen seien, erklärt die Frau dann, sie habe gesehen, wie der Bruder der Braut mit zwei Männern, die er von drinnen geholt habe, nach draußen gegangen sei. Und die habe sie für Ausländer gehalten, für Türken.

Woran Sie denn bemerkt habe, daß das Ausländer seien, bohrt der Richter nun weiter und bringt die Frau damit in größte Verlegenheit. Also, das wisse sie nicht. Aber wie sie denn darauf komme, daß es Ausländer waren, sie müsse doch irgendwelche Anhaltspunkte dafür haben? Die Frau beginnt zu stottern und windet sich, während der Richter auf einer Antwort besteht. Schließlich rückt sie zögernd und verlegen mit einigen Merkmalen heraus; der eine habe einen Schnauzer gehabt, und sie führt dann noch, unverständlich, einige weitere Merkmale an, von denen sie selbst zu wissen scheint, wie hergeholt sie sind. Und während sie sich weiter windet, spürend, daß da ein Spiel mit ihr getrieben wird, bei dem sie nur verlieren kann, schauen sich im Saal einige Prozeßbeteiligte an, eben jene Merkmale an ihrem Nachbarn feststellend, der ja kein Ausländer ist.

Da ist ein Grinsen und die erleichterte Hochnäsigkeit darüber nicht zu übersehen, daß nur die Zeugen in solche Fallen gelockt werden und keiner im Saal sich selbst die Frage stellen muß: Habe ich einen Ausländer gesehen und woran habe ich ihn erkannt? Zwei Fragen die stillschweigend mitbeinhalten: Darf ich einen Ausländer als solchen erkennen und dazu stehen, daß ich ihn für einen gehalten habe?

Es erweist sich an dieser kleinen und eher alltäglichen Szenerie die ganze ungeheuerliche Brisanz und Ungeklärtheit der

Eva Horn

## Hilflosigkeit – uneingestanden



Beziehungen, die wir Deutsche (darf man uns erkennen und woran?) zu denen haben, die wir Ausländer nennen, die zum großen Teil Einwanderer und manchmal unsere Freunde sind (Ausländer nennen wir nur die, die wir persönlich nicht kennen), und die als Ausländer zu erkennen schon in den Tabubereich reicht, weil erkennen gleich mißachten heißt.

Es erweist sich an diesen zwei Fragen des Richters, die durchaus inquisitorischen Charakter haben, auch das undurchdringliche Gestrüpp von Vorstellungen darüber, wie unsere Einstellung zu Fremden und wie die wechselseitigen Beziehungen eigentlich auszusehen hätten, und wie dieses Gestrüpp von Vorstellungen gleichzeitig die Wirklichkeit verbirgt.

Das Grinsen im Saale drückte nichts anderes aus als das sichere Empfinden, für diesen Moment moralisch einwandfrei dazustehen, allerdings ohne selbst auf die Probe gestellt worden zu sein.

Es geht um die Verleugnung eigener Unsicherheiten, um die Verleugnung jener Taubheit, die alles, was uns in Verbindung mit dem Nationalsozialismus bringt, wie

hinter einer Klarsichtfolie den Sinnen entzieht; aber es geht auch um jene abgründige und gut getarnte Unbeholfenheit, die unser Verhältnis zu uns selbst und zu anderen kennzeichnet (und mit „anderen“ sind alle die gemeint, mit denen wir in Berührung kommen oder die Berührung vermeiden); es handelt sich da um eine Verleugnung, die in dem Düsseldorfer Verfahren immer wieder durchbricht, aber auch dort nichts anderes ist, als das Abbild der allgegenwärtigen Zustände und Befindlichkeiten, in und mit denen wir Tag für Tag leben. Es geht um die Hilflosigkeit und Schwäche, die unser derzeitiges Handeln ausmacht, und von denen der Umgang mit der vernichtenden Gewalt von Jugendlichen nur die Spitze des Eisberges ausmacht.

In ihrem 1994 erschienenen Buch *Kinder greifen zur Gewalt* räumt Dorothea Dieckmann mit dem Selbstbetrug oder auch der Illusion, moralisch einwandfrei dazustehen, systematisch auf. Denn Moral, Normen und Wertsetzungen sind längst „auf einen Status noch unterhalb von Ad-

hoc-Abmachungen und Privatvereinbarungen“ (S. 94) gesunken. Sie „verkehren sich ins Gegenteil, in Vorlieben und Abneigungen, in weiche Kriterien also, die vordem durch die unpersönliche Abstraktheit gerade außer Kraft gesetzt werden sollten. Die Form der Gebote geht vom ‚Man soll‘ auf die Form: ‚Ich möchte jetzt gern... über, Verbote wechseln von ‚Man darf nicht‘ auf ein ‚Du, es stört mich jetzt gerade, wenn du... Mit solcherart Liberalismus“ so heißt es bei Dieckmann, „gerät die in jeder Regel enthaltene Gegenseitigkeit zur perfiden Karikatur. Das richtige Verhalten ist jeweils auf die Situation begrenzt und bemißt sich nach der Willkür eines zufällig bestimmenden Ichs. Die strikte und peinliche Vermeidung des ‚man hat sich durchgesetzt, unterstützt von einer populären Psychologie, die alle zwischenmenschlichen Entscheidungen an die persönliche Glaubwürdigkeit delegieren will, bis nur mehr Dramatik ausschlaggebend bleibt, kraft der einer vertritt, was er ‚leiden kann und was nicht.“ (S. 94)

Das Lesen in diesem Buch von Dorothea Dieckmann vermittelt das Gefühl, sich in einer Art kultureller Intimsphäre zu bewegen. Es ist, als würde da ein Raum der Öffentlichkeit sichtbar gemacht, den man zwar kennt, aber von dem man nicht wußte, daß auch andere dort ein- und ausgehen. Möglicherweise ist es das Nichtöffentliche dieses Raumes, das dazu beiträgt, daß der Inhalt dieser Schrift nach dem Lesen zunächst wie der verschwindet wie hinter einer Nebelwand und nur schwer wieder hervorzuholen ist. Zustände, die dem regelmäßigen öffentlichen Dialog entzogen bleiben oder in ihm kein Gegenstand sind, bekommen etwas Unwirkliches, Nicht-existentes, weil ihnen die Bestätigung von außen vorenthalten bleibt.

Ähnlich wie es der Zeugin bei den freundlich daherkommenden Fragen des Richters erging: Waren Ausländer da, und woran haben Sie sie erkannt? bewegen wir uns in einer Welt, in der zuverlässige Orientierungen nur noch schwer zu haben sind, und man, unter der Häme der anderen, die vorgeben, Bescheid zu wissen, leicht zum Deppen wird. Wie der Wirtin vor Gericht kann es auch uns ergehen: sie wiegte sich in der Sicherheit des Gefühls, sich mit dem sie befragenden Richter auf der gleichen Ebene zu bewegen, was das

von ihm eingeführte Wort „Ausländer“ und der Tonfall seiner Frage auch suggerierte, sich dann aber als Falle entpuppte. Eine Falle mit der Inschrift: Wenn du einen Ausländer als solchen erkennst oder zu er-



kennen glaubst, hast du Vorurteile und trachtest ihm womöglich nach dem Leben.

In Dieckmanns *Kinder greifen zur Gewalt* geht es auch um die Bodenlosigkeit, in die einer versinken kann, der sich auf die Suggestion einer gemeinsamen Wirklichkeit verläßt, die sich dann aber als löchrig erweist.

Sehr anschaulich und in einer atemlosen Abfolge von Diagnosen beschreibt sie, wie die Durchlässigkeit von Grenzen und die Unzuverlässigkeit der Beziehungen in die Grundstrukturen familiären Lebens vorgedrungen sind und dort den Boden versetzen:

„Wer einmal teilnehmender Zeuge einer Situation war, in der das Kind gegenüber seiner weichen, nachgiebigen Mutter Bedürfnisse anmeldet, die diese nicht erfüllen kann oder will, wird die Einsamkeit und Leere ahnen, die der Mangel an Grenzen erzeugt. Die Mutter unterhält sich mit einem erwachsenen Besucher; das Kind, eifersüchtig, erfindet Anlässe, ihre Aufmerksamkeit ganz zu beanspruchen. Doch die Mutter agiert im Nirgendwo; halb klammert sie sich an die Erwachsenenwelt, halb strapaziert sie den antwortsuchenden, quengelnden und zerrenden Quälgeist mit fruchtlosen Rechtfertigungen, Du-mußt-doch-verstehen-Appellen, Verhandlungsangeboten um Aufschubfristen, moralisierenden Vorwürfen und dehnbaren Kompromißvorschlägen. Des Mitleids mit dem um einfache Zuwendung bettelnden Kind kann man sich kaum erwehren. Das Kind, das nicht aufhört, am Körper der Mutter zu rütteln, wünscht nichts sehnlicher als eine greifbare Antwort, ein greifbares Auftreten; ja, eine deutliche Ablehnung würde

es befreien und befriedigen. Wenn es schließlich aufgibt und sich der Situation entzieht, erleidet es mehr als eine Enttäuschung: es macht die Erfahrung, daß die Mutter nicht da ist. Daran ändert sich auch nichts, wenn deren gespannte Nerven plötzlich wie ein überdehntes Gummiband reißen und ihre unterdrückte Aggression in einem schrillen Ausbruch auf das Kind zurück schnell: in jedem Fall ist die Mutter ‚aus dem Leim gegangen aufgelöst, ein fragmentiertes Gegenüber.“

Für das Kind, das mit einer derart ‚aufgeklärten elterlichen Selbstverlorenheit und Schwäche aufwachsen muß, ist – unter der Zuckerdecke fürsorglicher Allgegenwart die Ansprechbarkeit des Anderen Makulatur. Es besteht nur ein gradueller Unterschied zur manifesten Verwahrlosung... Beide Arten von Erziehungsopfem werden durch

den in der frühen Kindheit empfundenen Mangel dazu verurteilt, den Anderen überall zu suchen und nirgends zu finden.“ (S. 80)

In seinem autobiographischen Bericht *Ich will leben* beschreibt Klaus Scheurenberg eine Szene, die für mich zum Ausgangspunkt für ein ganzes Konglomerat von Fragen wurde; Fragen, die zunächst nichts mit Scheurenberg zu tun haben, sondern mit dem, was er gesehen hat.

Er erzählt in dem 1982 erschienenen Band, wie er am 9. November 1938 in Berlin zu „seiner“ Synagoge in der Oranienburger Straße fuhr, wo er zwei Monate vorher eingeseget worden war. Die Synagoge brannte. „Mir drehte sich das Herz um“ schreibt er, „ich wollte weinen, doch ich wußte, ich durfte mich nicht verraten.“

Und dann kommt die Stelle, um die es hier geht. „Aus einem Schuhgeschäft in der Invalidenstraße kroch ein etwa achtjähriger Junge durch die zerborstene Schauwand der Fensterscheibe. ‚Mutter‘ nef er einer Frau zu, die draußen gewartet hatte, ‚sieh nur die schönen Schuhe. ‚Dussel‘ antwortete sie, ‚das sind ja zwei linke, gleich gehst du zurück und suchst den rechten.“

Wie unter einem inneren Zwang fuhr ich weiter.“ (S. 45)

Was passierte mit diesem achtjährigen „Dussel“? Ist er tatsächlich ins Geschäft zurückgekrochen und hat seiner Mutter den begehrten rechten Schuh geholt? Oder ist er noch einmal mit einem verkehrten nach draußen gekommen und mußte sich noch ganz andere Abfälligkeiten anhören?

Beim Betrachten von Fotografien von diesem 9. November 1938 fallen immer

## Das unsägliche Leiden

Der Bildband *Das Jahrhundert Rußlands* ist eine Sensation. Es werden Fotos veröffentlicht, die im Westen noch nie zu sehen waren, ausgegraben aus russischen Archiven, staatlichen wie privaten, und die in ihrer großformatigen, sehr plastisch wirkenden Reproduktion eindringlich genug sind, Stationen der russischen Geschichte wie Tagesereignisse wirken zu lassen. Der Text von Moynahan hält sich an das, was eigentlich Bilder erzählen könnten: Ereignisse so zu schildern, daß der Gang der Dinge lebendig wird. Er liefert so Gegengifte zu erstarrten Ideologiediskussionen, in denen nur die Gesichtsbilder von Parteiführern und deren Redefloskeln auftauchen. Es ist die Wiederentdeckung der menschlichen Dimension und des Leidens angesichts kaltschnäuzig und brutal verwirklichter politischer Direktiven, nicht geglättet und linientreu, sondern widerspenstig bis ins Detail.

Die erstarrte Mimik von tschuwaschischen Bauern in der Versammlung eines Komitees während der hysterischen Kampagne gegen die Kulaken, mißtrauische Blicke von Bauern einer Kolchose in der zentralasiatischen Republik während eines Prozesses wegen angeblicher Sabotage, der Ausdruck von Haß im demütig gesenkten Kopf von Landfrauen der Moskauer Region, ein dumpfes Wegdösen bei Propagandatiraden auf den Dörfern, wo man die Leerformeln, die über die Häupter schwirren, zu hören meint – solche Fotos habe ich noch nie zu sehen bekommen. Immer war alles glatt, heroisch, affenklar, linientreu und vorwärts, lichte Zukunft. Aber seit 1914 wurde in Rußland fast ununterbrochen massenhaft gestorben: Erster Weltkrieg – Bürgerkrieg – Zwangskollektivierung – Säuberungen – Zweiter Weltkrieg – Lager. 42 Millionen sollen dabei laut KGB, der diese Zahl vor seiner Auflösung noch bekanntgab, umgekommen sein. Also hat die Revolution selbst und ihre Durchführung alleine 20 Millionen Menschen das Leben gekostet. Unfaßbar.

Das Buch führt durch dieses Jammertal, bei dem die Toten noch die Glücklicheren zu sein scheinen. Die, die überlebten, deformiert bis zur Unkenntlichkeit, innen wie außen, Hüllen ohne Seelen. Es empfiehlt sich sehr, den Text zu lesen. Er ignoriert weitgehend, was gesagt,

legt aber großen Wert darauf, was und wie es getan wurde. Tatsachenjournalismus, weniger Historie. Nicht die Propaganda, sondern der Einsatz der Propagandisten. Millionen Tonnen Getreide in Beziehung zu Millionen Toten. Keine Konzession an prinzipiell gute Ziele, wenn die Wirklichkeit menschlich katastrophal. Und er schildert, wie der Westen aufs Kreuz gelegt wurde, indem wohlmeinenden Intellektuellen und Arbeitern ein seit Katharina der Großen in Rußland beliebtes Trugbild vorgegaukelt wurde. Bernhard Shaw war während der großen Hungersnot bei seinem Besuch „keiner einzigen unterernährten Person begegnet“ Auf dem Foto wirft er einen Blick aus dem Fond eines Rolls Royce, umgeben von wohlgekleideten Herren und einer Dame. John Scott, ein Amerikaner, der aus Begeisterung als Schweißer das Stahlwerk in Magnitogorsk aufbauen half und daher mitten im Geschehen war, hielt es 1938 nicht mehr aus und verließ das Land: „Ich habe Schwarzbrot, faulen gepökelten Fisch, Kälte und harte Arbeit ertragen. Die Säuberungen ertrug ich nicht. Mit ihnen konnte ich nicht leben.“ In diesem Buch ist der Kulak nicht der Großbauer der leninistischen Analyse, der die Kleinen ausbeutet und dessen Existenz alleine täglich, stündlich – Sie wissen schon – den Kapitalismus hervorbringt. Er ist ein armer Teufel, der manchmal nur eine Ziege mehr als sein Nachbar besitzt und der noch am Tage seiner Unterschrift unter den Kolchosvertrag sein Vieh schlachtet und eine unbeschreibliche Freßorgie veranstaltet. Auf diese Weise kostete die Kollektivierung der Sowjetunion den halben Viehbestand, aber die Linie der Partei wurde nicht geändert. Statt dessen hat die Partei aus dem hungernden Land Millionen Tonnen Getreide auf dem Weltmarkt zu Dumpingpreisen abgesetzt, um die Industrialisierung zu finanzieren und Ausrüstung zu kaufen. Es dauerte bis Mitte der 60er Jahre, ehe das landwirtschaftliche Produktionsniveau des zaristischen Rußland von 1913 wieder erreicht wurde.

Der Text in Verbindung mit diesen Bildern wirkt subversiv für solche Linke, die sich um schmerzhaftes Denk- und Gefühlsprozesse immer noch glauben herumwischen zu können. Ich hoffe, daß es sich viele Anhänger der PDS

gegenseitig schenken, und sei es an Honeckers Geburtstag. Auch für Trotzkiisten liefert es Anschauungsmaterial für Trotzkiis Rolle beim Aufstand der Matrosen von Kronstadt und die Initialzündung für das bekannte SED-Lied. „Letztendlich“ so sagte er, „hat die Partei immer Recht.“

Aber die Stärke des Buches liegt eindeutig in den Fotos, die so nahe wirken, daß man meint, ganz einfach dazuzugehören. Da steht man inmitten der Matrosen von Kronstadt oder auf den Holzlatten einer morastigen Dorfstraße im Angesicht zweier abgerissener Gestalten, man hebt das Glas im Kreise von Dissidenten des verbotenen Magazins *Metropol*, man ist beinahe selbst der arme Wicht, der als Saboteur verdächtigt wird, und wäre gerne Maxim Gorki neben seiner Geliebten Maria Andrejewa, jedoch lieber nicht in einem Bett des Feldlazarets im Winterpalais und auch nicht unter der Fuchtel einer Gruppe von Mönchen aus dem Kerschenski-Kloster. Die Spießergestalten im Park von Chruschtschows Datscha reizen umgehend zu einer Baden-Baden-Satire und Majakowski mit seiner Geliebten in Jalta zu einem Tourismuswitz. Wenn nur das Leiden, das unsägliche Leiden, das dieses ganze Jahrhundert durchzieht, nicht jeden Scherz im Keime ersticke.

Helmut Veil

Brian Moynahan, *Das Jahrhundert Rußlands 1894-1994*. Aus dem Englischen von Helmut Dierlamm, Klaus Fritz und Enrico Heinemann, München (C. Bertelsmann Verlag) 1994 (320 S., 300 Abb., 78,00 DM)



wieder die Kinder auf, die, an der Hand eines Erwachsenen, die Szenen der Verwüstung und Plünderung betrachten, oder alleine mittendrin herumlaufen. Was ist aus diesen Kindern geworden? Was ist in dieser Zeit in ihnen vorgegangen, wenn sie von ihren Eltern, sämtliche Eigentumsrechte mißachtend, in die zerstörten Läden geschickt wurden? Ist diesem Achtjährigen jemals klar geworden, wozu er da von seiner Mutter benutzt wurde? Ist ihm die eigene Treuherzigkeit gegenüber der Mutter und den schönen Schuhen jemals bitter aufgestoßen? Oder brüestet er sich heute gegenüber seinen Enkel damit? Welches Rechtsempfinden wurde da in ihn eingepflanzt oder zerstört? Wur-

den Mutter und Sohn von Bekannten beobachtet? Wie standen die zu dem, was die beiden da taten? Wurde da jemals drüber gesprochen, oder konnte man sich wortlos über die Zustimmung verständigen? Haben sie auch Ablehnung zu spüren bekommen?

Das Dussel von damals ist heute etwa 64 Jahre alt. Zusammen mit seinen Altersgenossen war er vermutlich in der Hitlerjugend, hat sich mit „Hart-wie-Kruppstahl“ und „Zäh-wie-Leder“-Parolen identifiziert und heimlich darunter gelitten und als Versager gefühlt, wenn er nicht schnell genug war oder ihm beim Abschied in die Landverschickung die Tränen kamen. In den letzten Kriegstagen hat er womöglich noch

an untauglichen Flakkanonen die Heimat verteidigt und ziemlich bedepert geguckt, als dann gleich darauf nichts mehr so war wie zuvor. Von heute auf morgen kein zackiges „Heil Hitler“ mehr, keine haltgebenden Uniformen, keine Gruppe gleichgesinnter, mit denen man markige Lieder grölen kann, die jetzt auf einmal verboten sind. Und niemand, der einem Erklärungen abgibt.

Hat er geheiratet und Kinder bekommen? Und hat auch seine Frau ihn einen

Dussel genannt, weil er mit zwei linken Schuhen daherkam?

Wenn Dorothea Dieckmann verzweifelt fragt: „Aber woher diese Hilflosigkeit? Warum sind im Vorfeld der Gewalt Eltern moralisch indifferent, Lehrer moralisch entscheidungsunfähig, nähere Mitbeteiligte moralisch gleichgültig und schließlich die kommentierende Öffentlichkeit in der Analyse begriffsstutzig? Woher die allgemeine Atmosphäre von Heuchelei und Scheinheiligkeit?“ (S. 88), dann sind es genau diese „Dussel“ die einem vor Augen kommen, in Familie, am Arbeitsplatz und in den öffentlichen Verkehrsmitteln, und es scheint eher die umgekehrte Frage angebracht: Woher denn sollte etwas anderes kommen als Indifferenz, Gleichgültigkeit und all der unangenehmen Eigenschaften mehr? Sind wir nicht alle mehr oder weniger große Dusseln, die vorrangig damit beschäftigt sind, sich den Anschein von Integrität, Selbstsicherheit und Aufrichtigkeit zu geben, eben von Normalität, während hinter dem Anschein eine nagende Unsicherheit und das Verlangen nach Gewißheit den Boden zersetzt?

„Wie ein nasses Stück Seife“ schreibt Dieckmann, „rutschen den Jüngeren die Richtlinien aus den Fingern, die die Älteren ihnen an die Hand geben.“ (S. 92)

Kein Wunder, möchte man da hinzufügen, hat man doch selber an diese Richtlinien nur mit gesenktem Blick glauben können.

In dem empfehlenswerten, von Rudolf Pörtner herausgegebenen Band *Mein Elternhaus. Ein deutsches Familienalbum* berichtet neben anderen auch Helmut Kohl über seine Erfahrungen als Knabe im Nationalsozialismus.

„Und bereits als Zwölfjähriger gehörte ich einem Schülerlöschtrupp an, der nach den vielen Luftangriffen, die Ludwigshafen erdulden und erleiden mußte, die Feuer in der Stadt bekämpfte, mit primitivem Gerät, aber großem Elan und jugendlicher Verwegenheit; unerfahren, aber risikobereit.“

Aber wir löschten nicht nur Feuer, wir holten nicht nur Möbel aus brennenden

Wohnungen, wir erlebten auch die tiefe Verstörtheit der Menschen, die es getroffen hatte, wir halfen, Tote aus den Trümmern zu bergen. Dazu kam die ständige Sorge um den Vater, später auch um den Bruder, der 1943 einberufen wurde und Ende 1944 in Westfalen fiel, gerade achtzehn Jahre alt. Noch einmal: Der Krieg beendete meine bis dahin kaum getrübte Kindheit abrupt und gnadenlos. Der Alltag veränderte sich, er wurde dunkler, schmerzlicher, beklemmender.“ (S. 362 f.)

Diese kurze biographische Notiz ist 1984 erschien, im gleichen Jahr, in dem Kohl bei seinem Besuch in Israel mit seinem Reden von der Gnade der späten Geburt auf allgemeines Unverständnis stieß.

Wie kommt nun ein Mann von damals 54 Jahren dazu, der als Kind hat Tote bergen müssen, die an der Front sozusagen herbeigekämpft wurden, sein Leben als mit der Gnade der späten Geburt gesegnet zu sehen? Hat er als Zwölfjähriger begriffen, wozu er da verdonnert wurde? Hat er auch damals den „großen Elan“ und die Risikobereitschaft gespürt? Galt seine Sorge dem Vater und dem Bruder, aber nicht sich selbst?

Wurde damals in Israel die Lossagung vom deutschen Schuldgefühl wichtiger als die eigene Erfahrung? Oder fand er die Erfahrung gar nicht so schlecht?

Es ist eine sehr doppelbödigte Geschichte, in die Kohl sich damals verstrickt hat, und die Verleugnung eigener Schuld- und Ohnmachtsgefühle wird erst dann deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, was er den Israelis bei dieser Gelegenheit noch sagte: Was „immer Sie lesen oder hören über die Bundesrepublik Deutschland in dieser Bundesrepublik gibt es die Gefahr eines neuen Rechtsradikalismus nicht.“ (Maser, Helmut Kohl, 1990). Was er da sagte, entsprach schon damals nicht den Tatsachen.

In ihrem Aufsatz „Hitler als ‚Superman‘?“ der 1983 in *Die deutsche Schule* erschienen ist, schrieb Luise Wagner-Winterhager „Was gegenwärtig im Bereich des Rechtsextremismus geschieht, macht vielen von uns Angst. Fast täglich erscheinen Meldungen über Hakenkreuzschmierereien, über Attacken auf türkische Gastarbeiter, Waffenlager werden gefunden, Kameradschaftstreffen abgehalten, Schüler erscheinen uniformiert in der Schule, grüßen mit dem ‚Hitler-Gruß‘ Jugendliche erzählen ‚Judenwitze‘ konfrontieren ihre entsetzten Lehrer mit der ‚Auschwitzlüge‘“ (S. 391) Und weiter heißt es: „Nach neuesten Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz gibt es derzeit 73 rechtsextremistische Organisationen mit insgesamt circa 20300 Mit-

gliedern. Von den 20300 Mitgliedern werden circa 2500 als aktive ‚Neonazis‘ eingestuft, d. h. diese propagieren im Unterschied zu den anderen Rechtsextremen offen die Notwendigkeit einer Wiederaufrichtung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems.“ (S. 392)

Kohl hat da eine Entwicklung verschwiegen oder erst angesprochen und dann gelehnet, die, wenn nicht ihn, jedoch andere und auch den Verfassungsschutz beschäftigte. Aber da er sie ansprach oder ansprechen mußte, beschäftigte sie ihn sehr wohl. Nur wollte er nichts damit zu schaffen haben.

Wie hätte er dagestanden, wenn er sich zu den Realitäten bekannt hätte? Ja, es gibt rechtsextremistische Gruppierungen, ja, die Gräber werden geschändet und Kinder vollführen den Hitlergruß in der Schule. Und ich weiß heute genauso wenig wie damals meine Eltern, was ich dagegen unternehmen soll! (Und damit zu tun haben möchte ich schon gar nichts, weil ich dann möglicherweise Rotz und Wasser heulen würde, was ich mir als Kind mühsam verkneifen mußte.)

Eine passende Bemerkung zum Phänomen Kohl, aber nicht nur zu ihm, sondern zu uns allen, die ihn wir seit Jahren ertragen, erleiden oder gutheißen, findet sich in Arno Gruens „Der Wahnsinn der Normalität“ Gruen schreibt da: „Die Verdrängung ihrer Verzweiflung und inneren Unausgeglichenheit, also die Abspaltung vom eigenen Innenleben kennzeichnet jene Menschen, von denen angenommen wird, sie stünden voll in der Realität. Diese Einschätzung gründet darauf, daß unsere Vorstellung von ‚Realität‘ ganz auf diesen Typus zugeschnitten ist, und wird dadurch immer wieder scheinbar bestätigt. Darum wird gerade solchen Menschen die Macht anvertraut, über unser Schicksal zu bestimmen, obwohl sie der Verantwortung gar nicht gewachsen sind. Dies geschieht auch deshalb, weil diese Menschen unsere eigenen Phantasien von Realismus und Stärke verkörpern.“ (S. 24)

Was die drei Generationen von heute, die Sechzigjährigen, die Vierzigjährigen und die Zwanzigjährigen eint, ist der zurückgehaltene Entsetzensschrei über die eigene Hilflosigkeit, über die innere Taubheit und Unbeholfenheit, in der wir uns alle befinden; jene einsam gehütete Ohnmacht, bei der das Hüten so viele Kräfte verschleißt, um den Anschein von Normalität zu wecken, daß für über die Ohnmacht Hinausgehendes nur spärliche Reste übrigbleiben.

Es ist die Verweigerung des Eingeständnisses dieser allen gemeinsamen Hilflosigkeit, die das Leben heutzutage nicht nur verdrießlich, sondern auch so gefährlich macht. ■

## Literatur

- Dorothea Dieckmann, *Kinder greifen zur Gewalt*, Rotbuch 1994  
Klaus Scheurenberg, *Ich will leben. Ein autobiographischer Bericht*, Berlin 1982  
Mein Elternhaus. Ein deutsches Familienalbum. Hrsg. Rudolf Pörtner, Ausgabe 1993  
Werner Maser, Helmut Kohl. *Der Deutsche Kanzler*, Frankfurt/M. 1990  
Arno Gruen, *Der Wahnsinn der Normalität. Realismus als Krankheit: eine grundlegende Theorie zur menschlichen Destruktivität*, Ausgabe 1989  
Luise Wagner-Winterhager unter Mitwirkung von Anne-Marlen Bahlke und Claudia Gehrke, *Hitler als „Superman“? Was suchen Jugendliche in rechtsextremistischen Organisationen? in: Die deutsche Schule, 5/1983.*

# FILM SCHNITTE

Wenige 16mm-Film-Minuten lang sehen wir Christchurch, Neuseeland, in Originalansichten der Fünfziger; Farben mit Patina, Bilder einer freundlichen Stadt, gelebte Idylle; plötzlich jedoch laufen zwei junge Mädchen blutbespritzt und schreiend einen Pfad entlang; danach folgen Sequenzen einer Abschiedssituation in pseudo-dokumentarischem Schwarzweiß.

Schon in den überraschenden Kontrasten des Beginns von Peter Jacksons *Heavenly Creatures* steckt das Grauen, weil die



## SYMBIOSE UND KRISE

zweite Szenenfolge unerklärt bleibt bis zum Ende des Films. Vorläufig besänftigt wird es durch die nächsten Szenen aus der Christchurch Girls Highschool, als die Neuschülerin Juliet der zurückhaltenden Pauline durch ihre Forscheit ein Beispiel gibt, wie gegen die biedere Phantasielosigkeit des Unterrichts anzugehen ist: mit Renitenz und Eigenständigkeit, Frechheit und Witz. Bald sind die beiden unzertrennliche Freundinnen, obwohl sie Klassenschrannen trennen müssten. Juliet ist die Tochter eines Professors und einer Eheberaterin, Pauline dagegen kommt aus beengten kleinstädtischen Verhältnissen. Was sie eint, ist eine überbordende Phantasie, die den Garten des professoralen Anwesens zum Reich freier Entfaltung macht und Mario Lanza zur gemeinsam verehrten musikalischen Ikone und umschwelgten Identifikationsfigur. Dazu entwickeln die beiden für sich eine Welt imaginärer Dynastien und Helden, erst in Plastikfiguren geformt, später in romantisch-groteske Briefe und Romane gefaßt. Nichts, so scheint es bald, könnte die Lust und Kraft der Mädchen begrenzen oder brechen wären da nicht die Eltern.

Die Kamera umkreist die beiden, springt ihnen voraus oder setzt ihnen nach der Reigen aus Begeisterung, Schwung und Kreativität der Mädchen überträgt sich in vielen Szenen auf die Zuschauer; wenn aber die Eltern gezeigt werden, dann erstarren nicht nur die Bilder – werden sie kritisch, gehen sie auf Distanz – dann ist es wieder da, das Grauen. Als Juliets Eltern verkünden, ohne ihre Tochter eine längere Europareise zu unternehmen, zerbricht die scheinbar kräftige Schale aus Sicherheit und Lebenslust von Juliet. Gegen die Verlustängste erfindet sie die „vierte Welt“ und die erscheint dann auch als Computeranimation-Arkadien in einer zuvor kargen Landschaft: Riesige bunte Schmetterlinge gleiten über die Mädchen hinweg „Himmlische Kreaturen“ Von nun an

binden sie alle äußeren Bedrängnisse nur noch fester zusammen, erst recht die erneut auftretende Tbc-Erkrankung Juliets (wieder droht Verlust), die Pauline nicht nur in die Rolle der Beschützern versetzt, sondern auch ihr erstes Erlebnis mit einem Jungen zu einem Trauma werden läßt (in dem die phantasierten Helden mitspielen). In der Trennung von Juliets Eltern aber manifestiert sich nicht nur die Krise der elterlichen Welt, auch die Symbiose der Mädchen wird perfekt. So werden sie verdächtig und auf Initiative von Juliets Vater gerät Pauline in die Fänge eines Psychologen, der ihrer Mutter gegenüber mit weit und ekel-gedehntem Mund von „Homosexualität“ spricht. Die Trennung der Mädchen wird beschlossen. Juliet soll nach Südafrika, Pauline wird eine Mitreise von der Mutter natürlich verboten. Die Atmosphäre wird hysterisch, bedrohlich, entrückt. Die Mädchen beschließen, die Urheberin des Verbots zu beseitigen...

Am Schluß des Films wissen wir, was die beiden blutüberströmten Mädchen getan haben, und Peter Jackson inszeniert den Mord an Paulines Mutter in einer quälend gedehnten Sequenz – grauenhaft klar, fröstelnd distanziert. Während der Film zuvor die Mädchen förmlich hofiert und ihre Beziehung feiert auch ihr erstes gemeinsames Liebeserlebnis endet er in der Absurdität einer Tat, die keines der Bedürfnisse der Mädchen einlöst. Den Ausgang des historischen Falls erfahren wir erst aus dem Abspann. Juliet und Pauline kamen für Jahre ins Gefängnis, die Entlassung erfolgte nur unter der Auflage, daß sie sich nie wieder sehen durften.

Peter Jackson interessiert sich nicht für das Leben nach der Tat – wie es beiden Mädchen und Frauen weiter erging, wie sie ihre kindlich-jugendlichen Erfahrungen und den Mord verarbeiteten – weil er nicht an einer Lebensdokumentation, vielmehr an dem Problem interessiert ist – der Schönheit und der Gefahr der Symbiose und der wunderbaren und doch schließlich so schmerzlichen Flucht aus der Realität.

*Heavenly Creatures* ist eine selten gesehene und ausnehmend interessante Mischung aus Euphorie, Schmerz und Schock, ein fast unheimlich anmutend einfühlsames Porträt pubertärer Exaltationen, ein Drama delirierender Adoleszenz, ein Gruselfilm über die unschuldig-schuldige Grausamkeit und eine Studie über elterliche Unbeholfen- und Hilflosigkeit, die selbst wiederum Frucht ihrer Zeit sind. Von der Inszenierung der Gefühle her steht der Film ganz auf der Seite der Mädchen, das Wissen um die „Unmöglichkeit“ und die Endlichkeit dieser Beziehung aber grundiert den Film. Er wandelt mit seinen Figuren auf dem schmalen Pfad zum Wahn. Das eigentlich macht sein unterschwelliges Grauen aus.

Wie aber ist es mit der Existenz des einschlägigen Gesellschaftstypus Single bestellt? Geflüchtet aus dem Nest (oder dem Gefängnis?) der familiären Bindungen, lauert er, meist unbeschäftigt und einsam wie die Spinne im Netz, auf das Liebesopfer. Scheinbar Welten von jeder Symbiose entfernt, träumt er von der Nähe, die er im Alltag meidet wie die Pest, weil der neue Gott Selbständigkeit seinen Tribut verlangt. Seine Exzellenz Single ist ein Widerspruch in sich, ein unglücklicher, ein irrer, ein bemitleidenswerter oder auch wieder begehrenswerter und manchmal ein auf- und anregend lustiger Typ – wenn man Doris Dörries Gedanken und der Heldin in ihrem neuen Film *Keiner liebt mich* ein wenig folgt. Daß ein Hochhaus sowohl Gemeinschaft wie Monadenexistenz, sowohl Raum wie Enge symbolisiert, daß ein Schwarzer sowohl Ausländer wie Inländer, daß der Tod sowohl der Schrecken wie das Glück umgreift, erfährt die Heldin in Dörries schräger Versuchsanordnung über die Untiefen der Esoterik und den Zufall dessen, was bei Dörrie neuerdings Lube statt Liebe genannt wird.

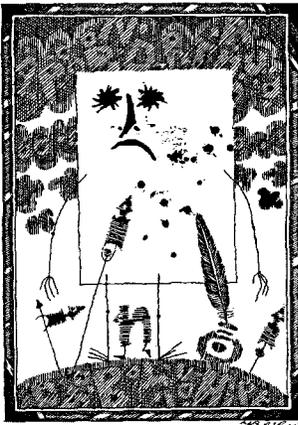
Soviel läßt sich noch sagen: In Doris Dörries Filmen müssen die Leute nicht alt sein, um sehr wunderbarlich zu wirken, und wenn Menschen ihre Filme – sagen wir einmal – in fünfzig Jahren sehen, dann werden sie in ihnen deutschen Alltag und deutsche Befindlichkeit par excellence wiederfinden, und sie werden sich fragen: Woher kannte sie das alles und wo nahm sie ihre Figuren her? Und dann wird vielleicht jemand sagen: Ich habe da noch einige alte Bände mit Kurzgeschichten, da findest du die Figuren. Lies.

Michael Ackermann

Joscha Schmierer

# Grombiere, Erdäpfel und Kartoffeln

Über die  
apokalyptische Seite  
eines EU-Beitrittes



Die Abstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union war geheim. Niemand brauchte zu sagen, wie er abstimmt, und keiner brauchte zu begründen, warum er wie abstimmt. Oder er konnte ein Ja begründen und doch mit Nein stimmen, und ebenso konnte er es umgekehrt halten. Freilich konnte er auch ein Büchlein schreiben über die haltlose „Zwangsalternative“ vor die er sich wie andere gestellt sah: „Mit Jörg Haider (,der Deutschnationaler als letzter österreichischer Patriot‘) ein Patriot oder mit dem Innenminister (,der Grenzwächter als begeisterter Europäer‘) ein Internationalist zu sein.“ Und angesichts solcher Zwangsalternative, vor die ihn Ablehner und Befürworter des Beitritts stellten, konnte er die Entscheidung in der Sache selbst ganz offenlassen. Nachdem ich *Ritter Tod und Teufel* von Karl-Markus Gauß gelesen habe, käme es mir viel zu trivial vor, ihn zu fragen, ob er überhaupt abgestimmt hat, und wenn ja wie. Und er hat ja recht. Gegenüber der Zerschlagung des Habsburger Reiches vor noch nicht ganz achtzig Jahren (worüber er hier allerdings kein Wort verliert) und gegenüber einem epo-

chalen Ereignis wie dem „Zerfall des realen Sozialismus“ mag die Entscheidung Österreichs über die Mitgliedschaft in der EU eher nebensächlich erscheinen, obwohl es die erste freie Entscheidung eines souveränen Österreichs über seine Stellung in der europäischen Staatenwelt überhaupt gewesen ist. Zudem mag die österreichische, finnische, schwedische und norwegische Entscheidung über den Beitritt zur EU wichtiger für deren weitere Entwicklung als für die jeweilige Stellung jedes einzelnen dieser Länder gewesen sein. Eine generelle Ablehnung des Beitritts dieser Länder hätte die weiteren Verhandlungen mit den osteuropäischen Ländern jedenfalls nicht nur zurückgeworfen, sondern zur Farce gemacht.

Trotz seines Grauens vor der von ihm beschworenen „Zwangsalternative“ führt Karl-Markus Gauß nur Argumente gegen den Beitritt an. Es sind im wesentlichen drei: Über den EU-Beitritt werde eine großdeutsche Einverleibung Österreichs eingefädelt; werde die Einebnung der Nationen und Nationalsprachen in einem Europa des Geldes und der Arbeit sowie der Zerfall der Staaten in provinzialistische Regionen betrieben; all das aber befördere

einen charakterlosen Umgang mit den Verbrechen, die sich die europäischen Nationen in der Vergangenheit angetan hätten und damit „in Form einer europäischen Generalamnesie“ die allgemeine Charakterlosigkeit nicht zuletzt in Österreich.

All diese Sorgen kann und muß man sich vielleicht überall in Europa machen. Wie Karl-Markus Gauß sie österreichisch einfärbt, bleibt eine Angelegenheit für sich. In seinen Ängsten vor Großdeutschland übersieht er weitgehend, daß großdeutsche Träume nach 1871, und vor allem nach 1918, immer in Österreich einen Hort hatten und nach dem Zusammenbruch des Habsburger Reiches keineswegs nur sozialdemokratisch artikuliert wurden. Ohnehin ist es merkwürdig, aus der Entstehungsgeschichte der beiden Bundesrepubliken die Hegemonialkämpfe um Deutschland zwischen Hohenzollern und Habsburgern auszublenden, den völkischen Expansionismus des Hitlerismus nachträglich der Bundesrepublik als deutsche Natureigenschaft zuzusprechen, deren Opfer nun erneut Österreich werden könnte, und darüber zu vergessen, daß der „Anschluß“ auch eine österreichische Komponente hatte und sich der deutsch-völkische Expansionismus des Nazireiches aus preußisch-hohenzollerischen österreichisch-habsburgischen „Irdenta“ speiste. Jedenfalls macht es wenig Sinn, Haider auf dem Umweg über Großdeutschland gewissermaßen der Bundesrepublik Deutschland in Rechnung zu stellen, statt ihn als Phänomen der österreichischen Bundesrepublik ernst zu nehmen. Ich weiß natürlich, daß all das Karl-Markus Gauß auch klar ist. Mein Rätsel ist, warum ihm in seiner Polemik gegen den EU-Beitritt diese Klarheit völlig verlorengeht.

Die Sorge vor Großdeutschland, die bei Karl-Markus Gauß ihren Grund nicht zuletzt in einem „so penibel erarbeiteten wie wahnsinnigen Buch“ von 1875(!), *Das österreichische Hochdeutsch. Versuch einer Darstellung seiner hervorsteckendsten Fehler und fehlerhaften Eigentümlichkeiten*, findet, geht zwanglos in die Angst vor den einebnenden Tendenzen der EU über: „Das Europa der Vaterländer ist nicht das Europa der Muttersprachen, im Gegenteil, deren Vielfalt ist der Einfalt von jenem ein Hindernis, das es zu beseitigen gilt.“ Die Zerstörung des „Europa der Muttersprachen“ diene der Schaffung von allseits mobilen und einsetzbaren Arbeitermassen. Wenn Karl-Markus Gauß „Muttersprache“ und „Vaterland“ so stark in Gegensatz stellt, wäre vielleicht zu bedenken, daß im Deutschen den Kolonien eben das „Mutterland“ als Heimatschoß gegenübersteht und sich viele Phobien gegenüber Fremden eben daraus speisen, daß ihnen das Selbst-

## „Stehendes Ich in laufender Zeit“

verständlichste, die eigene Muttersprache, nicht so geläufig von den Lippen geht. Die pauschale Unschuldsumutung gegenüber der „Muttersprache“ im Unterschied zum belasteten „Vaterland“ spricht für eine gewisse Befangenheit des Gerichts.

Wenn Karl-Markus Gauß über den EU-Beitritt die Gefahr eines Großdeutschland wachsen sieht und gleichzeitig behauptet, die EU zerbrösele die Nationalstaaten in Regionen und untergrabe dadurch ihre Widerstands- und Gestaltungskraft, könnte man ihn damit trösten, daß sich die beiden Gefahren doch relativieren müßten. Wenn freilich die EU nur ein Instrument der hochzentralisierten Bundesrepublik Deutschland sein sollte, um die anderen Staaten Region um Region sich einzugliedern, kumulieren sich die Gefahren .. So scheint es Karl-Markus Gauß zu sehen.

In der europäischen Regionalisierung sieht Karl-Markus Gauß nur die Gefahr des Provinzialismus. Tatsächlich hat die EU eher einige Provinzen und Provinzstädte aus ihrer nationalen Isolierung und ihrem Schattendasein befreit. Wenn man freilich die Städte aus den Regionen wegdenkt und nur noch „Brüssel“ sieht, kann man leicht übersehen, daß die Europäische Union überhaupt eher die Stadtbürger als den Staatsmenschen stärkt. Ausdruck dessen ist etwa das neue europäische Kommunalwahlrecht. Von der EU gehen auch die Anstöße aus, die langsam sogar den verstocktesten deutschen Politikern verdeutlichen, daß das deutsche Staatsbürgerrecht in seiner bisherigen Form kaum zu halten ist.

Zentral in der Argumentation von Karl-Markus Gauß sind (Hoch-)Sprache und Literatur. Da er in ihnen den Nährboden des Widerstands gegen Einebnung, Vermassung et cetera sieht, bringt er ihre Entwicklung zu Recht als politisches Argument in Stellung. Da ist ihm aufgefallen, daß in „österreichischen Romanen neuerdings jepißt und jepinkelt wird“ Da muß er sich dann schon fragen, „was aus unserem alten Brunzen geworden ist“ Wo er recht hat, hat er recht und schon vor Ratifizierung des Maastrichter Vertrages, konnte man hinter der hochsprachlichen Verfeinerung des Berlinischen Strullen und des schwäbischen Bronzen und Seichen Böses ahnen. Läßt es sich vielleicht auch als „fortgesetzte Germanisierung“ deuten?

„No ko! Angscht, so schnell schießet Preise edde .. On scho hänsse gschosse.“ Das ist die schwäbische Verarbeitung des 66er Krieges, den das Königreich Württemberg seit an Seit mit dem österreichischen Kaiser verloren hat. Danach begann die „Gleichschaltung“ die mit dem Dritten Reich ihren Gipfel erreichte, einen Gipfel, der freilich durch die süddeutschen Stimmen für den „Münchener“ Hitler beför-

Die Darstellung historischer Umbruchphasen erfordert besondere perspektivische Einstellungen, um im Strom der erschütternden Ereignisse das beobachtende Ich nicht zu überlasten. Wer die Form des Tagebuchs wählt und lediglich den Ablauf der unerwarteten Geschehnisse niederschreibt, der scheitert notwendigerweise an der diachronisch eingefassten „Dokumentation“ von Zeitgeschichte. Dieter Schlesaks poetische und dokumentarische Reflexion über den Zusammenbruch der kommunistischen Regime im Spätherbst 1989 und den Umbruch desorientierter Gesellschaften bis Ende 1993 beschreitet einen ganz anderen Weg. Sein Ich ist sich des Zeiteinsatzes gewiß, sein Ich warnt den Leser vor allzu großen Erwartungen: „Was wirklich wahr ist, gib't's noch nicht./ Und alles andere ist vergangen./ Die schnelle Geschwindigkeit des Tages/ setzt du auch morgen nicht zusammen.“ (S. 10)

Die enge Verbindung von gegenwärtigem Geschehen, das das Bewußtsein noch nicht aufnehmen kann, und einer eben abgelaufenen Vergangenheit, die als Traumsequenz in eine Zukunft reicht, in welcher alles erst entwickelt wird, was im Präsens zu schnell vorübergejagt ist – sie erweist sich als Leitfaden durch die laufende Zeit, in der das Schlesaksche Ich stehen geblieben ist, um in der Fülle des Augenblicks seine vielschichtigen Beobachtungen machen zu können. Da gibt es den Zeitsprung aus dem dritten Jahr nach der „Wende“ zurück in eine Traumphase aus dem November 1989, in der die aktuellen Ereignisse in die Zukunft projiziert werden; da hält das schreibende Ich am 22. Juni 1992 inne und erinnert sich an die Bombenflugzeuge am 22. Juni 1941; da reflektiert der Autor die Verrücktheit von Grenzen, die mit gigantischen Geldsummen errichtet werden, um Menschen in riesige Ghettos zu sperren, da schieben sich Berichte über gesendete Fernsehbilder in feinsinnige philosophische Traktate über die Versöhnung beim Anblick von Menschen, die sich inmitten von gestürzten Mauern in die Arme fallen.

Zwischen den sorgfältig ineinandergeschachtelten Erzählcollagen tauchen plötzlich innere Monologe über das verlorene Leben auf, welches beim Schreiben über das Leben verzehrt werde. Solche Zweifel lösen sich allerdings bald wieder auf, denn die „Wunderdroge Literatur“ habe im Autor in der Vergangenheit, unter der Diktatur Ceausescus, wie ein „Solidaritätsmittel, sogar wie ein sozialer Akt gewirkt. In der Einsamkeit des Westens, wo es

„keine Ausnahme für die Ausnahme Mensch“ gäbe, sei das Schreiben nur noch ein privates Unternehmen geworden.

Neben die Bipolarität der Wahrnehmung tritt ein weiteres Erzählverfahren. Es ist der in den Text eingeschobene Traum-Monolog, in dem der unbewältigte Ereignisstrom des Tagesbewußtseins in ein ruhigeres Fahrwasser transportiert wird, wo Thanatos dem Leben etwas abringt, was im Text als gereinigte Psyche Konturen annimmt. Diese vertikale Aufarbeitung von Zeit-Bewußtsein gehört zu den besonderen Qualitäten des Tagebuchs von Schlesak.

Doch je länger man sich in die Aufzeichnungen vertieft, desto häufiger stößt man auf Sackgassen, in denen sich der unverdaute Rest unseres postmodernen Skeptizismus angesammelt hat. Das „stehende Ich“ hält an solchen Stellen im Text inne, um mit wachsender Beruhigung festzustellen, daß die Dinge durch Begriffe nicht mehr faßbar gemacht werden können. Das Schlesaksche Ich distanziert sich nicht von den Ereignissen im realen und medialen Raum. Es wählt den quälenden Weg der Offenlegung von Wunden im Zeitbewußtsein am Ende des 20. Jahrhunderts. Mehr noch: Es seziert sich und den Strom des wirren Geschehens, indem es immer wieder seine psychischen und emotionalen Störungen angesichts der auseinanderdriftenden Kulturen und Geschlechter zu erfassen versucht. Auf diese Weise wird der Leser in eine schonungslose Auseinandersetzung mit den Problemen Europas nach der politischen Wende hineingerissen. Er erfährt Details über die rumänische „Revolution“ er wird mit den politischen Manipulationen der Postkommunisten vertraut gemacht. Gleichzeitig wird seine westliche, durch die Medien manipulierte Haltung gegenüber Osteuropa und Südosteuropa insofern in Frage gestellt, als der Autor für eine ost-westliche Betrachtungsweise plädiert.

Das Tagebuch endet mit einer Eintragung am 31. Januar 1994, mit dem Rückblick auf Sylvester 1993. Es ist wieder eine Traumsequenz. In einem Klassenzimmer schauen ihn seine Kameraden feindselig an. Auf der Schiefertafel steht h 25. Das aufwachende Ich stellt im Umkehrverfahren fest, es ist 25 Uhr. Ist die Zeit aus den Fugen geraten? Oder hilft uns nur noch der Traum bei der Orientierung in der Realität?

Wolfgang Schlott

Dieter Schlesak, *Stehendes Ich in laufender Zeit*, Leipzig (Reclam Verlag) 1994 (261 S., 22,00 DM)

dert und erst durch die Bundesrepublik Deutschland und die EWG und die folgenden Integrationsschritte gelockert wurde.

Was sind die Österreicher viel anderes als Süddeutsche, die allerdings die Erblast eines alteuropäischen Reiches auf dem Buckel tragen? Das mag eine Nation konstituieren, wenn eine Nation sich denn konstituieren will. Sich mit den Schweizern, die sich frühzeitig aus den europäischen dynastischen Reichsbildungsprozessen ausklinkten, zu vergleichen, haben Österreicher noch weniger Grund als die anderen Süddeutschen, selbst wenn in Vorarlberg

nach 1918 ernsthaft über einen Beitritt zur Schweiz nachgedacht wurde.

So taten die Österreicher und Österreicherinnen alles in allem gerade als Nation vielleicht gut daran, mit beträchtlicher Mehrheit für den Beitritt zur EU als einem vergleichsweise demokratischen europäischen Projekt zu stimmen. Und ob in Zukunft bei ihnen jepinkelt oder gebrunzt wird, entscheiden sie und ihre Dichter immer noch alleine.

Willkommen in der EU!

Karl-Markus Gauß, *Ritter, Tod und Teufel*, Klagenfurt (Wieser Verlag) 1994 (68 S., 22,00 DM)



# betriebsport

**K**lar voneinander abgegrenzt, zumindest hinsichtlich der Organisationsform, sind der Verinssport und der sogenannte *nichtorganisierte*

*Freizeitsport*. Dazwischen besteht gewissermaßen eine Grauzone, in der die Dinge nicht oder nur unscharf konturiert und definiert sind. Da ist der Bereich, wo sich Sport und Arbeit treffen, der nur vage und begrenzt treffend als Betriebsport bezeichnet werden kann. Denn daß Kollegen aus einem Betrieb nach Feierabend offiziell als Betriebsmannschaft (und damit unter dem Versicherungsschutz der Berufsgenossenschaft) und mit aktiver Unterstützung der Firma gemeinschaftlich Handball oder sonstwas spielen, ist vielleicht die klassische, aber nur eine von vielen möglichen Formen.

„**Die Werksmannschaft**“ Wenn Fußballreporter von „der Werksmannschaft“ reden, kolportieren sie damit einen alten, abgenudelten Kalauer. Das soll witzig sein, was es nicht (oder zumindest nicht mehr) ist, und formal richtig ist es schon gar nicht. Gemeint ist dann nämlich der TSV Bayer 04, genaugenommen seine Fußball-Lizenzspielerabteilung. Und die ist exakt keine Betriebsmannschaft, was aber mit der Frage nach den Leistungsstandards nicht unbedingt zu tun hat. Zwar soll gerade darin der Witz liegen, weil man sich unter einer „Werksmannschaft“ eher ein paar vergleichsweise unbeholfene Hobbykicker vorstellt. Das mag der Praxis in der Regel auch nahe kommen. Aber zumindest in Sportarten, in denen sportliche Leistung nicht mit Barm bezahlt wird (oder nicht ausreichend, um den Lebensunterhalt des Sportlers zu sichern), können durchaus auch Spitzensportler in Betriebsmannschaften aktiv sein.

Dafür allerdings wäre Bayer 04 auch mit seinen renommierten Abteilungen Leichtathletik oder Basketball kein ideales Beispiel. Erstens ist hier die Grenze zum Profibereich zumindest für Außenstehende schwer zu erkennen. Vor allem aber ist Bayer 04, wie viele andere vermeintliche „Firmen-Mannschaften“ auch, ein regulärer Sportverein. Der Verein TSV Bayer steht Arbeitern und Angestellten des Bayer-Werks ebenso offen wie anderen Personen, die mit dem Konzern nichts zu tun ha-

ben. Der Unterschied zu anderen Vereinen ist vor allem der, daß Bayer Leverkusen sich nicht jede Saison um einen neuen Sponsor kümmern muß. (Wobei die *underdogs* von Bayer Uerdingen möglicherweise demnächst genau das tun werden, weil die Unterstützung durch den Chemiekonzern seit langem als unzulänglich beklagt wird. Aber das ist ein anderes Thema.) Ausschließlich werksintern wird Sport bei Bayer in Form von Kursen von der Betriebskrankenkasse angeboten. Außerdem gibt es natürlich auch hier die spontanen Zusammenschlüsse von Kollegen, die in der Freizeit Fußball bolzen, Squash oder sonstwas spielen.

**Verschiedene Interessen** Mal abgesehen von Lizenzspielern, für die der Sportverein gewissermaßen ihr Betrieb ist, deuten sich also verschiedene Ebenen an, auf denen Arbeit (beziehungsweise Betriebszugehörigkeit) und Sport in Verbindung treten. Eine Ebene wäre also, daß jemand sowieso Leistungssport treibt und im Betrieb zusätzliche Möglichkeiten für sich sieht sei es hinsichtlich der Unterstützung in Form von Geld oder Zeit (Arbeitszeit, die für Trainingszwecke freigestellt wird).

Des weiteren haben Betriebe ein eigenes Interesse daran, daß ihre Mitarbeiter sich in der Freizeit Bewegung verschaffen, sei es als Ausgleich für einseitige körperliche Belastungen oder für Mangel an Bewegung, was ja letztlich auch eine körperliche Belastung ist. Schließlich ist auch der kathartische, der emotional reinigende Effekt schweißtreibender Aktivitäten (vulgo „Frust abreagieren“) manchen Betrieben eine gewisse Förderung wert, ebenso wie der aufbauende Effekt sozialer Aktivitäten (wie eben Sport) nicht allein dem jeweiligen Individuum zugute kommt.

Verkürzt wäre es jedoch, diesen Aspekt auf die Formel zu bringen, das persönliche und soziale Wohlbefinden der Kollegen und Kolleginnen diene letztlich der gesteigerten Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Selbst wenn es so ist, bliebe meines Erachtens offen, welche Schlußfolgerungen sich daraus ergeben sollten. Vor allem ist es bestenfalls die halbe Wahrheit. Die Interessen von Wirtschaftsunternehmen einerseits und sportfreudigem Werkstätigen andererseits sind vielfältig verflochten, oft deckungsgleich und selten antagonistisch.

Früher das heißt: vor der Einrichtung des wöchentlichen Kegeltermins sei jeder von ihnen „Einzelkämpfer auf seinem Posten gewesen“ berichtet beispielsweise ein Schul-Hausmeister. „Die Kollegen hatten sich untereinander so gut wie gar nicht gekannt. Erst durch die Geselligkeit beim Kegeln, da ist man dann ganz anders miteinander ins Gespräch gekommen.“ Das habe sich als hilfreich bei praktischen Dingen des Arbeitsalltags erwiesen: Vertretungen und gegenseitige Hilfen werden gelegentlich über die persönliche Bekanntschaft geregelt, wo früher umständlich der Dienstweg bemüht werden mußte. Außerdem sei aber auch die gemeinsame Interessenvertretung gegenüber dem Dienstherrn, also der Stadtverwaltung, auf ein anderes Niveau gehoben worden.

Das Verhältnis zwischen beiden Parteien als zumindest potentiell konfliktthaft angenommen, scheint beiden geholfen. Ohne das Beispiel überstrapazieren zu wollen, scheint es doch zu zeigen, daß der Organismus eines betrieblichen Arbeitsbereiches durch (mehr oder minder sportliche) Geselligkeiten der Beteiligten in der Freizeit gestärkt und autonomer wird, was einerseits die Produktivität hebt, andererseits aber auch das Selbstbewußtsein und gegebenenfalls die Widersetzlichkeit der Kollegen.

In modernen Philosophien der Betriebsführung wird das Kriterium der „Kundenzufriedenheit“ als anzustrebendes Ziel auch auf die Arbeiter und Angestellten eines Betriebes ausgedehnt. Auch sie müssen demnach, beispielsweise mit guten Arbeitsbedingungen, bedient und motiviert werden. Mit dem anderen maßgeblichen Kriterium, daß nämlich jede Investition einen geldwerten Vorteil erbringen müsse, geht das sehr gut in eins. Zumindest theoretisch. Praktisch jedoch, nicht grundsätzlich, aber im konkreten Einzelfall, ist schwer nachzuweisen, daß sich Ausgaben im Bereich Sport und Gesundheitsprävention (denn so wird das meistens zusammengefaßt) für den Betrieb rechnen.

Thomas Gehrman

Die beiden legendären amerikanischen Plattenlabels Folkways und Arhoolie dienten als Vorbilder. Sie hatten schon vor Jahrzehnten damit begonnen, in langen Serien die verschiedenen regionalen Musikstile der USA in ihren „Early Recordings“ auf Vinyl zu dokumentieren. Wenn jetzt das Münchner Plattenlabel Trikont ein ähnliches Projekt startet und frühe Schellackaufnahmen traditioneller Musik des Alpenraums in einer CD-Reihe wieder veröffentlicht, ist das für den deutschen Sprachraum eine Pionierleistung, die nicht hoch genug bewertet werden kann. Die vier Neuerscheinungen entführen uns in eine Welt, die uns heute merkwürdig fremd vorkommt, wo andere Regeln gelten, andere Bräuche herrschen und man eine Sprache spricht, deren Worte („Ludler“ „Almer“ „Schnadahüpfel“) heute kaum jemand mehr versteht. Gleichzeitig ist es eine Welt, die sich in einem dramatischen Umbruch befindet. Die explodierende Moderne setzt Lawinen in Gang. Massen von Menschen, die über Generationen in der festgefühten Ordnung ihrer Dörfer lebten, verlassen nun ihre angestammte Heimat und ziehen vom Land in die wuchernenden Großstädte, wo sie in einen Strudel von schockartigen Erlebnissen und ungewohnten Erfahrungen hineingerissen werden. Hier, im Gewirr der Vorstädte, tobt das Leben. Es ist ein Gedränge und Gewühl, und jeder versucht einen Zipfel vom Paradies zu erhaschen. Die Menschen, die in diesem Dschungel aus ungepflasterten Straßen, übelriechenden Rinnsalen, armseligen Häusern und modrigen Baracken aufeinandertreffen, kommen aus den verschiedensten Landstrichen und müssen sich im Wirrwarr der verschiedenen Dialekte, Lebensweisen und Gewohnheiten zurechtfinden. Unter großen Geburtswunden entsteht hier im „Melting Pot“ der Großstadt eine neue Massenkultur, die sich durch eine eigene populäre Musik Ausdruck verschafft, in der die unterschiedlichsten Traditionen zusammenfließen, wobei erstmals die Möglichkeit besteht, diese Klänge auf Platte festzuhalten. Die Musik tritt ins Zeitalter ihrer technischen Reproduzierbarkeit ein. Die alte Welt sieht sich auf den vier Neuerscheinungen in ihren typischen Klängen eingefangen. Der bäuerliche Kosmos ist in seinen frühesten Sounds, die sich auf Tonträger erhalten haben, auf den Platten „Oberösterreich-Salzburg“ und „Bayern“ enthalten. Da begegnet man Charakterköpfen wie dem Poinstecker, Anton – einem berühmten Landlergeiger der eine riesige Musikerdynastie begründete, genannt „Die Solinger“ die stabil über Generationen mit schmissiger



## AUFGELESENE TÖNE

„Tanzmusi“ und „Bockbierlieder“ im Innviertel für beste Unterhaltung auf dem Tanzboden sorgten. Zwei andere Originale sind die Geschwister Simböck aus Braunau begnadeten Jodlerinnen – die beinahe ewig zusammen öffentlich musizierten, nämlich 51 Jahre lang, und damit zum musikalische Grundinventar ihrer Region zählten. Aber auch in Bayern gab es große Köpfe unter den Volksmusikanten, wie den legendären Holledauer „Musikmeister“ Andreas Schranner (Genannt: Schranner Anderl, Jahrgang 1881), der auf Trompete und Geige genauso versiert „aufspielte“ wie mit Klarinette und Tuba und sich auch auf Zugposaune und Kontrabaß nicht lumpen ließ. „Landler derf ma net spuin, de muaß ma ma!n!“ Solche Persönlichkeiten waren die Repräsentanten einer musikalischen Festkultur der Dörfer, die vor Selbstbewußtsein und Eigensinn strotzte, sich viel herausnahm und vor allem unter Alkoholeinwirkung die Autoritäten oftmals herausforderte.

Im Druckkessel der Großstadt verstärkten sich derartige Unbotmäßigkeiten noch. Laut, respektlos und aufsässig war der Vorstadtöbel, der am Feierabend in Massen in die Wirtshäuser und Bierhallen drängte, wo es turbulent und übermütig herging, ganz nach dem Motto: „Mit da Arbeit vasamt ma de Zeit“ wie es in einem Lied von 1903 hieß. Durch das Gewirr der Stimmen, durch Bierdunst und Tabakdampf, dringt eine heisere Musik, ein „jammervoll disharmonisches Gekreisch ohrenbe-

täubender Blasinstrumente“ wie sich feinere Bürger empörten. Ein Heer von Volksängern, Blasmusikanten, Schrammelgruppen und Musikalhumoristen bevölkern an den Wochenenden, wenn Zahltag ist, die kleinen Eckpodien der zahlreichen Gasthäuser und Lokale, um mit derben Scherzen und Grimassenschneiden, schlüpfrigen Liedern und einschmeichelnden oder krachenden Melodien ihr Auditorium aufs beste zu unterhalten. So wird auf den Vorstadtbühnen die Volksmusik von daheim in ihrer urbanen Variante neu erfunden. Wie München hatte auch Wien seine Favoriten: was Bally Prell und Weiß Ferdl für die bayrische Landeshauptstadt bedeuteten, waren Maly Nagl und Franz Mika für die Donaumetropole. Und alle pflegten ihre Eigenheiten. Während in Wien neben Eleganz, vor allem Schmalz und Schmach gefragt war und die Schrammelgeigen sehnsüchtig schluchzten, ging man an der Isar frecher, aber auch selbstironischer zur Sache. Der Wiener steht mit einem Bein immer im Grab, der Münchner mit beiden Beinen voll im Leben. Grenzen akzeptierte diese Musik keine. Mit Leichtigkeit übersprang sie sogar den Ozean. Würde man



Die Gründer der Solinger mit 4 Söhnen und einem Neffen 1910

nicht, daß das Trio G. Wagner eine Wiener Schrammelkapelle war, könnte man sie ohne weiteres für das Tex-Mex-Trio Fred Zimmerle aus San Antonio/Texas halten, so täuschend ähnlich klingen die Walzermelodien, die beide ihren Handorgeln entlocken. Klänge wandern weit!

Christoph Wagner

Platten:  
Volksmusik/Volkssänger Rare Schellacks: Bayern, München, Oberösterreich/Salzburg und Wien; Trikont/Indigo US 0196-199

## ECHO ECHO ECHO

Michael Braun schreibt in der *Basler Zeitung* vom 10.1.95:

„Was er hier („in der glücklichen, freien Welt Westeuropas“) von den bewunderten Vertretern des ‚europäischen Denkens‘ über den Bosnien-Konflikt zu hören und zu lesen bekam, ließ Karahasan erschauern. Im Januarheft der Kulturzeitschrift *Kommune* analysiert Karahasan exemplarische Denkfaulheiten prominenter Intellektueller, die sich als Balkan-Experten oder gar als Theoretiker des ‚molekularen Bürgerkriegs‘ (Hans-Magnus Enzensberger) mißverstehen. Dabei geht es um Hans-Magnus Enzensbergers geschichtsklitternde Legende vom jugoslawischen ‚Bürgerkrieg‘ und um die Anmaßung des Realpolitikers Peter Glotz, der die geschichtliche Realität des multiethnischen Staats Bosnien einfach leugne. An zahlreichen Beispielen kann Karahasan nachweisen, daß das ‚aggressive Selbstbewußtsein‘ und die realpolitische Kälte dieser ‚Experten‘ sehr oft auf Unkenntnis der bosnischen Geschichte beruhen.

Der Essay Karahasans markiert einen Höhepunkt in einer ganzen Reihe von höchst informativen Beiträgen zur jugoslawischen Tragödie, die in der *Kommune* in den letzten zwei Jahren zu lesen waren. Vor allem den kenntnisreichen Analysen von Dunja Melcic ist es zu verdanken, daß sich die *Kommune* zur führenden Adresse in Sachen Balkan-Berichterstattung entwickelt hat.“

Michael Buselmeier befand am 16.1.95 im WDR:

„Gegründet mit dem Nachlaßkapital einer maoistischen Sekte, des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, war die *Kommune* bis Ende der 80er Jahre das führende kulturpolitische Organ einer im Umfeld der Grünen

überwinternden Rest-Linken. Mittlerweile haben sich die Grünen ihres linksradikalen Flügels entledigt und sind dabei, eine kreuzbürgerliche Partei zu werden, die zur Macht und zur Mitte drängt, um sich als national verantwortliche Kraft und als Saniererin des Staates zu bewähren.

So findet man im neuen Heft brave Aufsätze über die Situation in den USA nach der harschen Wahlmiederlage der Demokraten vom 8. November; über das Scheitern des kubanischen Revolutionsmodells; über Berlusconi Schwierigkeiten; über die Schreckensbilanz der ‚humanitären Intervention‘ in Somalia und Ruanda.

Und wie fast in jeder Nummer wird ausführlich und kenntnisreich über den Frontverlauf in Bosnien berichtet, streng antiserbisch, auch im Ton kaum anders, als man es hierzulande von Organen der bürgerlichen Rechten gewohnt ist. Zwischen hochtrabend langweiligen politischen Abhandlungen (so über ‚Reichsverfall, Postmoderne und trilaterales Design‘) meldet sich der Biedersinn der Verfechter einer grünen Realpolitik zu Wort.

Wo der Reiz des ganz Anderen ausgetrieben ist, wird die Sprache stumpf. Selbst der knorrigste Kolumnist der *Kommune*, Wilhelm Pauli, ein begabter Polemiker, poltert drei Seiten lang albern, umständlich und ohne Biß gegen Peter Handke und sein *Jahr in der Niemandsbucht*. Nur in einem Gespräch mit dem 65jährigen Schriftsteller Reinhard Lettau, das Udo Scheer führte, ahnt man noch etwas von der Kühnheit früherer Jahre: ‚Mich hat an der 68er Bewegung vor allem ihr militärischer Teil interessiert. Straßen, Autobahnen, Munitionszüge blockieren, Flugblätter und Zeitschriften verteilen, Deserteure schmuggeln.“

Der Reiz des ganz Anderen ist am größten, solange das Andere dem Eigenen, das ganz anders ist, bis aufs Haar gleicht.

Red.

## BÜCHER BÜCHER

Buchen/Buchholz/Hoffmann. Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral. Feministische Perspektiven, Bielefeld (Kleine Verlag) 1994 (298 S., 36,00 DM)

Anekatrein Mendel. Zwangsarbeit im Kinderzimmer. „Ostarbeiterinnen“ in deutschen Familien von 1939 bis 1945. Gespräche mit Polinnen und Deutschen, Frankfurt/M. (dipa-verlag) 1994 (265 S., 39,00 DM)

Mir A. Ferdowsi (Hg.), Die Welt der 90er Jahre. Das Ende der Illusionen. Mit Beiträgen von Ernst-Otto Czempel, Uwe Halbach, Volker Matthies, Peter J. Opitz, Uwe Nerlich, Gerhard Wettig und anderen, Bonn (Verlag J. H. W. Dietz Nachf.) 1995 (296 S., Abb., 36,00 DM)

Christa Randzio-Plath/Sigrid Mangold-Wegner (Hg.), Frauen im Süden. Unser Reichtum ihre Armut, Bonn (Dietz Taschenbuch 66) 1995 (304 S., Abb., 19,80 DM)

Bernd Lindner (Hg.), Für ein offenes Land mit freien Menschen. Herbst '89 fünf Jahre danach, Leipzig (Forum Verlag) 1994 (203 S., farbige und s-w-Fotos, 39,00 DM)

Sigrid und Wolfgang Jacobeit, Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945, Münster (Verlag Westfälisches Dampfboot) 1994 (423 S., Abb. in Farbe u. s-w, 98,00 DM)

Dieter Nohlen, Franz Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt. Band 8: Ostasien und Ozeanien, Bonn (Verlag J. H. W. Dietz Nachf.) 1994 (592 S., 49,80 DM)

Klaus Theweleit. Das Land, das Ausland heißt. Essays, Reden, Interviews zu Politik und Kunst, München (dtv 30449) 1995 (202 S., 19,90 DM)

Helmut Guggenberger, Wolfgang Holzinger (Hg.) Neues Europa Alte Nationalismen. Kollektive Identitäten im Spannungsfeld von Integration und Ausschließung. Analysen und Perspektiven, Klagenfurt/Celovec (Drava Verlag) 1994 (324 S., 39,00 DM)

Hilmar Hoffmann, Dieter Kramer (Hg.), Arbeit ohne Sinn? Sinn ohne Arbeit? Mit Beiträgen von E.-U. v. Weizsäcker, Wolfgang Thierse, Bert Rürup, Thomas Ziehe, Ulf Fink u.a., Weinheim (Beltz-athenäum) 1994 (186 S., 34,00 DM)

## AutorInnen

Michael Ackermann, geb. 1953, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Christina Adomako, geb. 1957 freie Journalistin, wohnt in Düsseldorf

Paul Angeli, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, Wien

Angelika Burkhard, geb. 1955, Publizistin, wohnt in Frankfurt/M.

Frank Eckardt, lebt als freier Journalist und Schriftsteller in Amsterdam/Niederlande

Helmut Forster-Latsch, geb. 1950, Sinologe und Übersetzer, wohnt in Frankfurt/M.

Gerhard Fritz, geb. 1949, Angestellter, Gemeinderat für die Grün-Alternativen in Innsbruck

Thomas Gehrmann, geb. 1952, Volkskundler, wohnt in Rüsselsheim

Harald Goldhahn, geb. 1955, Illustrator, wohnt in Offenbach

Martin Hartmann, geb. 1958, Maschinenbauing., Referendar für berufliche Schulen, wohnt in Kassel

Gerd Held, geb. 1951, Sozialwissenschaftler an der Universität Dortmund, wohnt in Dortmund

Eva Horn, geb. 1946, Soziologin, wohnt in Frank-

furt/M.

Peter-Erwin Jansen, geb. 1957 lebt als freier Journalist in Houston/USA

Roger Keil, geb. 1957 lehrt Umweltstudien an der York University Toronto, lebt in Toronto/Canada

Kolibri Werner Blattmann, geb. 1956, Karikaturist, wohnt in Berlin

Alexander Langer geb. 1946, Lehrer, Journalist, Übersetzer, für die italienischen Grünen im Europaparlament, wohnt in Bozen

Gunnar Lieb, Fotograf, wohnt in Frankfurt/M.

Chérifa Magdi, geb. 1941, Dolmetscherin und Übersetzerin, lebt in Frankfurt/M.

Dunja Melcic, geb. 1950, Redakteurin der *Kommune*, wohnt in Frankfurt

Stephan Müller geb. 1961, Politikwissenschaftler, Projektleiter am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, Wien

Wilhelm Pauli, geb. 1945, Publizist, wohnt in Berlin

Victor Pfaff, Rechtsanwalt, wohnt in Frankfurt/M.

Gerd Poppe, geb. 1941, Dipolm-Physiker, Bundestagsabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen, wohnt in Berlin

Andreas Richter wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, Wien

Werner Rügemer geb. 1941, Philosoph, Publizist zu

kommunalen Fragen und Abwasser, Mitglied von "Business Crime Control" (BCC), wohnt in Köln

Karol Sauerland, lehrt deutsche Literaturwissenschaft an den Universitäten Warschau und Thorn, wohnt in Warschau

Roland Schaeffer geb. 1951, Soziologe, Referent in der Stadtkämmerei Frankfurt/M., wohnt in Frankfurt/M.

Wolfgang Schlott, geb. 1951, Literaturwissenschaftler, arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, wohnt in Bremen

Joscha Schmierer geb. 1942, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Dirk Schubert, geb. 1947 Dipl. Soziologe, Stadtplaner, lehrt an der Technischen Universität Hamburg, wohnt in Hamburg

Erhard Stöting, geb. 1942, lehrt an der Universität Potsdam, wohnt in Berlin

Hans Rudolf Velten, Lektor für deutsche Sprache, Literatur und Landeskunde an der Universität Pisa, wohnt in Pisa

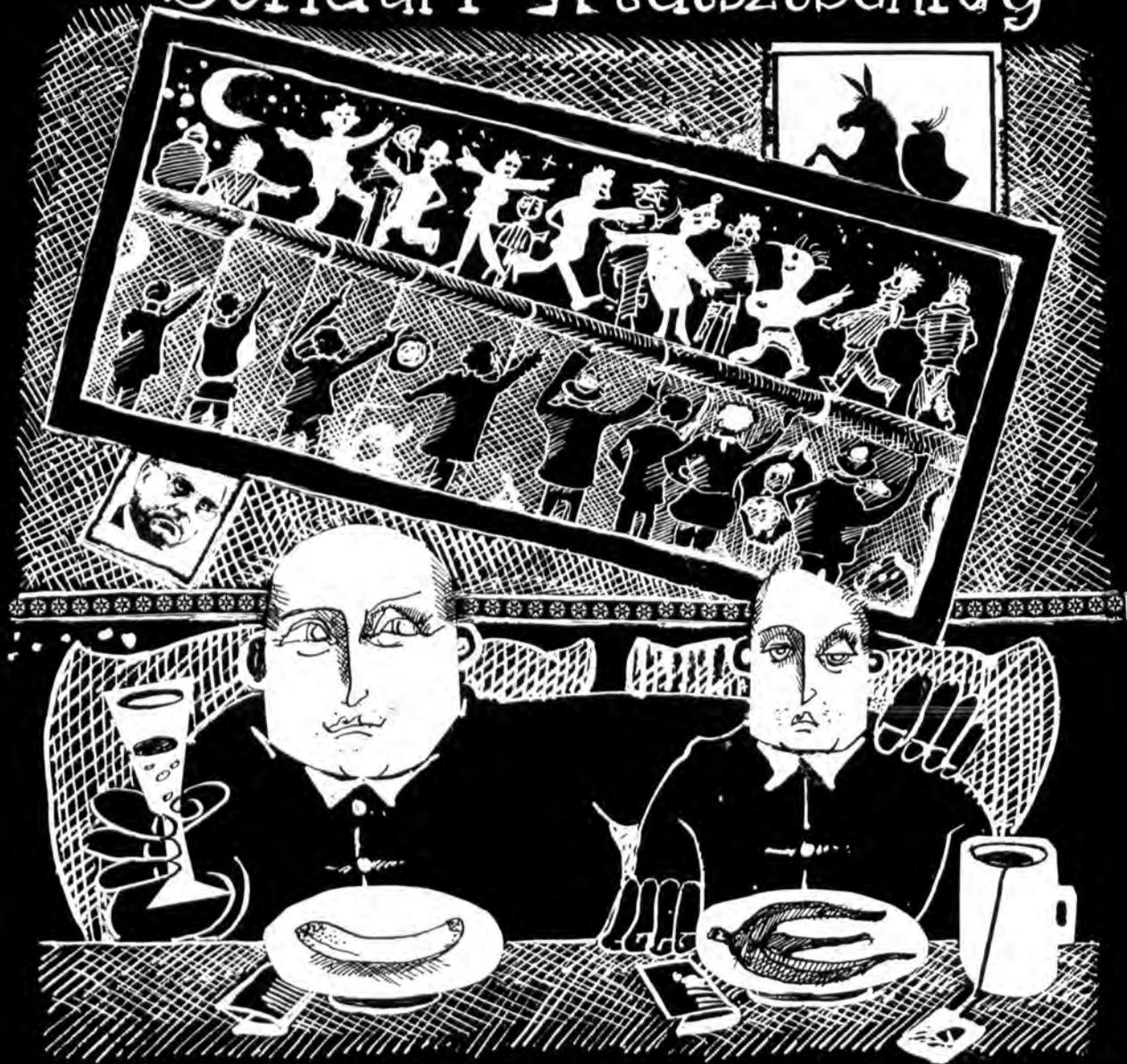
Helmut Veil, geb. 1943, Arzt, wohnt in Kronberg/Taunus

Christoph Wagner geb. 1955, Lehrer, wohnt zur Zeit in Hebden Bridge, West Yorkshire

Renate Wiggershaus, Publizistin, wohnt in Kronberg/Taunus

Cartoon  
Kolibri

Solidari  tätzuschlag



WIR MÜSSEN DOCH ZUSAMMENHALTEN  
WIE BRÜDER UND....



